

**Materialien zur  
Orts- und Regionalgeschichte  
der Stadt und des Kreises Herford  
Bd. 2**

# Bekanntmachung.

Infolge der Wahlen zum Arbeiter- und Soldatenrat in der Stadt Herford am 1. November 1918.

Es folgendes bekannt:

1. Zur Aufrechterhaltung der Ruhe und der allgemeinen Ordnung hat sich in Herford ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet, welcher dem Magistrat bei der Volksherrschaft zur Unterstützung an die Seite tritt.

2. Seine Aufgaben sind:

- a. Schutz des Eigentums der Bürger, der Stadt und des Staates;
- b. Durchführung einer geordneten Lebensmittelverteilung an die Bevölkerung;
- c. Beaufsichtigung und Kontrolle der sich im Stadtkreis Herford aufhaltenden Militärpersonen;
- d. Durchführung der Abgabe von militärischen Waffen u. militärischer Munition.

3. Zu diese Aufgaben zu erfüllen, werden nachstehende Kantonskommissionen gebildet:

1. Die mit einem gewissen Aufwand aus einer weiten Kreislage (Kreis Herford und Soldatenrat nach Herford) zu bildenden Kommissionen haben die Aufgabe der Volksherrschaft zu unterstützen.
2. Wegen Überwachungen wird auf das Überwachungsorgan hingewiesen.
3. Die öffentlichen Betriebe einschließlich Post und Telegraphie sind unter allen Umständen geschützt werden.
4. Zerstörte Militärpersonen, welche sich in Herford aufhalten, haben sich sofort bei dem Arbeiter- und Soldatenrat, Herford, zu melden.
5. Die Arbeit in den Betrieben darf nicht eingestellt werden.

Herford, den 9. November 1918.

Oberbürgermeister Bujje, als Vertreter des Magistrats.

Bürgermeister Werner, als Vertreter der Polizeiverwaltung.

Für den Arbeiter- und Soldatenrat: der Vorsitzende Wilhelm Schlüter

**Gottfried Eichhorn**

**Der Übergang vom Kaiserreich  
zur Weimarer Republik  
im Kreis Herford**

Eine Quellensammlung zur Rolle der Arbeiter- und Soldatenräte  
1918-1919

Herausgegeben vom Kreis Herford

Konzeption und Redaktion: Gottfried Eichhorn

Herausgeber: Kreis Herford

Druck: Kreis Herford

Herford 1990

Schutzgebühr: 5,00 DM

Nachdruck (auch auszugsweise) nur mit Genehmigung des  
Herausgebers

# Inhaltsverzeichnis

	Seite
Einleitung	4
Zusammenfassung der Ereignisse im Kreis Herford (Sachanalyse)	6
Alltagsprobleme am Ende des Ersten Weltkrieges	10
Zur politischen Lage in Stadt und Kreis Herford Anfang November 1918	19
Die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten und deren Aktivitäten	
A Stadt Herford	25
B Stadt Bünde	47
C Stadt Enger	66
D Stadt Spenge	71
E Stadt Vlotho	74
F Amt Gohfeld-Menninghüffen	77
G Amt Herford-Hiddenhausen	78
Die Stellung der Arbeiter- und Soldatenräte zur öffent- lichen Verwaltung	81
Die Organisationsstruktur der Arbeiter- und Soldatenräte	93
Reaktionen auf die Rückkehr der Soldaten	99
Parteilpolitische Aktivitäten bis zur Wahl der Nationalversammlung	
Nationalliberale Partei	108
Sozialdemokratische Partei	112
Zentrum	114
Deutschnationale Volkspartei	115
Deutsche Volkspartei	118
Deutsche Demokratische Partei	124
Frauenwahlrecht	129

Die Materialien zu den Aktivitäten des Arbeiter- und Soldatenrates Herford wurden zusammengestellt von einem Leistungskurs Geschichte des Friedrichs-Gymnasiums Herford unter Leitung von Jürgen Meyer.

## Einleitung

Die fachdidaktische Diskussion um Funktion und Stellenwert von Lokal- bzw. Regionalgeschichte hat noch nicht zu einem abschließenden Ergebnis geführt. Unbestritten ist jedoch, daß regionalgeschichtliche Themen Schüler/Schülerinnen motivieren können, sich stärker mit der Geschichte ihrer unmittelbaren Umgebung auseinanderzusetzen. Regionalgeschichte kann ein belebendes Element des Geschichtsunterrichts sein. Diese Quellensammlung über die Revolution 1918/1919 soll dazu einen Beitrag leisten.

Auch wenn in Herford zur Zeit der Revolution 1918/19 keine Weltpolitik geschrieben wurde, so finden sich in der Geschichte der Stadt und des Landkreises Herford Entwicklungen, Strukturen, Ereignisse, die in der damaligen Zeit für weite Teile Deutschlands typisch sein dürften. Für Schüler dieser Region ist es nun sicherlich interessanter, bestimmte Sachverhalte und Probleme am Beispiel Herfords und seiner Umgebung zu diskutieren, als sich mit allgemein-historischen Schilderungen in Geschichtsbüchern auseinanderzusetzen. Gleichwohl bietet sich ein Vergleich der Ereignisse im Kreis Herford mit der Entwicklung auf Reichsebene geradezu an.

Welche Problembereiche können anhand der hier zusammengestellten Materialien über die Revolution 1918/19 im Kreis Herford im Geschichtsunterricht angesprochen werden? Da sind zunächst einmal Auszüge aus Ortschroniken, Zeitungsberichte, amtliche Bekanntmachungen etc., die auf sehr anschauliche Art und Weise die alltäglichen Probleme der Bevölkerung verdeutlichen und es Schülern erleichtern, sich in die historische Situation hineinzudenken.

Da sind Berichte der örtlichen Polizeiverwaltungen an den Landrat bzw. den Regierungspräsidenten in Minden über sozialdemokratische Versammlungen und Aktivitäten von USPD und Spartakusgruppe im Kreis Herford, die sowohl einen Einblick in die Bedingungen politischer Betätigung während des Ersten Weltkrieges ermöglichen als auch die gemäßigte Haltung der SPD und der Herforder Arbeiterschaft Anfang November 1918 erkennen lassen.

Die Vereinbarungen zwischen den örtlichen Polizeiverwaltungen und den Arbeiter- und Soldatenräten über Funktion und Zielsetzung der Räte, sowie eine ganze Reihe von Sitzungsprotokollen bieten einen Einblick in die Arbeit der Arbeiter- und Soldatenräte im Kreis Herford.

In den "Herforder Monatsblättern", die von Dezember 1918 bis Mai 1919 erschienen und von dem Mitbegründer der USPD in Herford und späteren KP-Mitglied Fritz Schmidt herausgegeben wurden, findet sich eine scharfe Kritik der Arbeit des Herforder Arbeiter- und Soldatenrates. Diesem wurden diverse Fehlentscheidungen und eine zu konziliante Haltung gegenüber Verwaltung und bürgerlichen Gruppierungen vorgeworfen. Im Zusammenhang mit den Quellen, die das Verhältnis der Räte zur öffentlichen Verwaltung beleuchten, kann hier ansatzweise die Frage diskutiert werden, inwiefern die Räte als Instrument zur Demokratisierung der Verwaltung hätten dienen können. Konfliktlinien zwischen Räten und Verwaltung werden ebenso deutlich, wie die weitgehende Bereitschaft der Räte mit der aus dem Kaiserreich übernommenen Verwaltung zusammenzuarbeiten. Diese Bereitschaft reichte bis zum gemeinsamen Aufruf von Arbeiter- und Soldatenräten und dem Landrat in Herford, in die Freiwilligenkorps der Regierung einzutreten.

Das Beispiel Herford bestätigt die neueren Forschungsergebnisse, wonach die Arbeiter- und Soldatenräte zum überwiegenden Teil von Mehrheitssozialdemokraten und gemäßigten Anhängern der USPD dominiert wurden und nicht per se dem linksradikalen, spartakistischen Spektrum zugeordnet



werden können.<sup>1</sup>

Ein weiterer Aspekt, der mit Hilfe der vorhandenen Quellen thematisiert werden kann, ist die Struktur der Soldatenräte im Bereich des 7. Armee-korps und die Bestrebungen der militärischen Führung, die Anfang November entstandenen Soldatenräte in die militärische Hierarchie einzubinden. Sogenannte wilde Soldatenräte, die keinem militärischen Verband zugeordnet waren, wurden von den zurückkehrenden Truppen z.T. unter Androhung von Waffengewalt aufgelöst.

Im November 1918 finden sich in den Zeitungen des Kreisgebietes zahlreiche Meldungen, die sich mit der Rückkehr von Soldaten befassen. Anhand von Aufrufen Häuser und Straßen zu schmücken, die Soldaten willkommen zu heißen und Gedichten über die Rückkehr der Truppen lassen sich unterschiedliche Sichtweisen von Krieg und Niederlage herausarbeiten. Bittgesuche von Gemeinden des Kreises an den Landrat zwecks Verlegung von einquartierten Truppen weisen auf Belastungen für die einheimische Bevölkerung hin, die mit der Rückkehr der Soldaten verbunden waren.

Schließlich läßt sich anhand von Zeitungsanzeigen der Wahlkampf zur Nationalversammlung und die Reaktion unterschiedlicher politischer Gruppierungen auf die veränderte gesellschaftspolitische Situation nach dem Ende des Krieges analysieren. In den Zeitungen, die im Kreis Herford erschienen, finden sich allerdings kaum Anzeigen oder Berichte über Veranstaltungen der sozialdemokratischen Parteien, so daß auf der Grundlage dieses Materials lediglich der Wahlkampf der bürgerlichen Parteien dokumentiert werden kann. Aus den Anzeigen können programmatische Aussagen der Parteien, ihre Sichtweise von Krieg und Niederlage, sowie ansatzweise Bemühungen und Scheitern der Einigungsversuche im bürgerlichen Lager herausgearbeitet werden.

Frauen stellten angesichts des neu eingeführten Frauenwahlrechts eine besondere Zielgruppe für die Parteien dar. Anhand von Zeitungsanzeigen und Berichten über Parteiversammlungen kommen die unterschiedlichen Einstellungen der Parteien zur Rolle der Frau in der Gesellschaft zum Ausdruck. Die Spannweite der Argumentation reicht von der Charakterisierung des Frauenwahlrechts als einen wichtigen Schritt zur Emanzipation bis hin zu dem Appell an die Frauen, vor ihrer Wahlentscheidung den Rat von Männern einzuholen.

1) Vgl. Kolb, E.; Die Weimarer Republik, München 1988<sup>2</sup>, S. 156.

## Zusammenfassung der Ereignisse im Kreis Herford (Sachanalyse)

Die Revolution 1918/19 kann nur angemessen beurteilt werden, wenn man die Lebensbedingungen in Deutschland gegen Ende des Ersten Weltkrieges und in der Zeit danach in seine Überlegungen miteinbezieht. Am Anfang dieser Quellensammlung stehen deshalb Materialien, die Einblicke in die alltäglichen Probleme der Bevölkerung in dieser Zeit ermöglichen. Auch im Kreis Herford war die Situation gekennzeichnet von Lebensmittelrationierungen, Hunger, Kohlemangel, Schwarzhandel, Inflation und Hamsterei. Nach dem Ende des Krieges kamen Probleme hinzu, die mit der Demobilisierung der Armee und der Rückführung der Soldaten in Zusammenhang standen. Hier ist vor allem die Arbeitslosigkeit zu nennen. Die zurückkehrenden Soldaten mußten wieder ins wirtschaftliche Leben integriert werden. Frauen, die in der Kriegszeit die Arbeit von Männern übernommen hatten, sahen sich starkem Druck ausgesetzt, ihre Erwerbsarbeit wieder aufzugeben und sich auf ihre traditionelle Rolle in der Familie zu beschränken. Aus einem Schreiben des Vorsitzenden des Arbeiterrates Spenge an die örtliche Amtsverwaltung geht hervor, daß diese alle weiblichen Angestellten entlassen und durch arbeitslose Männer ersetzt hat.

Ein weiteres Problem, das die Rückkehr der Truppen für die einheimische Bevölkerung mit sich brachte, war die Inquartierung von Soldaten in private Haushalte. Die Soldaten wurden von ihren Einheiten nur unzureichend mit Nahrungsmitteln versorgt, sodaß sie zum Teil unter Gewaltandrohung von ihren Quartiergebern Lebensmittel verlangten. Der Mißmut der Betroffenen, die selbst unter Lebensmittelrationierungen zu leiden hatten, äußerte sich in Eingaben an den Landrat, in denen dieser gebeten wurde, sich für die Verlegung der Truppen einzusetzen.

Zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, vor allem zur Vermeidung von Plünderungen, wurden von den Behörden in Zusammenarbeit mit den Arbeiter- und Soldatenräten sogenannte Sicherheitswehren aufgestellt. Diese übernahmen auch die Kontrolle und Entwaffnung der zurückkehrenden Soldaten. Berücksichtigt man noch die Bemühungen um eine gerechte Verteilung von Lebensmitteln und Brennmaterialien, so hat man das Tätigkeitsfeld der Arbeiter- und Soldatenräte im Kreis Herford bereits weitgehend umrissen. Die Arbeiter- und Soldatenräte sahen ihre primäre Aufgabe in der Unterstützung der örtlichen Verwaltung bei der Lösung der anstehenden Probleme, wobei Wert darauf gelegt wurde, den Mangel möglichst gerecht zu verteilen. Allgemeinpolitische Forderungen und Ziele wurden von den Räten im Kreis Herford nicht formuliert. Deshalb kam es nur gelegentlich zu Meinungsverschiedenheiten und Auseinandersetzungen zwischen Verwaltung und Räten.

Die schlechte Versorgungslage und die lange Dauer des Krieges hatten im Kreis Herford nicht zu einer politischen Radikalisierung der Arbeiterschaft geführt. Berichte der örtlichen Polizeiverwaltungen an den Landrat bzw. an den Regierungspräsidenten in Minden betonten die gemäßigte und ruhige Haltung der Arbeiterschaft und der SPD-Funktionäre im Kreis Herford. Es wurde sogar darauf hingewiesen, daß vor allem ältere Arbeiter die Forderung der SPD nach der Abdankung des Kaisers abgelehnt und sich in dieser Frage im Gegensatz zur Parteiführung in Berlin befunden hätten. In sozialdemokratischen Versammlungen in Bünde und Löhne wurde zwar im Oktober und November 1918 Kritik an der militärischen und politischen Führung geäußert, ein Ende des Krieges, sowie die Demokratisierung des

Staates gefordert, aber ebenso eindeutig wurde von seiten der SPD-Funktionäre auch gegen die Revolution Stellung bezogen.

Trotz der gemäßigten Haltung der Arbeiterschaft und der klaren Absage an die Revolution kam es nach den Ereignissen in Kiel auch in Städten und Gemeinden des Kreises Herford zur Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten. Die Akten geben kaum Aufschluß über Einzelheiten bei der Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten in Bünde, Enger, Herford, Hiddenhausen, Spenge und Vlotho. Zu vermuten ist, daß die Initiative von auf Urlaub befindlichen Soldaten ausging. Überraschend war angesichts der Ruhe unter der Bevölkerung die zum Teil hohe Beteiligung an den konstituierenden Versammlungen der Arbeiter- und Soldatenräte (in Enger 800 Personen, in Herford 1 000 Personen). Der Wunsch, aktiv in die Politik einzugreifen, war also zumindest in Teilen der Bevölkerung durchaus vorhanden. Radikale Forderungen wurden auf diesen Versammlungen nicht formuliert. Die Zielsetzung der Arbeiter- und Soldatenräte im Kreis Herford fiel moderat aus. Die Räte traten der Polizeiverwaltung "zur Unterstützung an die Seite" und stellten sich die Aufgaben, das Eigentum von Bürgern, Staat und Stadt zu schützen, die Lebensmittelversorgung sicherzustellen und die Rückkehr der Soldaten in geordnete Bahnen zu lenken. Dieses "Programm" wurde mit den Polizeibehörden im Kreis Herford abgestimmt.

Nur vereinzelt stieß das moderate Auftreten der Arbeiter- und Soldatenräte gegenüber der alten Obrigkeit auf Kritik. Zwei Tage nach der Bildung des Herforder Arbeiter- und Soldatenrates wurde auf einer öffentlichen Versammlung, die den Rat bestätigen sollte, diesem vorgeworfen, sich in Umkehrung der realen Machtverhältnisse der Stadtverwaltung untergeordnet zu haben. Kritik kam auch von den "Herforder Monatsblättern", einer Zeitschrift, die vom Mitbegründer der Herforder USPD und späteren KP-Mitglied Fritz Schmidt herausgegeben wurde. Schmidt warf dem Rat immer wieder vor, eine verfehlte Politik zu betreiben und z.B. bürgerlichen Gruppen die Mitarbeit im Rat zu ermöglichen. Er betrachtete dies als eine "entscheidende Schwächung" der Position der Herforder Arbeiterschaft, da nach seiner Auffassung die Vertreter des Bürgertums den Arbeitern im Rat in vielerlei Hinsicht überlegen waren. Kritik an der Arbeit der Arbeiter- und Soldatenräte, wie Schmidt sie übte, blieb eine Ausnahme. Dauerhafte politische Konsequenzen hatte sie nicht.

Obwohl hier und da im Kreisgebiet rote Fahnen aufgezogen worden waren, zielten die Räte im Kreis Herford nicht auf den Umsturz der bestehenden Verhältnisse. Nichts deutet darauf hin, daß sich diese Räte als Verfechter einer sozialen Revolution verstanden. Die Verhältnisse im Kreis Herford entsprechen insofern den Erkenntnissen der neueren historischen Forschung, wonach Arbeiter- und Soldatenräte nicht per se der äußersten Linken zugerechnet werden können, sondern in den weitaus meisten Fällen von Vertretern der MSPD oder gemäßigten Vertretern der USPD dominiert wurden, die sich als Sachwalter der sozialdemokratischen Regierung in Berlin gegenüber den kaiserlichen Behörden auf lokaler und regionaler Ebene verstanden.<sup>2</sup>

Im Kreis Herford begnügten sich die Räte in der Regel damit, in enger Zusammenarbeit mit der jeweils zuständigen Stelle, die Probleme des Alltags zu lösen. Vorrangig ging es dabei um eine gleichmäßige Verteilung von Lebensmitteln und Kohlen, wobei auch zum Mittel der Beschlagnahmung gegriffen wurde. Nur in wenigen Fällen kam es zum Konflikt zwischen Räten und der Verwaltung. So beurlaubte der Arbeiter- und Soldatenrat in Bünde einen Hilfsgendarmen aus Kirchlengern, wogegen der Landrat sofort Ein-

2) Vgl. Kolb, E.; Die Weimarer Republik, München 1988<sup>2</sup>, S. 156.

spruch erhob. In Herford wurde der 2. Bürgermeister Werner vorübergehend seines Amtes enthoben, jedoch kurze Zeit später auf Intervention des Oberbürgermeisters Busse wieder eingesetzt. Der Kreisausschuß Herford protestierte gegen Eingriffe des Rates in Bünde in die Verteilung von Kohlen und forderte die Unterlassung dieser Aktivitäten. Der Herforder Magistrat wandte sich mit einer Anfrage an den Generalsoldatenrat in Münster (vgl. unten) und bat um Mitteilung über die Kompetenzen der Arbeiter- und Soldatenräte. Schließlich verteidigte sich auch die Herforder Beamten-schaft in einer kämpferischen Erklärung vom 15.1.1919 gegen in ihren Augen ungerechtfertigte Angriffe des Arbeiter- und Soldatenrates auf städtische Beamte. Abgesehen von diesen Beispielen verlief die Zusammenar-beit zwischen Räten und Verwaltungen im Kreis Herford weitgehend konfliktfrei. In dieses Bild paßt auch ein gemeinsam mit dem Landrat veröffent-lichter Aufruf der Vereinigten Arbeiter- und Soldatenräte im Kreis Herford zum Eintritt in Freikorps zur Unterstützung der Regierung Ebert. Ein weiterer Aufruf erging in Zusammenarbeit mit dem "Bürgerausschuß für Bünde und Umgebung" zur Demonstration gegen die "Umtriebe der Lieb-knechtgruppe".

Der Bürgerausschuß war für den Kreis Herford eine besondere Art der Interessenvertretung nach dem Ende der Monarchie. Er konstituierte sich am 23.11.1918 und stellte ein erhebliches Gegengewicht zum Arbeiter- und Soldatenrat dar. Dem nach berufsständischen Gesichtspunkten zusamme-gesetzten Ausschuß gehörten zwar auch Arbeiter an, dominiert wurde er jedoch von Bänder Fabrikanten, Beamten und der Kaufmannschaft. Diese Gruppen beherrschten trotz der Existenz des Arbeiter- und Soldatenrates die politische Szene in Bünde. Der Vorsitzende des Ausschusses, Gerichtsrat Bocke, leitete am 15.12.1918 die oben bereits erwähnte Kundgebung im Bün-der Stadtgarten "Gegen die Umtriebe der Liebknechtgruppe und für die Aufrechterhaltung der Wirtschaftskraft des Reiches". Zwar hatte auch der Arbeiter- und Soldatenrat zu dieser Demonstration aufgerufen, bei der Kundgebung selbst trat er jedoch nur peripher in Erscheinung. Im Gegen-satz zu den Arbeiter- und Soldatenräten, die sich im großen und ganzen weitreichender gesellschaftspolitischer Forderungen enthielten, formulierte der Bürgerausschuß von vornherein den Anspruch auf ein Mitspracherecht des Bürgertums bei der Umgestaltung des Staates. Für die Arbeiter- und Soldatenräte stand dagegen die Lösung von Alltagsproblemen im Vorder-ground. Eine grundlegende Neuordnung und die Demokratisierung der kaiser-lichen Verwaltung gehörten nicht zu den primären Zielen der Räte im Kreis Herford. Eine solche Forderung findet sich demnach auch nicht in den Bekanntmachungen mit denen die Räte ihre grundlegenden Zielsetzungen veröffentlichten. Auseinandersetzungen um personelle Veränderungen in den Verwaltungen blieben so weitgehend aus.

Die schnelle Reaktion der bürgerlichen Kräfte auf die veränderte gesell-schaftspolitische Situation, wie sie sich in der Gründung des Bürgeraus-schusses für Bünde und Umgebung zeigte, war nicht auf Bünde beschränkt. Schon bald nach dem Zusammenbruch der Monarchie im November 1918 setzten auf parteipolitischer Ebene vielfältige Aktivitäten ein. Ging es dabei zunächst um die Neuorganisation gesellschaftlicher Interessengruppen in politischen Parteien, so setzte nach der Entscheidung des Reichskongresses der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin (16.-20.12.1918), Wahlen für eine verfassungsgebende Versammlung auszuschreiben, ein heftiger Wahlkampf ein. In öffentlichen Versammlungen und Vorträgen versuchten die neuen Parteien, die Bevölkerung von ihren politischen Vorstellungen zu überzeu-gen. In den Zeitungen im Kreis Herford nahmen sich Anzeigen der SPD geradezu spärlich aus. Anzeigen der KPD oder der USPD waren überhaupt nicht zu finden. Auf der Grundlage der Zeitungsanzeigen kann deshalb nur der Wahlkampf der bürgerlichen Gruppen dokumentiert werden.

Nach der Wahl zur Nationalversammlung verloren die Räte zunehmend an Bedeutung. Ihre Auflösung im Kreis Herford setzte zum Teil schon vor der Wahl ein und vollzog sich in Etappen. In Vlotho, Hiddenhausen, Enger und Spenge wurden noch vor dem Ende des Jahres 1918 die Soldatenräte von zurückkehrenden Truppen aufgelöst. Dies entsprach der Strategie der OHL, mit Hilfe gemäßigter Soldatenräte des Feldheeres den Einfluß der oftmals radikaleren Soldatenräte, die sich im Heimatheer gebildet hatten, einzudämmen und die bisherige Kommandostruktur aufrechtzuerhalten. Nach den Vorstellungen der militärischen Führung sollten Soldatenräte militärischen Dienststellen zugeordnet werden und dort lediglich als beratendes Organ fungieren. Bei strenger Auslegung der Bestimmungen des 7. Armeekorps in Münster hätten allerdings sämtliche im Kreis Herford existierenden Soldatenräte aufgelöst werden müssen, da nur bei den Bezirkskommandos, in diesem Fall in Detmold, Soldatenräte gebildet werden sollten. Auf Intervention des Landrates in Herford wurden jedoch die Soldatenräte in Bünde, Gohfeld-Mennighüffen und Herford nicht aufgelöst. Im Zusammenhang mit der Organisationsstruktur der Soldatenräte im Bereich des 7. Armeekorps ist interessant, daß die Initiative zur Bildung überörtlicher Räte vom stellvertretenden Generalkommando in Münster ausging. Von dieser Stelle aus erging bereits am 10.11.1918 der Befehl, wonach jeder Truppenteil zwei Vertreter zu einem Soldatenrat auf Korpsebene, dem sogenannten Generalsoldatenrat, entsenden sollte. Ziel dieser Initiative war es unter anderem, klare Strukturen im Bereich der lokalen Soldatenräte zu schaffen und unbequeme politische Einflüsse von Urlaubern, Zivilisten und Deserteuren auf die Soldatenräte zu unterbinden.<sup>3</sup>

Die Soldatenräte konnten auf diese Weise in die militärischen Kommandostrukturen eingebunden werden und trugen dazu bei, das Autoritätsdefizit des Offizierskorps zu mildern.<sup>4</sup>

Hinweise auf Differenzen zwischen vor Ort bereits existierenden Soldatenräten und den Soldatenräten der zurückkehrenden Truppen finden sich auch im Kreis Herford. In Herford wurden die roten Fahnen auf Rathaus und Bahnhof von Soldaten des Feld-Artillerie-Regiments 7 bereits am Tage seiner Ankunft entfernt. Mitglieder des Herforder Arbeiter- und Soldatenrates setzten die Fahnen danach wieder an ihre Stelle. In Bünde wurde der dort bestehende Soldatenrat von den einrückenden Truppen des Feld-Artillerie-Regiments 43 abgesetzt, wobei es beinahe zu einer bewaffneten Auseinandersetzung gekommen wäre. In Enger und Bünde weisen Nach- bzw. Neuwahlen kurz nach der Konstituierung der Räte auf interne Differenzen hin. Nach der Auflösung der Soldatenräte in Enger, Spenge, Hiddenhausen und Vlotho arbeiteten die in diesen Orten bestehenden Arbeiterräte (in Enger: Volksrat) weiter. Sie lösten sich bis zum Sommer 1919 selbst auf. Das gleiche gilt für die verbliebenen Arbeiter- und Soldatenräte in Gohfeld-Mennighüffen, Herford und Bünde.

Zusammenfassend kann man sagen, daß die Zeit der Revolution 1918/19 im Kreis Herford außerordentlich ruhig und undramatisch verlief. Da die Arbeiter- und Soldatenräte sich von vornherein als "Juniorpartner" der Verwaltung definierten, ergaben sich kaum Reibungspunkte mit den Behörden. Für die Arbeiter- und Soldatenräte im Kreis Herford hatte die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und die Lösung der Versorgungsprobleme eindeutig Vorrang vor der Verfolgung revolutionärer Ziele.

3) Vgl. Kluge, U.; Soldatenräte und Revolution, Studien zur Militärpolitik in Deutschland 1918/19, Göttingen 1975, S. 326ff.

4) Vgl. dazu Richtlinien für die Einwirkung auf die Truppe, herausgegeben vom Chef des Generalstabs des Feldheeres am 16.11.1918, in: Ritter, G.A./Miller, S. (Hg.); Die Deutsche Revolution 1918/19, Dokumente, Hamburg 1983<sup>2</sup>, S. 107ff.

---

## Alltagsprobleme am Ende des Ersten Weltkrieges

### M 1

#### Auszug aus der Chronik des Amtes Bünde

1918 - Die äußere Entwicklung der Gemeinde wurde durch den noch anhaltenden Krieg gehemmt. Die Zigarrenindustrie wurde gezwungen, Arbeiterinnen und Arbeiter zu entlassen. Die meisten von ihnen fanden in der Kriegssindustrie oder im vaterländischen Hilfsdienst Beschäftigung. Hier wurden hohe Löhne gezahlt. Fünf bis zehn Mark für den Tag, besonders in den Munitionsfabriken. Im Juni 1918 waren Rauchwaren aus reinem Tabak gar nicht oder nur unter ungewöhnlich hohen Preisen zu erlangen. Ein Pfund kostete 6 M und mehr. Dem Tabak wurden andere Blätter sogar Buchenblätter beigemischt. Als Zigarrenkisten wurden solche von Pappe verwandt. Ein anderer Erwerbszweig war die Herstellung von Holzkisten in den Kistenfabriken. Die Landwirtschaft hatte weniger unter dem Mangel an Arbeitskräften zu leiden. Standen ihr doch die Kriegsgefangenen zur Verfügung. In Herringhausen befand sich ein Kriegsgefangenenlager. Der Viehbestand nahm sehr ab. Das meiste Vieh mußte abgegeben werden, infolgedessen stiegen die Preise ins Ungeheure. Ein Ferkel von 20 Pfund kostete 100 bis 150 Mark. Ein Ei 28 Pfennig. Zwar hatte der Staat Höchstpreise festgesetzt, aber daneben bestand ein Schleichhandel, der noch höhere Preise erzielte. So kostete ein Pfund Butter 12 bis 15 Mark. 1 Liter Öl 50 Mark. Stoff für einen Anzug 500 bis 700 Mark. Ein Paar Schuhe 70 Mark. Ein Gottesseggen war die gute Ernte. Keine Fruchtart war mißraten. Die vortreffliche Ernte gab Aussicht auf das Durchhalten im 4. Kriegsjahr. Der Tod hielt im Jahr 1918 furchtbare Ernte. Namentlich an der Westfront usw. sich äußerst blutige Kämpfe entwickelten. Auch in der Heimat wurde mancher dahingerafft durch die Grippe. Täglich läuteten die Totenglocken. In der Schule fehlten 20 % der Kinder. Im November stieg die Zahl auf 33 1/3 %. Doch hatte die Seuche nur bei einem Kind einen tödlichen Erfolg. Auffallend war es, daß so viele junge Mädchen von der Grippe dahingerafft wurden.

Am 9. November brach die Revolution aus. Am 14.11.1918 wehte von dem Amtshaus die rote Flagge. Ein Arbeiter und Soldatenrat wurde eingesetzt, der bestimmend und entscheidend auf die Behörde wirkte ... Die Kriegsanleihe, durch die Schüler aufgebracht, ergab 7 562 Mark. Die Schüler beteiligten sich eifrig bei allen Sammlungen. Im August und September wurde viel Laub gesammelt und getrocknet. Das war eine Freude für die Kinder. Unter dem Gesang vaterländischer Lieder zog man an schönen Tagen in den Laubwald und kehrte auch so wieder zurück. Das Stehlen, das oft nicht nur aus der Not geschah, hatte überhand genommen in allen Gemeinden. In einer Nacht wurden in der Zigarrenfabrik Blöbaum und Brune in Ennigloh 6 Mille Zigarren gestohlen. Die Zigarren waren zur Kriegslieferung bestimmt. In derselben Nacht wurden der Kriegerfrau Pörtner in Blanken zwei Schinken und ein Stück Speck gestohlen. Pörtner lag schwerverwundet im Lazarett. Die in der Wilhelmstraße gelegene Heumühle des Karl Voß brannte am 29. Mai um 6 1/2 vollständig nieder.

Quelle: Stadtarchiv Bünde, Chronik des Amtes Bünde, 1918

## M 2

## Auszug aus der Chronik der Gemeinde Gohfeld

Im Frühjahr 1918 nahm das Hamstern wieder überhand. Um dieses Unwesen zu steuern, erhielt die Gemeinde Gohfeld einen Soldaten als Hilfsgendarm. Am 29. Mai 1918 erfolgte von dem Amtmann in Löhne, unterschrieben von I. V. Kißler, Beigeordneter, ein Aufruf zur Abgabe getragener Männeranzüge. Wer nicht freiwillig abgab, und dazu in der Lage war, mußte mit Beschlagnahme rechnen. Das Amt Gohfeld-Mennighüffen hat die erforderlichen Anzüge unbeschlagnahmt zusammenbekommen. Die Reichsbekleidungsstelle will durch freiwillige Abgabe 2 Millionen Anzüge haben. Sie werden verteilt an die Arbeiter der Kriegsindustrie. Anfang 1918 sammelten die Mitglieder des Jungfrauenvereins für die Ludendorffspende, aus der die Kriegsbeschädigten Zuschüsse erhalten sollen ...

Am 29. Juni 1918 erscheinen die Merkblätter zur Laubheugewinnung, ferner das Merkblatt: Sammelt Pilze! Jeder Landwirt muß von jedem Morgen Wiese und Kleeacker 4 1/2 Zentner Heu an die Heeresverwaltung abliefern. Sie zahlt für den Zentner 8 DM. Sammelstelle für unsere Gegend ist Kirchlingern. Im Handel ist wenig Heu. Der Zentner wird mit 30 Mark und darüber bezahlt. Die Ziegenhalter, die auf den Kauf von Heu angewiesen sind, kommen in eine gewisse Notlage. Schwer war es für die kleinen Leute, im Frühjahr 1918 ein Ferkel zur Mast zu kaufen. Ein Pfund Lebendgewicht wurde mit 4 - 5 Mark, Ende Mai sogar mit 7 Mark und darüber gezahlt. Ein Ferkel mit 20 Pfund kostete 140 Mark. Für ein Schweinchen von 45 Pfund wurden Anfang August 270 Mark, für das Pfund Lebendgewicht 6 Mark gezahlt. Überhaupt sind die Preise bis August 1918 ständig gestiegen. Ein Herrenanzug, der im Frieden 75 - 85 Mark kostete, kostete jetzt 600 Mark. Für ein Pfund Butter (Friedenspreis 1,25 M) werden jetzt 15 bis 30 Mark, für ein Ei (Friedenspreis 7 - 9 Pfennig) 1 Mark bis 1,50 Mark gezahlt. Laufend wurden jetzt Sammlungen von Knochen, Alteisen, Weißblech, Emaille, Flaschen, Zwetschgenkernen, Altpapier und Frauenhaar durch die Schulkinder der Gemeinde durchgeführt. Es wurde auch eine Geldsammlung für das Rote Kreuz durchgeführt. Mit banger Sorge verfolgen die Leute die Entwicklung an der Front. Man sieht, daß der Krieg nicht zu gewinnen ist. Eine Friedensnote ist an Wilson von Berlin aus gerichtet. Wilsons Antwort ist da. Sie ist ausgefallen, wie sie jeder Klarsehende erwartet hat. Die Forderungen der Feinde sind angenommen worden. Es geht durch das Volk eine Erregung. Überall Mißstimmungen. Revolution. Arbeiter- und Soldatenräte werden überall eingerichtet. Auf dem Wittel war es um diese Zeit so ruhig wie in Friedenszeiten. Eine Kompanie vom Inf. Reg. 67 wollte Matrosen auf der Herforder Straße abfangen. Des Abends zog sie nach Löhne ab. 14 Tage lang wälzten sich ungeheure Massen von Soldaten dem Inneren des Landes zu. Überall in der Gemeinde waren Einquartierungen. Die Soldaten wurden überall gut bewirtet. Es folgte eine unruhige Zeit, die Unsicherheit nahm zu, Diebstähle kamen oft vor. Am 21.10.1918 hielt die Gemeindevertretung die erste Sitzung unter V.d. Böck, der jetzt Amtmann war, ab. Da die Arbeitslosigkeit stieg, wurden am 21.12.1918 in der Gemeinderatssitzung Notstandsarbeiten beschlossen ...

Bei sämtlichen Notstandsarbeiten sollen in erster Linie Gohfelder Einwohner herangezogen werden. Die Gemeinde Gohfeld hatte nach dem ersten Weltkrieg 268 Tote als Opfer des Krieges zu beklagen.

**M 3**

Schreiben des Regierungspräsidenten in Minden an die Landräte und Ortspolizeibehörden

Regierungspräsident.

Minden, den 11. November 1918.

Oberster Grundsatz für die Geschäftshandhabung kann heute nur der sein, daß unserem Volke Blutvergießen und Gewalttätigkeiten erspart bleiben. Dem hat sich alles aber auch alles unterzuordnen. Es ist zu hoffen, daß dies Ziel erreicht wird, wenn unser Volk vor Hungernot bewahrt bleibt, wenn Arbeitsgelegenheit geschaffen wird, und wenn jeder sich bemüht, den Andern nicht zu reizen.

Ich lege das einem Jeden ans Herz. Dabei weise ich noch besonders darauf hin, daß die Überschußkreise lieber heute als morgen alles liefern, was zu liefern sie nur irgend in der Lage sind. Mit dem heutigen Tage werden Hunderttausende von Rüstungsarbeitern zunächst beschäftigungslos. In den nächsten Tagen schon werden Millionen von Krieger heimkehren. Das trifft zunächst unser Westfalenland. Nahrung für diese zu schaffen gilt es.

gez. v. Campe.

Herren Landräte usw.

Quelle: Stadtarchiv Spenge, A 1259

**M 4**

Zeitungsannoncen und Bekanntmachungen

**Städtischer Gemüseverkauf**  
im Stadtgarten  
Montag nachmittag von 3 Uhr an  
**Rotkohl.**  
Es wird an jede Familie bis zu 20 Pfd. ausgegeben  
Weißkohl ist ebenfalls noch da.  
Städtischer Lebensmittelstelle.

**Der Kleinhandelspreis für Zucker**  
wird für den Landkreis Herford nach Anhörung der Preisprüfungsstelle wie folgt festgesetzt  
für Melis 52 Pfg. für das Pfund  
und „ Brote 54 „ „ „ „ „ „ „ „  
„ Würfel 56 „ „ „ „ „ „ „ „  
Herford, den 13. November 1918.  
Der Kreis Ausschuß.

Quelle: Bänder Generalanzeiger, 16.11.1918



## Bekanntmachung.

Alle Inhaber von  
**Kartoffelbezugscheine für Urlauber  
und Zugezogene**

wurden aufgefordert, diese sofort in der Verkaufsstelle des  
Konsumvereins am Bahnhof zur Belieferung mit vorläufig  
1 Str. vorzulegen.

Bezugscheine, die nicht bis spätestens Ende diese Woche  
dort vorgelegt sind, werden für ungültig erklärt.

Bünde, den 26. November 1918.

Der Magistrat.  
Straubel.

---

## Anträge auf Ausstellung von Saat- karten für Sommergetreide

sind schleunigst bei den Gemeindevorstehern oder den Orts-  
behörden (Ämtern) zu stellen.

Herford, den 25. November 1918.

Der Kreisaustrich.

Quelle: Bänder Generalanzeiger, 27.11.1918

## Bekanntmachung.

Die Ausgabe der

### **Brot-, Fett- und Fleischmarken**

findet am Montag, den 2. Dezember 1918, vormittags  
von 8 $\frac{1}{2}$  bis 12 $\frac{1}{2}$  Uhr und nachmittags von 3 bis 6 Uhr  
und am folgenden Tage vormittags von 8 $\frac{1}{2}$  bis 12 $\frac{1}{2}$  Uhr  
im Rathause statt.

Die Bezugscheinausgabestelle ist während der Ausgabe-  
tage geschlossen.

Bünde, den 29. November 1918.

Der Magistrat.  
Spengemann.

Quelle: Bänder Generalanzeiger, 30.11.1918

## Bekanntmachung.

Um der Gefahr, daß durch nicht entlauste Soldaten Seuchen verschleppt werden, zu begegnen, sind auf Anraten des Demobilmachungskommissars die Ausgabestellen für Lebensmittelkarten angewiesen, den sich zurückmeldenden Heeresangehörige Lebensmittelmarken nur dann auszuhändigen, wenn sie einen Entlassungsschein aus jüngster Zeit vorzeigen können oder sonst nachweisen können, daß sie frei von Läusen sind.

Der Amtmann  
Engelhardt

Der Volks-Rat  
Pohlmann.

Quelle: Engerscher Anzeiger, 08.12.1918

M5

Zeitungsberichte

— (Der Schleichhandel mit Vieh und Fleisch) besteht leider immer noch in sehr erheblichem Umfange. Die Provinzialfleischstelle hat deshalb einen Betrag von zunächst 20000 Mk. zur Zahlung angemessener und gegebenenfalls hoher Prämien für solche Fälle von Schleichhandel mit Vieh und Fleisch und von Geheimschlachtungen verfügbar gemacht, die zur strafrechtlichen Verurteilung führen. Diese Prämien sollen nicht nur an angestellte Beamte, sondern an Jedermann gezahlt werden, dessen Ermittlungen die strafrechtliche Verurteilung der Personen herbeiführen.

Quelle: Bänder Generalanzeiger, 12.11.1918

## Provinz und Umgebung.

\* Herford, 12. Nov. In sämtlichen Schlachtereien werden ab heute auf die Abschnitte 5 und 10 der Fleischkarte für die Woche vom 11. bis 17. November je 20 Gramm Wurst verkauft.

In der Turnhalle am Wilhelmplatz wird täglich Eiweiß-Brot aufstreich verkauft.

\* Herford, 11. Nov. Die Polizeiverwaltung erinnert daran, daß wie bisher die Polizeistunde (nachts 11 Uhr) genau innegehalten ist, das Tanzverbot nach wie vor besteht und der Ausschank von Branntwein an den bekannten Tagen verboten ist.

Quelle: Volkswacht, 13.11.1918

\* Herford, 30. Nov. Der Arbeiter- und Soldaterrat Herford hat mit Hilfe der Kriminalpolizei eine Reihe von heimlichladungen aufgedeckt. Beschlagnahmt wurden bei: Schneidermeister Kruse, Johannisstraße 3, 37 Pfund Fleisch- und Wurstwaren; Witwe Goldstein, Bäckerstraße 12, 160 Pfund Fleisch- und Wurstwaren; Schlossermeister Wilhelm Quante, Komturstraße 3, 13 Pfund Fleisch- und Wurstwaren; Zuckerverfahrenfabrikant und Hilfskonditor Heinrich Tiller, Diebroder Straße 82, 164 Pfund Fleisch- und Wurstwaren; Zeitungsbetleger Heidemann, Bielefelder Straße 29, 71 Pfund Fleisch- und Wurstwaren; Schleifermeister Eskar Hentschel, Brüderstraße 36, 49 Pfund Fleisch- und Wurstwaren; Mühlenbesitzer Friedrich Redeker, Schreuberg, 173 Pfund Fleisch- und Wurstwaren; Fabrikant und Oberleutnant Erwin Seidel, Bielefelder Straße 4, 176 Pfund Fleisch- und Wurstwaren.

Daß der Verleger und Redakteur des Herforder Kreisblattes sich unter den „Durchfallern“ befindet, hat in der Bevölkerung nicht geringes Aufsehen erregt.

Quelle: Volkswacht, 02.12.1918

## Ein Aufruf des Kriegsernährungsamtes.

Wsch. Berlin, 7. Nov. (Amtlich.) Seit vier Jahren hat das deutsche Volk die Lasten und Entbehrungen des Krieges mit bewundernswürdiger Standhaftigkeit getragen. Jetzt steht der Friede und die Aufhebung der Hungerblockade in naher Aussicht. Damit wird auch eine Entspannung unserer Ernährungslage eintreten. Am 1. Dezember wird die Brotration erhöht werden. Andere Erleichterungen werden allmählich folgen. Voraussetzung dafür, wie überhaupt für die weitere Versorgung der Bevölkerung ist die unbedingte Aufrechterhaltung der Ordnung. Jede Störung vermindert die geregelte Lebensmittelzufuhr und bedroht die Großstädte und Industriestädte mit unsagbarem Elend.

Wir wenden uns an das gesamte Volk, diese schwere Gefahr abzuwenden.

Staatssekretär und Vorstand des  
Kriegsernährungsamtes.

Quelle: Herforder Kreisblatt, 08.11.1918

Herford, 8. Nov. Im hiesigen Rathaus tagte vorgestern unter dem Vorsitz des Herrn Bürgermeisters Werner zum ersten Male eine Versammlung von Vertretern verschiedener größerer Vereine und Verbände hiesiger Stadt zur Besprechung und Erörterung von Fragen der Lebensmittelversorgung. Die Mitglieder dieser erweiterten Kommission sind auf Vorschlag der einzelnen Vertretungen vom Magistrat ernannt worden. [...]

Wie der Vorsitzende in seinem einleitenden Vortrage ausführte, sollen diese Tagungen dazu dienen, einmal Wünsche weitester Bevölkerungskreise über die Lebensmittelversorgung an die Stadt zu bringen und zweitens dem Magistrat Gelegenheit geben, getroffene Maßnahmen zu rechtfertigen. Mit letzterem beginnend, verbreitete sich der Redner dann zunächst über die Brotversorgung und teilte hierbei u. a. mit, daß infolge geringer Überweisung von Weizenmehl die Herstellung von Weizenbrot vorläufig noch mäßig bleiben müsse, aber eine Hebung erfahren werde, sobald es möglich sei. — Die Kartoffelversorgung sei zu zwei Dritteln beendet. Wenn auch einzelne der Stadt zugewiesene Ladungen in bezug auf Güte zu wünschen übrig gelassen hätten, so sei doch im großen und ganzen gegen die Güte der Kartoffeln nichts einzuwenden, vor allem wenn man berücksichtige, einmal, daß es unmöglich sei, in weit entfernten Befeierungsbezirken eine Kartoffelabnahme einzurichten, die allen Wünschen gerecht werde und zweitens, daß die Eisenbahn es ablehne, Kartoffeln nur in verbedienten Wagen zu befördern. — Die Versorgung mit Kolonialwaren sei gegenwärtig leider recht mangelhaft, da die Zentral-Verteilungsstelle die Waren aufspare bis zu den Zeiten, da das Gemüse knapp werde; dann aber werde es auch wieder mehr Kolonialwaren geben. Der gegenwärtige Bestand an einzelnen Waren, vor allem an Teigwaren, aber müsse zur Versorgung der Kranken und Kinder bleiben. Auffällig sei die Abneigung eines großen Teiles der hiesigen Bevölkerung gegen die zum Verkauf gelangenden Suppen, die in anderen Städten allgemein recht gern gekauft würden und bei richtiger Zubereitung auch besser, als ihr Ruf seien. — Die Versorgung mit Fleisch und Fett werde sich hoffentlich auf der bisherigen Höhe halten lassen, an eine Heraushebung der Rationen sei aber vorläufig nicht zu denken, besonders auch deshalb nicht, weil sich noch nicht übersehen lasse, inwieweit durch Hauschlachtungen eine Entlastung in der Versorgung eintreten werde. — Der Redner ging am Schluß seiner Ausführungen dann auch auf die Kohlenversorgung ein und gab zu, daß sie leider sehr viel zu wünschen übrig lasse und keine erfreulichen Aussichten für die nächste Zeit zulasse. Neben dem Wagenmangel liege das hauptsächlich an der bedeutend geringer gewordenen Förderung von Kohlen überhaupt, die nun durch das Auftreten der Grippe im Kohlenrevier noch mehr gehemmt werde. Bei den Klagen über mangelhafte Belieferung möge man ferner auch bedenken, daß viele, einst große Fabrikbetriebe, die als solche ihre Kohlen direkt bezogen, zur Einschränkung gezwungen seien und nun nicht mehr zu den 10 Tonnen-Verbrauchern zählen, also von der Stadt beliefert werden müßten. Würde man städtischerseits dieser Belieferung nicht nachkommen, so müßten diese Betriebe schließen und ihre Arbeiter entlassen. Daher heiße es für alle Haushaltungen, sich einschränken und mit anderem Brennmaterial, Holz und Torf, sich versorgen, bis wieder größere Zufuhren an Kohlen eintreffen. Auf alle Fälle aber seien Anträge auf größere Belieferung mit Kohlen vollständig nutzlos. — An den Vortrag schloß sich dann eine recht eingehende Aussprache. In ihr wurde u. a. auf die mangelhafte Beschaffung des Brotes aus einigen Bäckereien hingewiesen und um Abhilfe gebeten. — Auch die Güte einzelner Kartoffelladungen, besonders die hohe Beigabe von Schmutz durch einzelne Lieferanten wurde verurteilt, aber auch zugegeben, daß die Stadt hier fast machtlos sei. — Sehr bedauert wurden die Aussichten in den Ausführungen des Vortragenden über die Kohlenversorgung. Man war allgemein der Ansicht, daß hier alles getan werden müsse, um Wandel zu schaffen. Vor allem dürfe nicht zugelassen werden, daß der Kohlenhändler einzelne Kunden vorziehe,

auch sei die Schaffung eines Reserve-Kohlenlagers durch die Stadt einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. — Im weiteren Verlaufe der Besprechung wurde dann noch auf verschiedene Klagen in der Bevölkerung hingewiesen, so u. a. auf die Beschwerden über die nicht gleichmäßig steigende Delmenge für abgelieferten Delkamen. Einwandfrei, aber wurde hierbei festgestellt, daß die Stadt hieran vollständig schuldlos ist, daß vielmehr die Zentralstelle in Berlin festgesetzt hat, wieviel Del es für die einzelnen Delbaumengen geben soll. Der Stadt wird das Del nur zur Verteilung übergeben. — Scharf verurteilt wurde auch die Hamsterei durch gewerbmäßige Schleichhändler und die Bevorzugung einzelner Kunden durch Schuhwarengeschäfte. Der Vorsitzende bemerkte hierzu, daß hier natürlich mit allgemein gehaltenen Beschwerden nichts anzufangen sei, daß aber bei begründeten Anzeigen nunmehr auch Untersuchungen angestellt und Schuldige bestraft werden würden.

## Solales und Provinzielles

Bünde, den 30. November.

— (In der gestrigen Tabalarbeiter-Versammlung) im Stadtgarten führte Herr Gauleiter Schlüter aus, daß die Tabalarbeiter sich noch nicht der Hoffnung hingeben könnten, Arbeit zu bekommen, wegen Mangel an Rohtabak. Die derzeitige Produktionseinschränkung bis 20 Proz. gegen 1915 bleibe vorläufig bestehen, da der Zeitpunkt der Einfuhr von Tabak noch nicht abgesehen sei. Bezüglich der Wiederaufnahme der Arbeit würden zuerst die aus dem Felde Zurückkehrenden berücksichtigt, dann ältere Arbeiter und die anderen. Von der Demobilisierungskommission seien Richtlinien ausgearbeitet und Abmachungen getroffen, die das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und -nehmer regeln. Die Gewerkschaften sind als berufene Vertreter der Arbeiter anerkannt. Eine Beschränkung der Koalitionsfreiheit bestehe nicht mehr. Die Werkvereine sind nicht anerkannt und sich selbst überlassen. Sämtliche aus dem Felde Zurückkehrenden haben Anspruch auf die Stelle, die sie vor dem Kriege innegehabt haben. Paritätische Arbeitsnachweise werden eingeführt. Die Arbeitslohnbedingungen werden entsprechend den Verhältnissen im Tabakgewerbe kollektiv abgeschlossen, es wird festgesetzt, was der Fabrikant für eine bestimmte Sorte bezahlen muß und dies in einem Tarif festgelegt. Bei Betrieben von 50 Arbeitern an werden Arbeiterausschüsse eingeführt, Einigungsämter von Arbeitgebern und -nehmern eingeführt. Die tägliche Arbeitszeit beträgt 8 Stunden, eine Verdienstminderung darf aus Anlaß der Verkürzung der Arbeitszeit nicht eintreten. Diese Bestimmungen werden allmählich in Kraft treten. Die Bänder Fabrikanten haben beschlossen, den Zurückkehrenden für 14 Tage Lohn und für diese Zeit Urlaub zu geben. In nächster Zeit betrage die Arbeitszeit 6 Stunden, der Lohn würde erhöht, daß der Verdienst nicht weniger werde, es werde der Mille-Lohn wohl 25 Mark durchschnittlich betragen. Der Mann gelte als Ernährer der Familie. Für die Uebergangszeit, wo keine Arbeit vorhanden ist, werde für Notstandsarbeiten gesorgt. Ob nun alles so durchgeführt werden könne, stehe dahin. Aber für jede Familie sei ein Existenzminimum festgesetzt, also ein Mindesteinkommen. Dieses betrage für einzelne männliche Personen über 21 Jahre 75 Mark, weibliche 57 Mark, Witwen (Familie) 75 Mark, Mann 75 Mark, Frau mit Hausstand 94 Mark, Familie mit 1 Kind 107 Mark, 2 Kinder 120 Mark, 3 Kinder 132 Mark, 4 Kinder 142 Mark, 5 Kinder 150 Mark. für jedes weitere Kind unter 14 Jahren 7 Mark mehr. Werden diese Fälle durch die Arbeit nicht erreicht, so müssen sie durch Unterstützung daraufhin erhöht werden. Das seien Vorschläge, die sich vielleicht noch erhöhen. Daneben werden Arbeitsnachweise eingeführt, da ohne Kontrolle keine Arbeitslosigkeit nachzuweisen ist. Die Unterstützungen sind nur ein Notbehelf, um über die schlechte Zeit hinwegzukommen. Der Staat bezahlt fünf Sechstel der Unterstützung, sodas die Gemeinden wenig belastet werden. Schwere Zeiten ständen bezüglich der Ernährung bevor, deshalb sei es notwendig, daß wir durch Einberufung der Nationalversammlung bald zu einem Vorfrieden gelangen, um Lebensmittel und Rohstoffe zu bekommen. Zum Schluß betonte der Redner den Zusammenschluß durch die Organisationen.

---

Arbeitsaufgabe: Schildern Sie die Lebensbedingungen der Bevölkerung am Ende des ersten Weltkrieges!

**Zur politischen Lage in Stadt und  
Kreis Herford Anfang November 1918**

**M 1**

**Aufforderung des Regierungspräsidenten an untergeordnete Behörden über  
Aktivitäten von USPD und Spartakusbund zu berichten**

Der Regierungspräsident.

Minden, den 3. November 1918

Persönlich!

Es läßt sich leider nicht leugnen, daß es der bolschewistischen Propaganda gelungen ist, auch in Deutschland einzudringen. In Industriegegenden sind Flugblätter bolschewistischen Inhalts zu Tausenden verbreitet. Nur in einem Falle scheint es im westlichen Industriebezirk bis dahin gelungen zu sein, durch Aussetzung hoher Prämien die Verteiler festzustellen und zu verhaften. Ich lenke die Aufmerksamkeit darauf. Es ist zu erwägen, ob solchen Flugblättern mit aufklärenden Flugblättern entgegenzutreten ist. Von jeder bolschewistischen Propaganda ist mir sofort Mitteilung zu machen. Auch wäre mir unter allen Umständen ein Bericht darüber erwünscht, ob irgendwelche Sympathien mit der bolschewistischen Richtung im Bezirk festzustellen sind, sowie ob die unabhängige Sozialdemokratie oder gar die Spartakusgruppe vertreten ist.

v. Campe

An  
die Herren Landräte und  
die Oberbürgermeister  
Bielefeld und Herford.

Quelle: Staatsarchiv Detmold, Mi I P, Nr. 480

**M 2**

**Antwort der Polizeiverwaltung der Stadt Herford auf die Anfrage des Regierungspräsidenten, betreffend Aktivitäten der USPD und Spartakusgruppe**

Herford, den 7. Nov. 1918

Eine bolschewistische Propaganda ist hier bisher nicht wahrgenommen worden. Nach übereinstimmenden Aussagen der Arbeitgeber- und Vertrauensleute und den diesseits gemachten Beobachtungen sind auch in der hiesigen Arbeiterschaft augenblicklich keine Sympathien mit der bolschewistischen Richtung vorhanden. Wenn es auch hier einige Heißsporne gibt, so bekennen sich auch diese nicht als Anhänger der Revolution. Die Stimmung der Arbeit-

terschaft ist hier vielmehr noch ruhig und steht teilweise sogar im Widerspruch zur Führung der sozialdemokratisch abhängigen Partei, als ein Teil vor allem der älteren Arbeiter mit der Forderung der Abdankung des Kaisers nicht einverstanden ist. Im übrigen aber hat auch hier die sozialdemokratisch abhängige Partei in den letzten Wochen großen Zulauf gehabt. Flugblätter weder der abhängigen noch der unabhängigen Sozialdemokraten oder der Spartakusgruppe sind hier seit Monaten nicht aufgetaucht. Das Entgegenarbeiten mit Flugblättern aufklärenden Inhalts wird hier nicht nur als erwünscht, sondern als dringend erforderlich gehalten. Bereits Anfang Februar bei der damaligen Befürchtung des Generalstreiks hat die hiesige Verwaltung dementsprechende Anträge an das stellvertretende Generalkommando gerichtet und auch selber das beigefügte Flugblatt herstellen und in 2 000 Exemplaren verteilen lassen. Der Erfolg muß natürlich bei örtlicher Eingeschränktheit leiden und dürfte es sich empfehlen, die Aufklärung systematisch von einer Zentralstelle erfolgen zu lassen. Vorbedingung ist allerdings, daß die Flugblätter geschickt und der Auffassungsgabe der unteren Bevölkerungsschichten entsprechend abgefaßt werden ...

Quelle: Staatsarchiv Detmold, Mi I P, Nr. 480

### M 3

Polizeibericht über eine Versammlung des sozialdemokratischen Vereins Halle-Herford in Löhne-Gohfeld

Der Amtmann  
des Amtes  
Gohfeld-Mennighüffen  
Kreis Herford

Bahnhof Löhne i.W., den 2. November 1918

An  
den Herrn Landrat

H e r f o r d .

Versammlung bei Sander.

Der mit Überwachung der Versammlung betraute Beamte, Pol. Sergt. Seidel, berichtet:

Gohfeld, den 2. November 1918.

Tagesordnung: Die Arbeiterschaft und der kommende Friede.

Einberufer: Sozialdemokratischer Verein Halle-Herford.

Anfang um 8 Uhr nachmittags.

Schluß um 10 Uhr nachmittags.

Es sind anwesend gewesen (schätzungsweise) bei Beginn Männer 15, Frauen 20, am Schluß Männer 15, Frauen 20.

Stadtverordnetenvorsteher Schlüter führte etwa folgendes aus:

Er führte die Anwesenden in die ersten Tage des Krieges zurück und gab seine Ansichten in der Richtung preis, daß er die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand in Serbien nicht der serbischen Regierung in die



Schuhe schob, sondern 2 unreifen Gymnasiasten. Die Kriegserklärung resp. das Ultimatum Österreichs an Serbien bezeichnete er als eine ungerechtfertigte Handlung und den Inhalt als einen unberechtigten Eingriff in die inneren Verhältnisse Serbiens. Das Eingreifen Deutschlands wäre nur zurückzuführen auf die damals herrschende Militär-Autokratie, die auch das Volk über den wahren Zustand unserer inneren Verhältnisse getäuscht habe. Er schilderte dann den jetzigen militärischen Zusammenbruch und die Nutzlosigkeit jeden Weiterkämpfens, da unsere ganze Südgrenze von Bayern bis Schlesien bedroht sei. Dann kam er auf die Berufung der sozialdemokratischen Staatssekretäre und unsere innere Umwälzung und infolgedessen auf die Note an Wilson und deren Folgen. Er äußerte sich sehr bestimmt über den Abschluß des Waffenstillstandes in der nächsten Woche, beinahe bedingungslos und gab in seinen weiteren Ausführungen zu erkennen, daß seine Partei dem elsass-lothringischen und polnischen Volke das Selbstbestimmungsrecht anerkennen und es diesen Völkern selbst überlassen bleiben müßte, zu welchem Staate sie gehören wollen. Er gab ferner der Hoffnung Ausdruck, daß bald weitere Reformen und Demokratisierung hauptsächlich auch in der Kommunalverwaltung folgen werden und, daß in Kürze das Volk sich seine Landräte und Amtmänner selbst wählen wird. Zum Schluß forderte er die Anwesenden auf, dem sozialdemokratischen Verband beizutreten. Die Anwesenden verhielten sich ruhig und gaben wiederholt Zeichen der Zustimmung."

I. V.  
(Kibler)  
Beigeordneter

Quelle: Kreisarchiv Herford, A 406

#### M 4

Polizeibericht über eine sozialdemokratische Versammlung in Bünde vom 06.11.1918

B ü n d e, den 8. November 1918

Der Einberufer der Versammlung, Gottlieb Klüter aus Ennigloh, eröffnete gegen 8 Uhr die Versammlung und erteilte dem Parteisekretär Schreck aus Bielefeld das Wort. Dieser führte etwa folgendes aus.

Zu Beginn des Krieges habe sich die Sozialdemokratie sofort zur Verteidigung des Vaterlandes bereitgefunden und sei hiervon bisher auch nicht abgewichen, obwohl die derzeitige Regierung Fehler begangen hätte. Doch sei es Grundsatz der Sozialdemokratie gewesen, zuerst den äußeren und dann den inneren Feind zu bekämpfen. Er gab Ausführungen über die von der deutschen Regierung seiner Zeit erlassenen Friedensangebote und verurteilte hierbei, daß der uneingeschränkte U-Bootkrieg seiner Zeit so plötzlich auf Betreiben der Alldeutschen und der Vaterlandspartei gekommen sei, obwohl die deutsche Regierung andererseits den Präsidenten Wilson um Einleitung von Friedensverhandlungen gebeten hätte. Durch dieses Doppelspiel sei Wilson zu der Ansicht gekommen, daß in Deutschland zwei Regierungen am Werke seien. Auch habe man durch den uneingeschränkten U-Bootkrieg Amerika als Feind hinzubekommen.

Er kam zu unseren militärischen Leistungen und bezeichnete diese als hervorragend. Auch die militärische Führung des Generalfeldmarschalls Hinden-

burg und des I. Generalquartiermeisters Ludendorff hob er besonders hervor. Er verurteilte jedoch aufs Schärfste, daß (sich, d. Hg.) Ludendorff vor den Wagen der Alldeutschen und der Vaterlandspartei sowie der Kriegsgewinnler, worunter auch Bündler Zigarrenfabrikanten seien, gestellt habe und so eine Politik getrieben, die zu dem jetzigen Zustande geführt habe. Ludendorff sei ein tüchtiger Soldat, aber ein sehr schlechter Politiker. Gerade Ludendorff sei es gewesen, der uns hätte Siege eintragen können, nicht aber Niederlagen. Immer hätte er zum Durchhalten angefeuert. Als aber der Rückschlag Ende September bzw. Anfang Oktober gekommen sei, hätte Ludendorff im Gegensatz zu seinem Gegner Foch, der auch in Zeiten der Not den Kopf habe hochgehalten, die Nerven verloren und habe, als die jetzige Regierung sich noch nicht gebildet hatte, telegraphisch um sofortige Einleitung von Waffenstillstandsverhandlungen gebeten, obwohl seitens der Regierung beabsichtigt gewesen sei, diesen Schritt erst, nachdem die jetzt durchgeführten Änderungen in der Verfassung usw. erledigt gewesen seien, zu tun. Redner stellt ausdrücklich fest, daß also die Waffenstillstandsverhandlungen damals allein auf Betreiben Ludendorffs so schnell eingeleitet werden mußten.

Zu der Kaiserfrage erklärte er, seinetwegen könnte der Kaiser, der heute ja doch nichts mehr zu sagen hätte, bleiben, müsse aber verschwinden, wenn durch sein Verbleiben die Friedensbedingungen schärfer würden. Dann müßten aber auch sämtliche regierenden Fürsten abdanken, wodurch natürlich viel Geld gespart würde.

Der Friede müßte jetzt kommen, und er könnte heute schon sagen, daß er käme, denn sonst würde die Revolution, die er aber nicht wollte, kommen. Er ermahnte die Leute, sich ruhig zu verhalten und forderte zum Eintritt in seine Partei und zum Halten und Lesen der Volkswacht, damit die Partei stark sei, auf.

Gegen 10 Uhr schloß Klüter die Versammlung, die ruhig verlief und von zirka 500 Personen besucht war. Aussprache fand nicht statt.

gez. Beiderbeck,  
Polizeisergeant.

Quelle: Kreisarchiv Herford, A 406

## M 5

Zeitungsbericht über die Stadtverordnetenversammlung in Herford am  
08.11.1918

### Stadtverordneten-Versammlung.

Herford, 8. Nov. In der heutigen Stadtverordnetenversammlung, die von dem stellvertretenden Stadtverordneten-Vorsitze Professor Sellinger geleitet wird, sind 21 Stadtverordnete und am Magistratspräsidenten Oberbürgermeister Busse, Bürgermeister Werner und Magistrats-Assessor Arndt anwesend. Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt die Versammlung zunächst nachstehende

#### Rede des Oberbürgermeisters Busse

entgegen:

Meine sehr verehrten Herren!

Seit der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung, die hier in diesem Saale stattgefunden hat, sind in der außerpolitischen und innerpolitischen Lage unseres Vaterlandes gewaltige Änderungen vorgegangen. Die militärische Uebermacht unserer Feinde, die sich in der Hauptsache auf die unerschöpflichen amerikanischen Menschenmengen und ein technisches von den Fabriken und Werkstätten fast der ganzen Welt hergestelltes Kampfmaterial gründet, hat dazu geführt, daß wir die Erfolge, welche unsere bewundernswürdigen Truppen

davongetragen haben, zum größten Teil haben aufgeben müssen. Es wäre Feigheit, wenn wir nicht heute offen bekennen würden, daß wir den Krieg verloren haben, ein Ergebnis, an welches wohl keiner von uns noch vor drei Monaten gedacht hat. Wie unsere Lage heute ist, müssen wir damit rechnen, daß der Abschluß eines Waffenstillstandes, der uns voraussichtlich nicht nur harte, sondern sogar demüthigende Bedingungen bringen wird, unmittelbar bevorsteht. Trotz dieser schrecklichen Lage heißt es aber den Kopf hochhalten und nicht verzagen. Als unsere erste vornehmste und erste Pflicht möchte ich es bezeichnen, in dieser schweren Zeit unserer jetzigen Volksherrschaft volles Vertrauen zu schenken und ihre Maßnahmen in jeder Hinsicht zu unterstützen. Nichts ist im Augenblick verkehrter, als unerlöste und unberechtigte Kritik zu üben und dadurch die Einigkeit der inneren Front auch nur einen Augenblick zu gefährden. Wir müssen alle umlernen und uns in die anderen Verhältnisse schicken und fügen. Manchem wird es schwer fallen, ich möchte aber nicht anerkennen, darauf ganz besonders hinzuweisen, daß die Entscheidung auf die Waffenstillstandsbedingungen unter allen Umständen er-



Oberbürgermeister Wilhelm Busse

folgen wird in vollem Einvernehmen mit der Obersten Heeresleitung, wie ja auch die Bitte an den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Nordamerika um Mitteilung der Waffenstillstandsbedingungen nur erfolgt ist, nachdem sich die Oberste Heeresleitung ausdrücklich einverstanden erklärt hat. Die Entscheidung unserer Regierung auf die Waffenstillstandsbedingungen, sie mag ausfallen wie sie will, muß für uns unter allen Umständen maßgebend sein. Im Interesse des Vaterlandes haben wir uns zu fügen, es kommt sogar einem Verbrechen am Vaterlande nahe, ihr Schwierigkeiten zu machen.

Am so bedauerlicher ist es, daß diese Verhandlungen, wie der Reichszankler in seinem letzten Aufruf an das deutsche Volk ausgeführt hat, zurzeit vielfach durch Unruhen und disziplinloses Verhalten in ihrem erfolgreichen Verlaufe ernstlich gefährdet werden. Wenngleich ich in dieser Beziehung für Herford keine Besürchtigungen hege, vielmehr zu der gesamten Bürgererschaft, insbesondere auch zu den Kreisen unserer Arbeiterschaft ein festes Vertrauen hege, so möchte ich doch von dieser Stelle aus einen Mahnruf hingehen lassen, mit der Bitte, unter allen Umständen Ruhe zu halten und in der entscheidenden Stunde unseres Vaterlandes die unbedingte Einigkeit der inneren Kräfte zu wahren, in der felsenfesten Überzeugung, daß es unserer Volksgemeinschaft gelingt, das Staats Schiff durch die jegliche Sturmflut hindurchzuführen und uns damit wieder die Aussicht auf bessere Zeiten zu eröffnen.

Was uns die Zukunft bringen wird, wissen wir nicht und können wir heute nicht wissen. Geiragen von dem Bewußtsein, daß unser deutsches Volk in der Zeit vom 1. August 1914 ab übermenschliches geleistet hat, wolle wir uns stark machen für die Zukunft. Unser felsenfester Glaube an die Zukunft unseres lieben deutschen Vaterlandes und unseres arbeitamen, fleißigen, deutschen Volkes bleibt trotz der Not der Zeiten unerschüttert. Lassen Sie uns, meine Herren, unsere gemeinschaftliche Zukunftsaufgabe darin finden, nicht zu ragen, sondern in unerschütterlichem Vertrauen auf den gesunden Sinn unseres Volkes tatkräftig mitzuarbeiten an den großen gewaltigen Zukunftsaufgaben unseres deutschen Vaterlandes.

Der Vorsteher spricht dem Oberbürgermeister für seine beherzigenswerten Worte den herzlichsten Dank der Versammlung aus und betont ebenfalls, daß in diesen schweren Tagen das ganze Volk die Pflicht habe, sich entschlossen und geschlossen hinter die Regierung zu stellen. Nur Ruhe und freiwillige Monneszuht können uns über weitere drohende Erschütterungen unseres Staatslebens hinweghelfen. Der Glaube an uns selber müsse unerschüttert bleiben, dann werde Deutschland auch die Not dieser Tage überwinden und seinen Weg finden durch Nacht zum Licht.

Stadterordnerer H o r s t versichert, daß die Herforder Arbeiterschaft ruhig und besonnen bleiben werde; er mahne aber auch die Polizei-Verwaltung, in diesen Tagen der Erregung sich nicht zu unbefonnenen Maßnahmen hinreichen zu lassen, sondern ihre Beamten anzutweisen, freundlich und entgegenkommend ihre Pflicht zu tun. (Lebhafte Bravo auf der von Frauen dicht besetzten Zuhörertribüne.)

Der Vorsteher verbittet sich diese Beifallskundgebungen, da er sonst gezwungen sei, die Tribüne räumen zu lassen.

Stadtv. K o l l i n g richtet an den Magistrat die dringende Bitte, Sorge dafür zu tragen, daß der ärmeren Bevölkerung zu billigstem Preise Heizmaterial überwiesen werde. Man möge hierfür die Kohlenbestände der Gasanstalt in Anspruch nehmen und Holz und Torf zur Verfügung stellen.

Bürgermeister W e r n e r bestätigt, daß die Kohlenzufuhr sehr zu wünschen übrig lasse. Eine volle Monatsration sei noch im Rückstande, jedoch sei der Stadt von den zuständigen Stellen versprochen worden, daß in nächster Zeit eine verstärkte Belieferung Herfords erfolgen werde. Trotzdem aber rate auch er, dringend, sich mit Holz und Torf einzudecken.

Oberbürgermeister B u s s e glaubt, leider nicht zuzagen zu können, daß die Stadt von ihren Gaskohlen abgeben könne, auch eigne sich diese Kohle für den Hausbrand nicht. Die Bürgererschaft dürfe sich aber versichert halten, daß die Stadtverwaltung alles tue, was in ihrer Macht stehe, um des Kohlenmangels Herr zu werden. Gelingt ihr das nicht im wünschenswerten Umfange, so möge die Kritik nicht die Stadt, sondern die zuständige Reichsverteilstelle für die mangelhafte Versorgung verantwortlich machen.

---

**Arbeitsaufgaben:**

1. Schildern Sie die politische Lage in Stadt und Kreis Herford Anfang November 1918!
2. Vergleichen Sie die Rede des Herforder Oberbürgermeisters Busse mit den Berichten über die sozialdemokratischen Versammlungen. Welche Gemeinsamkeiten/Gegensätze werden deutlich?

## Die Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten und deren Aktivitäten

### A Stadt Herford

M 1

tr. Herford, 11. Nov. In einer Versammlung bei Brinkmann am Sonntagabend gab der Vorsitzende des hiesigen Arbeiter und Soldatenrates, Herr Stadtv. Schlüter, bekannt, daß diese Neuordnung der Verwaltung seit mittag 12 Uhr bestesse. Der Magistrat habe den Arbeiter- und Soldatenrat anerkannt und ihm ein Zimmer des Rathauses für seine Verhandlungen dauernd reserviert. Von Montag ab tragen die Schusleute eine weiße Armbinde mit der Aufschrift „Arbeiter- und Soldatenrat“. Alle Bedingungen, die mit dem Magistrat und der Polizeiverwaltung vereinbart sind, wurden nach wenigen redaktionellen Änderungen angenommen. Nun läge es an der Bürgerschaft, ob man sich gegenseitig „vertrage“. „Der Krieg ist zu Ende. An der Westfront fällt kein Schuß mehr. Unsere Matrosen haben sich mit den Engländern verständigt; überall in Frankreich und England wählt man Arbeiter- und Soldatenräte. Der Imperialismus muß jetzt zerfallen an der Internationale der Arbeiterklasse. An Stelle des Krieges tritt die Verbrüderung der Völker. Der Friede wird nicht ein Friede des Chauvinismus sein, sondern der Internationale; nur auf diese einzige Weise ist es möglich, daß Deutschland nicht in den Abgrund hinabgedrückt wird. Wir haben als Arbeiterkinder den Tag ersehnt, an dem die Tyrannei zusammenbrechen werde.“ — Ein Hoch auf die völkerverfreiende Sozialdemokratie und den Frieden schloß die Ansprache. Hierauf erhoben sich alle Anwesenden zum ehrenden Gedächtnis der im Kriege Gefallenen. Nachdem der Vorsitzende alle Anwesenden — es waren tausend Personen im Saale — zur Ruhe und Ordnung ermahnt hatte, war die Versammlung beendet. Es fand noch eine geschäftliche Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates auf dem Rathause statt.

Quelle: Herforder Kreisblatt, 11.11.1918

M 2



Wilhelm Schlüter (SPD): Gewerkschaftsfunktionär, Stadtverordneter und seit dem 9.11.1918 Vorsitzender des Herforder Arbeiter- und Soldatenrats

M 3

# Bekanntmachung.

Zwischen der Stadtverwaltung Herford, vertreten durch den Magistrat u. den zeitlichen Vertretern des Arbeiters u. Soldatenrats:

1. W. Schlüter, Vorsitzender
2. Reservist Heidemann, stellvertretender Vorsitzender
3. Horst, August, Konsumverwalter
4. Müller, Ludwig, Lokomotivheizer
5. Otke, Karl
6. Schmidt, Hermann
7. Pehold, Gustav
8. Fraß, Franz
9. Kemena, August
10. Bizewachtmeister Lewin
11. Ellerbrock, Gefreiter, Schriftführer
12. Elbracht, Gefreiter
13. Steinmann, Unteroffizier
14. Flohr, Heizer
15. Denare, Sergeant
16. Lindemann, Sergeant
17. Dirker, Sergeant

ist folgendes vereinbart:

1. Zur Aufrechterhaltung der Ruhe und der allgemeinen Ordnung hat sich in Herford ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet, welcher dem Magistrat und der Polizeiverwaltung zur Unterstützung an die Seite tritt.

2. Seine Aufgaben sind:

- a. Schutz des Eigentums der Bürger, der Stadt und des Staates;
- b. Durchführung einer geordneten Lebensmittelverteilung an die Bevölkerung;
- c. Beaufsichtigung und Kontrolle der sich im Stadtkreis Herford aufhaltenden Militärpersonen;
- d. Durchführung der Abgabe von militärischen Waffen u. militärischer Munition.

3. Um diese Aufgaben zu erfüllen, werden nachstehende Anordnungen getroffen:

1. Die mit einem amtlichen Ausweis und einer weißen Urmbinde (Aufschrift: Arbeiter- und Soldatenrat nebst Stempel) versehenen Personen haben die Rechte von Sicherheitsbeamten.
2. Wegen Veränderungen wird auf das allerjüngste eingeschritten.
3. Der öffentliche Verkehr einschließl. Post und Telegraphie soll unter allen Umständen geschützt werden.
4. Sämtliche Militärpersonen, welche sich in Herford aufhalten, haben sich sofort bei dem Arbeiter- und Soldatenrat, Rathhaus, zu melden.
5. Die Arbeit in den Betrieben darf nicht eingestellt werden.

Herford, den 9. November 1918.

Oberbürgermeister Busse, als Vertreter des Magistrats.

Bürgermeister Werner, als Vertreter der Polizeiverwaltung.

Für den Arbeiter- und Soldatenrat: der Vorsitzende Wilhelm Schlüter

## M 4

Zeitungsbericht über die Ereignisse des 9./10. November 1918 in Herford

11. November 1918

Herforder, bedenkt das!

Eine alte Welt sinkt in Trümmer. Die Oktobertage mit ihren verfassungsrechtlichen Umwälzungen im Reich, mit den Proklamationen des gleichen Wahlrechts in den Bundesstaaten, mit den Parlamentarisierungen der Regierungen usw., haben dem Obrigkeitsstaat das Grab bereitet. Im festen Glauben an ein politisch mündiges Volk dürfen wir eine schnelle Fortentwicklung des öffentlichen Lebens und aller seiner Einrichtungen erwarten. Wir hoffen jene Zeit endgültig oder doch auf lange hinaus überwunden, in der über politische Teilnahmslosigkeit zu klagen war. Wir erhoffen diese regere Anteilnahme namentlich von jenen, die in Not und Tod draußen gestanden haben, denen Staat und Heimat auch im Sinne des politischen Ausmaßes wertvoll geworden sind. Daß unser Volk sich mit formellen Konzessionen nicht zufrieden geben, daß es eine alle Lebensbedingungen umfassende Reform verlangen würde, davon waren wir überzeugt. Aber wir hoffen auf eine Verwirklichung aller Selbstverständlichkeiten auf dem Wege der Gesetzgebung und der Volksvertretungen. Nicht der Landtage auf der Grundlage des alten Klassenunrechts, sondern auf dem Boden des gleichen Rechts für alle. In diese Entwicklung haben Arbeiter- und Soldatenräte im Sinne schnellster oder sofortiger Verwirklichung politischer Forderungen eingegriffen. Die besonnene Haltung sowohl der Räte wie der verantwortlichen Behörden hat die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten gewußt. Das ist das Erfreuliche am sonst so aufregenden Bilde, das unser geliebtes Vaterland heute sieht. Unaufhaltsam werden die Ereignisse ihren Lauf nehmen. Mit der allerschnellsten Zurückkehr von Millionen von Soldaten ist zu rechnen. Millionen sind zu transportieren, Millionen plötzlich im Lande zu ernähren. Für viele Hunderttausende ist Arbeitsgelegenheit ohne den notwendigen Vorrat an Kohlen, an Rohstoffen usw. zu schaffen. Hunderttausende Gefangene werden abzugeben und in ihre Heimat zu befördern sein. Auch dem allergeordneten Verwaltungsapparat sind damit riesengroße Aufgaben gestellt.

Am Zusammenbruch hat kein Teil unseres Volkes ein Interesse. Alle müssen übereinstimmend wünschen: Freiwillige vor. Wer in diesen Stunden nützlich glaubt mitwirken zu können, muß sich mit seinen Gaben und Fähigkeiten zur Verfügung stellen. Keine Behörde, und auch der Arbeiter- und Soldatenrat ist eine Behörde, wird solche Angebote zurückweisen dürfen oder wollen. Ordnung und die Ruhe muß bewahrt bleiben.

Auch in unserer Stadt regiert das neue Regiment in kameradschaftlichem Zusammenarbeiten mit dem Magistrat. Von beiden Seiten ist dies Handinhandgehen gewünscht worden. Wir freuen uns darüber, und erblicken darin die sichere Gewähr, daß auch die neue Zeit für unsere gute, alte Stadt Herford einen Abschnitt des Fortschritts und des Aufstieges bedeuten wird. Wir alle, ohne Ausnahme haben daran ein Interesse, daß nichts und Niemand störend und hemmend in diese Entwicklung eingreift. Jeder gehe seiner gewohnten Beschäftigung nach! Wer heute sein

Tagwerk versäumt und der Arbeit fernbleibt, versündigt sich an seinem Volk und gefährdet die ruhige Entwicklung. Der Wechsel in den Gewalten darf nicht der Beginn zu einer wilden Anarchie sein. Wer sich zu einer Ausschreitung hinreißen läßt, ist ein elender Verräter an der Sache seines Volkes und seiner Volksgenossen.

Das Gebot der Stunde ist, wir wiederholen es, was am Sonnabend hier bereits gesagt wurde, sich mit Ruhe und Nüchternheit in die Dinge zu schicken, sich auf den Boden der vollzogenen Tatsachen zu stellen und nicht den Glauben zu verlieren an die glückliche Zukunft und hohe Bestimmung unseres Volkes.

#### Die Lage in Herford am Sonnabend.

Dank den Bemühungen der Stadtverwaltung und der Einsicht der Arbeiterschaft und Soldaten hat sich die Neugestaltung in Herford in aller Ruhe und Ordnung vollzogen. Bereits am Freitagabend war die Bahnhofswache der 67er eingezogen worden. Die hier anwesenden Soldaten haben dann am Sonnabend morgen gegen eine behördliche Bescheinigung auf der Polizeiwache ihre Waffen abgeliefert. Zugleich wurde auf dem Bahnhof unter Leitung von Bürgermeister Werner eine Amtsstelle eingerichtet, auf der den Soldaten Urlaub erteilt wurde. Hier ankommende Militärpersonen wurden angehalten, zur Abgabe der Waffen aufgefordert und dann in die Heimat entlassen. Vielfach entfernten die Soldaten ihre Kokarden und Achselklappen und legten Orden und Ehrenzeichen ab. Das Straßenbild zeigte keine wesentliche Veränderung, wenn man von den Ansammlungen der Volksmenge absieht, welche auf Nachrichten von der Front und aus dem Reich wartete und die von der "Herforder Zeitung" in schneller Folge herausgebrachten Sonderblätter eifrig besprach. Kein Mißton trübte das Ganze.

Am Mittag konstituierte sich der Arbeiter- und Soldatenrat, dem angehören: 1. W. Schlüter, Vorsitzender; 2. Reservist Heidemann, stellv. Vorsitzender; 3. August Horst, Konsumverwalter; 4. Ludwig Müller, Lokomotivheizer; 5. Karl Ottke; 6. Herm. Schmidt; 7. Gust. Petzold; 8. Franz Fraß; 9. Aug. Kemena; 10. Vizewachtmeister Lewin; 11. Gefreiter Ellerbrock, Schriftführer; 12. Gefreiter Elbracht; 13. Unteroffizier Steinmann; 14. Heizer Flohr; 15. Sergeant Demare; 16. Sergeant Lindemann; 17. Sergeant Dirker.

Um 3 Uhr trat der Magistrat mit den Vertretern der Parteien im Rathaus zu einer Beratung zusammen, in der über die nächsten Maßnahmen Beschluß gefaßt wurde. Daran schloß sich eine Sitzung mit dem Arbeiter- und Soldatenrat an, in welcher der Aufruf beschlossen wurde, den wir an anderer Stelle unseres Blattes zur Kenntnis der Leser bringen.

Am Abend fand im Brinkmannschen Saal eine Versammlung statt, in welcher der Vorsitzende des Arbeiter- und Soldatenrates, Stadtv. Schlüter, die Neuordnung in Herford bekannt gab.

Auch am

#### S o n n t a g

hat sich das Leben und Treiben in unserer Stadt ohne jede Besonderheit vollzogen. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat im Einverständnis mit der städtischen Verwaltung eine Reihe von Maßnahmen getroffen zur Aufrechterhaltung der Ordnung. Die Hauptwache befindet sich im Zentralhotel, Kurfürstenstraße 3. Dort haben sich sämtliche Militärpersonen zur Empfangnahme von Ausweisen zu melden. Die Lebensmittelkarten werden nach wie vor für alle Urlauber usw. auf dem Rathaus



ausgestellt. Die Lebensmittelversorgung für die gesamte Bevölkerung wird in der gewohnten Weise weiter erfolgen.

Quelle: Herforder Zeitung, 11.11.1918

## M 5

Bericht des Herforder Kreisblattes vom Dienstag, dem 12.11.1918, über die konstituierende Versammlung des Arbeiter- und Soldatenrates

Der Arbeiter- und Soldatenrat hielt gestern im Tiemeyerschen Saale seine konstituierende Versammlung ab, zu welcher die Mitglieder des hiesigen, sozialdemokratischen Vereins und der Gewerkschaften eingeladen waren. Über 1 000 Personen füllten den Saal. Der Vorsitzende des hiesigen Arbeiter- und Soldatenrates gab in gedrängter Kürze, wie schon am Sonnabend bei Brinkmann geschehen, einen Überblick über das Entstehen und den Werdegang der revolutionären Bewegung in Deutschland und gab hierauf den Zweck der Zusammenkunft an. Diese bestand in erster Linie in der definitiven Wahl des Arbeiter- und Soldatenrates und zum anderen in der Beratung von Anträgen. Nach den vorausgegangenen Mitteilungen des Vorsitzenden befindet sich das Büro des Arbeiter- und Soldatenrates im ehemaligen Gewerkschaftshause, jetzigen Zentralhotel, Kurfürstenstr. 8. Auf Mittwochmorgen sind die Fabrikanten Herfords zu einer Sitzung in das evangelische Vereinshaus eingeladen, um zu erreichen, daß in sämtlichen Fabriken nicht länger als bis 6 Uhr abends gearbeitet wird. Zu gleicher Zeit wird auch die Lohnfrage in dieser Sitzung besprochen werden. Weiter wurde mitgeteilt, daß der Wachdienst des Arbeiter- und Soldatenrates eingehend besprochen und geregelt worden ist. Eine von den in Herford anwesenden Soldaten zu stellende Wachkompanie ist gebildet. Sie besteht aus 150 Mann, die sich freiwillig in den Dienst der Sache stellten. Sodann erfuhr die Versammlung aus dem Munde des Vorsitzenden, daß bereits auch in Bünde und Vlotho Arbeiter- und Soldatenräte gewählt wurden. Weiter hat eine Kommission Einsicht in die Strafakten der im Gefängnis befindlichen Personen genommen. Es könne nicht geduldet werden, daß Leute, die aus Hunger sich einer Straftat schuldig machten, noch weiterhin interniert bleiben. Die Befreiung solcher Personen wird noch heute erfolgen. Selbstverständlich würden Verbrecher ihre verdiente Strafe weiter verbüßen. Über die bisherige Arbeit des Arbeiter- und Soldatenrates entspann sich nach Erledigung einiger untergeordneter Angelegenheiten eine lebhaftere, oft von stürmischen Szenen unterbrochene Debatte. Man warf der Leitung unkorrektes Vorgehen vor, das sich namentlich in der öffentlichen Bekanntmachung zeige. Nach dieser heißt es zum Beispiel, daß der Arbeiter- und Soldatenrat dem Magistrat und der Polizeiverwaltung zwecks Aufrechterhaltung der Ordnung an die Seite tritt. Überall sei das umgekehrt der Fall. Denn der Arbeiter- und Soldatenrat sei es doch, welcher die Macht in den Händen habe. Ferner sei es äußerst bedauerlich, daß Bahnhof und Rathaus keine roten Fahnen trügen, wie es gleichfalls überall der Fall sei. Habe Herford, so fragte der Sprecher, es denn verdient, daß man es so schonend behandle? Man vergegenwärtige sich doch einmal, wie gering ihr Entgegenkommen in der Fürsorge für die Arbeiter- und Soldatenfrauen gewesen sei und wie rücksichtslos hier und da das Auftreten der Polizeiorgane war; wo ferner eine Kriegerfrau mit vier Kindern 45 Mark im Monat erhalten habe, wo noch immer die sämtlichen Polizisten in Waffen einherschritten, ihnen (den Soldaten) aber die Waffen abgenommen werden und wo noch heute Frauen im

Gefängnis saßen, die aus purer Not sich ein Stück Brot gehamstert hätten. Alle diese Einwände wiederlegte oder aber milderte der als Stadtverordneter für den Magistrat gemeinsam tätig gewesene Vorsitzende Schlüter, namentlich aber, was die Unterstützung der Kriegerfrauen betreffe, wo er als Parteivertreter unablässig und mit Erfolg für die betreffenden Frauen gewirkt habe, die heute das fast Dreifache von dem erhielten, als es der Diskussionsredner anführte. Im übrigen könnten nicht alle Aufgaben im Handumdrehen geregelt werden. Nach der Aussprache schritt man zur Wahl von 19 Mitgliedern. Die Liste hat sich danach geändert. Es wurden gewählt als Arbeiter: die Herren Schlüter, Petzold, Horst, Wottke, Müller, Fraß, Kemena und Püster. Von den Soldaten: Heidemann, Ellerbrock, Demare, Lindemann, Frentrup, Wesser, Bentjer, Volbrunn und Frickemeier. Im Anschluß an die zweistündige Versammlung begaben sich die Teilnehmer in geschlossenem Zuge nach dem Rathausplatz, um auf dem Gebäude die rote Fahne zu hissen. Das gleiche geschah auf dem Bahnhofs.

Quelle: Herforder Kreisblatt, 12.11.1918

## M 6

Vermerk in den Akten der Polizeiverwaltung Herford zur Absetzung des zweiten Bürgermeisters Werner durch den Arbeiter- und Soldatenrat

### Bekanntmachung

Die Einwohnerschaft der Stadt Herford wird darauf hingewiesen, daß wie bisher

1. die Polizeistunde (nachts 11 Uhr) genau einzuhalten ist
2. das Tanzverbot nach wie vor bestehen bleibt und
3. der Ausschank von Branntwein an den bestimmten Tagen verboten ist.

Zur Aufrechterhaltung der Ruhe, Sicherheit und Ordnung müssen diese Bestimmungen auf das Strengste durchgeführt werden.

### Aktenvermerk

Da vorliegende Bekanntmachung ohne Einverständnis für den Arbeiter- und Soldatenrat erlassen worden war, beschloß der Arbeiter- und Soldatenrat am Dienstag, 12. November 1918, den Herrn Bürgermeister Werner seiner Ämter zu entheben ...

gez. Werner

Quelle: Akten der Polizeiverwaltung Herford, Stadtarchiv Herford, C 871

## M 7

Bericht des Herforder Oberbürgermeisters Busse an den Regierungspräsidenten in Minden über die Absetzung des 2. Bürgermeisters in Herford durch den Arbeiter- und Soldatenrat

Herford, den 13. November 1918

Königl. Regierung  
Minden  
eingeg. am 14. Nov. 1918

Betrifft: Arbeiter- und Soldatenrat.

Ohne Verfügung.  
Minden, den 14. November 1918

Nr. I P 1689.  
Urschriftlich  
dem Ministerium des Inneren  
in

Berlin

zur geneigten Erwägung überreicht, wie derartige Vorkommnisse zu verhindern sind.  
Öffentliche Unruhen sind nicht zu verhindern, wenn solche Dinge sich wiederholen.  
Der Regierungspräsident.

Im Anschluß an den Bericht vom 10. November 1918 gestatte ich mir mitzuteilen, daß am 12.11.18. auf Veranlassung des Arbeiter- und Soldatenrats eine große öffentliche Versammlung stattgefunden hat, welche ziemlich lebhaft verlaufen ist. Im Anschluß an diese Versammlung hat ein Umzug von etwa 1 000 Personen durch verschiedene Straßen der Stadt Herford stattgefunden. Die Teilnehmer haben sich in einem geschlossenen wohlgeordneten Zuge nach dem neuen Rathaus begeben und auf dem Turme eine rote Flagge aufgezo-gen. Vom Rathaus aus ist der Zug zum Staatsbahnhof marschiert und hat dort ebenfalls die rote Flagge gehißt. Gewalttätigkeiten sind vermieden und Ruhestörungen nicht vorgekommen.

Während der gestrigen Magistrats-Sitzung hat sich ein Vorfall ereignet, den mitzuteilen ich für erforderlich erachte. Gegen 5 Uhr erschien in der Magistrats-Sitzung der Vorsitzende des Arbeiter- und Soldatenrates der Stadt-verordnete Schlüter nebst einem Sergeanten und 2 Soldaten mit aufgepflanztem Seitengewehr. Durch den Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrats wurde sodann ein Beschluß verlesen, durch welchen der 2. Bürgermeister Werner vorläufig und bis auf weiteres seines Amtes enthoben ist. Als Grund für diesen Beschluß wurde auf die Frage des Vorsitzenden des Magistrats erklärt, daß sich Bürgermeister Werner bei der Handhabung der Polizeiverordnung mit den Abmachungen des Arbeiter- und Soldatenrats in Widerspruch gesetzt und dessen Anordnungen unbeachtet gelassen habe. Es handelte sich in Wirklichkeit um ganz geringfügige Tatsachen.

Nach Beendigung der Magistrats-Sitzung hat der unterzeichnete Oberbürgermeister sofort zu vermitteln gesucht. Das Ergebnis war, daß der Arbeiter- und Soldatenrat seinen Beschluß über die Absetzung des 2. Bürgermei-

sters aufgehoben und gleichzeitig den Wunsch ausgesprochen hat, daß der Stadtverordnete Horst als Beirat für die Lebensmittelversorgung gewählt wird, und daß der unterzeichnete Oberbürgermeister die Geschäfte der Polizeiverwaltung übernimmt. Der Magistrat hat sich in einer heute mittag abgehaltenen Sitzung einverstanden erklärt.

Demgemäß habe ich mit dem heutigen Tage die Geschäfte der Polizeiverwaltung an Stelle des 2. Bürgermeisters übernommen. Falls der Herr Regierungs-Präsident es für erforderlich erachtet, bitte ich daher mich umgehend an Stelle des 2. Bürgermeisters Werner zum Polizeiverwalter zu ernennen und mir für den Stadtkreis Herford die Geschäfte der Polizeiverwaltung an Stelle des 2. Bürgermeisters vom heutigen Tage ab zu übertragen.

Der Oberbürgermeister.

Quelle: Mi I P, Nr. 562

## M 8

Erweiterung des Herforder Arbeiter- und Soldatenrates

### M 8.1

## Bekanntmachung.

Der Arbeiter- und Soldatenrat der Stadt Herford hat beschlossen:

Diejenigen politischen Organisationen, welche auf dem Boden der Demokratie stehen und gewillt sind, an dem Aufbau des neuen Deutschland mitzuarbeiten, können Vertreter in den Arbeiter- und Soldatenrat entsenden.

Herford, den 13. November 1918.

Der Vorsigende: Schlüter.

Quelle: Herforder Kreisblatt, 14.11.1918

### M 8.2

Herford, 26. Nov. Der Herforder N. und S.-Rat hat den Kreis seiner Mitglieder erweitert. Ihm gehören seit Sonnabend weiter an: Direktor Baruch, Zeitungsverleger Kuble, Fabrikant R. Koltina, Pastor Meyer, I. Stadtschreiber Kriele und Fabrikantenausgeber Albrecht.

Quelle: Herforder Kreisblatt, 26.11.1918

**M 9**

**Bekanntmachung.**

In einer vom mitunterzeichneten Oberbürgermeister am 12. d. Mts. anberaumten Besprechung der Arbeitgeber, an der Vertreter des Arbeiter- und Soldatenrats teilgenommen haben, ist vereinbart worden, daß der Beginn der Arbeitszeit in den hiesigen Fabrikbetrieben auf frühestens 7 Uhr morgens und der Schluß auf spätestens 6 Uhr abends festgesetzt wird.

Der Oberbürgermeister:

Busse

Der Arbeiter- und Soldatenrat

Schlüter.

Quelle: Kreisarchiv Herford, A 84

**M 10**

**Chronik der Ereignisse in Herford**

- 10. Nov.: Der A.- u. S.-R. legt das Zentral-Hotel für sich mit Beschlag, um die Räume zu Verwaltungszwecken und als Wachlokal zu verwenden.
- 26. Nov.: Das Feld-Artl.-Regt. Nr. 7 traf hier ein, um auf längere Zeit Quartier zu nehmen.
- 26. Nov.: Von Angehörigen des seit gestern hier weilenden Artl.-Regts. wurde die auf dem Rathause befindliche rote Fahne eingezogen. Mitglieder des A.- u. S.-R. setzten das Wahrzeichen wieder an seine Stelle. Am Nachmittag hielt der A.- u. S.-R. die erste öffentl. Sitzung im Rathause ab.
- 28. Nov.: Von einem bürgerl. Vertreter des A.- u. S.-R. wird der Antrag gestellt, den Namen "Arbeiter-Rat" in "Volks-Rat" umzuändern.
- 29. Nov.: Die Wachkompagnie zieht selbst die von ihr angebrachte rote Fahne auf dem Rathause ein.
  
- 4. Dez.: In der zweiten öffentlichen Sitzung des A.- und S.-R. kommt es nach den Berichten der Tagespresse zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den bürgerlichen und den Arbeiter-Vertretern, auch richten sich scharfe, zugespitzte Angriffe gegen den Bürgermeister Werner. Der Antrag: den A.- und S.-R. in Zukunft "Volks- und Soldatenrat" zu nennen, wird wieder zurückgezogen.
- 6. Dez.: Eine sehr gut besuchte Frauenversammlung konnte nicht stattfinden, weil der Referent Severing-Bielefeld nicht erschienen.
- 11. Dez.: In der dritten öffentlichen Sitzung des A.- u. S.-R. erfolgen leidenschaftliche Austragungen zwischen Soldaten-Vertretern und den Vorsitzenden, demzufolge ein Mitglied des Soldatenrates seinen Austritt erklärt. Der anwesende Oberbürgermeister bittet um Beachtung parlamentarischer Gepflogenheiten.
- 12. Dez.: Severing-Bielefeld spricht in einer gut besuchten Frauen-Versammlung bei Brinkmann.
- 14. Dez.: Ein Kraftwagen-Verkehr Herford-Bielefeld wird in einem "Eingesandt" der Tagespresse gefordert.
- 15. Dez.: Das vom A.- und S.-R. als Nationaleigentum erklärte "Zentralhotel" wird, da sich die Wachkompagnie inzwischen aufgelöst hat, wieder geräumt.

20. Dez.: Nachdem die Wahlen der Vertreter zur Nationalversammlung auf den 19. Januar festgelegt worden sind, beginnen die Vorbereitungen der Parteien. Es vergeht kein Tag mehr ohne Versammlung. Die bürgerlichen Parteien richten Partei- und Werbebüros ein.

Quelle: Herforder Monatsblätter, Nr. 1, Dez. 1918, S. 11 und Nr. 2, Jan. 1919, S. 22, Stadtarchiv Herford, C 871

## M 11

Aufruf des Arbeiter- und Soldatenrates Herford, Kohlen zur Verfügung zu stellen

### Solidarität der Herforder Einwohner.

Kalt ist es geworden! Frierend eilen die Menschen durch die Straßen. Glückselig derjenige, der zu Hause eine warme Stube antrifft. Herforder Bürger und Arbeiter sind aber vorhanden, welche über kein Lot Kohlen oder Koks verfügen. Mütter sitzen frierend mit ihren Kindern in ungeheizten Zimmern.

Während Menschen frieren weil sie weder Kohlen noch Koks haben, lagern in Kellern diese Brennstoffe bei solchen Bürgern, die das Glück hatten beliefern zu werden, oder welche sich einen Vorrat an sammeln konnten, weil sie mit Gas kochten.

Der Arbeiter und Soldatenrat will nicht, das eine Familie friert!

Gemeinsam mit der Ortskohlenstelle erläßt er daher die Aufforderung an die Einwohnerschaft, Kohlen zur Verfügung zu stellen. Wer auch nur einen kleineren Vorrat hat helfe hier aus; wenn auch nur mit einem Centner. Der Herr Oberbürgermeister Basse hat sofort seinen gesamten Koks-vorrat angeboten. Mitglieder des Arbeiter und Soldatenrats, wollen ihr kleines Quantum, das sie besitzen, mit freuden teilen.

**Bürger und Arbeiter Herfords!**

Hunger und Kälte sind aufrührerische Gäste, und diese dürfen bei uns keine Stätte mehr haben. Vom Dienstag ab müssen sie aus Herford verbannt sein.

Strömt zum Rathaus und meldet, was ihr an Kohlen und Koks hergeben könnt.

Bald kommt Zufuhr. Schiffe sind unterwegs und ihr bekommt alles zurück.

Arbeiter und Soldatenrat der Stadt Herford.

Schlüter.

Quelle: Herforder Kreisblatt, 18.11.1918

M 12

## **Bekanntmachung.**

Heute kommt alles auf die Aufrechterhaltung eines geordneten Eisenbahnbetriebes an. Nur auf diese Weise ist die Volksernährung und die Abbeförderung unserer Truppen von der Westfront möglich. Alle Eisenbahner arbeiten wie bisher an dieser Aufgabe mit allen ihren Kräften.

**Der Arbeiter- und Soldatenrat.**

gez. Schütter.

Quelle: Herforder Kreisblatt, 14.11.1918

## M 13

## Zeitungsberichte über Sitzungen des Arbeiter- und Soldatenrates

## M 13.1

Herford, 28. Nov. Der Arbeiter- und Soldatenrat hielt gestern nachmittag im Stadtverordnetenversammlungssaale eine zweistündige Sitzung ab, die vom Vorsitzenden Stadtm. Schäfer geleitet wurde. Es handelte sich zunächst um die Festsetzung einer Geschäftsordnung, die den Mitgliedern ausgearbeitet vorlag. Ein Antrag des Mitgliedes Baruch, die Ordnung einer Kommission zu übertragen, wurde abgelehnt und es erfolgte sofortige Durchberatung, die eine Stunde in Anspruch nahm. — Es folgte die Beschlusfassung über Entschädigung der Sicherheitskompanie des A. und S.-Rates, der Kommissionsantrag sieht eine solche von 15 Mark für die Führer, 12 Mark für verheiratete und 10 Mark für unverheiratete Mitglieder vor. Die Verpflegung kommt von da ab in Wegfall. Stadtssekretär Piese als Kommissionsmitglied empfiehlt den Antrag zur Annahme und fragt, ob die bisherige Stärke von 200 Mann auch fernerhin bestehen bleibe. Mitglied Stadtm. Nolling fragt, aus welcher Kasse die Gehälter gezahlt würden. Der Vorsitzende bemerkt dazu, daß staatliche und Gemeindegebäude von der Wache postiert werden und die Kosten demgemäß verteilt werden müßten; die Stärke der Wache sei unbedingt bis auf weiteres beizubehalten, bei der weiterzweigenden Tätigkeit derselben sei die Annahme, als sei sie zu stark, durchaus irrig. Dieser Ansicht schließt sich die Mehrheit an und beschließt, wegen der Kostenfrage mit dem Magistrat zu verhandeln. — Über die Unterbringung versperrter Soldaten berichtet als Kommissionsmitglied Direktor Baruch, daß die Kommission beim Oberbürgermeister in der Angelegenheit vorstellig geworden sei. Es handle sich bei der nicht geringen Zahl versperrter Soldaten um eine zweifellos schwierige Frage. Er, Redner, habe Räume der Fabrik J. Esbach u. Co. zur Verfügung gestellt; die Leute bekämen dort warmes Essen, morgens Kaffee, und schlafen auf Strohläden. Er sei überzeugt, daß diese Einrichtung von allen Soldaten, die dort bisher waren, dankbar anerkannt worden sei. Die Versammlung dankt dem Redner für seine freiwillige Hilfe und behält sich weitere Maßnahmen vor. — Den Bericht der Kohlenkommission erstattete Mitglied Rebold. Wegen des Rücktransportes der Soldaten von der Front sei, wie nicht anders zu erwarten, auch bei uns in Herford ein sehr fühlbarer Mangel an Transportmitteln eingetreten. Da habe sich die Kommission zu einem Aufruf an die Bevölkerung entschlossen, der gute Erfolge wenigstens für die Beseitigung augenblicklicher Not gezeigt habe. Es seien gemeldet an Kohlen 2442 Zentner, an Koks 2572 Zentner, davon sind bisher verkauft 1990 Zentner Kohlen und 690 Zentner Koks. Es verbleibe somit ein Vorrat von 452 Zentnern Kohlen und 1882 Zentnern Koks zur Verteilung an die Bürgerschaft, die bis auf weiteres einen Zentner erhält. Die Kommission habe sich nach Minden begeben, wo sie zu ihrem Leidwesen auf einen Dammbrech hingewiesen sei, der den Abtransport übermäßig erschwere. Es werde nichts unversucht gelassen, um auf jede erdenkliche Weise Hilfe zu schaffen. Von anderer Seite wurde nach längerer Aussprache der Vorschlag gemacht, beim Generalkommando die Stellung von Lastautomobilen zu beantragen, die die Strecke Herford—Damm befahren sollen. In vierhündiger Fahrt (100 Kilometer) könne ein Lastauto 8—10 Tonnen herübertransportieren. Ein solcher Vorschlag soll zur weiteren Erledigung dem Industrie-, Handels- und Gewerbeamt unterbreitet werden. — Eine lebhafte Debatte rief die Quartierfrage hervor. Es wurde bemängelt, daß die bürgerlicherseits zur Verfügung gestellten Unterkünfte für die ankommenden Soldaten in erster Linie von Offizieren besetzt gehalten würden, während in den Sälen pp. die Strohläden für Mannschaften kaum ausreichten. Der Vorsitzende teilte dazu mit, daß ihm Rechtsanwält Dr. Jacobsen geraten habe, falls die Mannschaften genügende Unterkunft verlangt werde, die hiesigen Kirchen in Benutzung zu nehmen. Mitglied Nolling beantragt, den Magistrat zu ersuchen, Strohläden herstellen zu lassen und zwar auf Kosten der Stadt. Mitglied Müller dagegen bittet, die Angelegenheit der Kommission zu übertragen, in deren Rechte das Plenum eingreifen nicht behaft sei. Er bitte ferner, die Kommission um zwei Mitglieder zu verstärken. Dieser Antrag fand Annahme. — Eintae noch weiter auf der Tagesordnung stehende Punkte, so die Bestellung von Beiräten und eine Angelegenheit betreffend den Kriminalbeamten Berg, wurden zur nächsten Sitzung verlagert. Die Sitzungen finden nach der Geschäftsordnung jeden Mittwoch nachmittag, 4 Uhr, statt.



M 13.2

**Sitzung des A.- und S.-Rates Herford.**

tr. Herford, 5. Dezember.

In der gestern nachmittag abgehaltenen Sitzung, die der Vorsitzende, Stadtm. Schlüter leitete, waren außer den Mitgliedern auch die Herren Oberbürgermeister Busse und Bürgermeister Werner anwesend. Die Tribüne war voll besetzt. [...]

3. Antrag betr. den Kriminalbeamten Berg. — Der Antrag bezweckt, den Beamten aus dem Polizeidienste der Stadt zu entfernen. Mitglied Deutjen spricht in längeren Ausführungen über unseren Lesern bekannte Vorgänge, die dem Kriminalbeamten zur Last legen, in ungebührlicher Weise seine Amtsgewalt mißbraucht zu haben. In einem Falle habe er einen Soldaten beinahe erstickt, in anderen einen 18-jährigen Jungen, den er verhaftete, darauf geschlagen, daß dieser mit geschwollenem Auge zur Wade gekommen sei. Mitglied Müller kritisiert, nicht nur Nachteile, sondern auch die Vorzüge zu bedenken, die man dem Beamten Berg keineswegs versagen könne. Berg sei entschieden ein tüchtiger Beamter, der als Kriminalbeamter Hervorragendes leiste. Man möge die Sache damit erledigen, daß man B. verwarne, zu weit zu gehen, er werde sich zwitschellos einem solchen Beschluß fügen. — Der Vorsitzende bringt die Akten über den Vorfall am Wilhelmplatz zur Verlesung. Oberbürgermeister Busse dankt dem Vorsitzenden dafür, denn es ergebe sich, daß allen Gerüchten zum Trost, B. in Notwehr gehandelt habe. Zudem ist der Verletzte ein lange gesuchter Deserteur, der wegen Einbruchs und dergl. verfolgt werde. Er persönlich sei dafür, daß er mit dem A.- und S.-Rat in Frieden und Freundschaft arbeite, aber der Rat der Volksbeauftragten weise darauf hin, daß die bestehenden Gesetze solange in Kraft seien, bis sie durch andere ersetzt sind. Jeder Mensch irre sich und er (Redner) habe sich in den 19 Jahren seiner Amtsführung schon oft geirrt; wollte man ihm jedesmal einen Strich daraus drehen, dann wäre es mit der Lust zur Arbeit bald vorbei. — Auch Bürgermeister Werner spricht sich dahin aus, daß es sich bei Berg um einen der besten Beamten handele, die er jemals kennen gelernt habe. Die Beschuldigungen seien in beiden Fällen gänzlich haltlos. — Es wird hierauf folgender Antrag eingebracht: „Der A.- und S.-Rat beschließt, er hoffe, daß Berg sich in Zukunft human gegen die Bevölkerung benehmen wird, eine Wiederholung seiner ehemaligen Rücksichtslosigkeiten würde dazu führen, daß seine Entlassung gefordert wird.“ Dieser Antrag wurde angenommen. Es wurde ferner mitgeteilt, daß die Staatsanwaltschaft in Bielefeld auf Grund des Aktenmaterials ein Einschreiten gegen Berg wegen Körperverletzung ablehnte.

4. Ein Antrag des Mitgliedes Kuhle betraf die Umwandlung des „Arbeiter- und Soldatenrats“ in einen „Volksrat“. Der Antragsteller begründete ihn mit dem Hinweis auf die gleiche Benennung der A.- und S.-Räte in der engeren Heimat. Nach längerer Debatte, in der sich sämtliche Redner ablehnend verhalten, zieht der Antragsteller den Antrag zurück.

5. In einem Schreiben der hiesigen Zentrumsparterie, die 500 Mitglieder zählt, ersucht dieselbe um Aufnahme von Vertretern in den A.- und S.-Rat. Es schließen sich an der „Bund für Handel, Handwerk und Gewerbe“ und der „Evangelische Männerverein“. Die Anträge der Vereinigungen werden abgelehnt mit der Begründung, daß eine seinerzeit ergangene Aufforderung, dem A.- und S.-Rat Vertreter namhaft zu machen, von diesen Vereinen verpaßt sei und die Körperschaft im übrigen groß genug sei.

Mit dem Schluß der Tagesordnung kommen sodann noch eine ganze Reihe sonstiger Angelegenheiten zur Sprache, die wir hier kurz zusammenfassen:

Wegen der Entlassung der hier einquartierten Soldaten wird der Magistrat ersucht, mit der Gesandtschaft wegen eines Mannes zu diesem Zwecke zu verhandeln, da im Lazarett nur täglich 7—8 Soldaten entlaßt werden können. Die Entlassung einer Kompanie würde also sechs und mehr Wochen in Kurkrud nehmen. — Der Polizeidirektor wünscht, daß die Schutzleute wieder die Pelze tragen möchten. Der Antrag wird abgelehnt, da eine Erfüllung dieser Bitte jedenfalls auch den Polizisten selbst nicht erwünscht sei. — Ein Antrag Büster, Horst u. Gen. ersucht, den hiesigen Geistlichen zu unterjagen, in den Gottesdiensten von der Kanzel herab politische Vorträge zu halten. Ein Geistlicher in der Münsterkirche habe sich kürzlich eine grobe Beschuldigung der jetzigen Regierung erlaubt, indem er gesagt habe, diese sei aus den niederen Volksschichten gebildet, darum müßten die Soldaten dem Kaiser den Treueid halten. (Gelächter.) Es wird aus der Versammlung darauf hingewiesen, daß die heutige Regierung der Kirche keine Vorschriften mache und sogar am 10. November, einen Tag nach Ausbruch der Revolution, auch in Herford an den Kirchen Wachen ausgestellt waren, um die Kirchenbesucher vor etwaigen Belästigungen zu schützen. Nun verlange der A.- und S.-Rat seinerseits, daß er von der Geistlichkeit nicht noch einmal mit Schmutz beworfen werde, andernfalls schärfere Maßregeln ergriffen werden müßten. — Eine Beschwerde der Kohlenkommission wegen Nichtbelieferung des aus demselben zurückgekehrten Kohlenhändlers Mettenbrink mit Kohlen scheinen seitens der Ortskohlenstelle ruft eine längere Debatte hervor, in welcher Bürgermeister Werner es ablehnt, gegen die Maßnahmen seiner vorgelegten Behörde, des Reichs-Kohlenkommissars, zu verstoßen. Das trägt ihm den Vorwurf ein, daß er mit allen Mitteln danach strebe, mit dem A.- und S.-Rat anzudecken und — wie der Vorsitzende bemerkt — sich in der Bürgerchaft wegen seines Bürokratismus immer unbeliebter zu machen.

In eine am Freitag in Bielefeld stattfindende Konferenz der Arbeiter- und Soldatenräte im östlichen Westfalen werden die Mitglieder Schlüter, Seibemann und Wert entsandt.

Schluß 7 Uhr.

M 13.3

## Sitzung des A.- und S.-Rates Herford.

tr. Herford, 11. Dezember 1918.

In der heutigen Sitzung, die vom Vorsitzenden Schläter geleitet wird, ist vom Magistrat Oberbürgermeister Busse anwesend. Die Mitglieder Baruch, Nolting und Kühle fehlen; sie werden vertreten von den Erlahmännern Schirmeister, Wulff und Mehler.

Vor Eintritt in die Tagesordnung verliest der Vorsitzende ein Schreiben der Herforder evangelischen Geistlichen, in welchem diese Verwahrung dagegen einlegen, den in voriger Sitzung des A.- und S.-Rates zur Sprache gebrachten und von der Presse wiedergegebenen Mißbrauch der Kanzel geübt zu haben. Sie hätten in einer Erklärung im „Herforder Ev. Gemeindeboten“ ausdrücklich ihren Standpunkt zur Neuordnung der Dinge dargelegt und könnten nicht dulden, daß ihnen Äußerungen in den Mund gelegt würden, die sie nicht getan hätten.

Der Vorsitzende bemerkt dazu, daß er das Ersuchen der Geistlichkeit um Antworterteilung bis zum 9. cr. nicht habe erfüllen können, da der Brief erst am 10. in seine Hand kam. — Mitglied Büste r erklärte, er nehme von dem in voriger Sitzung Gesagten durchaus nichts zurück. Er selbst habe die Worte des Geistlichen gehört, dessen Namen er nicht kenne. Sie lauteten: „Soldaten, Ihr habt dem König Treue geschworen, haltet den Treueid.“ Und weiter: „Die jetzige Regierung kommt aus den „tersten Schichten des Volkes.“ Er gebe zu, daß es für die alten Herren Pastoren schwierig sei, nun noch sich in die neuen Verhältnisse anzupassen. — Derzeitige Äußerungen sollten sie auf der Kanzel doch lieber unterlassen. — Mitglied Pastor Meyer verlangt, den Namen des betreffenden Geistlichen unter allen Umständen festzustellen, um weitere Nachforschungen anstellen zu können. Es widerspreche im übrigen dem sozialen Empfinden unserer sämtlichen Geistlichen, derartige Äußerungen zu tun; sie alle hätten sich sehr leicht und schnell mit den Verhältnissen abgefunden und hätten das größte Interesse daran, die Angelegenheit aufzuklären. — Mitgl. Büste r bemerkt noch, daß der Fall doch nicht vereinzelt dastehe; viele Kirchenbesucher habe er schon sagen hören, der Gang ins Gotteshaus werde ihnen durch die politischen Machenschaften „verekelt“, es sei oft keine Freude mehr, in die Kirche zu gehen. Im übrigen teile er mit, daß die inkriminierte Äußerung im Hauptgottesdienst der Münsterkirche am Sonntag, 1. Dezember, gefallen sei. — Mitgl. Müller: Wir haben keine Ursache, den Angaben Büsters nicht zu glauben; oder will die Herforder Geistlichkeit sie etwa als Lüge bezeichnen, die ja nach ihrer Ansicht nur auf unserer Seite zu suchen ist? — Mitgl. Pastor Meyer: Nach den Angaben des Herrn Büste r kommt also der 1. Dezember, vormittags 10 Uhr, in Frage. Es ist nicht ausgeschlossen, daß es sich um einen Irrtum oder um ein Mißverständnis handelt, das nur dann nicht in Frage komme, wenn die betr. Äußerung in stenographischen Aufzeichnungen festgehalten sein würde. Er bitte den Vorredner, dann auch den Geistlichen nicht den Vorwurf der Lüge zu machen. — Die Aussprache schließt.

1. Festlegung der Polizeistunde. Vorsitzender Schläter bittet, sich mit der Maßnahme des Regierungspräsidenten, der die Polizeistunde wegen der Kohlen- und Lichtersparnis neuerdings auf 10 Uhr festsetzte, einberstanden zu erklären. — Mitgl. Schirmeister: Im Interesse des Wirtgewerbes bitte er, die Polizeistunde auf 11 Uhr festzusetzen; gerade dies Gewerbe habe erheblich im Kriege gelitten. — Oberbürgermeister Busse widerspricht einer Verlängerung der Polizeistunde ganz entschieden. Es sei nicht nur der Wirtstand, der unter dem Kriege gelitten habe, aber heute seien doch wohl ganz andere Fragen zu lösen und es mache einen einseitigen Eindruck, wenn

auf der einen Seite nach Kohlen und Licht gerufen werde und auf der andern verlange man eine Ausdehnung der Polizeistunde. — Der Antrag des Vorsitzenden wird mit allen gegen drei Stimmen angenommen.

2. Theater-Vorstellung für Soldaten und Arbeitslose. Der Vorsitzende teilt mit, daß sich Direktor Gellert (Deutsches Theater) aus Bielefeld bereit erklärte, für Soldaten und Arbeitslose Theater-Vorstellungen zu geben und zwar völlig kostenlos. — Von verschiedenen Seiten wurde dazu angeregt, auch Vorträge zu arrangieren und zwar wissenschaftliche oder berufliche. In unserer Stadt würden sich zweifellos Kräfte finden, um eine derartige Anregung zum Erfolge zu verhelfen. — Es wird eine Kommission gewählt, welche sich weiter mit der Sache beschäftigen soll; sie besteht aus den Mitgliedern: Meyer, Heidemann, Baruch, Frahs und Mehler.

3. Der Sicherheitsdienst. Vorsitzender Schläter teilt mit: Am 23. November sei die Verordnung erschienen, wonach die Garnison nicht mehr von den Gemeinden, sondern von den Garnisonkommandos bezahlt werden. Nach Verhandlung mit der Garnison, der hiesigen Artillerie, habe man sich geeinigt, daß diese in Zukunft den Wachdienst übernehme, jedoch habe sie die Bedingung daran geknüpft, daß, wenn sie die Wachen bezahlen müsse, auch ihre eigenen Leute dazu verwende. Eine Sicherheitswache von 200 Mann sei heute nicht mehr nötig — fuhr der Vorsitzende fort — denn für die Republik sei jetzt jede Gefahr ausgeschlossen. Bis zum 10. habe der A.- und S.-Rat die Mittel zur Verfügung, die Mannschaften zu löhnen, vom 11. ab höre das auf. — Oberbürgermeister Busse: Die Stadt Herford hat in dieser Angelegenheit von Anfang an insofern geholfen, als sie zunächst einen Zuschuß von 3 Mark zahlte, später 8,70 Mark. Mit dem 11. Dezember solle nun rechtmäßiger Weise die Wache an die Artillerie übergeben werden. Dazu wurde ihm (Meyer) von einigen Leuten der Wache eröffnet, daß eine gewisse Erregung unter den Mannschaften bestehe, weil die Leute nicht ordnungsmäßig gekündigt worden seien; das hätte geschehen müssen, als ihnen die Mitteilung von der Auflösung der Wache gemacht worden sei. Des lieben Friedens willen habe er sich dann entschlossen, anzuordnen, daß den Mannschaften bis zum 21. d. Mts. die Entschädigung weiter von der Stadt gezahlt wird, unbeschagt darum, ob die Herren des Magistrats ihn darin unterstützen, oder im Entschließen. (Schhaffes Bravo!) Natürlich müsse er die Bedingung stellen, daß sich diese Leute nicht als arbeitslos melden. Weiter habe er mitgeteilt, daß aus Verhandlungen, die er mit Vertretern des A.- und S.-Rates führte hervorgehe, daß die Absicht besteht, eine Sicherheitskompanie in Stärke von 40 Mann beizubehalten. Die Kosten hat der Staat zu übernehmen. Er bitte, die Frage der Regelung des Wachdienstes baldmöglichst zu lösen und man möge im übrigen bestrebt sein, die horrenden Ausgaben einzuschränken, wie sie sich nicht nur in Herford, sondern im ganzen Reich zeigten, andernfalls steuere das Vaterland in kurzer Zeit dem unbedingten Staatsbankrott zu.

Nach längerer Debatte, in welcher persönliche Angelegenheiten zwischen dem Vorsitzenden und den Mitgliedern Deutgen und Ellbrod zur Sprache kamen, ergriff Oberbürgermeister Busse nochmals das Wort und bat, doch mehr in sachlicher als in leidenschaftlicher Weise zu verhandeln in der schweren Zeit, in der wir uns alle befinden. Er bitte auch die Damen und Herren auf der Gallerie, keine Zeichen des Beifalls oder Mißfallens zu äußern oder in ähnlicher Weise in den Gang der Verhandlungen eingzugreifen, so sehr er es auch verstehe, wenn sich in dieser Zeit der Umwälzung das Interesse in allen Kreisen für die gegenwärtigen Fragen bemerkbar mache. — Auch aus dem Kreise des A.- und S.-Rates heraus wurde schließlich betont, daß man sich durch persönliche Geiz in der Deffektivität „schhaff“ mache. — Mitglied Deutgen erklärte hierauf seinen Austritt aus dem A.- und S.-Rate.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden wurde eine fünfgliedrige Kommission gewählt, die in der Frage der Wachmannschaften-Übernahme durch die Garnison (Artillerie) unverzüglich und endgültig beraten und beschließen soll. Die Kommission besteht aus den Mitgliedern Schläter, Meise, Heidemann, Dirker und Voigt.

Der Vorsitzende wird sodann beauftragt, die nächste Sitzung nach seinem Ermessen anzukerkennen, je nachdem sich Verhandlungsgegenstände ergeben. Im anderen Falle findet die nächste Sitzung am 8. Januar 1919 statt.

M 13.4

## Sitzung des A.- und S.-Rates Herford.

tr. Herford, 8. Januar.

Vorstandender Schlüter eröffnet die Sitzung um 8 Uhr. Die Tribüne ist voll besetzt von Zuhörern. [...]

4. Wohnungsfrage. Insolange Herantretens wohnungsloser Leute an den A.- und S.-Rat hat dieser beschlossen, in eine Erörterung der Wohnungsfrage einzutreten, um so bald als möglich Abhilfe zu schaffen. Es seien — so führt der Vorsitzende aus — Meldungen gemacht über leerstehende Räumlichkeiten, die man aber nicht zu Wohnungen herstellen lassen wolle. Mitgl. Seidemann führt mehrere an, so das Menze'sche Haus am Neuen Markt, das Lehrensentrar auf Stübberg, die Höckelmann'sche Seckzentrale und andere. Oberbürgermeister Buisse erbittet ein Verzeichnis der leerstehenden Räumlichkeiten über die Menze'sche Besichtigung bezieht sich der Vorsitzend der Stadtkasse, da es sich hier um eine Stiftung handelt. Mitgl. Horst bemerkt, Streitfragen im Mietenninanspruch hätten die Tafel besuchet, daß in Herford in einem Falle 9 Personen in 2 Räumen untergebracht sind. (Hört, hört!) Da müsse Abhilfe schon wegen Infektionsgefahren geschaffen werden. Mitgl. Müller tritt zur Sprache, man möge doch einmal bei den wohlhabenden Leuten um Unterkunft anfragen, Leuten, die — wie z. B. in der Ziel-Vertraße — 14 Räume zur Verfügung hätten, in denen zwei Personen — ein oder zwei Dienstmädchen wohnen. Mitgl. Köster (Architekt) befürwortet warum den sofortigen Beginn von Nachverhandlungen, zu denen Material genug vorhanden sei. Allerdings stoße sich die Mehrzahl der Bauwütigen an den hohen Löhnen. Nicht die Stadt müsse das Bauen in die Hand nehmen, sondern „wir müssen es selber machen“. Damit komme man am weitesten und am schnellsten zum Ziele. — Es erhebt sich eine längere Debatte wegen der vom Korredner erwähnten hohen Löhne, bis Oberbürgermeister Buisse erklärt: Abhilfe kann nur durch das Bauen geschaffen werden. Die praktische Ausführung des Bauens aber begegnet ganz außerordentlichen Schwierigkeiten. Was nützen die schönen Reden und die Broschüren mit bunten Bildern, wenn wir keine Kohlen bekommen zur Beschaffung von Ziegelsteinen. Mit der Beschaffung von Kohlen steht und fällt die ganze Sache! Wenn wir aber Material haben, befürchte ich, daß der Kostenpunkt eine große Rolle spielt, der abschreckend auf die Bauwütigen wirkt. Es ist nicht übertrieben, wenn ich sage, daß jeder, der baut, das Dreifache anwenden muß als vor dem Kriege, dazu handelt es sich um Ersatz, nicht einmal um gutes Material. Es möge eine Kommission zusammentreten, die die Frage in Gemeinschaft mit Herrn Köster und ihm selbst näher berate. — Auf eine Anfrage hin erklärt Mitgl. Nolting, daß z. B. der Bau- und Sparverein bisher nicht gebaut habe, weil auch für diesen die Verhältnisse noch immer viel zu schwierig gewesen seien. Nach einer nochmaligen Erklärung des Mitgl. Köster, daß Arbeit, Verdienst und Wohnungen geschaffen werden könnten, wenn man nur wolle, wird eine Kommission mit der Weiterberatung betraut, bestehend aus den Mitgliedern Köster, Demare, Franz, Müller und Mepler.

Die öffentliche Sitzung ist damit beendet.

Quelle: Herforder Kreisblatt, 9.1.1919

## M 13.5

## Sitzung des A.- u. S.-Rates Herford.

11. Herford, 5. Februar.

Die heutige Sitzung, die vom stellvert. Vorsitzenden, Herrn Seidemann, geleitet wird, beginnt um 3 Uhr. Es wurde folgendes verhandelt bzw. beschlossen:

1. **Wohnungsfrage.** In dieser vielumstrittenen Frage ist, wie der Vorsitzende ausführt, seitens des A.- u. S.-Rates mancher Weg erprobt worden, aber zu einem befriedigenden Resultate ist man nicht gekommen. Herr Oberbürgermeister B u s s e führt aus: Mit der Frage der Feststellung überflüssiger, zu Wohnungen herzustellender Räume hat sich auch der Magistrat in seiner letzten Sitzung eingehend beschäftigt. Er erwog zunächst, ob die Stadt nicht in der Lage sei, eine Anzahl von Kleinwohnungen herzustellen und stellte ein Projekt auf, wonach am sogenannten Armenkamp (am Viehstrickenweg) Wohnungen zu bauen seien, zu deren Errichtung man eine staatliche Beihilfe erhoffte; die Kosten werden auf 250 000 Mark veranschlagt. Der Stadtverordneten-Versammlung werde demnächst eine diesbezügliche Vorlage gehen. Der Abstand der Wohnungsfrage werde allerdings nicht vor dem Hochsommer beseitigt sein, da die Beschaffung der Materialien ein gewichtiges Wort mitspreche. Die Baukommission steht in der Frage, wie schnellsten Weges Abhilfe geschaffen werden könne, auf dem Standpunkte, daß 1. eine Beschlagnahme leerstehender Fabriken und Scheunen, die sich zu Wohnungen herrichten lassen, zu erfolgen habe oder 2. ein Eingriff in solche Privatwohnungen stattfinden müsse, wo ohne Bedenken den Bewohnern zugemutet werden könne, daß sie nach einer Familie bei sich aufnehmen können. Wenn der A.- u. S.-Rat den letzteren Plan rücksichtslos durchzuführen gedenke, so sei das ein zweischneidiges Schwert und er (Redner) warne, unnütze Härten und Mißstimmungen in der Bürgererschaft hervorzurufen. Wenn der Magistrat mit der Baukommission gemeinsam die Fragen prüfe, müßte es genügen. Beide würden zu einem günstigen Resultat kommen, für die in Frage kommenden 200-300 Familien Unterkunft zu beschaffen. — Mitglied P a r t bezweifelt, daß es sich wirklich um eine so hohe Zahl handelt, wenn auch nicht zu verkennen sei, daß tatsächlich in gewissen Familienwohnungen bittere Not herrsche. Er bitte, erst einmal die Fabrik- u. pp. Räume auszufinden, die sich am leichtesten und billigsten umbauen lassen, dann werde bis zum 1. April schon ein gut Stück geholt sein. — Mitgl. R e m e n a betont, daß es sich hier in der Hauptsache um Kriegsgetraute handelt, die nach langen Entbehrungen im Felde jetzt endlich und mit Recht ein Heim verlangen. Der A.- und S.-Rat müsse nur rücksichtslos bei den Willensbestimmern zugreifen. — Der Antrag auf Vollmacht zur Beschaffung der Wohnungen mit der Baukommission seitens des A.- u. S.-Rates wird angenommen.

2. **Bürgermeister Werner.** Der Vorsitzende führt aus, daß es hier eigentlich richtiger heißen müsse: Die Kohlenfrage. Die ärmere Bevölkerung stehe oft stundenlang auf der Straße, um einen Zentner Kohlen zu erlangen und reichen Leuten würden 30-40 Zentner und mehr in die Häuser gefahren. So seien in letzter Zeit bei 20 Herren in Herford insgesamt 406 Zentner beschlagnahmt worden, welche diesen mit Hilfe des Bürgermeisters Werner ohne Marken aufgehoben seien. (Unruhe.) Dieser Verwalter der Ortskohlenstelle, darüber befragt, sage nun, er wisse über die ganze Sache nichts. Mitgl. Schläter (Sohn des verhängenen Vorsitzenden) bestätigt die Angaben. — Oberbürgermeister B u s s e führt dazu aus: Er sei der Letzte, der solche Tatsachen beschönigen wolle. Die Sachlage sei aber die, daß es sich um Kohlen handelt, die von der Kleinbahn bezogen und von dieser an die 20 Herren verteilt seien. Das Büro sei auf das Vorhandensein der Kohlen aufmerksam gemacht worden und der Sekretär Friede habe den Waggon angehalten. Der Bürgermeister Werner aber habe erklärt, er sei nicht befugt, die Sendung anzuhalten und habe sie freigelassen. Redner schlug folgendes Verfahren vor: ein Schreiben an die Empfänger zu richten des Inhalts, sie zu ersuchen, die Kohlen innerhalb einer bestimmten Frist herauszugeben und der Stadt zur Verfügung zu stellen. Erst wenn diese Mahnung unfruchtbar verläuft, dann solle man zu schärferen Maßnahmen übergehen. Wenn seitens des A.- u. S.-Rates jetzt dem Bürgermeister Werner die ganze Schuld an solchen Vorgängen aufgebürdet und dessen Dienstentlassung gefordert werde, so sei den Herren wohl bekannt, daß W. mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand (Nerven) — er sei körperlich und seelisch zusammengebrochen

— bereits seinen Abschied zum 1. April erbeten und erhalten habe. W. habe aber vorgestern auf Grund ärztlichen Attestes dauernden Urlaub vom kommenden Montag ab erhalten, er gehe also soviel in den nächsten Tagen schon. Ob sein so baldiges Fortgehen, nach welchem er (Redner) dann ganz allein die Verwaltung in Händen habe, der Stadt zum Vorteil gereichen würde, sei eine andere Frage. Wenn weiter dem Räte eines Vorredners, kurzerhand bei den betreffenden Herren in die Keller einzudringen und die Kohlen herauszubolen, gefolgt werde, so freibe man damit dem Anarchismus zu, und derartige Zustände wollten doch wohl alle Herren Mitglieder in Herford nicht herbeisehen. Es freue ihn deshalb, feststellen zu können, daß auch Herr Müller in dieser Beziehung Besonnenheit empfohlen habe. — Der Vorsitzende bemerkt, daß nach Unterredung mit dem Herrn an den die Kohlen unter Deckadresse gerichtet waren solche „Schreibungen“ nicht zum ersten Male vorgekommen seien. (Hört, hört!) — Es wird wiederum die Annahme des Antrages auf sofortige Entlassung des Bürgermeisters Werner empfohlen. — Oberbürgermeister B u s s e erklärt dazu, daß nach einem Bescheide der Reichsregierung, die doch auch die Antragsteller respektieren müßten, die A.- u. S.-Räte keinerlei Befugnisse haben, Beamte zu entlassen. Er habe überdies mit dem scheidenden Bürgermeister in den letzten drei Tagen seines Hierseins so manches zu besprechen, was gewiß nur der Einwohnerschaft zum Vorteil gereichen werde. — In der weiteren Aussprache tritt auch P. M e y e r für Bürgermeister Werner ein, während die Mitglieder Kemena und Deutzen versuchen, die Atteste des Kreisarztes in dieser Angelegenheit zu kritisieren, welches Recht ihnen von den Mitgliedern P. Meyer und Müller bestritten wird. — Nach Beantragung auf Schluß der Debatte wird der Antrag, wie ihn Oberbürgermeister B u s s e formulierte, abgelehnt und der der Kommission angenommen, wonach den 20 Herren die Kohlen aus den Kellern geholt, die damit beauftragten Arbeitsschleier zu Lasten der Besitzer besolbet und die Kohlen alsbald an die ärmere Bevölkerung verteilt werden sollen.

3. **Belegung von Ressorts.** Es wurden, so führte der Vorsitzende aus, sehr viele Anträge auf dem Gebiete der Familienunterstützung, der Armenpflege und Arbeitslosenfürsorge gestellt, welche oft wochenlang auf die Seite gelegt und dann in ablehnendem Sinne beantwortet worden seien. Auch hier müsse der A.- u. S.-Rat intensiver eingreifen. — Mitgl. D e u t j e n führt dazu an, daß an erkrankte Witwensfrauen nicht nur das Gehalt weitergezahlt, sondern ihnen auch noch Gratifikationen in Höhe von 150 Mark gewährt wurden, während einem 79-jährigen Manne wöchentlich ganze 6 Mark Armenunterstützung zuerkannt seien. Hier müsse sofort Wandel geschaffen werden. — Mitgl. P. M e y e r unterstützt die Tendenz des Antrages; es dürfe in Unterstützungsfragen nicht zu formalistisch verfahren werden. Mit Rücksicht auf die heutige Leuerung müßten auch entsprechende ausbreitende Unterstützungen gewährt werden. Der Vorsitzende habe aber in bezug auf die Armenpflege zwei Namen von Armenpflegern angeführt, deren Tätigkeit gerade in dieser Frage hervorragend genannt werden müsse, weshalb er diese in aller Deffektivität in Schutz nehme, da die kritisierten Herren sich zu verteidigen nicht in der Lage seien. — Nach längerer Debatte zur Geschäftsordnung wird in die Arbeitslosenfürsorge Mitgl. Deutzen, in die Armenpflege Ellerbrod und in die Familienunterstützungskommission Mitgl. Müller delegiert.

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Der Vorsitzende schließt die Tagung mit dem Wunsch, daß die Sitzungen dieses Saales nach den Kommunalwahlen von Sozialdemokraten mit Beschlag belegt werden möchten, dann würden sich bald die Arbeiter für den A.- u. S.-Rat verringern. — (Schluß gegen 6 Uhr.)

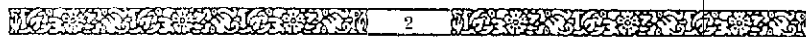
## M 14

## Kommentare der "Herforder Monatsblätter" zur Revolution in Herford

Hinweis: Von Dezember 1918 bis Mai 1919 erschienen in 7 Ausgaben die "Herforder Monatsblätter zur Förderung wirtschaftlicher, sozialer und geistiger Interessen." Ihr Herausgeber Fritz Schmidt war Anhänger der Sozialdemokratie gewesen, bevor er Ende 1918 Mitbegründer der USPD in Herford wurde. Später wechselte er zur KPD; zeitweilig war er Stadtverordneter.

Fritz Schmidt kritisierte den Arbeiter- und Soldatenrat und die MSPD immer wieder wegen vermeintlicher Versäumnisse und Fehlentscheidungen. Dies führte zu heftigen Kontroversen.

## M 14.1



## Die Revolution in Herford.

Als große weltbewegende Umwälzung der Dinge kam die Revolution in unserer Heimatstadt beim allerbesten Willen nicht angesehen werden. Die Umgestaltung hat sich vielmehr wie in tausend andern Orten — wenn wir so sagen dürfen — gar zu gemächlich abgespielt, und dürfte deshalb wohl bei allzuviel Herfordern eine innere Befriedigung nicht ausgelöst haben.

Nicht, daß wir lieber Gewaltakte als äußerlich sichtbares Zeichen gesehen hätten. Oh nein! Was wir vermißten, war vielmehr die Weihe zu dem großen Weltgeschehen, die sich doch in der einen oder anderen Form hätte finden lassen müssen.

Der Mutter der Freiheit „Revolution“, von Millionen Menschen so heiß ersehnt, von Dichtern aller Nationen besungen, wurde in Herford wirklich nicht der gebührende Empfang.

Die Zeitenuhr war wieder einmal abgelaufen. Eine neue Zeit brach an, und die große erhabene Stunde hat nur weniger große, weniger erhabene Geister in Herford gefunden.

Kenntnis von der Einsetzung eines Arbeiter- und Soldatenrates und den damit verbundenen Wechsel der Vollzugsgewalt erhielt die Herforder Einwohnerschaft am Sonnabend, den 9. November, in einer Versammlung bei Brinkmann am Renntor.

Wenig zusagend und noch viel weniger befriedigend gestaltete sich diese doch eigentlich so bedeutungsvolle Kundgebung. Jeder zielbewußten Organisation und Leitung war, nahm die Versammlung einen, nach billigen Erwartungen gemessen, geradezu kläglich zu nennenden Verlauf, der alles andere verdient, als besonders festgehalten zu werden, und schweigen auch wir deshalb uns besser darüber aus.

Für Montag, den 11. November, war nach Feierabend eine Versammlung der Gewerkschaftsmitglieder, der

Mitglieder der sozialdemokratischen Partei und aller in Herford anwesenden Militärpersonen nach Semeier auf den Stiftberg einberufen, in welcher die Wahl des Arbeiter- und Soldatenrates bestätigt werden sollte. Ein trüber, regnerischer und deshalb unfreundlicher Novembertag war es. Ein Tag, an welchem ein warmes Zimmer als Aufenthalt allen anderen vorzuziehen ist. Und trotz des Wetters Unbill waren hunderte von Arbeitern, Arbeiterinnen und Soldaten erschienen, um pflichtgemäß ihre Stimmen zu dem ferneren Werdegange der Geschichte abzugeben.

Und auch hier wieder ein wenig befriedigendes Bild. Nach einem kurzen, geistig vollkommen inhaltslosen Bericht, konnte es nicht wundernehmen, daß die Stimmung den gewaltigen Ereignissen nicht entsprach. Kein Hauch einer tieferen Empfindung, keine Spur einer hellen, herzlichen Begeisterung. Dann setzte aus den Reihen der Soldaten eine überaus scharfe, nur auf Hohn gestimmte Kritik gegen die Leitung ein, die nun freilich den stärksten, mitunter tosenden Beifall der Mehrheit der Versammlung fand. Das waren Wetterzeichen, solch' drohender dunkler Art, wie sie vernichtenden Stürmen vorauszuweichen pflegen und eine jede gesunde Entwicklung unterbinden müssen, den Aufbau einer neuen Welt zur Unmöglichkeit machen. Und niemand war da, der die bösen Wetterzeichen rechtzeitig erkannt, verstanden hätte und auf erfolgreiche Abwehr bedacht gewesen wäre.

Das Ende vom Liede war, daß der scharfe Kritiker, gegen die offenkundig zutage tretende Abneigung der führenden Personen als Mitglied in den Soldatenrat gewählt wurde.

Nach der Wiedergabe der geschilderten Vorgänge dürfte es jedem Urteilsfähigen klar und verständlich sein, daß die Herforder Arbeiterschaft der rechten Leitung ermangelte, ihr eine geistig

befähigte und den Aufgaben gewachsene Führung fehlte.

Ganz selbstverständlich ist demgegenüber wohl, daß es nicht zu unserer Aufgabe gehören kann, den Gründen dieses sichtbaren Verfalls nachzuprüfen und öffentlich aufzulegen. Das sind vielmehr ureigenste Angelegenheiten der Gesamtarbeiterschaft, wie sie sich damit abfindet, ist ihre Sache. Eins jedoch wollen wir zum Ausdruck bringen. Auch die Herforder Arbeiterschaft wird nicht umhin können, einer Forderung des Tages und der Gesamtheit Rechnung zu tragen, die da lautet:

„Jedem Manne die rechte Stelle!“  
 „Jede Stelle dem rechten Manne!“

Sollte diese Forderung von der Arbeiterschaft übersehen oder gar absichtlich mißachtet werden, so dürfte sie es sein — und nur sie allein — die den schwersten Schaden zu tragen hätte. Weiter möchten wir erklärend hinzufügen, daß, wenn wir oben von einem Verfall sprachen, uns dabei frühere Jahre vor Augen standen, in denen die Herforder Arbeiterschaft über mustergiltige Organisationen verfügte, ihrer Führung die uneingeschränkste Anerkennung zuteil wurde, und sie selbst oft genug Zeugnis von strengster Disziplin und machtvollster Organisationsgabe ablegte.

Scheinbar von allen guten Geistern verlassen, ließ sich der Arbeiter- und Soldatenrat am Dienstag, den 12. November zu einem Mißgriff verleiten, der sich leicht hätte vermeiden lassen. Der Arbeiter- und Soldatenrat setzte den 2. Bürgermeister Werner ab und ließ ihn, von einer 4 Mann starken Eskorte mit aufgepflanztem Seitengewehr wie einen Schwerverbrecher durch die Stadt nach dem Quartier führen, um ihn nach einer halben Stunde ohne eine Vernehmung zu entlassen und schon am folgenden Tage wieder in sein Amt als Bürgermeister einzusetzen.

Abgesehen davon, daß „schlechte Menschen“ ein Preisrätsel darüber

auszuschreiben gedachten, welche von den beiden Handlungen „die Absetzung“ oder die „Wiedereinsetzung“ des 2. Bürgermeisters die größere Dummheit gewesen sei?, ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß dieser Späß der Arbeiter-Partei bei den Wahlen einige hundert Stimmen kosten wird, wie er der hiesigen demokratischen Vereinigung mehrere hundert Mitglieder zugeführt hat. Von Interesse dürfte es aber auch sein, zu hören, wie man solche Vorkommnisse anderswo beurteilt und einschätzt. In ihrer Nummer 275 vom 23. November brachte die „Volkswacht“ in Bielefeld folgende Notiz:

Kinderreiche. Düsseldorf, 20. Nov. Die von der Spartakusgruppe über den Bürgermeister Dr. Dehler verhängte Maßnahme der Schußhaft und vorläufige Suspension von der Führung der Geschäfte sind wieder aufgehoben worden. Dr. Dehler ist wieder dienstlich tätig.

Die „Volkswacht“ nimmt davon Abstand, die gebrachte Notiz durch ein Kommentar abzuschwächen; wir glauben gut daran zu tun, wenn wir dem Beispiele folgen.

Nach all' dem machte sich in der Herforder Arbeiterschaft eine ziemlich gedrückte Stimmung geltend, die erst eine nachhaltige Besserung nach einer am 27. Novbr. tagenden öffentlichen Versammlung mit dem Redakteur Severing aus Bielefeld als Redner erfuhr. Das Thema: „Das neue Deutschland“ geradezu meisterhaft beherrschend, schöpfte der Referent aus dem tiefen Geistesbrunnen des Sozialismus und weckte in den Herzen der tausendköpfigen Menge ein freundiges Echo, erfüllte die Zuhörer mit Vertrauen.

Vielleicht ist es möglich, daß die Versammlung und das prächtige Referat der Herforder Arbeiterschaft Veranlassung gibt, in der Zusammensetzung ihrer Führer eine entscheidende Änderung einzutreten zu lassen und dadurch der Vorsprung, den das Bürgertum inzwischen genommen hat, wieder wettgemacht wird.

M 14.2

Nunbig kann deshalb ausgesprochen werden, daß in dieser Zusammenlegung es die Vertretung der Bürgerlichkeit ist, die die Leitung im Arbeiterrate in der Hand hat. Wir begnügen uns damit, nur zwei Worte zu zitieren: „Welche Wendung!“

Zu der bürgerlichen Bewegung soll noch eine Frauen-Versammlung Erwähnung finden, die am 26. November im Vereinsgebäude unter vielerlei Befestigung stattfand. Das Referat hatte Graf Dr. von Schreiner am Lyzeum übernommen. Auch diese Versammlung stellt unstrittig nicht nur einen sehr großen Erfolg des Bürgerturns, sondern auch einen gewaltigen Vorprung der Arbeiterchaft gegenüber dar.

Der Inhalt des Referates kann im allgemeinen Anlaß zu einer abnehmenden Kritik nicht geben. Die Referentin fand sehr gute, beherzigenswerte, aber auch weniger zugehende Worte. Insbesondere wollte uns die scharfe Wendung gegen unsere Feinde nicht angebracht erscheinen. Nach unserer Meinung ist gerade genug daß und Feindschaft in der Welt, und ob es da rätlich erscheint, immer wieder neue Saat ausstreuen, das sollte sich die Referentin ernstlich fragen. Ganz abgesehen davon, daß sich solche Worte „aus klagen Frauenmunde“ — wie die „Vorforder Zeitung“ in ihrem Bericht so „hübsch“ schreibt — nicht besonders ausnehmen. Rarikaturenhaft mußte das Schlußstück der Leiterin der Versammlung sollte nun doch so langsam klar werden, daß es kein „Deutschland über alles“ mehr gibt. Von dem wahren Ernste der Zeit scheint diese Dame noch herzlich wenig begriffen zu haben.

Der Volkshändigkeit wegen können wir unsere Betrachtungen nicht schließen, ohne mit ein paar Worten auf eine Mitglieder-Versammlung der konservativen Partei zurückzukommen.

Nach Berichten der Tagespresse soll sich auch diese Versammlung einmütig mit den gegebenen Verhältnissen abgefunden haben. Das „einmütigen“ ist gut. Wer die konservativen Herren kennt, wird mit uns der Meinung sein, daß sich

anzustellen und kommen daraus zu folgendem Ergebnis:

Weniger der Arbeiterchaft gehören im Arbeiterate 8 Mitglieder dem Führer und ein anderes ist Angehöriger einer Organisation. Bei den 6 Vertretern der Bürgerchaft kommt überdauert kein Absieger in Frage, sie setzen sich aus einem Direktor, einem Redakteur, einem Fabrikanten, einem Doktor, dem ersten Stadtrichter und einem Bahnamten zusammen.

Zeigt schon diese Gegenüberstellung allein, daß geistige Befähigung und Intelligenz sich mit einem entchiedenen Übergewicht auf die Seite des Bürgerturns neigen. So ist es damit aber noch gar nicht allein getan, es sind vielmehr noch die folgenden drei Punkte in Rechnung zu stellen:

1. Der in Frage kommende Direktor ist allgemein als sehr kluger, mit reichen Erfahrungen ausgestatteter Herr bekannt, der in allen nur denkbaren Fragen und Situationen die allgerichtigste Wendung beifügt.

2. Der Redakteur gilt zur Zeit als bester Redner in Dorford, wie ihn auch in politischer Erfahrung kein zweiter an die Seite zu stellen sein wird. Daß er aus seiner ganzen Tätigkeit heraus über ein umfangreiches Wissen verfügt, braucht nicht erst Erwähnung zu finden.

3. Der Doktor hat bis jetzt das Reichstagsmandat im Besitz gehabt, ist also ebenfalls politisch auf das Beste geschult und sitzt in allen Saiteln fest.

Stellt so schon die eine Hälfte der bürgerlichen Vertreter geradezu hervorragende Persönlichkeiten dar, denen die Arbeiterchaft auch nicht annähernd ebenbürtige Kräfte gegenüberstellen vermag, so ist aber auch die andere Hälfte keineswegs zu unterschätzen. Es sind Leute mit umfassenden Kenntnissen, denen taktische Fehler so leicht nicht unterlaufen werden. Zu den genannten Vorteilen kommt noch hinzu, daß alle bürgerlichen Vertreter des Arbeiterates über ganz andere Hilfsmittel verfügen, als wie dies bei den Arbeitern der Fall sein kann.

Das Bürgerturn und die Revolution.

Kann es auch außer allem Zweifel stehen, daß die Durchführung der Revolution der sozialdemokratisch geführten Arbeiterchaft zu danken ist, so steht nicht minder fest, daß die bürgerlichen Elemente sich dem nicht entgegenstellen, sondern sich vielmehr, insbesondere soweit sie als Militärpersonen in Frage kamen, bereitwillig in den Dienst der freiheitlichen Bewegung stellten.

Auch das Bürgerturn sich ja keinen anderen Ausweg, um den Krieg an den Fronten zu beenden, dem Vätertmorden Einhalt zu tun. Den Krieg aber im eigenen Lande, Volksgenossen gegenüber, Volksgenossen wieder aufleben zu lassen, Haus und Hof, Weib und Kind preiszugeben und das eigene Leben, um welches die Angehörigen so schon jahrelang gebangt, auf das Spiel zu setzen, dazu lag für das Bürgerturn wirklich keinerlei Veranlassung vor. Die Erkenntnis sprang von den Veresängern auf die Zivilbevölkerung über, und wie überall, fand sich auch das Vorforder Bürgerturn so mit der Revolution ab.

Daß Abwenden aber beileibe nicht gleichbedeutend damit ist, eine Sache gleichgültig hinzunehmen, sollten wir in Vorford recht bald erleben.

Als wäre ein Weckruf gebietend, beschend, gekend und angsterfüllt durch die Straßen unserer Stadt gestungen, so fanden mit einem Male die weitesten Schichten der Bürgerchaft auf und scharten sich zu Hunderten, um zu warten um die fortschrittliche und die nationalliberale Partei. Zu prüfen, inwieweit dieser Weckruf an das Bürgerturn durch das Verhalten des Vorforder Arbeiter- und Soldatenrates, oder richtiger gesagt, der Zeitung der Vorforder Arbeiterchaft, Anregung und Nahrung fand, muß einer späteren Zeit vorbehalten bleiben. Zwar soll der Vorförende des Arbeiter- und Soldaten-

rates einer dahingelenden Vorhaltung gegenüber erklärt haben, daß die Arbeit der bürgerlichen Demokratie indirekt der Sozialdemokratie zugute komme. Dieser Herr dürfte um sein Erwachen aus jüsem Schlummer am Sage nach der ersten Wahl wohl kaum zu beneiden sein.

Inwiefern hätte die bürgerliche Position eine höchst wirksommene Stärkung durch den Zusammenbruch der beiden größten Parteien erfahren. Durch die wenn auch nicht reifliche Vereinigung der fortschrittlichen und der nationalliberalen Partei ist in Dorford eine Geschlossenheit des Bürgerturns herbeigeführt worden, die heute schon an Mitaleberzahl die Arbeiterorganisationen übertrifft.

Etch einer Stärke bewußt, stümmte das Bürgerturn auch gar keinen Augenblick, die Situation sehr geschickt zu seinem Gunsten zu wenden und trat mit einem Vortrage an den Arbeiterat heran, ihm 6 Sitze in dieser Körperchaft zu überlassen, welchem wohl eher über stattgegeben wurde, resp. nach der so eigenartigen Lage der Dinge stattgegeben werden mußte.

Dieser Erfolg kann gar nicht hoch genug in Anschlag gebracht werden. Er hat eine denartige Verchiebung der Stufenverhältnisse bewirkt, wie sie besser für das Vorforder Bürgerturn nicht gut denkbar war.

Bei der Beurteilung des bürgerlichen Erfolges ist vor allen Dingen im Auge zu behalten, daß nicht die Zahl der Sitze im Arbeiterate allein und überhaupt den Ausschlag gibt, sondern es vielmehr darauf ankommt, welche Personen — und zwar, ob mehr oder weniger befähigt — die Sitze einnehmen. Da uns die Mitglieder des Arbeiterates persönlich bekannt sind, so sind wir in der Lage, einen Vergleich hinsichtlich der Befähigung zur Ausübung des bis vorantworrungsgewollen Amtes



Wölfe nicht deswegen in Schafe ver- bleiben, nur, daß man sich dann vor diesem wandeln, wenn sie sich auch in Schafs- Raubzeug noch viel mehr in acht pelze kleiden, sondern immer Wölfe zu nehmen hat.

Quelle: HM, Nr. 1, Dezember 1918

M 14.3

## Erklärung!

Der Geschäftsführer der Allg. Ortstromtenklasse Fritz Schmidt, bot sich am 9. November 1918 dem Arbeiter- und Soldatenrat als Mitarbeiter an. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat infolge der zweifelhaften Vergangenheit des Herrn Schmidt jede Gemeinschaft mit diesem Mann zurückgewiesen.

Seit dieser Nichtbeachtung hat Herr Schmidt in einen von ihm zu diesem Zwecke herausgegebenen

### „Revolverblättchen“

den Arbeiter- und Soldatenrat anzupöbeln. In einem „Extrablatt“ bekümmert er die Stellungnahme des Arbeiter- und Soldatenrates zur Schlichtung der Winkelmann'schen Wirtschaft. Herr Schmidt unterschätzt hierbei, daß Winkelmann schon am 9. Januar d. J. in dieser Sache vom Schöffengericht Herford freigesprochen ist. Wie stellen weiter fest, daß dem Winkelmann selbst von der Schlichtung seines Geschäftes nichts bekannt gewesen ist. Damit fallen die ver- steten Einwürfe des Herrn Schmidt vollständig zusammen. Einem Mann wie Schmidt sprechen wir aber jedes Recht zur moralischen Enttäuschung ab.

Als die diesigen Gewerkschaften keinerlei ein Gewerkschafts- haus kaufen wollten, bot auch Herr Winkelmann seine Lokalitäten zum Kauf an. Schmidt kam dann zu Winkelmann und fragte an: „Was er verdienen könne, wenn die Gewerkschaften das Haus kauften?“ Ein Mann, der so das Vertrauen der Arbeiterschaft miß- braucht, ist für uns erledigt.

Der Arbeiter- und Soldatenrat Herford,  
Schlüter. Lindemann.

Quelle: HK, 18.1.1919



M 14.4

der Räten von unten heraus begonnen werden. Den Gemeinden fällt die große Aufgabe zu, auf der einen Seite die Steuerabgaben, die zur Abtragung der gewaltigen Staatsschulden notwendig sind, zu fördern, und auf der anderen Seite die Weiterentwicklung von Handel, Industrie und Verkehr zu unterstützen, wie auch den sich fortwährend mehrenden Bedürfnissen Rechnung zu tragen. Der richtigen Wege zu finden, die notwendigen Maßnahmen so zu treffen, daß trotz der stetigen Belastung das Wirtschaftsleben keine Schwindelei erfährt, und umgekehrt aus den wirtschaftlichen Unternehmungen reichliche Quellen fließen, wird die allergrößten Schwierigkeiten bereiten.

Daher kommt es aber auch in einem hohen Maße auf die Leistung der Gemeinden an, es handelt sich darum, ob sich diese schon in nächster Zukunft von den drückenden Fesseln befreien können oder unter den Lasten zusammenbrechen werden. Ein jeder Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung, insbesondere aber der Vertreter der Mehrheit, nimmt eine heilige Mission auf sich und daß er über sein Tun und Lassen der Gesamtbevölkerung Rechenschaft abgeben muß. Beträgt sich die Sozialdemokratie in diesem Geiste, verliert sie das große Ziel nicht aus dem Auge, und stehen ihr vor allen Dingen die geistlichen Kräfte zur Verfügung, so kann sie der Entwicklung der Dinge getroffen Mut entgegenstellen.

Der Bedeutung entsprechend, die den Wahlen zur Nationalversammlung und zur preussischen Landesversammlung als erste Abstimmung und Willensäußerung nach der Revolution zukommt, und mit Rücksicht darauf, daß es sich gerade die „Herforder Monatsblätter“ zur Aufgabe gemacht haben, die wichtigsten Ereignisse festzuhalten, um dadurch in späteren Jahren ein Nachschlagewerk abgeben zu können, glauben wir wohl daran zu tun, wenn wir das gesamte Wahlergebnis nachstehend wiedergeben.

Möglichkeiten hierher und heute schon einen Rückgang vor Augen zu sehen.

Ein jeder Erfolg hat seine zwei Seiten. Wie er gar leicht Vermählung zu Vertrauenslosigkeit, unangenehme Sicherheit und Lässigkeit geben kann, so hat er oft genug erst die Anregung zu neuer Betätigung, neuen Unternehmungen, neuen Wagnissen und noch größeren Erfolgen gegeben. Ob sich die Herforder Arbeiterpartei für das eine oder das andere entscheidet, das muß schließlich der Zukunft überlassen bleiben.

Die Tatsache der Majorität eröffnet der sozialdemokratischen Partei in Herford ein weites Gesichtsfeld. Mit ihr tritt in den Vordergrund, daß sie zukünftig auch in der Gemeindeverwaltung über die Mehrheit verfügen wird und für eine ausgleichende Stellung zukommt. Dort wird sie sich vor große, gewaltige Aufgaben gestellt sehen, und von ihrer inneren Kraft, der Aufgaben Herr zu werden, die rechte Lösung in großen Zweifelsfragen zu finden, wird es abhängen, ob sie sich auf die Dauer zu halten, in noch größerem Maße durchzusetzen vermag, oder aber von den vereinigten Widerstrebenden wieder in die Minderheit gedrängt wird.

Durch die vollständige Demokratisierung auch der Gemeindeverwaltung wird sich der Umbau des gesamten Verwaltungssystems als notwendig erweisen. Da gilt es, sich nicht nur in ruhiger Mitarbeit und in gelegentlichen Anregungen zu gefallen, sondern es heißt, mit Kraft die Leitung des Geschäftes unerbitterlicher Selbstaufopferung selbst in die Hand zu nehmen.

Und auch bei dieser Gelegenheit drängt es uns, wieder zum Ausdruck zu bringen und es ist sehr wie nur immer möglich zu unterstreichen, daß es die Gemeinden sind, auf denen als kleinste Gebilde unseres Staats- und Gesellschaftsorganen die ungeheure Macht unserer durch den verlorenen Krieg bedingten Misere liegt. Naturgemäß muß deshalb auch mit der Milderung der allmählichen Abkopplung und der endgültigen Befestigung

**Herforder Monatsblätter**

zur Förderung  
wirtschaftlicher, sozialer  
und geistiger Interessen.

Februar 1919.

Herf. 4.

Die „Herforder Monatsblätter“ erscheinen jeden 10. des Monats. Jahresabonnement 3 M. Einzelpreis 30 Pf. Inbegriffen Versand.

Verlag: Herford, Marktstr. 5. (bei der Glöbe Spinnfabrik) Sommer 1918.

Redaktion: Herford, Marktstr. 5. Herf. 5. Preis pro Nummer 10 Pf.

Das rote Herford.

Was sich die Herforder Sozialdemokratie selbst nicht getraut hat zu erhoffen und auch wir nicht für erreichbar hielten, das der Wähler hat sich am 19. Januar bei der Stimmenabgabe zur Nationalversammlung mit einem Mehr von 209 Stimmen für die Sozialdemokratie entschieden. Wenn damit die Stadt Herford, dessen Namen über Nacht, das rote Sigmum erhalten hat, so braucht sie sich dessen keineswegs zu schämen, unter Umständen kann ihr das für die Ehre gereichen. Wer aber dieses für die Partei der Arbeiter so außerordentlich erfreuliche Resultat möglich, trotz der mannigfaltigen Mängel in der Parteileitung wie in dem öffentlichen Auftreten eines Teiles ihrer Vertreter, so sieht für einen jeden Einzeligen fest, daß bei noch besserer Betätigung, noch rationellerer Ausnutzung der Genuß der augenblicklichen Verhältnisse die Majorität eine bedeutend größere hätte sein können.

Seute schon erhoben sich Stimmen, die erklären: „Die Höhe ist für die Sozialdemokratie erreicht, sie ist aber für die Zukunft nicht zu halten.“ Man wird nicht in der Annahme verharren, daß bei dieser Prognose die Gedanken zu begehen, als Vater des Gedankens zu bezeichnen, daß es wie hätte und nützliche Berechnungen zu Grunde gelegt worden sind. Wir sind der gegenteiligen Ansicht, wie wir auch die feste Zuversicht haben, daß sich das Erreichte noch um ein beträchtliches vermehren läßt.

## M 15

Ankündigung einer Revolutionsfeier im Jahre 1947

## Der 9. November 1918 in Herford

Es ging ruhig zu — Arbeiter- und Soldatenräte übernahmen die Verwaltung

Am kommenden Sonntag finden erstmalig nach 15 Jahren wieder in Stadt und Kreis Herford die Revolutionsfeiern statt. Wie wir erfahren, wird in den Herforder Welt-Lichtspielen Carl Schreck\* (Bielefeld) und in der Löhner Schauburg Landtagsabgeordneter Grube sprechen. — Jeder, der die jüngere Geschichte Deutschlands ein wenig kennt, weiß, daß nach dem militärischen Zusammenbruch am 9. November 1918 das morsch gewordene Kaiserreich auseinanderbrach und die Republik geboren wurde. Während es in den Großstädten in jenen Tagen brodelte und gärrte, schlugen an das damalige geruchsamere Herford nur die abgeebbten Wogen der Zeit.

Der damals amtierende Oberbürgermeister Busse (national-liberal) hielt auf der Stadtverordneten-Versammlung am 8. November 1918 eine kleine Rede, in der er die Bürger bat, unter allen Umständen Ruhe zu bewahren, was sich die biederen Bürger dann auch in den kommenden Tagen zu Herzen nahmen. Stadtvertreter Horst versicherte dem Oberbürgermeister, daß die Arbeiterschaft besonnen bleiben würde, mahnte aber auch die Polizeiverwaltung, sich nicht zu unüberlegten Maßnahmen hinreißen zu lassen. Die Frauen, die die Zuschauertribüne dicht besetzt hatten, applaudierten diese Mahnung, was jedoch vom Vorsteher beanstandet wurde.

Am 9. November wurde dann im Brinkmannschen Saale der hiesige Arbeiter- und Soldatenrat konstituiert. Der Stadtvertreter und Gewerkschaftsfunktionär Schlüter (SPD) wurde zum Vorsitzenden gewählt. Er gab bekannt, daß die Neuordnung der Verwaltung

seit mittags 12 Uhr bestehe. Der Magistrat habe den Rat auch anerkannt und ihm ein Zimmer im Rathaus eingerichtet. Ebenfalls würde wie in Vlotho und Bünde eine Wachkompagnie gebildet. Sie war 150 Mann stark und trug Armbinden mit der Aufschrift: Arbeiter- und Soldatenrat.

Ueberhaupt vollzog sich die Neugestaltung in Herford in aller Ruhe und Ordnung. Die Bahnhofsache wurde eingezogen. Auf der Polizeiwache lieferten alle in Herford anwesenden Soldaten ihre Waffen ab. Gleichzeitig wurde auf dem Bahnhof unter der Leitung des Bürgermeisters Werner eine Amisstelle eingerichtet, die den Soldaten Urlaub erteilte. Durchziehenden Militärpersonen wurden die Waffen abgenommen. Die Soldaten selbst entfernten ihre Kokarden, Achselklappen, Orden und Ehrenzeichen. Auf den Straßen war keine Veränderung festzustellen, abgesehen von den Ansammlungen vor den Zeitungsgebäuden, aus denen laufend Extrablätter versandt wurden.

Die politischen Versammlungen jagten sich in diesen Novembertagen. Der Sozialdemokratie wurden seitens der bürgerlichen Parteien überall Anerkennungen zuteil. So sagte der Verleger Kuhle (Demokrat) in einer Versammlung des Vereins Waldeck:

„Jetzt sind neue Kräfte am Werk, geeignet, uns etwas Schönes und Hohes zu schaffen. Namentlich die Sozialdemokraten haben unter Scheidemanns Führung in den letzten Jahren gute und tüchtige Arbeit geleistet, so daß, wenn dies nicht geschehen wäre, der Augenblick von heute noch furchtbarer in Erscheinung getreten wäre.“

Nun, das deutsche Volk hat diese Kostbarkeit der republikanischen Freiheit nicht zu schätzen gewußt. Vierzehn Jahre später glaubte dem braunen Rattenlänger, der mit Zuckerbrot und Geißel das Volk in das Elend zu treiben wußte, mehr, als den ehrlich und aufrichtig demokratisch Gesinnten. — Nichtsdestoweniger soll uns aber der 9. November 1918 ein Gedenktag sein, da an ihm das deutsche Volk einen großen Schritt auf dem Wege des historischen Fortschritts tat.

Quelle: Freie Presse, Sonnabend, 8. November 1947

**B Stadt Bünde****M 1****Bildung eines Arbeiter- und Soldatenrates****M 1.1**

Bünde, 12. Nov. (Bildung eines Arbeiter- und Soldatenrates) In der Versammlung, die gestern nachmittag im Stadtgarten stattfand und so zahlreich besucht war, daß der Saal die Erschienenen nicht alle zu fassen vermochte, wurde die Wahl eines Arbeiter- und Soldatenrates vorgenommen. Die Redner ermahnten zur Ruhe, Ordnung und Disziplin, damit die Neuordnung sich in aller Ruhe vollziehe. Den Anordnungen des Rates sei unbedingt Folge zu leisten.

Bünder Generalanzeiger, 12.11.1918

**M 1.2**

Bünde, 13. Nov. (Arbeiter- und Soldatenrat) In der am Montag stattgehabten Versammlung wurden als Arbeiter- und Soldatenrat nach einer Vorschlagsliste durch Abstimmung gewählt: Von den Tabakarbeitern: Klüter, Ennigloh; Kammann, Ennigloh; Quest, Südlengern; W. Oberschelp, Bünde. Von den Metallarbeitern: H. Herbrechtsmeyer, Bünde; Berges, Bünde; Gust. Schröder, Südlengern; Aug. Höhner, Bünde; Von den Holzarbeitern: H. Depke, Ennigloh, Wilh. Stüssel, Ennigloh; H. Sewing, Ennigloh; Struck, Hunnebrock. Von den Fleischern: Kassebaum, Ennigloh; Hundt, Ennigloh; Lindelmann, Bünde; Poggemeier, Holsen. Von den Bäckern: Brömmelmeyer, Bünde. Von den Handlungsgewerkschaften: Fritz Schweppe, Ennigloh. Von den Stadtverordneten: Heinr. Kruse, Bünde. Vom Lazarett: Konrad Mittel, Borgstädt, Meyer.

Quelle: Bünder Generalanzeiger, 13.11.1918

**M 2****Vereinbarung zwischen Stadt- und Polizeiverwaltung Bünde und dem Arbeiter- und Soldatenrat****Bekanntmachung.**

Zwischen der Stadt- und Polizei-Verwaltung Bünde, vertreten durch den Bürgermeister Straubel, dem Amte Ennigloh, vertreten durch den Amtmann des Amtes Ennigloh, dem Amte Rödinghausen, vertreten durch den Ehrenamtmann des Amtes Rödinghausen und den derzeitigen Vertretern des Arbeiter- und Soldatenrates.

1. Offz.-Stellv. W. Jäger, Vorsitzender,
2. Heinrich Herbrechtsmeyer, stellv. Vorsitzender,

3. August Höner,
4. Gottlieb Klüter,
5. Heinrich Niehaus,
6. Hermann Depke,
7. Fritz Brömmelmeyer,
8. Fritz Schweppe,
9. Heinrich Lindemann,
10. Müller, Gefreiter, Schriftführer,
11. Ortmann, Obermatrose,
12. Brandhorst, Matrose,
13. Schuster, Gefreiter,
14. Knigge, Gefreiter,
15. Spanier, Gefreiter,
16. Koch, Gefreiter,
17. Strathmann, Landsturmmann

ist Folgendes vereinbart:

1. Zur Aufrechterhaltung der Ruhe und der allgemeinen Ordnung hat sich in Bünde ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet, welcher den oben genannten Stellen zur Unterstützung an die Seite tritt.
2. Seine Aufgaben sind:
  - a. Schutz des Eigentums der Bürger, der Stadt, der Gemeinden und des Staates.
  - b. Durchführung einer geordneten Lebensmittelverteilung an die Bevölkerung.
  - c. Beaufsichtigung und Kontrolle der sich in der Stadt Bünde, dem Amte Ennigloh und dem Amte Rödinghausen aufhaltenden Militärpersonen.
  - d. Durchführung der Abgabe von militärischen Waffen und militärischer Munition.
3. Um diese Aufgaben zu erfüllen, werden nachstehende Anordnungen getroffen:
  1. Die mit einem amtlichen Ausweis und mit einer weißen Armbinde (Aufschrift Arbeiter- und Soldatenrat nebst Stempel) versehenen Personen haben die Rechte von Sicherheitsbeamten.
  2. Gegen Plünderungen wird auf das Allerstrengste eingeschritten.
  3. Der öffentliche Verkehr einschl. Post und Telegraph soll unter allen Umständen geschützt werden.
  4. Sämtliche Militärpersonen, welche sich in der Stadt Bünde, dem Amte Ennigloh und dem Amte Rödinghausen aufhalten, haben sich sofort bei dem Arbeiter- und Soldatenrat Bünde (Gastwirtschaft Schmidt am Bahnhof) zu melden.
  5. Die Arbeit in den Betrieben darf nicht eingestellt werden.

Bünde, den 15. November 1918.

Straubel, als Vertreter der Stadt- und Pol.-Verw. Bünde.

Frhr. v. Minnigerode als Vertreter des Amtes Ennigloh.

Meyer, als Vertreter des Amtes Rödinghausen.

Für den Arbeiter- und Soldatenrat:

Der Vorsitzende: J ä g e r.

Quelle: Bänder Generalanzeiger, 16.11.1918

## M 3

Protokoll einer Besprechung der Polizeiverwalter von Bünde und Ennigloh mit dem Arbeiter- und Soldatenrat Bünde

Bünde, den 14. November 1918.

Anwesend die Herren:

Bürgermeister Straubel, Stellv. Amtmann v. Minnigerode, Amtssekretär Ebmeier, Stadtsekretär Henke, Stadtsekretär Neuköther, Rendant Hilker. Außerdem vom Arbeiter- und Soldatenrat: Offizierstellvertreter Jäger, Heinrich Herbrechtsmeier, Adolf Müller, Heinrich Knigge, Hermann Strathmann, Friedrich Schweppe, Gottlieb Klüter, Otto Spanier, Hermann Depke, Wilhelm Lindemann, Gustav Koch, Niehaus, Stüssel.

Zu einer gemeinsamen Besprechung der Polizeiverwalter von Bünde und Ennigloh mit dem für die Stadt Bünde und die Ämter Ennigloh und Rödinghausen gegründeten Arbeiter- und Soldatenrate hatten sich heute Vormittag um 10 Uhr die nebenbezeichneten Herren im Rathause in Bünde eingefunden. Hier wurden die einzelnen in Frage kommenden polizeilichen Dienstangelegenheiten erörtert.

Seitens des A. u. S. Rates wurde darauf hingewiesen, daß zufolge Anweisung aus Berlin die Gend.-Wachtmeister und die Polizeisergeanten (später wurden beide Arten Sicherheitsbeamte als "Polizeibeamte" zusammengefaßt) anstelle der Helme Mützen tragen müßten und außerdem eine Armbinde mit dem Aufdruck A u S Rat. Ferner würden diese Binden mit einem Stempel des letzteren versehen. Weitere Änderungen in der Ausrüstung erfolgen nicht, allerdings sollen die Polizeibeamten vom A u S R noch eine besondere Bescheinigung erhalten, daß sie berechtigt sind, Waffen zu tragen. Die Nachtwächter sollen keine Binden bekommen, sie tragen auch keine Waffen.

Bei Einbruchdiebstählen haben die Polizeibeamten selbständig zu handeln, jedoch wünscht der A u S R (Büro Wirtschaft Schmidt, Ennigloh -Bahnhof, Fernspr. Nr. 257, Dienststunden werktätlich vormittags von 9 Uhr - 12 Uhr und nachmittags von 3 - 6 Uhr, Sonntags nur vormittags von 9 - 12 Uhr) sobald wie möglich benachrichtigt zu werden, um auch seinerseits Ermittlungen anstellen zu können. Haussuchungen nehmen die Polizeibeamten allein vor. Bei erforderlichen Festnahmen von Personen werden wegen Verbrechen oder Vergehen handeln die Polizeibeamten ebenfalls nach ihrem pflichtmäßigen Ermessen. Verhaftete Personen werden wie bisher von den den Verwaltungen dem Gericht zugeführt, während Kriegsgefangene beim Arbeiter- und Soldaten-Rat abgeliefert werden. Von jeder vorgenommenen Verhaftung wünscht jedoch der A u S R Mitteilung; Fernsprechnachricht genügt; schriftliche Bestätigung ist nicht erforderlich.

Die Polizeistunde in Wirtschaften bleibt wie bisher 10 Uhr abends. Die diesbzgl. Kontrolle, auch die der Kinos, üben wie bisher die Pol. Beamten aus und sind die bestehenden Bestimmungen nicht geändert.

Das ergangene Verbot bezgl. Rauchens jugendlicher Personen unter 16 Jahren, wie auch der Wirtschaftsbesuch der Jugendlichen unter 17 Jahren ist unverändert bestehen geblieben. Die Kontrolle üben auch die Pol. Beamten aus.

Versammlungen jeder Art finden ohne Genehmigung statt; der Arbeiter- und Soldatenrat übernimmt erforderlichen Falls den Sicherheitsdienst.

Unberechtigtes Ausüben der Schenkwirtschaften ist verboten und soll von den Pol. Verwaltungen verfolgt werden.

In Fällen von groben Unfug, Sachbeschädigung, Straßenraub, Bränden und Übertretungen im Fuhrwerks- und Radfahrverkehr, sowie Marktverkehr und

in der Straßenreinigung ferner in der Revision der gewerbl. Anlagen tritt keine Änderung gegen früher ein. Die Pol.-Beamten sind auch ferner berechtigt, Bettler festzunehmen und Kontrolle usw. bezgl. der Hausiergewerbetreibenden, Hamsterer, Schleich- und Kettenhändler auszuüben.

Die Gesundheits-, Bau-, Feld- und Forstpolizei und Nahrungsmittelkontrolle üben die Polizeiverwaltungen allein aus.

Notwendige Maßnahmen, die bei der Überschreitung von Höchstpreisen, Aufläufen oder Zusammenrottungen auf Straßen und öffentlichen Plätzen erforderlich sind, werden durch die Polizeiverwaltungen mit ihren Beamten vorgenommen.

Die Genehmigungen zur Aufstellung von Zirkussen und Karussells oder dergl. sowie Veranstaltung von Theatern oder Konzerten erteilen die Polizeiverwaltungen, geben jedoch dem A u S R behufs Ausübung des Sicherheitsdienstes Mitteilung.

Leichenpässe stellen die Polizeiverwaltungen allein aus.

Dienst- und Arbeitsbücher, Fahrscheine für Mittellose, sowie Bescheinigungen für Angehörige von Kriegsteilnehmern zwecks Fahrpreisermäßigungen fertigen die Polizeiverwaltungen allein aus. Mit polizeilichen An- und Abmeldungen, Unfallsuntersuchungen und sonstigen inneren Polizeianglegenheiten hat der A u S R nichts zu tun.

Die Polizeiverwaltungen senden dem A u S R eine Liste der ausgestellten Waffenscheine zu. Anträge auf Neuausfertigung von Waffenscheinen sind nur bei den Polizeiverwaltungen zu stellen und vor Erledigung dem A u S R zur Entscheidung vorzulegen. Nach dieser verfährt dann die Polizei-Verwaltung. Im Übrigen ist das Waffentragen, von genehmigten Fällen abgesehen, untersagt und sind die Waffen g. F. von den Beauftragten des A u S R, also auch von den Pol. Beamten zu beschlagnahmen und bei ihm abzuliefern. In der Verordnung des Schießens von Unberechtigten in der Nähe von Menschen besuchten und bewohnten Orten ist eine Änderung nicht eingetreten. Ob Tanzlustbarkeiten künftig stattfinden sollen, darüber wird der A u S R seinen noch zu fassenden Entschluß mitteilen.

Bei Ausführung von Transporten, einerlei ob Gefangene oder Kranke transportiert werden sollen, unterschreibt Transportzettel die Pol. Verwaltung und der A u S R.

Die Wirtschaft Nübel in Ennigloh, die infolge ungehöriger Vorkommnisse vom General-Kommando z. Zt. geschlossen worden ist, wird auf Beschluß des Arbeiter- und Soldatenrates Bünde wieder geöffnet, doch darf dort keine weibliche Person tätig sein, auch soll eine besonders scharfe Kontrolle ausgeübt werden. Die Verantwortung für die Wiedereröffnung übernimmt der A u S R.

Wegen der Ablieferung der Waffen der Kriegervereine wird sich der A u S R mit ihnen direkt in Verbindung setzen. Im Übrigen haben die Kriegervereine, wie jeder andere Verein, Vereinsfreiheit, sie dürfen im geschlossenen Zuge Kameraden beerdigen, die Fahne mitführen und die Fahne über dem Grabe senken. Die Kriegervereinsmitglieder dürfen weiterhin Orden und Ehrenzeichen und Achselstücke tragen. Sollten die Kriegervereine bei einer Beerdigung eine Salve wünschen, so haben sie sich deswegen an den A u S R zu wenden, der bereit ist, die zur Abgabe der Salve nötigen Mannschaften zu kommandieren.

Die Übungen der Jungmannschaften fallen fort, dafür tritt der volle Fortbildungsschulunterricht wieder ein.

Die Militärreklamationen werden bei den bisherigen Stellen in der früheren Weise weiter bearbeitet. Die Meldung beurlaubter Offiziere und Mannschaften hat nur beim A u S R zu erfolgen, jedoch werden die Lebensmittelmarken bei den Ausgabestellen von jedem Einzelnen in Empfang genommen. Entlas-

sene müssen sich, wie bisher, auch polizeilich anmelden.

Der A u S R wird eine Liste seiner zur Unterschrift berechtigten Mitglieder den Pol. Verwaltungen einsenden. In diese Liste hat jedes Mitglied eigenhändig seinen Namen in der Weise einzutragen, wie er seine Unterschrift leisten will. Ausdrücklich wurde hervorgehoben, daß jedes Mitglied zur Leistung der Unterschrift für den A u S R berechtigt sei und eine Unterschrift genüge. Der A u S R wird eine Bekanntmachung über seine Zusammensetzung erlassen und hervorheben, daß der Verkauf von Lebensmitteln gegen Marken in der bisherigen Weise bestehen geblieben ist und Bezugs-scheine und Schlachterlaubnisse auch weiterhin erforderlich sind.

Es wurde der Wunsch ausgesprochen, daß die am Bahnhof befindliche Wache das Mittagessen aus der Volksküche in Ennigloh beziehen möchte. Herr Amtmann sagte zu, dieses wenigstens vorläufig versuchen zu wollen.

Man war sich darüber klar, daß die durch die Bildung und das Bestehen des A u S R entstehenden Kosten Reichsunkosten seien, da die Räte auf Weisung der Reichsregierung ins Leben gerufen wären, weshalb die Unkosten aus den Gemeindekassen nicht zu decken sind. Bei wichtigen im öffentlichen Interesse liegenden Besprechungen wird der A u S R die Polizeiverwalter bzw. ihre Vertreter und, sofern landrätliche oder kriegswirtschaftliche Angelegenheiten zu erörtern sind, auch den Herrn Landrat einladen. Bei weniger wichtigen Angelegenheiten wird jedoch auf Wunsch der Polizeiverwalter von einer Teilnahme derselben wegen der ohnehin vorhandenen Arbeitsüberlastung Abstand genommen, in diesen Fällen werden die Sekretäre erscheinen.

Man war sich darüber einig, daß zu erwartende Einquartierungen möglichst in Massenquartieren untergebracht werden sollten. Eine Besichtigung der hierfür in Frage kommenden Räume durch Beauftragte der Gemeindebehörden und des A u S R soll umgehend stattfinden. Letzterer wird sich auch mit dem Proviantamt wegen etwa erforderlicher Truppenverpflegung und Lieferung von Lagerstroh unverzüglich ins Benehmen setzen.

Zum Schluß wies Herr Bürgermeister Straubel besonders darauf hin, daß ein Hand in Hand Arbeiten zum Wohle der Einwohner und zur Aufrechterhaltung der Zucht und Ordnung unbedingt notwendig sei. Von Seiten des A u S R wurde eine besonders scharfe Aufsicht über die Jugendlichen zugesagt. Die Versammlung war gegen 12 3/4 Uhr beendet.

Bürgermeister  
(Straubel)

Stellvertr. Amtmann  
(v. Minnigerode)

Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Quelle: Kreisarchiv Herford A 85

**M 4****Anordnungen des Arbeiter- und Soldatenrates Bünde****M 4.1****Militärische Ordnung.****Allgemeines.**

1. Sämtliche in Bünde, dem Amte Ennigloh, dem Amte Rödinghausen und in den Lazaretten sich befindende Militärpersonen müssen sich als solche ausweisen können. Urlauber müssen im Besitze eines Urlaubsscheines sein. Sie werden von Patrouillen kontrolliert. Alle in Händen befindlichen Waffen und Munition ist unverzüglich an den Arbeiter- und Soldatenrat Bünde i. Westf. abzugeben. Waffen dürfen nur im Dienst getragen werden.

**Anzug.**

2. Für Wachen und Patrouillen: Mütze, umgeschnallt und Gewehr. Im Dienst wird ständig das Seitengewehr getragen.

**Wachdienst.**

3. Der Wachdienst wird durch die Soldatenkommission geregelt und ist genau einzuhalten. Gegebenen Dienstbefehlen ist unbedingt Folge zu leisten, da es sonst unmöglich ist, die Ordnung aufrecht zu erhalten und damit die Sicherheit und Ruhe zu verbürgen. Jeder Soldat muß alles einsetzen, um die augenblicklichen schwierigen Verhältnisse mit klären zu helfen, damit so schnell wie möglich ein Zustand geschaffen wird, der die Ordnung gewährleistet.

**Wachen und Patrouillen.**

4. Die Wachen werden von der Ronde nachgesehen, welche für die Dauer der Wache Vorgesetzte sind. Patrouillen und Wachen tragen ihr Gewehr mit der Mündung nach oben. Schärfste Kontrolle aller Militärpersonen durch Patrouillen auf Ausweise oder Urlaubsschein, sowie ordentliches Benehmen ist unbedingt erforderlich. Personen ohne Ausweise oder Urlaubsscheine sind dem Wachhabenden vorzuführen.



Urlaub.

5. Der Urlaubsschein muß mit Unterschrift und Stempel versehen sein. Andere Urlaubsscheine sind ungültig.  
Bünde, den 15. November 1918.

Der Bürgermeister.

Straubel.

Der stellvertr. Amtmann in Ennigloh.

Frhr. von Minnigerode.

Der Amtmann von Rödinghausen.

Meyer

Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Der Vorsitzende: Jäger

Quelle: Bänder Generalanzeiger, 16.11.1918

#### M 4.2

Alle telegraphisch zurück, beorderten

## Militärpersonen

haben sofort zu ihrem Truppenteil zurückzukehren und sich vorher beim Arbeiter- und Soldatenrat abzumelden.

Arbeiter- und Soldatenrat Bünde.

Quelle: Bänder Generalanzeiger, 15.11.1918

#### M 5

Protest der Tabakarbeiterverbände gegen die Beschlagnahme von Rohtabak durch Arbeiter- und Soldatenräte

(Gegen die Einmischung der AS-Räte bei der Verteilung von Rohtabak) Die drei Tabakarbeiterverbände erlassen eine längere Erklärung, in der unter Bezugnahme auf den von der jetzigen Regierung erlassenen Aufruf vom 12. ds. Mts., wonach die bisherigen Beschlagnahmen von Rohstoffen zunächst bestehen bleiben und neue Beschlagnahmen durch die AS-Räte nicht stattfinden dürfen, dagegen protestiert wird, daß AS-Räte mehrfach in die Verteilung der zur Verfügung stehenden Rohtabaken eingegriffen haben. An mehreren Orten haben AS-Räte Rohtabak beschlagnahmt und entgegen den Bestimmungen der für die Rohtabakverteilung maßgebenden Tabakhandels-gesellschaften in Bremen und Mannheim verteilt. Derartige Eingriffe vereiteln eine sorgfältige und gerechte Verteilung des noch vorhandenen Rohtabaks und begünstigen ein Teil der Arbeiter auf Kosten anderer. Die in Deutschland noch vorhandenen Tabakvorräte reichen bei strengster Beachtung der unter den am 10. Oktober 1918 erlassenen Kontingentierungs-Vorschriften nur bis nächsten Frühsommer, dem frühesten Termin, zu dem überhaupt vom Auslande Zufuhren zu erwarten sind. Bis dahin muß es bei der heutigen Einschränkung

der Erzeugung bleiben. An die Einstellung der zur Entlassung gekommenen Arbeiter ist vorerst nicht zu denken. Um nach Möglichkeit die aus dem Heeresdienst zurückkehrenden Arbeiter wieder einstellen zu können, ist nach einer Vereinbarung zwischen den Verbänden der Arbeitgeber und Arbeitnehmer bestimmt worden, daß vom 2. Dezember ab die wöchentliche Arbeitszeit nur noch 36 Stunden beträgt und ist hier für ein Lohnausgleich geschaffen worden. Die Tabakarbeiterverbände stehen auch in dauernder Fühlung mit der Geschäftsleitung der beiden Tabakhandelsgesellschaften und arbeiten bei allen die Neubeschaffung von Rohstoffen und den Wiederaufbau des Gewerbes betreffenden Angelegenheiten mit. Es liegt deshalb keineswegs im Interesse der gesamten in der Tabakindustrie beschäftigten Arbeiterschaft, wenn AS-Räte in die Verteilung der Rohtabake sich einmischen.

Quelle: Bänder Generalanzeiger, 28.11.1918

## M 6

Aufruf zu einer Volksversammlung gegen die "Umtriebe der Liebknechtgruppe"

# Oeffentliche Volksversammlung

im Stadtgarten zu Bünde  
**Sonntag, den 15. Dezember**  
nachmittags 3 Uhr.

Es gilt Stellung zu nehmen gegen die Umtriebe der Liebknechtgruppe, einzutreten für Reichseinheit und Aufrechterhaltung der Wirtschaftskraft des Reiches, für Frieden, Ordnung, Brot und Arbeit

**Der Arbeiter- und Soldatenrat**  
für Bünde, Amt Ennigloh und Rödtinghausen.

**Der Bürgerschaftsrath**  
für Bünde und Umgegend.

Quelle: Bänder Generalanzeiger, 12.12.1918

## M 7

Zeitungsbericht über die Volksversammlung gegen die "Umtriebe der Liebknechtgruppe"

Bünde, den 17. Dezember.

(Die öffentliche Volksversammlung), die am Sonntag Nachmittag im Stadtpark stattfand, wurde von Herrn Gerichtsrat Bock geleitet. Er führte aus: Der Bürgerversammlung, die Arbeiter- und Soldatenräte haben sich zusammengetan, um die Interessen zu betonen, die in Deutschland gemeinschaftlich sind, den Wunsch, Frieden zu haben. Die Sorge um die Zukunft drückt auf jedes Herz. Wir stehen vor dem Wahlkampf, der das Schicksal Deutschlands entscheidet. Wenn auch die Meinungen auseinandergehen, das gemeinsame Ziel ist ein einiges Reich, baldigen Frieden, Brot für jedermann. Von Gehässigkeiten sollte der Wahlkampf freibleiben. Heute höre man das Schlagwort: ein freies Deutschland, aber es muß erst frei werden. Zwei Ketten binden es. Nachdem wir unterlagen, müssen wir tun, was der Feind uns vorschreibt, und wir haben einen Feind, der uns kein Erbarmen schenkt. Er wird uns auch vorschreiben, mit welcher Regierung er verhandeln will, nicht mit einem bolschewistischen Deutschland. Da ist die Gruppe Liebknecht, die den russischen Kommunismus einführen will; erst alles zerstören, kein Eigentum, keine Ordnung anerkennt. Die Berliner Vorgänge zeigen, daß solche Verhältnisse unhaltbar sind. Wir erleben das wunderbare Schauspiel, daß die Mehrheitssozialisten sich von dieser kleinen Gruppe auf der Nase herumtanzen lassen, wollen doch diese Unruhestifter die jetzige Regierung mit militärischer Gewalt stürzen. Selbstverständlich treten die Mehrheitssozialisten dagegen auf, aber die Pflicht aller Bürger, Arbeiter und Soldaten ist es, den Führern der Mehrheitssozialisten das Vertrauen zu stärken, um Schluß zu machen mit diesem Terror. Diese beiden Ketten können nur gebrochen werden durch den Frieden. Wir können nur Frieden haben, wenn wir eine Regierung besitzen, die sich auf alle Kreise stützt. Nur dadurch können wir vermeiden, daß wir bei uns zu solch bedrückenden Verhältnissen kommen, wie im besetzten Gebiet. Erst wenn wir Frieden haben, bekommen wir Brot. Deshalb müssen wir bald zu einer Nationalversammlung kommen. Wir müssen Ruhe und Ordnung im Lande haben. Deutschland steht am Rande des Abgrunds, die wirtschaftlichen Verhältnisse sind zerrüttet; wir müssen Arbeit haben, um wieder erzeugen zu können. Wenn der Wahlkampf entbrenne, muß jeder eingedenk sein, daß es gilt, das Gemeinwohl zu fördern, für einen Ausgleich den Boden zu schaffen zum Wohle des Ganzen. - Herr Geschäftsführer K r u s e vom Arbeiter-Rat weist auf den heute bestehenden, provisorischen Zustand hin und daß es gelte, der Regierung den Rücken zu stärken. Es sei ein Irrtum, wenn eine Gruppe glaube, ganz Deutschland regieren zu können. Auch der Vollzugsrat gehe über den Rahmen hinaus. Die Lohnsteigerungen dürfen nicht ins Ungemessene steigen, wir müssen konkurrenzfähig bleiben und exportieren können. Bezüglich unserer Ernährungsfrage sehe es ganz besorgniserregend aus. Die Absplitterung von Teilen Deutschlands ist unterschiedslos zu bekämpfen. Die Nationalversammlung müsse baldmöglichst einberufen werden, da wir sonst Gefahr laufen, daß unsere Industriezentren sonst vom Feinde besetzt werden. Inbezug auf die Frage der Trennung von Kirche und Staat hält er es vom Kultusminister Hoffmann für voreilig, daß er zu diesem Zeitpunkt damit hervortrat, und ohne die Regierung gefragt zu haben. Auch solle man die Religion nicht ganz aus der Schule verbannen. Aber heute sei keine Parteipolitik notwendig, es gelte, Schulter an Schulter zusammenzustehen.

Um den Ueberradikalismus zu bekämpfen. - Herr Fabrikant A n d r e beleuchtete die wirtschaftlichen Fragen Deutschlands. Vor 100 Jahren noch Agrarstaat, lebten kurz vor dem Krieg drei Fünftel der Bevölkerung von der Industrie. Ein Sechstel der Produkte fehlte im Jahre. Für 700 Mill. Rohprodukte wurden von der Industrie bezahlt. Deutschland hat heute keinen Kredit, bei der herrschenden Unsicherheit hat kein Mensch Vertrauen zu uns. Dazu komme der schlechte Stand der Valuta. Wenn wir heute für 10 Mill. kauften, müßten wir 18-20 Mill. bezahlen. Daher sei es nicht möglich, mit dem Ausland zu konkurrieren. Der holländische Gulden, der früher zu 1,70 Mark stand, muß heute mit 3,90 Mark bezahlt werden. Kein Arbeitgeber wird sich der Pflicht entziehen, Löhne zu bezahlen, wie er kann. Es müßten aber auch niedrige Konjunkturen beachtet werden. Liebknecht setzt sich über alles hinweg. Krupp bezahle täglich 2 Millionen Mark Lohn, Siemens & Halske 70 Millionen jährlich; bei dieser Wirtschaft liegen die Betriebe in kurzer Zeit am Boden. Solche Bestrebungen, plötzlich und in einer Zeit wie heute, ist ein Frevel. Zu den bevorstehenden Wahlen zur Nationalversammlung bemerkte Redner, daß die jungen Personen sich vor allen Dingen den politischen Instinkt aneignen müßten, und von dem, was politisch gesprochen wird, sich das heraussuchen, wozu sie Vertrauen haben. Es gelte, die linksradikalen Bestrebungen der kleinen Gruppe zu bekämpfen. Mit der Mahnung: halten Sie durch, trotz alledem, schloß der Redner. - Herr K r ü g e r vom Soldaten-Rat sprach vom militärischen Standpunkt. Das Heer habe gegen eine ganze Welt von Feinden gekämpft und es sei ein Verdienst der braven Soldaten, die Feinde vom deutschen Boden fern gehalten zu haben. Der Umsturz am 10. November hätte nicht erfolgen können, wenn die Soldaten nicht eingesehen hätten, daß ein Volk von 70 Millionen nicht von einer kleinen Kaste regiert werden dürfe. Die baldige Einberufung der Nationalversammlung sei notwendig, damit wir eine verhandlungsfähige Regierung bekommen. Der Reichstag von 1912 sei heute nicht mehr maßgebend. Zu verwerfen seien die Loslösungsbestrebungen vom Reiche. Die Macht im Staat verkörpert noch das Heer, welches die jetzige Regierung unterstütze. Deshalb müsse die Nationalversammlung baldmöglichst einberufen werden, damit es wieder heiße: Deutschland in der Welt voran. - Herr Dr. W a g n e r betonte die Wichtigkeit der Reichseinheit. Die Zeiten deutscher Einheit waren Deutschlands Blüte, die der Zerrissenheit Deutschlands Niedergang. Wir bedürfen heute Welthandel, ein einheitliches Wirtschaftsgebiet, um diesen Welthandel treiben zu können. Weltmacht sein, heißt sich durchsetzen, und das kann nur ein großes Deutschland. Neue Kulturarbeiten lassen sich in einem geschlossenen Staate besser gestalten, soziale Aufgaben, soziale Fürsorge können besser durchgeführt werden. Die deutsche Einheit ist daher eine unbedingte Lebensnotwendigkeit. Das gesamte Volk hat seine Eigenart, die muß es zum Durchbruch bringen und damit alle zusammenstehen: Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern, in keiner Not uns trennen und Gefahr. - Herr Studienrat L a n g e w i e s c h e wies zunächst daraufhin, daß wohl alle hier darin einig seien, daß man das Treiben derer um Liebknecht abweisen, dagegen geschlossen die Regierung Ebert-Haase stütze und daß man die schleunigste Einberufung der Nationalversammlung wünsche, aber er möchte diejenigen, die nun zur Versammlung der Soldatenräte nach Berlin gingen, bitten, dort auch die Regierung auf die Mißgriffe aufmerksam zu machen, die gemacht seien. Vor allem nahm er dabei den alten Reichstag in Schutz, den einer der Vorredner angegriffen habe. Der Reichstag sei aus allgemeinen, gleichen, geheimen, gänzlich unbeeinflussten Wahlen des ganzen deutschen Volkes hervorgegangen, es sei ein arger Mißgriff, daß man ihn bei der Umwälzung ganz ausgeschaltet und so den Teil des Volkes, der nicht zur Sozialdemokratie gehöre, entrechtet habe.

Das wieder gut zu machen, müsse schleunigst die Nationalversammlung gewählt werden und wenn das aus irgend einem Grunde nicht so schnell ginge, vorläufig der alte Reichstag als Vertretung des ganzen Volkes einberufen werden. Wenn Herr Kruse schon darauf hingewiesen habe, daß infolge des Kirchenerlasses des Kultusministers das Zentrum aufs höchste erregt sei und der Westen, vielleicht auch der Süden Deutschlands Trennungsgelüste zeige, so weise er noch nachdrücklich darauf hin, daß durch die Schuld der jetzigen Regierung auch im Osten weite Gebiete in Schlesien, Posen, West- und Ostpreußen uns verloren gingen, die bis jetzt noch fest in unserer Hand gewesen und teils als Bergwerks- und Industriegebiet, teils als Kornkammern für uns unentbehrlich seien. Für die Besetzung der Ministerposten dürfe nicht die Parteizugehörigkeit, sondern nur die persönliche Tüchtigkeit des Mannes maßgebend sein. Bezüglich der Verstaatlichung endlich, von der die Vorredner gesprochen hätten, warne er nach zwei Richtungen hin, einmal, weil oft ein Betrieb, der der Allgemeinheit gehöre, nicht so pfleglich beaufsichtigt werde und nicht so ertragreich arbeite, wie ein Privatbetrieb. Erst durch das Privateigentum sei der Fortschritt in die Welt gekommen, und auch im Privatbetrieb sei der Nutzen des Arbeitgebers und des Arbeitnehmers durch geeignete Maßnahmen in Einklang zu bringen. Zum andern aber sei der jetzige Augenblick besonders gefährlich, weil man bei dem Waffenstillstand gesehen habe, daß der Feind zuerst nach dem Staatseigentum an Eisenbahnen und Schiffen greife, so werde es bei verstaatlichten Bergwerken und anderen Betrieben auch gehen. - Herr Fabrikant K r ü g e r betont, daß er sich auf den Boden der gegebenen Tatsachen stelle. Bezüglich der Trennung von Staat und Kirche gingen die Ansichten auseinander. Sollte sie einmal erfolgen, so komme es darauf an, in welcher Form und wie lange die Übergangszeit ist. Bedauerlich sei der Erlaß des Kultusministers zur Entfernung des Schulgebotes. Dies beweise, daß diese Männer von der Anschauung der großen Masse des Volkes keine Ahnung haben. Es müssen Männer gewählt werden, die auch heute noch den Spruch vor dem Schulhause beherzigen: Die Furcht des Herrn ist der Weisheit Anfang. - Herr Kruse verliest hierauf nachstehende EntschlieÙung, die ohne Widerspruch angenommen wurde:

Mehr als 600 Einwohner von Bünde und Umgegend, Arbeiter, Soldaten, Bauern, Bürger aller Parteirichtungen sind von der Not der Zeit zusammengeführt. Sie verlangen einmütig Frieden und Ordnung, Brot und Arbeit. Die Reichsregierung muß mit starker Hand die Umtriebe unruhiger und fanatischer Volksverführer unterdrücken, damit den Feinden der Vorwand zur Fortführung des Krieges fehlt. Eine Regierung der Mehrzeitssozialisten, verstärkt durch einsichtige Männer anderer Parteien und so gestützt vom ganzen Volke, ist auch für das Ausland verhandlungsfähig, die muß für baldigste Einberufung der Nationalversammlung sorgen und den Vorfrieden abschließen. Im Interesse der Aufrechterhaltung der Wirtschaftskraft muß zur Zeit von der Vergesellschaftung der Erzeugungsmittel abgesehen werden. Die Versammlung erwartet auch, daß die Reichsregierung alles daran setzt, um die Reichseinheit zu wahren.

Herr Gerichtsrat B o c k e betonte zum Schluß, daß bei dem bevorstehenden Wahlkampfe zur Nationalversammlung sich jeder befleißige, auch den Standpunkt Andersdenkender zu achten und dem Gegner gerecht zu werden. - Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.

Quelle: Bänder Generalanzeiger, 17.12.18

**M 8**

Auszug aus einer Mitteilung der Polizeiverwaltung in Bünde an den Landrat in Herford.

Bünde, den 17. Januar 1919 Der hiesige Arbeiter- und Soldatenrat hat sich keinem Zentralausschuß usw. unterstellt. Er arbeitet in Gemeinschaft mit dem hiesigen Bürgerausschuß. Seine besondere Aufgabe besteht hauptsächlich in der Kontrolle der getroffenen wirtschaftlichen Maßnahmen und Durchführung der getroffenen Bestimmungen über Arbeitsschutz. (8 Stunden-Tag, Einstellung der Kriegsteilnehmer, sowie Entlassung der weiblichen Arbeitskräfte in den gewerblichen Betrieben usw.)

Quelle: Kreisarchiv Herford, A 85

**M 9**

Sitzungsprotokoll des Arbeiter- und Soldatenrates.

Bünde, 3. März.

Die Sitzung fand heute nachmittag im Gasthof Schmidt am Bahnhof statt und war fast vollzählig besucht, einige Mitglieder waren durch Dienst bzw. Urlaub am Erscheinen verhindert. Sie wurde kurz nach 5 1/2 Uhr vom Vorsitzenden K r u s e eröffnet.

E i n g e g a n g e n e S c h r e i b e n: vom Bürgerausschuß Bünde und vom Amt Ennigloh wird in Anbetracht der zunehmenden Straftaten und um spartakistischen Umtrieben, die möglicherweise von auswärts kommen könnten, vorzubeugen, um die Zustimmung zur G r ü n d u n g e i n e r S t a d t w e h r, welche der Polizei zur Verstärkung beigegeben werden soll, ersucht. Nach eingehender Aussprache wird dem Ersuchen einstimmig stattgegeben unter der Bedingung, daß die Wehr nur zu obigem Zweck Verwendung findet, nicht etwa bei Streiks und Demonstrationen in Tätigkeit tritt und daß ein Mitglied des A.- u. S.-Rats stets an den diesbezüglichen Beratungen als stimmberechtigtes Mitglied teilnehmen soll. Als solches wählt Versammlung K r u s e, als dessen Stellvertreter D e p k e. Kruse möchte diese Wehr als S i c h e r h e i t s w a c h e benannt wissen. 2. Auf Antrag des hiesigen Gewerkschaftskartells beschließt Versammlung, beim Kreise zu beantragen, daß die B u c h a l t e r s t e l l e b e i d e r K r e i s s c h l a c h t e r e i, welche z. Z. Kaufmann G. Meyer-Bünde innehat, durch einen stellenlosen Kaufmann besetzt wird. 4. Der A.- u. S.-Rat S p e n g e soll in einer Forderungssache von 10 Mark an den A.- und S.-Rat Herford unterstützt werden. 5. Das Gesuch des kriegsgeschädigten August W e s t e r h e i d e in R ö d i n g h a u s e n auf Wiedererlangung der früher innegehabten dortigen E i e r s a m m e l s t e l l e, welches von der Kriegswirtschaftsstelle Herford abgelehnt ist, soll beim Landrat befürwortend vorgelegt werden. 6. Zur B e s c h w e r d e - s c h r i f t der F i r m a W . H a g e m e y e r & P o l l n e r - B ü n d e über unberechtigte Tüngerabfuhr seitens des Tierarztes Greise, hier, sollen, bevor man Beschluß faßt, Erkundigungen eingeholt werden.

8. In der Forderungsangelegenheit des Schreibers Schwake-Herford soll dieser um Einreichung seiner Rechnung ersucht werden, worauf Regelung erfolgen soll. 9. Das Ersuchen des Oelmüllers Schläger-Spradow, der A.- u. S.-Rat möge dahin wirken, daß seine Mühle, die wegen Vergehen auf 6 Wochen geschlossen ist, wieder geöffnet werde, wird abgelehnt. 10. Der Landwirt Eickhoff-Oettinghausen bittet, zwecks Sicherung von elektrischem Licht und Kraft, die ihm vom Elektrizitätswerk entzogen, beim Ministerium des Innern hinzuwirken. Nach Eingang der diesbezüglichen Unterlagen soll der Fall weiter behandelt werden. 11. Das Ersuchen des A.- und S.-Rats Löhne, man möge beim Kreis Ausschuß mit beantragen, den Zuschlag auf Kohlen fallen zu lassen, wird nach der Aussprache einstimmig abgelehnt. 12. Die A.- und S.-Räte Spengle und Löhne ersuchen, Protest einzulegen gegen die hohen Preise für Radieschenöl (1/8 Liter 3,20 Mark) und für ausländisches Weizenmehl, welches gar kein Weizen-, sondern Roggenmehl sei, (1 Pfund 1,05 Mark). Nach den vorliegenden Einkaufspreisen ist der erhobene Aufschlag nicht zu hoch. Versammlung beschließt jedoch, den Kreis zu ersuchen, das Öl wie auch das Mehl, falls noch vorhanden, unbedingt billiger in den Handel zu bringen, um der minderbemittelten Bevölkerung auch die Möglichkeit zur Anschaffung zu geben. - Unter Punkt Verschiedenes macht der Vorsitzende die Mitteilung, daß man sich, nach dem nunmehr die Wahlen erledigt seien, mit der Auflösung des A.- und S.-Rats befaßt habe, sie werde voraussichtlich im Laufe des Monats erfolgen. Darauf wurde die Versammlung geschlossen.

Quelle: Bänder Tageblatt, 3.3.1919, Kreisarchiv Herford, A 85

## M 10

Bildung einer Bürgerwehr in Bünde

### Locales und Provinzielles

\* Bünde, 6. März. (Stadtwehr.) Der Not der Zeit gehorchend haben die verantwortlichen Körperschaften von Bünde sich entschlossen, hier als Organ der Polizeiverwaltung eine Stadtwehr zu gründen, die den Zweck haben soll, erforderlichenfalls mit Waffengewalt Leben und Eigentum der Bänder Bürger zu schützen und die staatliche Ordnung aufrecht zu erhalten gegen sportakistische Aufrühr- und Vergewaltigungsversuche. Das Schicksal vieler Städte und Gemeinden Deutschlands hat die Notwendigkeit dieser Einrichtung gründlich bewiesen, zumal die noch bestehenden soldatischen Formationen zum Teil nicht in der Lage waren, den Aufrührbewegungen zu begegnen. Eine Wehr, zusammengesetzt aus altgedienten Soldaten, die hier in Bünde anlässlich sind und die Kraft und Fähigkeit haben, wird von dem richtigen Geist befeelt sein, Familie, Haus und Hof zu beschützen. Der Stadtwehr werden Bürger aller politischen Bekenntnisse angehören, die sich auf dem Boden der jetzigen Regierung stellen und diese mit allen Mitteln schützen wollen. Die selbstverständliche Beschränkung der Stadtwehr nur auf diese Aufgaben ist ein sehr wesentlicher Grund, der ihr das Vertrauen der gesamten Einwohnerschaft von Bünde sichern wird. Auch in den Nachbargemeinden sollen Sicherkeitswehren eingerichtet werden.

Quelle: Bänder Generalanzeiger vom 6.3.1919

## Lokales und Provinzielles

Bünde, den 12. März.

X — (Bildung einer Bürgerwehr.) In der Turuhäue traten gestern abend etwa 60 Personen zusammen, um eine Bürgerwehr gegen spartakistische Übergriffe zu bilden. Die Erschienenen wurden von Herrn Bürgermeister Straubel begrüßt. Er verlas darauf ein Schreiben des Herrn Regierungspräsidenten Campe, worin die Notwendigkeit der Bildung und die Obliegenheiten der Bürgerwehr betont wurde. Hierauf bat er die Versammlung, aus ihrer Mitte einen Führer zu wählen. Herr Oberlandmesser Studtke wurde einstimmig gewählt, der auch die Wahl annahm. Die Wahl der Unterführer und deren Stellvertreter geschah ebenfalls durch Zufall. Die Waffen und die Munition für die Bürgerwehr werden in den nächsten Tagen vom Generalkommando aus Münster erwartet.

Quelle: Bänder Generalanzeiger, 12.3.1919

### M 11

Bildung eines Bürgerausschusses in Bünde

#### M 11.1

Aufruf zur Bildung von Bürgerausschüssen

Die Erfahrungen der letzten Zeit beweisen, daß das deutsche Bürgertum als solches selbst den schwersten inneren Ereignissen tatenlos gegenübersteht. In diesen entscheidenden Stunden fordern wir das deutsche Bürgertum auf, zur sofortigen Bildung von Bürgerausschüssen in Deutschland zu schreiben. Diese Bürgerausschüsse haben in Fühlung mit der Reichsleitung und den Vorständen der Arbeiter- und Soldatenräte in erster Linie folgende Aufgabe zu lösen: Wahrung der bürgerlichen Rechte und der vollen Gleichberechtigung des Bürgertums bei allen staatlichen Maßnahmen.

Zur Bildung eines solchen Bürgerausschusses für Groß-Berlin haben wir bereits die nötigen Schritte getan.

H a n s a b u n d. Dr. Riesser.

Quelle: Bänder Generalanzeiger vom 14.11.1919



M 11.2

# Aufruf!

Bei den Umwälzungen der letzten Wochen hat das Bürgertum abseits gestanden.

Die Gegenwart und die Zukunft erfordern aber dringend die Mitarbeit aller Volksteile im Anschluß an die jetzige Regierung, damit das Wirtschaftsleben aufrecht erhalten und der völlige Zusammenbruch Deutschlands vermieden wird.

Notwendig ist auch der Zusammenschluß des Bürgertums, denn die Kräfte des einzelnen reichen nichts aus, um die dem Bürgertum gestellten Aufgaben zu lösen.

Heißt es doch nicht nur mitarbeiten zum Wohl des geliebten Vaterlandes, sondern auch die volle Gleichberechtigung des Bürgertums zu wahren.

Die Unterzeichneten, Vertreter aller Berufsstände des Bürgertums, fordern daher auf zur Bildung eines

## Bürgerausschusses für Bünde und Umgegend.

Die Wahl des Bürgerausschusses soll in einer öffentlichen Versammlung am

**Freitag, den 22. ds. Mts., abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr  
im Stadtgarten zu Bünde**

stattfinden.

Alle Mitbürger und Mitbürgerinnen, von Bünde und Umgegend, die im Arbeiter- und Soldatenrat ihre Standes- oder Berufs-Vertretung nicht finden, werden zu dieser Versammlung dringend eingeladen.

Für die Ärzte und Pastöre: Wilh. Demandt, Pastor; Dr. Otto Fitz, Sanitätsrat; für die Angestellten: Hans Laesch, Spartassen-Kendant; Carl Schürmann, Geschäftsführer; für die Beamten: Heinrich Baldewein, Rechnungsrat; Wilh. Hecker, Bahnsteig-Schaffner; Justus Wertan, Kassenvorsteher; Wilh. Schröder, Postschaffner; August Steinbrink, Amtsgerichts-Sekretär; Wilh. Stöcker, Eisenbahn-Assistent; Wilh. Becke, Amtsgerichtsrat; für die Detaillisten: Carl Hitzmann, Carl Meyer, für die freien Berufe: Herm. Busch, Kaufmann; Heinr. Held, Zieglerbesitzer; Gustav Meyer, Kaufmann; für die Handwerker: Carl Baruth, Bezirks-Schornsteinfegermeister; Aug. Bünger, Malermeister; Aug. Gräfe sen., Fleischermeister; Aug. Gräfe jr., Fleischermeister; H. Hiltner, Maurermeister; Johar. Hölscher, Schneidermeister; Herm. Kollmeyer, Bäckermeister; Heinr. Pauck, Tischlermeister, Carl Tiemeyer, Schlossermeister, für den Hansabund: Georg André, Fabrikant, Herm. Arnolds, Fabrikant, Wilh. Brocksch, Fabrikant, Otto H. Dufmann, Fabrikant, Wilh. Gerkinsmeyer, Fabrikant, Edward Reinboldt, Fabrikant, Simon Rosenthal, Fabrikant, Friedrich Vogel, Fabrikant, Carl Warmann, Fabrikant, für die Lehrer: Fritz Keit, Lehrer, Friedrich Langewiesche, Studienrat, Paul Jaekel, Oberlehrer, Wilh. Rumbke, Rektor, für die Werkmeister: Herm. Hempelmann, Werkmeister, Heinr. Wehring, Buchdrucker.

Quelle: Bünde Generalanzeiger  
21.11.1918

**M 11.3**

Bünde, den 23. November.

(In einer zahlreich besuchten Versammlung) im Stadtgarten wurde gestern abend ein Bürgerausschuß gebildet zu dem Zweck, auf der Grundlage der durch die Neuordnung geschaffenen Verhältnisse die volle Gleichberechtigung des Bürgertums bei der Durchführung der staatlichen Maßnahmen zu wahren. Wir kommen auf die Versammlung noch eingehender zurück.

Quelle: Bänder Generalanzeiger, 23.11.1918

**M 11.4**

Bünde, den 25. November.

(Die öffentliche Versammlung) zur Bildung eines Bürgerausschusses war sehr zahlreich besucht. Herr Gerichtsrat Bocke, der die Versammlung leitete, wies in klaren Worten darauf hin, daß man sich heute auf den Boden der Tatsachen stellen und mit den neugeschaffenen Verhältnissen rechnen müsse. Es könne nicht verlangt werden, daß das Bürgertum von heute auf morgen seine Gesinnung ändere, das Bürgertum dürfe bei Neuordnung des Staates aber auch nicht bei Seite stehen, um sich ausschalten zu lassen. Der Arbeiterstand kann die Mitarbeit der Bürgerschaft nicht entbehren und die jetzige Regierung ist gezwungen, die bürgerlichen Parteien an der Neugestaltung der Verhältnisse mitwirken zu lassen, wenn sie zu einem Frieden kommen will, weil die Feinde nur mit einer Reg. verhandeln wollen, die sich auf das Vertrauen des ganzen Volkes stützt. Daher sei die Einberufung einer auf allgemeiner Wahl beruhenden Nationalversammlung notwendig. Er betonte ferner unsere schwere finanzielle Schädigung durch den Krieg, die schweren wirtschaftlichen Schäden durch die Abtretung Elsaß-Lothringens, und daß ferner Posen, Teil von Schleswig-Holstein und auch das linke Rheinufer verloren gehen werden. Zweck der Versammlung sei, einen Bürgerausschuß aus allen wirtschaftlichen Zweigen zu bilden, der die Mitarbeit des Bürgertums anregt und auch Vertreter in den Arbeiter- und Soldatenrat sendet. - Herr Andre vom Hansabund betont die Pflicht des Bürgertums, aufklärend zu wirken. Deutschland sei in eine schwierige Lage gekommen, das Volk sicherlich getäuscht worden von oben herunter. Während man glaubte, zu einem guten Frieden zu gelangen, habe das Waffenstillstandsangebot niederdrückend gewirkt. Schuld haben die führenden Männer. Dann kamen die schweren Tage von Kiel, 22 Fürstenhäuser sind bis jetzt gestürzt. Jetzt gelte es die Lage klar ins Auge zu sehen, denn an den sicherlich schweren Friedensbedingungen haben wir jahrzehntelang zu tragen. Wir können nur leben, wenn jeder seine Pflicht tut, und Mann und Frau sich im Dienste des Vaterlandes stellt. Das alte Deutschland ist tot, ein neues zu gründen, schwierig. Das Bürgertum dürfe sich nicht in den alten Schlendereien wiegen, wenn auch manchem der Ruck nach links schwer werde. Der erste Aufruf sei vom Hansabund ergangen und die Richtlinien vorgezeichnet, sich auf dem Boden der Reichsleitung zu stellen mit voller Gleichberechtigung des Bürgertums. In dem jetzigen Kampf der gemäßigten Richtung mit den radikalen Elementen, die die ganze Wirtschaftsordnung gewaltsam stürzen wollen, sei es höchste Zeit, daß das Bürgertum mitspreche. Denn wenn die

radikale Gruppe noch komme, würde durch die Zwangswirtschaft der Staat zugrunde gehen. Wenn wir im Auslande keinen Staatskredit haben, bekommen wir auch keine Rohstoffe, und infolgedessen gibts keine Arbeit. Wir müssen und daran gewöhnen, daß wir in einem demokratischen Staat leben, und müssen Realpolitik treiben. Die jetzige Reichsleitung braucht eine Volksvertretung durch eine Nationalversammlung. Wir dürfen den Mut nicht verlieren, denn der ist verloren, der sich selbst aufgibt. - Herr Studienassessor M ü l l e r erinnert angesichts des Rufes nach Nationalitätenstaaten an das Wort Schillers: Die deutsche Nation kann nicht vergehen. Aber einig müssen wir sein. Trotz aller Zwigigkeiten und Parteikämpfe müssen wir ein einiges Volk sein, das Notwendige ist das Sittliche und nur durch das Zusammenarbeiten aller eine gedeihliche Entwicklung möglich. - Herr Eisenb.-Ass. S t ö t e r a u betont die Mitarbeit am neuen deutschen Reiche, und zur Nationalversammlung, zu der alle Frauen und Mädchen antreten müssen. Die Not ist groß und Arbeit zum Leben notwendig. Es fehlt an allem und da heißt es, sparsam mit Lebensmitteln und Brennstoffen umgehen. Wir müssen alle zusammenstehen, um der Not Herr zu werden. Bürgerliche, Landwirte, Arbeiter, Beamte. Auch die Beamten wollen auf demokratischer Grundlage mitarbeiten. Nach dem Spruch "Bete und arbeite" müssen wir unser Heim einrichten. Die Beamtenschaft reicht den andern die Hand, wir wollen treu zusammenstehen zum Wohle des Vaterlandes für Wahrheit, Freiheit, Ordnung und Recht.

Herr Rektor R u m b k e führt aus, daß die frühere Staatsdiktatur schwer auf Schule und Kirche haftete, die vielfach angesehen wurden als Kampfgebiet. Die Schule sei nicht zu ihrem Rechte gekommen, eine freiheitliche Entwicklung konnte sie nicht nehmen, denn dem Einfluß von Staat und Kirche, konnte sie sich nicht entziehen. Ein Lehrer, der Einspruch erhoben hätte, war unmöglich. Die Kirche ist eine christliche, keine Parteikirche, sie wird sich zurückfinden zum Mitarbeiten. Was bringt die Zukunft? Eine freiheitliche Entwicklung des Schulsystems wird sich finden, im Zusammenwirken aller im Interesse der Schule. Aber keine ungebundene Freiheit, sondern Freiheit der Gesetze. Die Schule steht auf höherer Warte als Parteipolitik, sie hat eine ernste Pflicht gegen das Vaterland. - Herr Malermeister B r ü n g e r hebt hervor, daß auch das Handwerk sich auf den Boden der Tatsachen stelle. Wenn Ruhe und Ordnung kommen, dann kann durch treue Arbeit der Aufbau beginnen. Nur durch Zusammenhalten aknn Einfluß auf die Regierung gewonnen werden. Die jetzige Einseitigkeit muß durch baldige Wahl der Nationalversammlung beseitigt werden. Stark hat der Handwerkerstand gelitten, deshalb muß einer dem andern helfend beispringen. - Herr Pastor D e m l a n d t führt aus, daß die Vertreter der Kirche mit der Loslösung der Kirche vom Staat längst gerechnet haben, er bedauere nur, wenn dies überstürzt geschehe. Wenn der Bruch geschehe, müsse die Kirche sich darauf einrichten. Daß die Religion der Schule genommen werde, würde mancher Lehrer bedauern, denn die Religion ist die Krone des Unterrichts. Im Laufe der Zeit würde die Kirche nur gewinnen, dann könne die Religion sich frei entwickeln ohne Staat. Als Sonnenlicht der Kirche behält sie ihren himmlischen König. Aber nicht nur der Kirche, sondern auch dem Haus erwachen ernste Pflichten. Das Haus und die Mütter müssen zu Hilfe kommen, vor allem ist die Mutter dazu berufen, als erste die Religion ins Herz der Kinder zu lenken. Und so wollen wir hoffen, daß die Trennung zu einer Befruchtung des Kindes durch die Mutter führen wird. - Herr Stud.-Rat Dr. F i r betont, daß wir einen Staat haben, der gleiche Freiheit verspricht. Wenn er diese erfüllt, geht es nicht an, daß ein großer Teil Mitbürger beiseite geschoben werden. Daher müsse das Bürgertum sich zusammenschließen, und sich einen Platz erkämpfen, der ihm gebührt. Deshalb fort mit Parteihader und fordern wir das Recht zur Mitarbeit

zum Wohle des Vaterlandes. Dann wird auf langem, dornenvollem Pfade ein glückliches Deutschland erstehen. - Lehrerin Frl. R e i n k i n g hebt hervor, daß die Frauen und Mädchen viel gemeinsame Pflichten haben, die zur Politik führen. Früher sei gesagt, die Frau bedarf nicht des Wahlrechts, weil sie das Schwert nicht führen könne. Sie erinnere aber an die Kämpfe der Frauen hinter der Front, wie sie mitgeholfen haben im Felde, daheim als Arbeiterinnen an Maschinen, als Streckenarbeiter, im Kontor und Büro. Die Frauen haben mehr als die Hälfte der volkswirtschaftlichen Arbeit geleistet. Nun sind die Frauen zu Staatsbürgern gemacht und haben als gleichberechtigte Bürgerinnen neue Rechte und neue Pflichten. Durch den Krieg geschult, müsse sich jede als Glied des Ganzen fühlen. Und da solle niemand verkennen, wie wichtig das Wahlrecht der Frauen ist. Und gerade die Frau aus dem Bürgerstand muß mitwirken an der Gestaltung der Gesetzgebung. Sie braucht deshalb die Erziehung der Kinder nicht vernachlässigen und ihren Haushalt verlottern lassen. Sie wünsche, daß keine Frau vergäbe, ihre Stimme in die Wagschale zu werfen. - Hierauf wird eine Liste von etwa 30 Personen aller Berufsstände bekannt gegeben, die von der Versammlung durch Abstimmung als Bürgerausschuß gewählt werden, der die laufenden Arbeiten erledigt. - Herr Gerichtsrat B o c k e sprach die Hoffnung aus, daß der Ausschuß zum Segen der Bürgerschaft wirken wird, betonte, daß durch den Gedanken des Zusammenschlusses und der Einigkeit die wirtschaftlichen und sittliche Interessen hochgestellt werden worauf er die Versammlung schloß.

Quelle: Bänder Generalanzeiger, 25.11.1918

## M 11.5

Bünde, den 2. Dezember

(B ü r g e r a u s s c h u ß) Der in der öffentlichen Versammlung vom 22. November d. J. gewählte "Bürgerausschuß für Bünde und Umgegend" hat sich durch einige Zuwahlen ergänzt. In Folge dessen finden darin auch die Interessen der Arbeiterschaft und der Landwirtschaft eine Vertretung; auch einige Frauen sind hinzugewählt. Der engere "Geschäftsausschuß" besteht aus folgenden Personen: Amtsgerichtsrat Wilh. Bocke, Vorsitzender, Zigarrenfabrikant Georg Andre, stellvertr. Vorsitzender, Kaufmann Hermann Busch, Schriftführer, Frl. Reinking, Lehrerin, Beisitzerin, Kistenfabrikant Wilh. Brockfeld, Beisitzer, Malermeister Aug. Brünger, Beisitzer, Sparkassenrendant Hans Laesch, Beisitzer, Eisenbahn-Assistent Wilh. Stöterau, Beisitzer. Das Büro des Bürgerausschusses befindet sich im Held'schen Hinterhaus, Bismarckstraße 6a. Man bittet alle schriftlichen Zusendungen dorthin oder an den Vorsitzenden zu richten. Der Schriftführer wird auch etwaige Zuwendungen, die zu Zwecken des Bürgerausschusses verwendet werden sollen, mit Dank annehmen. Da der Bürgerausschuß bestimmungsgemäß auch die wirtschaftlichen Interessen der durch ihn vertretenen Bewohner von Bünde und Umgegend schützen und vertreten soll, so bittet man sich in allen solchen Angelegenheiten vertrauensvoll der Hilfe des Bürgerausschusses zu bedienen. Jedes Einzelinteresse wird, wenn es vom Bürgerausschuß vertreten wird, schneller und besser Genüge finden, als wenn der Einzelne auf sich selbst gestellt ist. In sozialer und politischer Hinsicht will der Bürgerausschuß die Gemeinsamkeit der Interessen des Bürgertums betonen und fördern, er setzt sich auch für eine volle Gleichberechtigung des Bürgertums gegenüber allen Ständen ein.

Quelle: Bänder Generalanzeiger, 2.12.1918

**M 11.6**

(B ü r g e r a u s s c h u ß) Dem von der öffentlichen Versammlung am Freitag gewählten Bürgerausschuß gehören an:

1. V o m H a n d w e r k: Malermeister Aug. Brünger, Klempnermeister Wilhelm Pott, Uhrenmacher Rudolf Stange, Bezirks-Schornsteinfegermeister Carl Baruth.
2. V o m H a n s a - B u n d: Zigarrenfabrikant Georg Andre, Zigarrenfabrikant Wilhelm Berkingsmeyer, Zigarrenfabrikant Karl Warmann, Kistenfabrikant Wilh. Brockfeld
3. V o n d e r B e a m t e n s c h a f t: Amtsgerichtsrat Wilhelm Bocke, Amtsgerichtssekretär: August Steinbrink, Eisenbahn-Assistent Wilhelm Stöterau, Zollinspektor Cust. Kable, Amtssekretär Ebmeyer, Oberbahnhofs-Vorsteher Kirsch.
4. V o n d e r L e h r e r s c h a f t: Fräulein Reinking, Studienrat Friedr. Langewiesche Oberlehrer Paul Jaeckel, Rektor Wilhelm Rumbke, Lehrer Fritz Holt
5. V o n d e n A n g e s t e l l t e n: Sparkassen-Rendant Hans Laesch, Geschäftsführer Schürmann
6. V o m D e t a i l l i s t e n - V e r e i n: Kaufmann Paul Meyer, Kaufmann Karl Hitzemann, Kaufmann Heinz Breitenbürger
7. V o n d e n f r e i e n B e r u f e n: Kaufmann Gust. Wener, Kaufmann Hermann Busch, Fabrikant Heinrich Bröker, Sparkassen-Rendant Günther
8. V o n d e n Ä r z t e n u n d P a s t ö r e n: Sannitätsrat Dr. Otto Fir, Pastor Wilhelm Demandt
9. V o m W e r k m e i s t e r - V e r e i n: Werkmeister Carl Mandler, Werkmeister Hermann Hempelmann, Buchdrucker Heinrich Mehring
10. V o n d e n P o s t b e a m t e n: Telegraphensekretär Richard Jolle, Postschaffner Wilhelm Schröder.

Quelle: Bündler Generalanzeiger, 27.11.1918

---

**C Stadt Enger****M 1**

Vereinbarung zwischen der Polizeiverwaltung des Amtes Enger und dem örtlichen Volks- und Soldatenrat

Volks- und Soldatenrat für das Amt Enger.

Zwischen der Polizei-Verwaltung des Amtes Enger, vertreten durch den Amtmann Engelhardt und den derzeitigen Vertretern des Volks- und Soldatenrats:

1. H. Pohlmann, Vorsitzender,
2. Landsturmmann Schürmeyer, Stellvertreter,
3. Leutnant Banze, Schriftführer,
4. H. Kronsbein, Stellvertreter,
5. Ad. Ebert, Musketier,
6. R. Redecker, Sergeant,
7. H. Heise, Landsturmmann,
8. Fr. Steffmann, Landsturmmann,
9. H. Gläsker, Zigarrenarbeiter,
10. A. Ebke, Zigarrenarbeiter,
11. H. Wehmeyer, Zigarrenarbeiter

ist folgendes vereinbart:

1. Zur Aufrechterhaltung der Ruhe und der allgemeinen Ordnung hat sich für das Amt Enger, mit dem Sitz in Enger ein Volks- und Soldatenrat gebildet, welcher der Polizeiverwaltung zur Unterstützung an die Seite tritt.
2. Seine Aufgaben sind:
  - a) Schutz des Eigentums der Bürger, des Amtes und des Staates.
  - b) Durchführung einer geordneten Lebensmittelverteilung an die Bevölkerung.
  - c) Beaufsichtigung und Kontrolle der sich im Amte Enger aufhaltenden Militärpersonen.
  - d) Durchführung der Abgabe von militärischen Waffen und militärischer Munition.
3. Um diese Aufgaben zu erfüllen, werden nachstehende Anordnungen getroffen:
  - 1) Die mit einem amtlichen Ausweis und einer weißen Armbinde (Aufschrift Volks- und Soldatenrat nebst Polizeistempel) versehenen Personen haben die Rechte von Sicherheitsbeamten.
  - 2) Gegen Plünderung wird auf das Allerstrengste eingeschritten.
  - 3) Der öffentliche Verkehr einschließlich Post und Telegraph soll unter allen Umständen geschützt werden.
  - 4) Sämtliche Militärpersonen, welche sich im Amte Enger aufhalten, haben sich sofort bei dem Volks- und Soldatenrat, Amtshaus Enger, Zimmer Nr. 4 zu melden.

5) Die Arbeit in den Betrieben darf nicht eingestellt werden.

Enger, den 13. November 1918.  
Amtmann Engelhardt  
als Vertreter der Polizeiverwaltung.  
Für den Volks- und Soldatenrat.  
Der Vorsitzende Hermann Pohlmann.

Quelle: Engerscher Anzeiger, 14.11.1918

## **M 2**

### **Erweiterung des Volks- und Soldatenrates Enger**

Enger, 19. Nov. (V o l k s - u n d S o l d a t e n r a t.) Am Mittwoch vor. Woche wurde hier ein Volks- und Soldatenrat gewählt. Am Donnerstag fand eine Soldatenversammlung statt, in der Wachen eingeteilt werden sollten. Eine Einigung hierüber kam nicht zustande, und außerdem wurden Stimmen laut, die mit der Wahl des ersten Soldatenrates nicht einverstanden waren. Eine für Sonnabend Nachmittag einberufene Soldatenversammlung schritt nun im Pörtnerschen Saale zur Neuwahl eines Soldatenrats. Gewählt wurden als Vertreter der Soldaten für Enger: Fritz Heemeyer, Sergeant; als Ersatzmann Wilh. Clausen, Sergeant; Heinrich Omansiek, San.-Gefr.; als Ersatzmann Ehr. Schürmeyer, Landsturmmann; für Westerenger: Herm. Siekmann, Gefr.; als Ersatzmann Heinrich Stippschild, Gefr.; für Pödinghausen-Oldinghausen: Paul Ottopohl Gefr.; als Ersatzmann Heinr. Clausmeyer, Serg.; für Besenkamp-Steinbeck: Adam Ebert, Musk.; als Ersatzmann Aug. Linnenbrink, Obermatrose; für Dreyen-Siele: Aug. Bohnenkämpfer, Gefr.; als Ersatzmann Frieder Momme, Vizefeldwebel; für Herringhausen: Aug. Brackmann, Landsturm und als Ersatzmann Heinr. Sieks, Wehrmann.

Quelle: Engerscher Anzeiger, 19.11.1918

## **M 3**

### **Kommentar zur politischen Situation in Deutschland**

Am Abgrunde.

Mit Pauken und Trompeten, unter Straßenlärm und viel Geschrei ward in den Tagen des 9. und 10. November in Deutschland die Volksregierung unter dem Prinzen Max gestürzt und allerorten die Herrschaft der Arbeiter- und Soldatenräte eingeführt. Fort mit dem Militarismus! Fort mit den Kriegshetzern! Fort mit der Tyrannei des Kapitalismus und der Reaktion! Das Volk soll frei sein, soll über sein Geschick selbst bestimmen! Freiheit des Wortes, Freiheit der Schrift! Freiheit jedem Deutschen im Bürger- und Soldatenrock! - Schönere Worte hat man nie gehört als in jenen Tagen. - Doch das Wort ist nicht die Tat. Über die mannigfachen Verirrungen in den Geburtsstunden der Revolution könnte man die Akten schließen, wenn dem Karneval auf dem Fuße der Aschermittwoch gefolgt wäre. Was wir aber heute erleben, ist ein Karneval ohne Ende, ein Karneval voll Trauer und Schmerz, voll Elend und Schrecken. Hätte je im alten Deutschland ein sol-

ches Durcheinander auch nur einen Tag geherrscht, wie würde man geschrien haben über Lotterwirtschaft und Korruption, über Morschheit und Faulheit des Systems. Und das mit Recht. Sollen wir aber deshalb heute schweigen und entschuldigend die Achsel zucken, weil all der Wirrwarr, all das Chaos, der ganze große Zersetzungsprozeß, in dem wir uns heute befinden, auf das Konto des neuen Systems zu setzen ist? Sehen wir den Tatsachen ins Auge. - Welche enormen Vorräte an Kleidung und Lebensmitteln haben die neuen Gewalthaber übernommen, dazu einen Verwaltungsapparat, in vier Kriegsjahren erprobt und weiter ausgebaut. Und wo stehen wir heute? Selbst die größten Optimisten gestehen unumwunden, daß Deutschland vor der Hungersnot steht. Höchstens bis Ostern 1919 reichen die Lebensmittel.

Vier Kriegsjahre hindurch hat Deutschland, abgeschnitten von aller Zufuhr, sich selbst ernährt. Und die neuen Machthaber können die Ernährung dem Volke auch nicht für 6 Monate garantieren, obgleich die letzte Jahresernte zum mindesten nicht erheblich schlechter war als die von 1917. Und hinreichende Bekleidungsstücke für die zu entlassenden Soldaten sind schon heute vielerorten nicht mehr vorhanden. Man wird entgegenhalten, daß die schweren Waffenstillstandsbedingungen hieran schuld seien, die keine Zeit ließen, die riesigen Vorräte aus den besetzten Gebieten heimzuschaffen. Dieser Einwand ist nicht stichhaltig, denn einerseits wäre ein Deutschland ohne die alles zersetzende Revolution immer noch imstande gewesen, eine weitere Milderung der Waffenstillstandsbedingungen zu erzwingen, und andererseits wären wir bei Aufrechterhaltung der Ordnung immerhin noch in der Lage gewesen, aus den besetzten Gebieten mehr zurückzuschaffen, und letzten Endes wären wir auch noch mit den Vorräten in der Heimat ausgekommen. Aber bei der heutigen Wirtschaft geht das alles nicht. Wenn Lebensmittelgeschäfte gestürmt werden und die Brote auf der Straße umherliegen (Koblenz), wenn Soldaten den Verkauf rationierter Lebensmittel ohne Marken in den Geschäften erzwingen (Bremen, Köln, Bonn), wenn Soldaten die Bekleidungsämter stürmen (Münster), wenn sogar Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates Kleidungsstücke der Heeresverwaltung für ein paar Pfennige verschleudern, wenn Mitglieder der A.- und S.-Räte aus Eisenbahngüterwagen sich Lebensmittel aneignen und selbige Privatleuten gegen Bezahlung ins Haus liefern, wenn das sogar geschieht von Mitgliedern der A.- und S.-Räte, die eigens zur Beaufsichtigung der Waggons bestellt sind, ist es da ein Wunder, wenn die Lebensmittel- und Kleiderfrage in kürzester Zeit brennend geworden ist?!

Und das alles geschieht, während dieselben Arbeiter- und Soldatenräte tagtäglich neue Aufrufe und Verordnungen erlassen gegen Marodeure und Plünderer, während in Berlin tagtäglich vom Vollzugsausschuß und den Vertretern der Arbeiter- und Soldatenräte des Reiches in den bewegtesten Tönen geklagt wird über die zunehmende Not, die steigende Flut der Volksverelendung, während die Regierung ein Bittgesuch nach dem anderen an Wilson richtet!

Zu der Kalamität auf dem Lebensmittelmarkt kommt eine drohende Kohlennot. Die Zechen bringen es zum Teil nicht einmal mehr auf die Hälfte, ja ein Drittel der normalen Kriegsproduktion. Höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit und geringere Leistungen, das muß zum Abgrund führen. Schon ist in Berlin die Polizeistunde auf 8 Uhr festgesetzt worden, andere Städte werden bald folgen müssen. Und wie soll erst die Kohlenversorgung der breiten Bevölkerungskreise ausfallen! Hungersnot vor der Tür, und keine Kohlen! Was wird das Ende sein?!

Friede und Brot! Das war die Losung der Revolution. Und der Erfolg? Statt des Brotes Hungersnot, drohender Kleidermangel, keine Kohlen. Und dem Frieden sind wir nach einmonatiger Herrschaft der Arbeiter- und Soldaten-



räte um keinen Schritt näher gekommen. Alles wird in Grund und Boden gewirtschaftet. Das Reich droht zu zerfallen. Der Staatssäckel bis zur Verzweiflung belastet. Mitglieder des Vollzugausschusses beziehen ein Tagesgehalt von 50 (fünfzig) Mark und gewöhnliche Maschinenschreiberinnen ein solches von 30 Mark.

Galizier, Tschechen (Eisner, Kautzky), Juden und Männer mit dem eines Volksschülers kaum gleichwertigen, geistigen Niveau füllen die einzelstaatlichen Ministersessel. - Das ist das neue Deutschland, das Deutschland der Freiheit und Demokratie, das Deutschland der Revolution, das Deutschland der Arbeiter- und Soldatenräte!

Wer sich dazu berufen fühlt, bestehende, angeblich überlebte und morsche Verhältnisse mit einem Gewaltschlage umzustürzen, der darf sich nicht auf den Umsturz, auf das Niederreißen beschränken. Es muß an die Stelle des Gestürzten etwas Besseres setzen, sei es nun, daß er aus den Trümmern das Fundament des Alten vor der Zerstörung rettet und auf diesem Fundament das Neue, Bessere errichtet, oder sei es, daß er auch das Fundament niederreißt und auf völlig neuer Grundlage aufbaut. Jedenfalls muß dem Umsturz der Wiederaufbau folgen, und zwar in denkbar kürzester Zeit. Wer niederreißt, ohne wiederaufzubauen, der leistet dem Volke nur Henkerdienste, er wird statt eines Volksbeglückers der Totengräber jeglichen Volkswohles und Glückes.

Ein Monat ist seit den revolutionären Sturmtagen nun faßt dahin gegangen. Heute richten an die jetzigen Gewalthaber Millionen die bitterernste Frage: "Wo bleiben all die schöne Versprechungen jener Tage?!" Volksbeglückter wolltet Ihr sein, Volkserretter! Erst ein Monat eurer Herrschaft, und drohend umschleichen uns Hunger und Tod!!! -

Nirgends zeigt sich zum Wiederaufbau erstlicher Ansatz! Zum Umsturz mangelte Euch nicht das Talent! Fehlt's Euch zum Aufbau?!

Wie lange noch sollen 60 Proz. aller Staatsbürger entrechtet abseits stehen und sich beugen einer Diktatur, die nicht besser und nicht milder als die gestürzte?! Wie lange noch soll das gesamte Volk regiert werden von Arbeiter- und Soldatenräten, die auf Schritt und Tritt, in Wort und Tat uns Zeugnis geben, daß nicht gerade jedem Erdenbürger unter Brief und Siegel in die Wiege gelegt ward, er sei ein wahrer Volksbeherrscher, Volksregierer?! Vollzugausschuß und Generalversammlung der A u S Räte fassen Beschlüsse über Beschlüsse, zueinander gestellt, wie Nacht zum Tag. Keine Stunde fast vergeht, ohne das die A u S Räte ihre alles umfassende Macht der Welt kundtun, in Berlin sitzt aber eine Regierung, von der Revolution emporgehoben, die die oberste Gewalt für sich beansprucht, und in München dominiert Clemenceaus Söldling (Herr Kurt Eisner) nach eigener Fasson!! - Wie lange noch??!

"Kein Friede den Bolschewisten! Kein Friede auch den Arbeiter- und Soldatenräten! Kein Friede einem Deutschland voll Chaos und Wirrnis!"

Wilson sprach's und Foch hat's wahr gemacht, denn seine erste Tat im besetzten Deutschland war die Abschaffung der Arbeiter- und Soldatenräte. Ohne Friede aber kein Brot! -

Der 16. Februar soll die Wahlen bringen für die von drinnen und draußen verlangte Nationalversammlung.

Das Volk ruft nach Frieden schreit nach Brot! Dort draußen jenseits der Grenze können tausende von Brüdern - schmachtend in den Fesseln der Gefangenschaft - den Tag der Heimkehr kaum erwarten, weil sie die Sehnsucht verzehrt nach Heimat und Vaterland, nach Haus und Hof, nach Weib und Kind, nach Vater, Mutter, Bruder oder Schwester. Und in Deutschland haben maßgebende und nichtmaßgebende Kreise den traurigen Mut, die Wahlvorbereitungen durch mehr denn drei Monate hindurch zu verschleppen! - Schaukelpolitik, Verschleppungsmanöver und Volksbetrug nannten

sie's im alten Deutschland, wenn die Regierung die Erfüllung eines dem Volke gegebenen Wortes allzulange hinausschob, heute aber wird's mit Nichtigkeiten begründet. Damals war es die Reaktion, die der Regierung hemmend sich entgegen stellte. Wer ist's heute??! Eine kleine Gruppe, die durch Kehlenkraft ersetzt, was ihr an Anhang mangelt. Früher rief man nach Männern mit hinreichendem Rückgrat, der Reaktion gegenüber sich durchzusetzen! Wo ist heute der Mann, den Spartakussen gewachsen???! Spartakusse! Wühlend im wunden Fleische des deutschen Volkskörpers! Eine Gruppe nach dem Herzen Rußland's! Revolution um der Revolution willen! Demagogen, voll Blut und Schrecken! Vernichtung ist ihre Saat, Tod ihre Ernte!

Du deutsches Volk, durch vier Kriegsjahre nicht besiegt, soll das dein Los sein?! Sollen fremde Herrscharen deine Fluren überschwemmen, deine Äcker zerstampfen?! Indianer und Neger deine Frauen und Töchter schänden?! Sollen deine Kinder dir fluchen, weil du in der Stunde der Not dich hast verraten und verkaufen lassen??! Deutsches Volk besinne dich! Rette deine Zukunft!

Quelle: Engerscher Anzeiger, 10.12.1918 und 12.12.1918

**D Stadt Spenge****M 1**

Vereinbarung zwischen der Amts- und Polizeiverwaltung Spenge und Vertretern des Arbeiter- und Soldatenrates

## Bekanntmachung.

Zwischen der Amts- und Polizeiverwaltung Spenge, vertreten durch den Amtmann und den Vertretern des Arbeiter und Soldatenrates:

1. Bezirksleiter Fritz Brinkmann
2. Zigarrenarbeiter Wilhelm Döhrmann
3. Zigarrenarbeiter Wilhelm Schachtliak
4. Zigarrenarbeiter Heinrich Borgstedt
5. Zigarrenarbeiter Heinrich Potthoff
6. Sergeant Mäsker
7. Sergeant Deppe
8. Krankenträger Göhner
9. Musketier Haddenhorst
10. Jäger Redeker
11. Musketier Schachtliak

ist folgendes vereinbart:

1. Zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung hat sich in Spenge, für den Amtsbezirk Spenge, ein **Arbeiter- und Soldatenrat** gebildet, welcher der Amts- und Polizeiverwaltung zur Unterstützung an die Seite tritt.—
2. Seine Aufgaben sind:
  - a) Schutz des Eigentums der Bürger, der Gemeinden und des Staates.
  - b) Durchführung einer geordneten Lebensmittelverteilung an die Bevölkerung.
  - c) Beaufsichtigung und Kontrolle der sich im Amtsbezirk aufhaltenden Militärpersonen.
  - d) Durchführung der Abgabe von militärischen Waffen und militärischer Munition.
3. Um diese Aufgaben zu erfüllen, werden nachstehende Anordnungen getroffen.
  1. Die mit einem amtlichen Ausweis und einer weißen Armbinde (Arbeiter- u. Soldatenrat nebst Stempel) versehenen Personen, haben die Rechte von Sicherheitsbeamten.
  2. Gegen Plünderungen wird auf das Allertrengste eingeschritten.
  3. Der öffentliche Verkehr einschließlich Post und Telegraph, soll unter allen Umständen geschützt werden.
  4. Sämtliche Militärpersonen, welche sich im Amtsbezirk Spenge aufhalten, haben sich sofort bei dem Arbeiter u. Soldatenrat im Gasthaus Aug. Heitmann erste Tür links in Spenge, zu melden.
  5. Die Arbeit in allen Betrieben, auch den landwirtschaftlichen, darf nicht eingestellt werden.

Spenge, den 14. November 1918.

*Amtmann Cornelius, als Vertreter der Amts- u. Polizeiverwaltung.*

*Für den Arbeiter und Soldatenrat*

*Der Vorsitzende: Heinrich Potthoff.*

## M 2

Aufruf zur Abgabe von Kohlen

 **Aufruf.** 

*Da mit Rücksicht auf die herrschenden Verkehrsschwierigkeiten eine Besserung der Kohlenversorgung in den nächsten Tagen hier nicht zu erwarten steht und zu befürchten ist, daß eine Reihe von Haushaltungen trotz der herrschenden Kälte ohne jegliches Brennmaterial ist, richten wir an alle diejenigen Haushaltungen, die noch für längere Zeit mit Kohlen versorgt sind, die d r i n g e n d e Bitte, einen Teil der Brennstoffe für die Allgemeinheit zur Verfügung zu stellen.*

Mitteilungen über die freigegebenen Mengen sind schriftlich oder mündlich sofort an den Soldatenrat erbeten. Über die abgegebene Menge werden Bescheinigungen ausgestellt und bei stärkerer Kohlenzufuhr können die gleichen Mengen wieder bezogen werden.

Sollte eine freiwillige Ablieferung keinen genügenden Erfolg versprechen, so müßte auf Grund von Kellerrevisionen eine Beschlagnahme größerer Kohlenmengen erfolgen.

*Spenge, den 19. November 1918.*

**Arbeiter und Soldatenrat.**

Potthoff.

**M 3****Sitzungsprotokolle des Volks- und Soldatenrates Spenge****M 3.1**

Spenge, den 18. Nov. 1918

In der heutigen Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates wurde folgendes beschlossen:

Punkt 1. Wegen der Beschaffung von Kohlen werden entsprechende Aufrufe erlassen...

Punkt 3. Unterstützungsanträge für Erwerbslose wurden ebenfalls vertagt, bis eine genaue Übersicht vorhanden ist, wieviele Arbeitslose sich gemeldet haben.

Punkt 4. An Familienuntersützung wurde ab 1. 11. 18 3M pro Kopf bewilligt.

Punkt 5. Für Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates, ebenfalls auch für Wache und Patrouillen wurde eine Entschädigung von 4M pro Tag bewilligt. Den Arbeitern im A. u. S. soll die versäumte Arbeit mit 50 Pfg. für die Stunde vergütet werden...

Quelle: Stadtarchiv Spenge A, 1259

**M 3.2****Mitteilung des Vorsitzenden des Arbeiterrates Spenge an das Amt Spenge die Entlassung weiblicher Arbeitskräfte der Amtsverwaltung betreffend**

In der heutigen Sitzung des Arbeiterrates Spenge kamen die gestrigen Vorkommnisse zwischen dem Soldatenrat Herford und der Amtsverwaltung Spenge zur Sprache. Nach Schilderungen des Zigarrenarbeiters Fritz Sewing, Spenge 366, hat der Soldatenrat Herford nicht verlangt, daß die weiblichen Personen in der Amtsverwaltung sofort entlassen werden sollten und gleich Arbeitslose davon eingestellt werden sollten, sondern der Soldatenrat hat verlangt, daß diejenigen, die ohne einen Erwerb noch leben können, nach und nach entlassen werden sollten. Erst müssen die Kräfte in ihrer Arbeit dort angelernt werden und dies kann nur durch die im Dienst sich befindenden Personen geschehen. Es ist kein Verbrechen, wenn Personen, die in der glücklichen Lage sind, ohne Erwerb noch leben zu können, ihren Mitmenschen in die Lage versetzen, ebenfalls das zum Leben notwendige verdienen zu lassen. Nun hat die Amtsverwaltung alle weiblichen Personen entlassen und Arbeitslose eingestellt, die nun nicht wissen, was sie anfangen sollen. Gegen diese Maßnahmen protestiert der Arbeiterrat und verlangt, daß die nun Eingestellten in ihrer Arbeit angelernt werden.

gez. Potthoff

Quelle: Stadtarchiv Spenge, A 1259

**E Stadt Vlotho****M 1****Vereinbarung zwischen dem Amt Vlotho und dem Arbeiter- und Soldatenrat Vlotho****Bekanntmachung**

Zwischen dem Amtmann des Amtes Vlotho, der Gemeinde-Vertretung der Stadt Vlotho und den unterzeichneten Mitgliedern des gewählten Arbeiter- und Soldatenrates ist folgendes vereinbart:

1. Zur Aufrechterhaltung der Ruhe und der allgemeinen Ordnung hat sich in Vlotho ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet, welcher dem Amtmann und der Polizeiverwaltung zur Unterstützung an die Seite tritt.
2. Seine Aufgaben sind:
  - a) Schutz des Eigentums der Bürger, der Stadt und des Staates
  - b) Durchführung einer geordneten Lebensmittelverteilung an die Bevölkerung
  - c) Beaufsichtigung und Kontrolle der sich im Amte Vlotho aufhaltenden Militärpersonen
  - d) Durchführung der Abgabe von militärischen Waffen und militärischer Munition
3. Um diese Aufgaben zu erfüllen, werden nachstehende Anordnungen getroffen:
  1. Die mit einem amtlichen Ausweis und einer weißen Armbinde (Aufschrift Arbeiter- und Soldatenrat nebst Stempel) versehenen Personen haben die Rechte von Sicherheitsbeamten. Den Anordnungen des Arbeiter- und Soldatenrates und seiner Beauftragten ist Folge zu leisten.
  2. Gegen Plünderungen wird auf das Allerstrengste eingeschritten.
  3. Der öffentliche Verkehr einschließlich Post und Telegraph soll unter allen Umständen geschützt werden.
  4. Sämtliche Militärpersonen, welche sich im Amte Vlotho aufhalten, haben sich sofort bei dem Arbeiter- und Soldatenrat, Rathaus, zu melden.
  5. Die Arbeit in den Betrieben darf nicht eingestellt werden.

Vlotho, den 12. November 1918.

Der Amtmann: Brüggenschmidt.

Der Arbeiter- und Soldatenrat:

Heinrich Kampmeier.

August Lücking.

Heinrich Teigeler.

Carl Lambrecht.

Heinrich Schomburg.

Wilhelm Krieger.

Sergeant August Lambrecht.

Landsturmmann Heinrich Böndel.

Feldwebel Klocke.

Landsturmmann Schlutter.

Musketier Grabe.

Unteroffizier Rabbeau.

## M 2

Bekanntmachungen des Arbeiter- und Soldatenrates Vlotho

## M 2.1

**Bekanntmachung**

Die Auszahlung der Arbeitslosen-Unterstützungen für die Gemeinde des Amtes Vlotho findet von jetzt ab am 2. jeden Monats, und wenn dieser Tag auf einen Sonn- oder Festtag fällt, am nächstfolgenden Tage, im Hause der Fürsorgerin Fräulein Anna Walz, hier, statt. Auch die Auszahlung der Arbeitslosen-Unterstützung an die durch die vom 1. November d. Js. ab erfolgte weitere Einschränkung des Tabakverbrauchs arbeitslos gewordenen Personen findet erstmalig am 2. d. M. statt. Vlotho, den 29. November 1918.

Der Amtmann. Brüggenschmidt.

Der Arbeiter- und Soldatenrat:  
Lüding.

Quelle: Vlothoer Anzeiger, 29.11.1918

## M 2.2

**Bekanntmachung.**

Zweits Beschäftigung der zurückkehrenden Soldaten und Hilfsdienstpflichtigen hiesiger Stadt, welche zunächst in ihre früheren Arbeitsstellen nicht wieder untergebracht werden können, hat die Stadtverordneten-Versammlung von Vlotho in ihrer gestrigen Sitzung die Ausführung von

**Notstandsarbeiten**

beschlossen. Als Notstandsarbeiten sind zunächst ins Auge gefaßt: Die Einhebung des Schützenplatzes und der Ausbau des Höltebruchweges. Bis zum 1. Febr. 1919 soll eine stündige werktägliche Arbeitszeit einschließlich 2 mal 1/2 stündige Pause und ein Lohn von 60 Pfg. für die Arbeitsstunde gelten. In Betracht kommende arbeitslose Personen wollen sich bis **Dienstag, den 19. d. Mts.** in den Vormittagsdienststunden im Rathaus, Zimmer Nr. 1 melden.

Vlotho, den 15. November 1918.

Der Amtmann:

Der Arbeiter- und Soldatenrat.

Quelle: Vlothoer Anzeiger, 15.11.1918

## M 2.3

Bekanntmachung.

Die vielfach bei der Bevölkerung, insbesondere auf dem Lande verbreitete

Ansicht, daß mit dem Antritt der neuen Regierungsform die bisherigen Lebensmittelvorschriften außer Kraft getreten seien, ist falsch. Die genaue Einhaltung der Vorschriften, betr. Abgabe von Nahrungsmitteln nur gegen Karten, Verfütterungsverbote usw. müssen im gegenwärtigen Augenblicke mit verschärfter Genauigkeit durchgeführt werden, wenn eine Stockung der Lebensmittelversorgung in den wichtigsten Verbrauchsgebieten vermieden werden soll. Wann die von den Entente-Ländern in Aussicht gestellte Zufuhr von Lebensmitteln eintreffen und zur Verteilung kommen kann, und wie groß diese Mengen bemessen sein werden, steht noch in keiner Weise fest. Nur die strikte Aufrechterhaltung unseres Ernährungssystems und die Beachtung der erlassenen Vorschriften kann das deutsche Volk vor Hungersnot bewahren.

Vlotho, den 29. November 1918.

Der Amtmann. Brüggenschmidt.  
Der Arbeiter- und Soldatenrat. Lücking.

Quelle: Kreisarchiv Herford, A 84

## M 2.4

Bekanntmachung

Am Donnerstag, den 14.d.M., vormittags 11 Uhr haben sämtliche im Amte Vlotho sich aufhaltenden Militärpersonen im Kaisersaal zu einer Kontrollversammlung zu erscheinen. Etwa im Besitz befindliche Waffen und Munition ist mitzubringen und abzuliefern.

Vlotho, den 12. November 1918

Der Amtmann

Br ü g g e n s c h m i d t  
Der Arbeiter- und Soldatenrat

Quelle: Vlothoer Anzeiger, 12.11.1918

## M 2.5

### Bekanntmachung.

- Kartoffelausgabe im Konsumverein hier und zwar
- für die Haushaltungsvorstände der Lebensmittelausweisnummern 1 bis 300 am Mittwoch, den 4. Dez., vormittags von 8 bis 12 Uhr.
  - für die Haushaltungsvorstände der Lebensmittelausweisnummern 301 bis 600 am Donnerstag, den 5. Dez., vormittags von 8 bis 12 Uhr.
  - für die Haushaltungsvorstände der Lebensmittelausweisnummern 601 bis 900 am Freitag, den 6. Dez., vormittags von 8 bis 12 Uhr und
  - für die Haushaltungsvorstände der Lebensmittelausweisnummern 901 bis Schluss am Sonnabend, den 7. Dez., vormittags von 8 bis 12 Uhr.

Lebensmittelausweise und Kartoffelbezugscheine sind mitzubringen. Der Preis beträgt 6,50 M z. St., für Urkäufer und vorübergehend anwesende Personen 8 Pfa. für 1 Pfund. In den Wintermonaten findet nur einmal im Monat Kartoffelausgabe statt.

Vlotho, den 29. November 1918.

Der Amtmann:  
Br ü g g e n s c h m i d t.  
Der Arbeiter- und Soldatenrat:  
Lücking.

Quelle: Vlothoer Anzeiger, 29.11.1918



F Amt Gohfeld-Mennighüffen

M 1

Vereinbarung zwischen der Ortpolizeibehörde des Amtes Gohfeld-Mennighüffen und dem örtlichen Arbeiter- und Soldatenrat

Einigen der Ortpolizeibehörde im Bezirk des Amtes Gohfeld-Mennighüffen und dem Arbeiter- und Soldatenrat desselben Amtes, der sich z. St. zusammensetzt

- A. als Mitglieder des Arbeiterrates aus:
1. dem Schichtmeister Karl Dieckmeier aus Löhne,
  2. dem Zig.-Arb. Rom Busch aus Mennighüffen,
  3. dem Inwachen Otto Böhm aus Mennighüffen,
  4. dem Fahrdienstleiter Kurt aus Löhne-Bahnhof,
  5. dem Werkmeister Rohlfert aus Löhne,
  6. dem Konsumverwalter Heinrich Lohle aus Löhne,
  7. dem Werkmeister Herm. Köpf aus Mennighüffen,
  8. dem Werkmeister Brandt aus Melbergen,
  9. dem Werkmeister Stidhorn aus Melbergen.
- B. als Mitglieder des Soldatenrates aus:
1. dem Bizefeldwebel Heinrich Steinbach aus Bischofsbagen,
  2. dem Gefr. Wilhelm Langhein aus Löhne,
  3. dem Bizefeldwebel Paul Böhm aus Mennighüffen,
  4. dem Gefr. Karl Ruhmann aus Löhne,
  5. dem Bandst. Ernst Schäffer aus Mennighüffen,
  6. dem Bandst. Karl Finke aus Mennighüffen,
  7. dem Gefreiten Hermann Kamlot aus Melbergen,
  8. dem Bandst. Fürste aus Gohfeld,
  9. dem Obermetermar Kroll aus Löhne-Bahnhof,
  10. dem Leutnant d. R. Friedrichs aus Löhne-Bahnhof

ist folgendes vereinbart worden:

1. die gesamte militärische und bürgerliche Gewalt im Bezirk des Amtes Gohfeld-Mennighüffen steht zur Vermeidung von öffentlichen Unruhen, insbesondere von Blutvergießen unter Oberleitung des Arbeiter- und Soldatenrates. Die bürgerlichen Angelegenheiten werden von den bestehenden Zivilbehörden weiter erledigt.
2. Aufgaben dieses Amtes sind:
  - a. Schutz des Eigentums und der Person der Eingefessenen und der sich im Amt Aufhaltenden,
  - b. Durchführung einer geordneten Lebensmittelverteilung an die Bevölkerung,
  - c. Beaufsichtigung und Kontrolle der sich im Bezirk des Amtes aufhaltenden Militärpersonen,
  - d. Durchführung der Abgabe von militärischen Waffen und militärischer Munition.
3. Zur Erfüllung dieser Aufgaben werden nachstehende Anordnungen getroffen:
  - a. Die mit amtlichen Ausweis und einer weißen Armbinde (Aufschrift Arbeiter- und Soldatenrat nebst Amtsstapel) versehenen Personen haben die Rechte von Sicherheitsbeamten,
  - b. gegen Ausschreitungen oder Blendungen wird auf das Allerstrengste eingeschritten,
  - c. der öffentliche Verkehr einschließlich Eisenbahn, Post und Telegraph soll unter allen Umständen geschützt werden,
  - d. sämtliche Militärpersonen, welche sich im Bezirk des Amtes aufhalten, haben sich sofort beim Arbeiter- und Soldatenrat (Bahnhofsgebäude Löhne oder Filiale Elsbach am Bahnhof) zu melden,
  - e. die Arbeit darf in den Betrieben nicht eingestellt werden.
4. Die Nationalen und Konigsgeldchen bleiben sämtlichen Militärpersonen und Polizeibeamten beschaffen,
5. Die Lebensmittelverforgung ist nicht geändert. Lebensmittel, die nur gegen Marken ausgegeben werden dürfen, dürfen in anderer Weise weder an Zivil- noch Militärpersonen abgegeben werden.

Löhne, den 15. November 1918.  
 l. Ullmann.  
 l. Ullmann von der Boed,  
 als Vertreter der Ortpolizeibehörde.  
 Für den Arbeiter- und Soldatenrat.  
 Karl Dieckmeier, Vorsitzender.

Quelle: Bündler Generalanzeiger, 18.11.1918

## M 2

Aufruf an die Landwirte

## An die Landwirte!

Wir werden uns einschränken müssen, trotz der feindlichen und der amerikanischen Hilfe!“. Das ist die Meinung der maßgebenden Stellen in der Ernährungsfrage.

Unsere Ernährung ist durch die feindlichen schweren Waffenstillstandsbedingungen auf das Ernstlichste bedroht. Da ergeht unsere eindringliche Mahnung an die heimische Landwirtschaft, mit allen Kräften dafür zu sorgen, daß die Ablieferung aller landwirtschaftlichen Erzeugnisse auf schnellstem Wege vor sich gehe.

Landwirte! Bietet alles auf, daß nicht Hungersnot und damit unsägliches Elend in das Land ziehe. Verschließt dem verderblichen Schleichhandel endlich unter allen Umständen die Tür! Habt bei allen Euren Handlungen immer nur das Wohl des deutschen Volkes vor Augen.

Handelt Ihr nach diesem Grundsatz, dann wird es uns gelingen, über alle Fährnisse in der Ernährungsfrage hinweg zu kommen. Für uns alle können nur dann glücklichere Zeiten wiederkehren, wenn wir in den kommenden Monaten alle unsere Kräfte in den Dienst des Gemeinwohls stellen.

Die Sicherheit und das Rückgrat des Gemeinwohls sind geordnete Ernährungsverhältnisse. Helft mit aller Hingabe, sie zu schaffen.

Löhne, den 29. November 1918.

Der k. Amtmann.

v. der Boeck.

Arbeiter- und Soldatenrat, Löhne-Bhf.

Dießelmeier, Vorsitzender.

Quelle: Bündler Generalanzeiger 30.11.1918

## G Amt Herford - Hiddenhausen

## M 1

Vereinbarung zwischen dem Amt Herford - Hiddenhausen und dem örtlichen Arbeiter- und Soldatenrat

Bekanntmachung

Zwischen dem Amte Herford - Hiddenhausen, vertreten durch den Ehrenamt-  
mann v. der Schulenburg, und den derzeitigen Vertretern des Arbeiter-  
und Soldatenrates:

Karl Maschmann, Oetinghausen, Vorsitzender  
 Wilhelm Breitenkamp, Sundern, stellv. Vorsitzender  
 Offizier-Stellv. Gustav Dedert, Eilshausen, Schriftführer  
 Gottlieb Schürstedt, Eilshausen, stellv. Schriftführer  
 Wilhelm Luttmann, Eilshausen  
 Landsturmmann Feldmann, Eilshausen

Heinrich Schröder, Hiddenhausen  
 Landsturmmann Horstmann, Hiddenhausen  
 Wilhelm Vogelsang, Oetinghausen  
 Pionier Schürstedt, Lippinghausen  
 Fritz Greise, Lippinghausen  
 Unteroffizier Gößling, Bustedt  
 Werkmeister Hasenbäumer, Bustedt  
 Sergeant Möhlmann, Sundern  
 Gefreiter Limberg, Schweicheln  
 Maschinist Möller, Schweicheln  
 Arbeiter Hermann Mester, Bermbeck  
 Kanonier Koring, Bermbeck  
 Maler Koch, Eickum  
 Sergeant Läge, Eickum  
 Musketier Kiel, Schwarzenmoor  
 Arbeiter Schleef, Schwarzenmoor  
 Musketier Kleemeyer, Schwarzenmoor  
 Landsturmmann Karel, Falkendiek  
 Tischler Bohlmann, Falkendiek

ist folgendes vereinbart:

1. Zur Aufrechterhaltung der Ruhe und der allgemeinen Ordnung hat sich für das Amt Herford - Hiddenhausen ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet, welcher der Polizeiverwaltung des Amtes zur Unterstützung an die Seite tritt.
2. Seine Aufgaben sind:
  - a) Schutz des Eigentums der Einwohner, der Gemeinden und des Staates
  - b) Durchführung einer geordneten Lebensmittelverteilung an die Bevölkerung
  - c) Beaufsichtigung und Kontrolle der sich im Amte Herford-Hiddenhausen aufhaltenden Militärpersonen
  - d) Durchführung der Abgabe von militärischen Waffen und militärischer Munition
3. Um diese Aufgaben zu erfüllen, werden nachstehende Anordnungen getroffen:
  - 1) Die mit einem amtlichen Ausweis und mit einer weißen Armbinde (Aufschrift Arbeiter- und Soldatenrat nebst Stempel) versehenen Personen haben die Rechte von Sicherheitsbeamten.
  - 2) Gegen Plünderungen wird auf das Allerstrengste eingeschritten.
  - 3) Der öffentliche Verkehr einschließlich Post und Telegraph soll unter allen Umständen geschützt werden.
  - 4) Sämtliche Militärpersonen, welche sich in dem Amte Herford - Hiddenhausen aufhalten, haben sich sofort bei dem Arbeiter- und Soldatenrat im Amthause, Zimmer Nr. 7, zu melden.
  - 5) Die Arbeit in den Betrieben darf nicht eingestellt werden.

Herford, den 21. November 1918

Der Ehrenamtmann des Amtes Herford - Hiddenhausen:  
 v. der Schulenburg  
 Für den Arbeiter- und Soldatenrat:  
 Der Vorsitzende: Maschmann

Quelle: Kreisarchiv Herford, A 84

## Arbeitsaufgaben:

1. Erstellen Sie eine Chronologie der revolutionären Ereignisse in Stadt und Kreis Herford!
2. Welche Ziele setzten sich die Arbeiter- und Soldatenräte im Kreis Herford?  
Mit welchen Problemen beschäftigten sie sich?  
Auf welchem Gebiet lag der Schwerpunkt ihrer Tätigkeit?
3. Wie gestaltete sich das Verhältnis der Arbeiter- und Soldatenräte zu anderen politischen Kräften?
4. Welche Ziele verfolgte der Bürgerausschuß von Bünde und Umgebung?  
Wodurch unterschied er sich von den Arbeiter- und Soldatenräten im Kreis Herford?
5. Formulieren Sie eine politische Beurteilung der Tätigkeit der Arbeiter- und Soldatenräte und nehmen Sie Stellung zur Kritik der Herforder Monatsblätter am Herforder Arbeiter- und Soldatenrat.

(Vgl. dazu auch den Bericht über die konstituierende Sitzung des Arbeiter- und Soldatenrates Herford und den Aufruf zum Eintritt in die Freiwilligenkorps)

## Die Stellung der Arbeiter- und Soldatenräte zur öffentlichen Verwaltung

### M 1

Mitteilung des Ministeriums des Inneren bezüglich der Kompetenz der Arbeiter- und Soldatenräte

Provinzialbehörden und Arbeiterrat.

Das Ministerium des Inneren teilt mit:

Durch den soeben veröffentlichten Runderlaß an alle Ober- und Regierungspräsidenten ist bestimmt worden, daß die Vertreter des Arbeiter- und Soldaten- bzw. Bauernrates als Kontrollinstanz den einzelnen Verwaltungsbehörden zur Seite zu treten haben, und, vorbehaltlich der Vereinbarung im einzelnen, bei allen wichtigeren Verhandlungen zuzuziehen sind. Soweit die Verhandlungsbehörden sich der Durchführung dieser Anordnung nicht widersetzen, liegt kein Anlaß vor, sie in ihrer Amtstätigkeit zu behindern oder gar ihrer Ämter zu entsetzen; gleichwohl laufen fortgesetzt Meldungen über eine derartige Behinderung oder Amtsentsetzung hier ein und fordern gründliche und baldige Remedur. Wir können nur wiederholen, daß durch solche Behinderung unabsehbarer Schaden für die Gesamtheit, insbesondere für die Sicherstellung der Volksernährung entstehen kann.

An alle örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte ergeht hiernach unsere dringende Mahnung den von ihrem Amte entfernten Beamten, die sich der angeordneten Kontrolle nicht widersetzen, sofort die Ausübung ihrer Geschäfte wieder zu ermöglichen. Glaubt ein Arbeiter- und Soldaten- bzw. Bauernrat dringende Gründe für eine Personalveränderung geltend machen zu müssen, so muß er diese dem Ministerium des Innern vortragen. Nur dieses Ministerium kann die notwendige Entscheidung treffen oder von der preußischen Regierung erwirken, während solche Veränderungen von örtlichen Arbeiter- und Soldaten- bzw. Bauernräten selbständig auf keinen Fall vorgenommen werden dürfen.

Quelle: Staatsarchiv Detmold, Mi IP Nr. 562

### M 2

Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates Berlin zum Verhältnis der Arbeiter- und Soldatenräte zur Verwaltung

Die Regierungsgewalten.

Nach eingegangenen Meldungen sind die reaktionären Regierungsgewalten vielerorts bestrebt, ihre Tätigkeit nach altem System fortzusetzen.

Durch einen Erlaß der preußischen Regierung sind alle Regierungspräsidenten und Landräte ermächtigt, ihr Amt weiterzuführen. Dies ist jedoch nur so zu verstehen, daß ihre Amtsführung unter schärfster Kontrolle durch die örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte erfolgt.

Alle Landräte und sonstigen Beamten, die ihre Amtstätigkeit nach dem alten System fortsetzen oder gegenrevolutionäre Bestrebungen bezeigen oder unterstützen, sind durch den zuständigen Arbeiter- und Soldatenrat unverzüglich abzusetzen.

Unbedingt sind allen Landratsmitgliedern Beauftragte der Arbeiter- und Soldatenräte beizuordnen, denen die zuständige Überwachung aller Maßnahmen obliegt.

Offener Widerstand ist gegebenenfalls mit Waffengewalt zu brechen.

Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrates.

Molkenbuhr.

Rich. Müller.

Quelle: Staatsarchiv Detmold, Mi IP Nr. 562

### M 3

Finanzministerium und Ministerium des Inneren zur Übernahme der Kosten, die durch die Tätigkeit der Arbeiter- und Soldatenräte entstanden

Berlin, den 31. Dezember 1918.

Den Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten ist nur gestattet, neben der Verwaltung eine fortlaufende Kontrolle auszuüben; sie dürfen aber weder in die Kassenverwaltung, noch in die Rechtsprechung eingreifen, auch keine Verwaltungsmaßnahmen fordern, die den geltenden Gesetzen zuwiderlaufen oder die geordnete und pünktliche Erledigung der Geschäfte zu hindern geeignet sind...

Es dürfen auch nur diejenigen Kosten auf öffentliche Mittel übernommen werden, die durch die Tätigkeit der Räte bei der betreffenden Behörde entstehen, nicht auch der sonstigen allgemeinen Kosten für die Organisation und sonstige eigene nicht mit der Kontrolle bei der betreffenden Behörde zusammenhängende Tätigkeit. Daher ist etwaigen Ersuchen der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte um Überweisung größerer oder geringerer Pauschalsummen zur Bestreitung ihrer Ausgaben nicht zu entsprechen. Es sind vielmehr nur fällige und gehörige belegte Kosten der Räte (für ihre Tätigkeit bei der Behörde) zur Zahlung anzuweisen. Können über kleinere Ausgaben, etwa bis zu 1 M, ausnahmsweise keine Belege beigebracht werden, so genügt die schriftliche pflichtmäßige Versicherung, daß diese Ausgaben wirklich entstanden sind und dienstlich notwendig waren.

Ansprüche der Arbeiter- und Soldatenräte auf Übernahme von Kosten, die durch ihr unbefugtes Eingreifen in die Exekutive entstanden sind, müssen abgelehnt werden.

An den Herrn Regierungspräsidenten in M i n d e n

Quelle: Stadtarchiv Spenge, A 1259

**M 4**

Anfrage des Volks- und Soldatenrates an den Landrat die Organisationsstruktur der Soldatenräte betreffend

Volks- und Soldatenrat

Enger, den 21. November 1918

An

den Herrn L a n d r a t

Dem Volks- und Soldatenrat Enger sind die bisher ergangenen Verfügungen des Generalsoldatenrates nicht bekannt, auch nicht, welchen Bezirkssoldatenrat der hiesigen Volks- und Soldatenrat unterstellt sind. Es wird gebeten, zwecks ordnungsmäßiger Durchführung der Geschäfte ausführliche Instruktionen zu erteilen.

Quelle: Kreisarchiv Herford, A 85

**M 5**

Beurlaubung eines Hilfsgendarmen in Südlengern

**M 5.1**

Südlengern, den 15. November 1918

Meldung

Ich bin vom 13. November 1918 bis auf weiteres vom Arbeiter- und Soldatenrat nach Osterwieck am Harz beurlaubt.

Sergt. Krebs K.B.J.R. 67  
Hilfsgendarm

Quelle: Kreisarchiv Herford, A 85

**M 5.2**

Der Regierungs-Präsident

Minden, den 16. November 1918

Das Ministerium des Innern hat telegraphisch angeordnet, daß der Erlaß vom 13. November, betreffend Weiterbetätigung aller Verwaltungsbehörden und Verwaltungsbeamten, auch für die Landgendarmerie gilt, und daß dafür zu sorgen ist, daß den Gendarmeriemannschaften die Waffen belassen bzw. zurückgegeben werden.

Ich ersuche, diese Anordnung umgehend an die Oberwachtmeister und Gendarmen sowie durch die amtlichen Publikationsorgane weiter bekanntzugeben.

Im Auftrage:

Haeckermann.

An

die Herren Landräte

Durch Eilboten

Quelle: Kreisarchiv Herford, A 85

### M 5.3

Der Landrat

Herford, den 16. November 1918

An die Volks- und Soldatenräte bzw. die Arbeiter- und Soldatenräte in Enger, Spenge, Bünde, Löhne und Vlotho.

Nach einer Kundgebung der vorläufigen Regierung bleibt die Landgendarmerie im Amte und mit Waffen tätig. Zur Landgendarmerie gehören auch die Hilfsgendarme. Ein Arbeiter- und Soldatenrat hat einen Hilfsgendarm bis auf weiteres beurlaubt.

Hiergegen erhebe ich Widerspruch. Die öffentlichen Sicherheitsorgane, einschließlich der Landgendarmerie und der Hilfsgendarmen, müssen unbedingt in Tätigkeit bleiben, wenn ernsten Gefahren nachdrücklich vorgebeugt werden soll. Ich bitte also, keine derartigen Beurlaubungen mehr auszusprechen.

Zusatz bei Bünde:

Der Sergeant Krebs, Hilfsgendarm in Südlengern, hat mir gemeldet, daß er vom dortigen Arbeiter- und Soldatenrat bis auf weiteres nach Osterwieck a/H. beurlaubt sei. Ich bitte, ihm sofort telegraphisch Befehl zukommen zu lassen, daß er sich wieder in Südlengern einzufinden und seinen Dienst wahrzunehmen habe.

Quelle: Kreisarchiv Herford, A 85

### M 6

**Aufforderung des Kreisausschusses Herford an den Arbeiter- und Soldatenrat Bünde, nicht in die Kohleverteiler einzugreifen**

Kreisausschuß Herford  
Abt. Kriegswirtschaft (Kohlen)

Herford, den 24. Dezember 1918

An den Arbeiter- und Soldatenrat in B ü n d e

Durch Verordnung vom 12. November hat die Reichsregierung angeordnet, daß die Kohlenwirtschaft wie bisher durch die hierzu eingesetzten ordentlichen Organe ausgeführt werde und die Arbeiter- und Soldatenräte aufge-



fordert, in die bestehende Organisation der Kohlenwirtschaft nicht einzugreifen. Wiederholt ist in der Presse von dem Reichskommissar für Kohlenversorgung darauf hingewiesen, daß eine geordnete Belieferung mit Kohlen nur möglich ist, wenn die dazu zuständigen Behörden unbehindert ihres Amtes walten können.

Dessen ungeachtet hat der Arbeiter- und Soldatenrat Bünde in die Kohlenverteilung eingegriffen. Er hat von den Kohlenhändlern verlangt, daß sie ihm Meldung machen über die eingegangenen Kohlen. Ja, er hat sogar von der für den Hausbrand bestimmten Kohle Brennstoffe an die Industrie abgegeben. Beides ist durchaus unzulässig. Ich muß dringend ersuchen, daß derartige Eingriffe künftig unterbleiben und daß den Kohlenhändlern alsbald vom Arbeiter- und Soldatenrat mitgeteilt werde, sie brauchten die Meldungen an den Arbeiter- und Soldatenrat nicht mehr zu erstatten.

Nur eine Stelle kann für die Belieferung der Bevölkerung und der Kohlenhändler mit Kohlen verantwortlich sein. Greift der dortige Arbeiter- und Soldatenrat ferner in diese Anangelegenheit ein, so wird der Kreisausschuß Abteilung Kohlen seine Betätigung auf diesem Gebiete einstellen und öffentlich bekannt machen, daß die Versorgung mit Kohlen in dortigem Bezirk zukünftig lediglich von dem Arbeiter- und Soldatenrate gehandhabt werde. Die Verantwortung dafür muß der Arbeiter- und Soldatenrat tragen.

Quelle: Stadtarchiv Spenge, A 1259

## M 7

## Anfrage des Herforder Magistrats zu Kompetenzunklarheiten und zur Vorgehensweise des Arbeiter- und Soldatenrates

Abschrift.

Herford, den 26. November 1918.

An

das stellvertretende Generalkommando

VII. Armeekorps

in

Münster i/W.

Wie wir bereits protokolliert hat sich auch in der Stadt Herford ein Arbeiter- und Soldatenrat gebildet. Das Zusammenarbeiten wird nach Auffassung des Magistrats jedoch deshalb erschwert, weil verschiedene Unklarheiten herrschen und insbesondere die Befugnisse des Arbeiter- und Soldatenrats in dieser Hinsicht bisher nicht sehr genau abgegrenzt sind. In Nigenseln interessiert uns daher zu unserer Aufklärung über folgende Punkte gefl. Auskunft erteilen zu wollen:

1) Sind vom stellvertretenden Generalkommando VII. Armeekorps oder vom Generalsoldatenrat in Münster für die Tätigkeit der örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte bestimmte Anweisungen erlassen? Gelingenfalls bitten wir uns eine Abschrift dieser Anweisung zu übersenden.

2) Der hiesige Arbeiter- und Soldatenrat hat zur Anfertigerhaltung der öffentlichen Sicherheit in der 35 000 Einwohner zählenden und an sich durchaus ruhigen Stadt Herford eine Sicherheitskompanie in Höhe von 175 Mann aufgestellt. Einen erheblichen Teil der Kosten der Besoldung dieser Sicherheitskompanie hat die Stadt zu tragen, wodurch uns ganz aussergewöhnlich hohe Kosten entstehen. Wir gestatten uns anzufragen, ob der hiesige Arbeiter- und Soldatenrat ohne Weiteres bereit ist, die Aufstellung einer

einer Sicherheitskompanie von 175 Mann durchzuführen und die Besoldung dieser Kompanie von der Stadt zu veranlassen.

3. Nach uns zugegangenen Mitteilungen hat der hiesige Arbeiter- und Soldatenrat in wiederholten Fällen von sich aus bei hiesigen Privatpersonen Durchsuchungen und anscheinend Beschlagnahme von Kohlen, Lebensmitteln und sonstigen Gebrauchsgegenständen angeordnet und durchgeführt. Nach unserer Auffassung ist der Arbeiter- und Soldatenrat zu derartigen selbständigen Maßnahmen ohne Weiteres nicht berechtigt.

4) Für den Stadtkreis Herford ist die Polizeistunde von einigen Monaten auf 11 Uhr abends allgemein festgesetzt. Diese Anordnung ist auf Grund der Bekanntheit über Brandstiftung von Brennstoffen und Belohnungsmitteln erfolgt. Gründe rein politischer Natur sind nicht maßgebend gewesen. Trotz der zeitigen, ganz aussergewöhnlichen Kohlenknappheit hat der A. u. S. Rat auf die hiesige Polizeiverordnung in dem Sinne eingewirkt, daß die Polizeistunde seit einigen Tagen allgemein auf 12 Uhr Nachts festgesetzt ist. Wir erwachten ohne derartige Maßnahmen im Interesse der Ersparenis von Brennstoffen und Belohnungsmitteln unter den augenblicklichen Verhältnissen für durchaus verfehlt. Auch in diesem Falle bitten wir um Mitteilung des dortigen Standpunktes.

5. Der Arbeiter- und Soldatenrat hat einen Fuhrunternehmer der in früheren Jahren nur nebenbei gelegentlich einen Wagen Kohlen abzuführen hat, eine Bescheinigung ausgestellt, wonach ihn die Berechtigung zum Empfang von Besorgungsscheinen für den Hausbrand erteilt wird. Die Besorgungsscheine sollen ihn so schnell wie möglich, ausgenüchelt werden.

Durch dieses Verfahren wird die gesamte Verteilung der Besorgungsscheine gestört und die gleichmäßige Besetzung der Händler verhindert, da nach den Anweisungen des Herrn Ratohkohlenkommissars die Besorgungsscheine entsprechend dem Umsatz in den früheren Jahren verteilt werden sollen. Insbesondere wird die Aufrechterhaltung des inneren Dienstes in Herford dadurch erschwert, daß der hiesige Arbeiter und Soldatenrat für sich das Recht in

in Anspruch nimmt, Beamte ihres Amtes zu erheben. Über die inzwischen rückgängig gemachte nordbergende Besetzung des II. Bürgermeisters Werner haben wir bereits berichtet. Ausser diesem Fall hat aber der heutige Arbeiter- und Soldatenrat durch Besetzung vom 20. November 1918 den Stadtschreiber Kinder, Vorsitzender der Dienststelle für Ausfertigung der Besorgungsbücher, seines Amtes enthoben. In dieser Angelegenheit hat der Oberbürgermeister Busse am 21. November d. Jrs. folgendes Telegramm an den Generalsoldatenrat in Herford gerichtet:

"Arbeiter- und Soldatenrat der Stadt Herford teilt mir solchen Beschlüssen mit, daß Stadtschreiber Kinder aus seinen Amte in der Bekleidungsstelle enthoben wird. Nach dortigen Telegramm vom 18. d. Mts. ist dieses Verfahren unzulässig. Störung des Geschäftsbetriebes bei Durchführung des Beschlusses unvernünftig. Ich bitte Arbeiter- und Soldatenrat Herford sofort telegraphisch anzuweisen, Beschlüsse über Amtsenthebung des Stadtschreibers Kinder aufzuheben. Telegraphische Rückantwort erbeten.

Eine Antwort ist leider nicht erfolgt. Wenn auch dieser Fall inzwischen durch die von dem Oberbürgermeister mit unserem Einverständnis getroffene Anordnung, daß vorläufig und bis auf Weiteres die Ausfertigung der Besorgungsbücher an Stelle des Stadtschreibers Kinder durch eine andere Beamten erfolgt, seine Forderung gefanden hat, so möchten wir doch ausdrücklich bemerken, daß der Stadtschreiber Kinder in Ausübung des von ihm bisher bekleideten Amtes lediglich auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen und Vorschriften gehandelt hat, sodaß gegen ihn nach unserer Meinung berechnigte Vorwürfe

würfe nicht erhoben werden können, zumal uns auch bisher bestimmte Fälle, durch welche ein schuldhaftes Verhalten des Stadtschreibers Kinder oder eine Verletzung seiner Amtspflichten nachgewiesen ist, nicht nachhaft gemacht sind. Bei dieser Sachlage halten wir gegen das Vorgehen des Arbeiter- und Soldatenrats grundsätzlich und entschieden Widerspruch eingelegt.

Über die hier in Betracht kommenden Fragen ist uns eine möglichst eingehende Mitteilung über den dortigen Standpunkt ganz besonders erwünscht. Die Beamten müssen nach unserer Auffassung vor allen durch geschützt werden, daß ihnen die Gefahr droht, lediglich deswegen, weil sie wegen ihrer früheren Tätigkeit bei einigen Bürgern unbeliebt sind, ihres Amtes enthoben zu werden.

Den stellvertretenden Generalkommando und dem Generalsoldatenrat würden wir für eine möglichst ungetrübte und ausführliche Beantwortung dieses Schreibens zu ganz besonderem Dank verpflichtet sein.

Der Magistrat.

gez. Busse.

=====

Quelle: Akten der Polizeiverwaltung Herford,  
Stadarchiv Herford, C 871

## M 8

Reaktionen von Herforder Beamten im November 1918 und im Januar 1919

## M 8.1

Herford, 16. Nov. Die Vertreter der vereinigten Beamtenschaft von Herford und Umgegend saßen gestern abend unter dem Vorsitz des Herrn Oberpostkassiers Hoffmeister, nach eingehender Aussprache, folgenden Beschluß: „Die von uns vertretene Beamtenschaft hält es für ihre Pflicht, auf dem Boden der jetzt bestehenden Ordnung dem Volke amtlich und außeramtlich mit aller Kraft beizustehen, die ungeheuren Schwierigkeiten, die durch die Staatsumwälzung und den schnellen Übergang von der Krieg- zur Friedenswirtschaft entstanden sind, in Ruhe und Ordnung Herr zu werden, vor allem bei der Befriedigung und Sicherung der Lebensnotwendigkeiten, der Aufrechterhaltung der Verwaltung, des Wirtschaftslebens und des Verkehrs. Wir sind deshalb bereit, in dem Arbeiter- und Soldatenrat nach Kräften mitzuwirken und stellen deshalb Mitglieder, die das Vertrauen unseres Verbandes genießen, zur Mitarbeit zur Verfügung. Die Vertreterversammlung hält den jetzigen Zustand nur für vorübergehend und erwartet, daß zur endgültigen Regelung der Neuordnung nur die bald einzuberufende Nationalversammlung befähigt ist. Wir wollen tatkräftig an dem Auf- und Ausbau unseres Vaterlandes mitarbeiten, behalten uns aber vor, unsere Forderungen auf Sicherstellung der Existenzstellung der Beamten, freie politische Betätigung, Redefreiheit, Einführung eines zeitgemäßen Beamtenrechts, Einrichtung und Durchführung von Beamtenvereinigungen und Beamtenkammern, Mitwirkung in allen staatlichen und kommunalen Körperschaften, Festsetzung einer angemessenen Arbeitszeit und Bewertung der Arbeit zur gegebenen Zeit zur Geltung zu bringen.“

Quelle: Herforder Kreisblatt, 18.1.1919

M 8.2

**Erklärung!**

Die Beamtenschaft der hiesigen städtischen Verwaltung stellt sich durchaus auf die durch die Revolution geschaffene Grundlage. Sie ist mit aller Kraft bemüht, im Interesse des Allgemeinwohls die Maßnahmen der Regierung zu unterstützen. Die jetzige Regierung hat mehrfach sämtliche Rechte der Beamten anerkannt und bestätigt. Die städtischen Beamten haben danach allein in dem Magistrat ihre vorgesetzte Behörde zu erblicken. Es ist selbstverständlich, daß städtische Beamte, welche sich dienstliche Verfehlungen zuschulden kommen lassen, zur Rechenschaft gezogen werden. Dazu ist aber allein der Magistrat befugt. Zu diesen hat die Beamtenschaft auch das beste Vertrauen, daß er gegebenenfalls ein gerechtes Urteil nach einwandfreier Beweisführung fällen wird.

Wenn der Arbeiter- und Soldatenrat glaubt, daß er gegen städtische Beamten wegen dienstlicher Verfehlungen Anklage erheben muß, so möge er diese beim Magistrat anbringen. Gegen das bisherige Verfahren des Arbeiter- und Soldatenrats, städtische Beamte vor einer einwandfreien Beweishebung in der Öffentlichkeit zu verurteilen, erhebt die städtische Beamtenschaft auf das entschiedenste Widerspruch. Vor allem kann der Arbeiter- und Soldatenrat nicht in derselben Sache Ankläger und Richter sein. Die städtische Beamtenschaft bringt hiermit ihre Empörung gegen die Art und Weise, in welcher die Ehre einiger städtischer Beamten von dem Arbeiter- und Soldatenrat in den Staub gezogen ist, öffentlich zum Ausdruck. Die städtische Beamtenschaft ist nicht gewillt, sich das bisherige Vorgehen des Arbeiter- und Soldatenrats weiterhin gefallen zu lassen. Sie wird sich künftig gegen jeden Angriff des Arbeiter- und Soldatenrats, gegen die Ehre irgend eines Beamten oder Angestellten der hiesigen städtischen Verwaltung mit allen ihr zur Gebote stehenden Mitteln zur Wehr setzen.

Herford, den 15. Januar 1919.

Der Vorstand des Gemeindebeamtenvereins.

Kiese, Liemann, Weibert, Grüttemeier.

Quelle: Herforder Kreisblatt, 18.1.1919

Erläuterung: Kiese war seit dem 23.11.1918 auch Mitglied des Arbeiter- und Soldatenrates in Herford.

M 9

Gemeinsamer Aufruf des Demobilmachungsausschusses des Kreises Herford und der Arbeiter- und Soldatenräte zum Eintritt in die Freiwilligenkorps der Regierung

M 9.1

Demobilmachungsausschuß  
des Landkreises Herford

Herford, den 5. Februar 1919.

An den Herrn Regierungspräsidenten  
in M i n d e n .

Betrifft: Werbung von Freiwilligen

O. V.

Für weitaus die wichtigste Frage halte ich jetzt, ob es der Regierung gelingt, Truppen zu erlangen, die stark und zuverlässig genug sind, in den bevorstehenden Kämpfen an der Ostfront und den damit zusammenhängenden Kämpfen im Inneren - die sehr schwer und verbreitet sein werden - die Übermacht zu erlangen, die Regierung und damit Leben, Sicherheit und Eigentum zu schützen.

Deshalb ist anliegender Aufruf in allen Zeitungen des Kreises mit Starkdruck veröffentlicht.

Der Vorsitzende:  
gez. v. Borries.

Quelle: Staatsarchiv Detmold, Mi IP Nr. 562

M 9.2

# Aufruf

zum Eintritt in die

## Freiwilligenkorps der Regierung

Polen und Tschechen strecken gierig die Hand nach deutschen Gebieten - unseren Korn- und Kartoffelkammern, unserem Siedlungsland - aus. Die Regierung braucht Truppen, um sie zu schützen.

Die russischen Bolschewisten bedrohen Ostpreußen mit Plünderung und Vernichtung. Die Regierung braucht Truppen zu seinem Schutz.

Der Terror der Spartakisten wartet auf den Einfall der bolschewistischen Horden, um in Deutschland die Macht an sich zu reißen, die Freiheit zu vernichten und seine wilde Gewaltherrschaft aufzurichten, die Plünderung und Stillstand des wirtschaftlichen Lebens mit sich bringt. Die Regierung braucht Truppen, um uns, unsere Frauen und Kinder, unser Heim, zu schützen.

Waffenfähige Männer fordern wir auf, sich zum Eintritt in die Freiwilligenkorps der Regierung zu melden.

Herford, den 4. Februar 1919.

Der Demobilmachungs-Ausschuss für den Landkreis Herford.

Die vereinigten Arbeiter-, Volks- und Soldatenräte  
des Landkreises Herford.

Quelle: Vlothoer Anzeiger, 7.2.1919

Die Anzeige erschien auch in den übrigen Zeitungen des Kreises Herford.

M 10

Anordnung des Regierungspräsidenten an untergeordnete Behörden, Konflikte zwischen Arbeiter- und Soldatenräten und heimkehrenden Truppen möglichst zu vermeiden

T e l e g r a m m

Minden, den 28.11.1918

Auf Anordnung des stellvertr. Generalkommandos und des General-Soldatenrates weise ich sie an, den einrückenden Truppen über das im Korpsbezirk im allgemeinen durchgeführte Zusammenarbeiten der Militär- und Zivilbehörden mit den Arbeiter- und Soldaten-Räten Mitteilung zu machen. Konflikte zwischen Truppen und Arbeiter- und Soldaten-Räten sind im Interesse der Allgemeinheit unerwünscht. Entwaffnung von Truppen durch Arbeiter- und Soldaten-Räte muß unterbleiben. Die Abgabe der Waffen von zur Entlassung kommenden Mannschaften wird durch die Militärbehörden in den Demobilisierungsorten angeordnet. Ersuche Landräte, Unterbehörden zu benachrichtigen.

Regierungspräsident.

Der Landrat

Herford, den 28. November 1918

An  
den Herrn Bürgermeister in Bünde und  
die Herren Amtmänner des Kreises.

Abschrift übersende ich zur gefälligen Kenntnisnahme und Beachtung.

gez. v. Borries

Quelle: Stadtarchiv Spenge, A 1259

## Arbeitsaufgaben:

1. Erläutern Sie das Verhältnis der Arbeiter- und Soldatenräte im Kreis Herford zur öffentlichen Verwaltung.
2. Stellen Sie fest, in welchen Bereichen es im Kreis und in der Stadt Herford zu Konflikten zwischen Arbeiter- und Soldatenräten und Verwaltungsstellen kam.
3. Welche politische Bedeutung hatte die Unterstützung der Verwaltung durch die Arbeiter- und Soldatenräte?



**Organisationsstruktur der Arbeiter-  
und Soldatenräte****M 1**

Anweisung des stellv. Generalkommandos und des Generalsoldatenrates in  
Münster sogenannte "wilde Soldatenräte" aufzulösen

VII. Armeekorps  
Stellv. Generalkommando.

Münster, den 20. November 1918

Es ist Klage darüber geführt worden, daß sich im Korpsbezirk vielfach sogenannte "wilde Soldatenräte" gebildet haben, die sich unberechtigterweise Machtbefugnisse angemaßt und willkürliche Eingriffe in öffentliche und private Angelegenheiten vorgenommen haben. Zur Klarstellung wird daher bemerkt, daß nur drei Arten von Soldatenräten zu Recht bestehen:

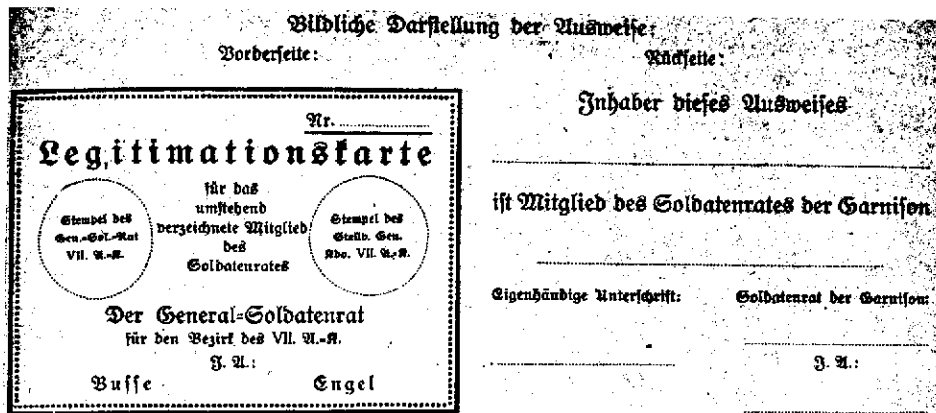
- 1.) der General - Soldatenrat für den Bereich des VII.A.K. in Münster,
- 2.) die Bezirkssoldatenräte, 23 an der Zahl, am Sitze der Landwehrbezirkskommandos,
- 3.) bei jeder Militärbehörde und jedem Truppenteil ein Soldatenrat, der jedoch dem Bezirkssoldatenrat in jeder Beziehung unterstellt ist.

Soldatenräte, die außerhalb dieses Organisationsplanes errichtet sind, haben keinen Anspruch auf Anerkennung und sind zu keinerlei Maßnahmen befugt. Dies gilt insbesondere von solchen Soldatenräten, die von Urlaubern oder von selbstständig zurückgekehrten Soldaten willkürlich ins Leben gerufen sind. Es ist von größter Wichtigkeit, diese "wilden Soldatenräte" zu beseitigen. Die Herren Landräte, Oberbürgermeister, Landrats- und Verwaltungsämter, Magistrate usw. werden daher ersucht, umgehend Mitteilung zu machen, welche Soldatenräte sich in ihrem Amtsbezirk befinden.

Quelle: Kreisarchiv Herford, A 85



M 2.2



**Bekanntmachung.**

Der General-Soldatenrat für den Bezirk des VII. A. K. bringt mit Zustimmung der Delegierten der Garnison-Soldatenräte, die bei der am 13. November in Münster abgehaltenen Delegierten-Versammlung anwesend waren, Nachstehendes zur Kenntnis der Bevölkerung:

**Organisation der Soldatenräte im Bezirk des VII. A. K.**

1. Beim Generalkommando in Münster ist ein „General-Soldatenrat für den Bezirk des VII. A. K.“ eingerichtet worden. Er besteht zunächst aus 10 Mitgliedern, die den engeren General-Soldatenrat bilden. Dieser veranlaßt die erforderlichen Anordnungen für den Bezirk des VII. A. K. und übt die Kontrolle über den gesamten Dienstbetrieb beim Generalkommando aus. Alle Beschlüsse grundsätzlicher Art sind jedoch nicht von dem engeren General-Soldatenrat, sondern nur von dem erweiterten General-Soldatenrat zu beschließen, der auch dem engeren oder geschäftsführenden Soldatenrat die erforderlichen Richtlinien für seine Tätigkeit gibt. Der erweiterte Soldatenrat wird dadurch gebildet, daß zu dem engeren General-Soldatenrat ein oder mehrere Delegierte jedes Garnison-Soldatenrates (künftig Bezirks-Soldatenrat genannt) hinzutreten.

Mit Wahrnehmung der Geschäfte des General-Soldatenrates des VII. A. K. ist durch die Delegierten-Versammlung der Soldatenräte im Bezirk des VII. A. K. einstweilen der Bezirks-Soldatenrat Münster beauftragt worden. Dieser wird die Geschäfte nur solange führen, bis der General-Soldatenrat ordnungsmäßig gewählt worden ist.

2. Für jeden Landwehrbezirk wird ein Bezirks-Soldatenrat eingesetzt. (In Düsseldorf, Bochum, Essen und Dortmund, wo zwei Bezirks-Kommandos bestehen, kommt trotzdem nur ein Bezirks-Soldatenrat in Betracht.) Diese am Sitz des Bezirkskommandos befindlichen Soldatenräte haben die Aufsicht und volle Verantwortung für ihren ganzen Bezirk, ganz besonders auch für den Sicherheitsdienst und haben die für ihren Bezirk etwa erforderlichen Anordnungen zu treffen. Alle übrigen, jetzt noch bestehenden Soldatenräte, sind in Delegationen umzuwandeln. Ihre Mitglieder treten als Delegierte zu dem am Sitz des Bezirkskommandos befindlichen zuständigen Bezirks-Soldatenrat oder sind als Mitglieder in diesen Soldatenrat aufzunehmen.

Die Bezirks-Soldatenräte sind durch die Delegierten der in Betracht kommenden Formationen und Behörden gewählt worden. Die Stärke der Bezirks-Soldatenräte richtet sich nach dem vorhandenen Bedarf. Sie ist je nach der Bedeutung des betr. Landwehrbezirks und der Stärke der darin vorhandenen Garnisonen verschieden. Es ist nichts dagegen einzuwenden, wenn ein Bezirks-Soldatenrat an einen wichtigen Ort seines Bezirks Mitglieder des Bezirks-Soldatenrats zum ständigen Aufenthalt entsendet.

3. Bei jeder Kompagnie, Eskadron und Batterie, bei jedem Stabe und bei jeder Militärbehörde sind ein oder mehrere Delegierte gewählt worden bzw. wo dies nicht geschehen, sofort zu wählen. Aus diesen Delegierten heraus bildet sich der erweiterte Bezirks-Soldatenrat, der nach Bedarf einberufen wird und dem engeren oder geschäftsführenden Bezirks-Soldatenrat seine Richtlinien gibt. Die Delegierten bei den Truppen und Behörden haben die Interessen der Mannschaften nach jeder Richtung hin zu vertreten. Alle Anordnungen, namentlich die, die sich auf Dienst, Unterkunft, Verpflegung, Bekleidung und Urlaub beziehen, dürfen von dem betr. Vorgesetzten nur mit Zustimmung eines Delegierten getroffen werden. Die zur Aufrechterhaltung der Ordnung unbedingt notwendige Strafgewalt wird durch Mehrheitsbeschluß aller Delegierten ausgeübt.

4. Bei a) der Intendantur, b) dem Sanitätsamt, c) dem Kriegsamt, d) der Inspektion der Gefangenenerlager, e) dem Versorgungsamte ist durch Wahl der bei ihm befindlichen Militärpersonen und Beamten ein Sachausschuß von mehreren Personen zu bilden, dessen Aufgabe es ist, den technischen Betrieb dieser Stellen mit zu überwachen. Die Mitglieder der Sachausschüsse wählen unter sich einen Vorstand, der dem General-Soldatenrat des VII. A. K. gegenüber als Vertrauensmann fungiert.

5. Um Mißbrauch zu verhindern, werden sämtliche Mitglieder der Arbeiter- und Soldatenräte einen Ausweis erhalten, dessen Form oben mitgeteilt ist. Nur die Inhaber dieses Ausweises sind als Mitglieder des Arbeiter- und Soldatenrates anzuerkennen und berechtigt, im Auftrage des Arbeiter- und Soldatenrates zu handeln.

Die Ausweise sind nummeriert und tragen die eigenhändige Unterschrift des Inhabers, damit derselbe erforderlichenfalls in der Lage ist, seine Identität durch Vorzeigen der Unterschrift nachzuweisen. Es ist beabsichtigt, die Namenschrift durch ein Lichtbild des Inhabers zu ersetzen. Der Ausweis selbst sowie gegebenenfalls das Lichtbild sind zu stampeln.

6. Sämtliche Bezirks-Soldatenräte (23 an der Zahl) werden ersucht, in den Blättern ihres Landwehrbezirks, nötigenfalls auch durch Anschlag, ihre Zusammensetzung, das heißt also die Namen ihrer Mitglieder öffentlich bekanntzugeben, womöglich auch das Familiennamen ihrer Unterschrift.

7. Die Geschäfte des Garnison-Kommandos sind von der bisherigen Stelle weiterzuführen.

8. Die Bezirks-Soldatenräte üben ihre Tätigkeit am Orte des Bezirkskommandos aus. Soweit erforderlich, nehmen sie dazu mit den in ihrem Bezirk befindlichen Garnison-Kommandos Verbindung und überwachen die Tätigkeit.

9. Jeder Bezirks-Soldatenrat meldet bis auf weiteres jeden Abend zwischen 8 und 10 Uhr telegraphisch (Tages) den Zustand in seinem Bezirk und ob sich besondere Vorfälle ereignet haben. In ganz wichtigen Fällen ist sofort telephonisch zu berichten.

Münster, den 14. November 1918.

J. N.: Busse, Engel.

**M 3****Mitteilung des Landrates in Herford an das Stellv. Generalkommandos über im Kreis Herford bestehende Soldatenräte**

Herford, den 25. November 1918

An  
das Stellv. Generalkommando  
zu M ü n s t e r

Im Landkreise Herford bestehen folgende Arbeiter- und Soldatenräte:

in Bünde	für die Stadt Bünde, die Ämter Ennigloh und Rödinghausen,
in Enger	für das Amt Enger,
in Spenge	für das Amt Spenge,
in Löhne	für das Amt Gohfeld-Mennighüffen,
in Vlotho	für das Amt Vlotho
in Herford	für das Amt Herford-Hiddenhausen.

Gesonderte Soldatenräte bestehen überhaupt nicht. Die Arbeiter- und Soldatenräte des Landkreises Herford haben sich mit dem Arbeiter- und Soldatenrat des Stadtkreises zusammengeschlossen zu gemeinsamen Vorgehen in gemeinschaftlichen Angelegenheiten. Der Arbeiter- und Soldatenrat des Stadtkreises Herford arbeitet als geschäftsführende Stelle der Arbeiter- und Soldatenräte des Stadt- und Landkreises Herford mit dem Landrat und Kreisausschuß für den Landkreis Herford zusammen.

Die Organisation ist zweckmäßig; sie entspricht den örtlichen Verhältnissen und Bedürfnissen. Das Bezirkskommando ist in Detmold, also von Herford rd. 30 km, von den Grenzen des Landkreises Herford rd. 50 km entfernt. Es ist unmöglich, daß von Detmold aus ein Soldatenrat die Verhältnisse im Stadt- und Landkreis Herford regelt. Insbesondere die Fragen der öffentlichen Sicherheit können in dem weit ausgedehnten und stark industrialisierten Landkreise Herford nur durch örtliche, mit den Verhältnissen genau vertraute Organe, d.h. die bei den Ämtern bestehenden Arbeiter- und Soldatenräte angemessen geregelt werden.

Es wird deshalb dringend empfohlen, es bei der bestehenden Organisation zu belassen.

Quelle: Kreisarchiv Herford, A 85

**M 4****Auflösung von Soldatenräten durch heimkehrende Truppen****M 4.1**

Bünde, den 28. November

(Der hiesige Soldatenrat) wurde vom Soldatenrat der hier einquartierten Ersatz-Abteilung des Feld-Artillerie-Regiments 43 abgelöst. Als der alte Soldatenrat sich zunächst weigerlich zeigte und sogar drohte, Maschinengewehre herbeizuschaffen, wurde kurzer Prozeß gemacht, worauf ersterer es vorzog, die Waffen zu strecken. Durch die Übernahme der Wachen durch die Artillerie-Abteilung werden der Stadt große Kosten erspart.

Quelle: Bänder Generalanzeiger, 28.11.1918

**M 4.2**

Der Landrat

Herford, den 20. Dezember 1918

An  
die Ersatzabteilung  
Feldartillerie-Regiment  
in H e r f o r d

Während im Bezirke des Garnisonkommandos Herford die unzulässigen Soldatenräte in Enger und Spenge aufgelöst sind, bestehen sie bei den Ämtern Herford-Hiddenhausen und Vlotho noch fort. Wegen Auflösung dieser Soldatenräte bitte ich, das Geeignete zu veranlassen und mir von dem Ereignis Mitteilung zukommen zu lassen.

Quelle: Kreisarchiv Herford, A 85

**M 4.3**

Ersatz-Abteilung  
Westf.Feldart. Rgt. Nr. 7

Herford, den 6.1.1919

Dem  
Landratsamt

zur gefl. Kenntnisnahme, daß die Soldatenräte in Herford-Hiddenhausen und Vlotho durch die Ersatzabteilung aufgelöst sind.

Quelle: Kreisarchiv Herford, A 85

**M 5****Auflösung der Räte im Kreis Herford**

Auflösung von Soldatenräten durch einquartierte Truppen:

Enger	20.12.1918
Spenge	20.12.1918
Vlotho	24.12.1918
Hiddenhausen	vor dem 06.01.1919

Selbstauflösung von Räten:

Volkerrat Enger	28.02.1919
Arbeiterrat Spenge	28.07.1919
Arbeiterrat Vlotho	31.05.1919
Arbeiter- u. Soldatenrat Gohfeld-Mennighüffen	15.03.1919
Arbeiter- u. Soldatenrat Bünde	22.03.1919
Arbeiter- u. Soldatenrat Herford	

In den Akten findet sich lediglich die Mitteilung, der Arbeiter- und Soldatenrat Herford habe seine Tätigkeit "bis April 1919" ausgeübt.

---

**Arbeitsaufgaben:**

1. Erläutern Sie die Organisationsstruktur der Soldatenräte im Bereich des 7. Armeekorps, dem auch der Kreis Herford angehörte.
2. Was bezweckte die Armeeführung mit der Auflösung, der sog. wilden Arbeiter- und Soldatenräte?
3. Welche Kompetenzen wurden den verbleibenden Soldatenräten zugestanden?
4. Was bedeutete dies für die Handlungsfähigkeit der Soldatenräte?

---

## Reaktionen auf die Rückkehr der Soldaten

### M 1

Presseberichte und Aufrufe

#### M 1.1

### Aufruf!

Die Bürgerschaft von Herford wird gebeten, zu Ehren der heimkehrenden Truppen ihre Häuser zu schmücken. Wir halten es für unsere Pflicht, den aus dem Felde zurückkehrenden Kameraden, welche über 4 Jahre unter den schwersten Entbehrungen unsere Heimat verteidigt haben einen festlichen Empfang zu bereiten.

### Fahnen heraus.

Arbeiter- und Soldatenrat: Schlüter.

Quelle: Herforder Kreisblatt, 21.11.1918

Ähnliche Aufrufe finden sich auch in Zeitungen anderer Städte und Gemeinden des Kreises.

#### M 1.2

(Heimkehr.) Eine Woche nun ist schon vergangen, seit die neuen Verhältnisse uns überrascht und die bis dahin noch kämpfenden Truppen zu eiliger Heimkehr nötigten. Ja, zur Heimkehr. Wie ganz anders hatten wir uns diese ausgemalt, wie wollten wir ihnen zujubeln. Sie geschlossen mit offenen Armen empfangen, unsere Männer, Väter, Söhne, Brüder, wenn sie beim Klang der Siegesglocken nach Kriegs-Ende heimatlichen Boden betraten, wie sollten unsere Herzen jubeln, unsere Augen leuchten! Und jetzt ist es so ganz anders gekommen. Vereinzelt kehrt der eine nach dem andern heim, statt Jubel und Freude treffen sie Niedergeschlagenheit an wegen des herben Schicksals, von dem unser Vaterland ereilt wurde. Deß ungeachtet aber begrüßen wir die Heimkehrenden mit dem Gefühl tiefinnersten Dankes für alles das, was sie in langen Kriegsjahren für uns, die Heimat geleistet, wir gedenken in dieser Stunde, wie sie uns vor den feindlichen Horden geschützt; wir wollen in dieser Zeit auch nicht die Toten vergessen, die für uns gestorben sind und draußen im fernerem Lande oder auf dem Meeresgrunde ruhen, wir wollen auch die nicht vergessen, die als Kriegsinvalide, Kranke oder Verwundete heimgekehrt sind oder noch heimkehren und die, welche noch auf unbestimmte Zeit das schwere Joch der Kriegsgefangenschaft zu tragen haben. Der Heimat Dank für sie alle ist in unser Aller Herzen niedergeschrieben und es wird, so hoffen wir, auch noch einmal die Stunde kommen, da öffentlich denen gedankt werden kann, die nun das rauhe Kriegshandwerk bald wieder mit der Friedensarbeit vertauschen können. Möge ihnen die Heimat nach wie vor lieb und wert sein und sie nun mitwirken helfen, das Vaterland neu entstehen zu helfen. In diesem Sinne entbieten wir heute allen Heimkehrenden und Heimgekehrten einen herzlichen Heimatgruß.

Quelle: Engerscher Anzeiger, 19.11.1918

**M 1.3**

Willkommen in der Heimat, ihr Krieger.

Sie kommen! Kommen zurück nach über vier blutigen Jahren! Unsere Männer und Söhne und Brüder! Sie haben's um uns verdient, daß wir sie herzlich und dankbar willkommen heißen in der Heimat. Sie kommen unüberwunden! Sie hielten aus im Sturmgebraus Winter und Sommer und Sommer und Winter, im Eisenhagel und Schlachtgewühl - für uns! Vergessen wir es nicht, in der gährenden Unruhe dieser Zeit, was wir ihnen schuldig sind! Nach allen Opfern, die sie für uns brachten, sollten sie es fühlen hier in der Heimat, daß unsere Herzen noch für sie schlagen mit der alten Wärme. **Willkommen, ihr Treuen, im Frieden der Heimat!**

Heimat! Was liegt in diesen zwei kleinen Silben! Was alles steht auf im Menschenherzen, wenn die Stimme der Heimat, der Glockenton, dem aus der Fremde Kehrenden Willkommen ruft! Im Gedanken umarmen sich all unsere guten Engel.

O schöner Tag, wenn endlich der Soldat  
Ins Leben heimkehrt, in die Menschlichkeit!

Ja, in die Menschlichkeit! Das ist das Neue, das Unerwartete, was unsere Feldgrauen jetzt in der Heimat begegnet. Daran müssen sie sich erst wieder gewöhnen, nachdem sie fast tagtäglich Unmenschliches gesehen und immer wieder durchgemacht haben dort draußen im rasenden Kampf der Menschen gegeneinander. Gottlob, nun ist das blutige Handwerk vorbei, und Werke des Friedens warten auf euch, ihr Tapferen. Ihr werdet nun wieder als Menschen euer friedlich Handwerk aufnehmen in Stadt und Land, in den Fabriken und auf den Feldern, in den Läden und in den Kontoren, oder wo es sei. Freut euch. menschenwürdige Arbeit wartet auf euch, wo sie noch fehlt, soll sie euch schnellstens geschaffen werden. Ihr seht euch nach der Arbeit, nach geregelterm Leben, nach ehrlichem Auskommen! Ihr seid das regellose Leben herzlich satt. Nun denn, das kostbare Gut der Arbeit, die den Menschen zurechtbringt ins heilige Reich der Ordnung und des Segens, das bietet euch die Heimat! Nehmt es auf in eure starken Hände!

Und die Liebe der Euren wartet auf euch! Weib und Kind freuen sich der heißersehnten Stunden, wo es heißen wird: Nun brauchst du nicht wieder fort in Not und Gefahr, nun bleibst du bei uns, nun wollen wir in unserer Familie uns gehören im schönen Vereine. O Heimat, süße Heimat!

Gar mancher fehlt, wenn sie zurückkommen. Manch Auge weint sich rot im Stillen, wenn sie vorüberziehen! "Er liegt allein dort in der Ferne; er kommt nicht mit zurück." Doch wir denken auch der Toten in diesen Tagen, wo die Lebenden ihren Einzug halten. Wir können, wir dürfen sie nicht vergessen, die ihr Bestes, ihr Leben, für uns gelassen haben. Ein unsichtbarer Chor zieht es mit einher über dem Heer der Lebenden das stille Heer der Gefallenen. Das mahnt, daß unsere Freude nicht zu laut sei! Das verpflichtet, daß wir mit fester Entschlossenheit das Wohl des Vaterlandes suchen unter den ungeheuren Umwälzungen, die vor sich gehen. Gefallen sind sie für die Zukunft Deutschlands. Und ob ihr Sterben im Augenblick sinnlos und unnütz erscheint, es darf, es soll nicht vergeblich sein. In Zucht und Ordnung, in Würde und Ruhe laßt uns alle bauen an des Reiches neuem Hause im ernsthaftesten Gefühl der Verantwortung! Beschwören wollen wir den Würge-Engel der Zwietracht und den wilden Geist der verheerenden Anarchie. Kein Tropfen deutschen Blutes darf mehr fließen. Mit Ruhe und Ernst schaff' deine neue Ordnung, deutsches Volk!



Das müßt ihr wissen, heimkehrende Krieger, Deutschland, das Land der Zucht und Sitte, nimmt euch wieder auf. Wir vertrauen, das ihr euch alle als echte Söhne solchen Landes beweisen werdet. Nur durch volle Wahrung der Ordnung können wir jetzt zu dem Frieden kommen, des wir alle bedürfen, um zu leben und zu gedeihen.

Und in diesem Sinne rufen wir euch vertrauensvoll, freudig und dankbar zu: "Willkommen in der Heimat, ihr Krieger!"

Quelle: Engerscher Anzeiger, 21.11.1918

### **M 1.4**

**Unsere Soldaten kehren heim!**

Das Schicksal hat ihnen versagt, als Sieger zu kommen, trotz ihrer zahllosen, gewaltigen Siege. Aber sie kommen, zu ihren Heimstätten, ruhmgekrönt! Wir können ihnen nicht in Festgewänden entgegengehen, denn Trauer hemmt uns um das gedemütigte Vaterland. Aber wir wollen ihnen unsere Seelen entgeggetragen mit stolzen, klaren Augen, in berauscher Hingebung, voll heißer Dankbarkeit, voll glühender Liebe! Und wollen wir nicht unsere Häuser schmücken?

H e r a u s m i t d e n F a h n e n ?

Ihr aber fragt: "Die Farben?" O, wänet nicht, daß das uns hemmen darf! Wir sind ja Deutsche, sollten uns die deutschen Farben nicht mehr teuer sein? Schmücket mit allen Farben. Sie sollen ja die Zeichen unserer Dankbarkeit sein. Zeichen der Liebe trennen uns nicht, sie führen uns zusammen zu einem Volk von Brüdern. Heil unseren ruhmgekrönten Kriegern!

Quelle: Bänder Generalanzeiger, 21.11.1918

### **M 1.5**

Bünde, 14. Dezember (Das Clevesche Feldartillerie-Regiment Nr. 43,) dessen Standort bekanntlich nach Bünde verlegt ist, rückte gestern mittag, über Enger kommend hier ein. Eine große Menschenmenge begleitete die Truppen durch unsere schön ausgeschmückten Straßen zum Kaiser Wilhelmplatz, wo sich bereits riesige Volksmengen eingefunden hatten, die die Soldaten lebhaft begrüßten. Mannschaften, Pferde, Kanonen und Wagen waren mit Abzeichen und schwarz-weiß-roten Fähnchen, Blumen und Tannengrün geziert. Nachdem das Regiment auf dem Platze Aufstellung genommen hatte, wurde es vom Herrn Bürgermeister Straubel begrüßt. Er hieß die tapferen Truppen namens der Stadt Bünde und der Vertreter der Nachbargemeinden von ganzem Herzen willkommen. Sie alle, die an der Front gekämpft und geblutet, werden mit offenen Armen empfangen zum Dank für alles, was sie für das Vaterland geleistet haben. Über vier Jahre der Übermacht standgehalten, kehren sie unbesiegt zurück, im Osten der Feind aus Deutschlands Grenzen vertrieben, im Westen konnte der Feind die Front nicht durchbrechen. Alle, die ihr Herzblut hingegeben, wollen wir mit Wehmut und Dankbarkeit gedenken. Schwere Zeiten stehen uns bevor, jetzt heiße es arbeiten, um Deutschland wieder

vorwärts zu bringen und daß Ruhe und Ordnung wieder einkehren. Er ließ sein Willkommensgruß ausklingen in dem Ruf: Das liebe Deutschland und die tapferen Krieger leben hoch! In das dreifache Hoch stimmten die Anwesenden jubelnd ein. - Herr Major und Regiments-Kommandeur S e g g e l sprach seinen herzlichen Dank aus für das freundliche Willkommen. Einquartierung bedeute eine schwere Last für die Stadt, aber er versichere, daß er mit jedem Einzelnen des Regiments einig sei, ein angenehmes Verhältnis zwischen Bürgerschaft und Einquartierung zu schaffen, sodaß, wenn sie wieder scheiden sollten, das Regiment jederzeit in gutem Andenken stehe. Sein dreifaches Hurra galt der Stadt Bünde und den anliegenden Gemeinden. Die Soldaten wurden mit Liebeszigarren bedacht und rückten bald in die Quartiere.

Quelle: Bänder Generalanzeiger, 14.11.1918

## M 2

Gedichte in der lokalen Presse

### M 2.1

#### An die heimkehrenden Krieger.

Willkommen, Ihr Krieger, aus Westen und Osten  
 Kehrt wieder zur Heimat mit freudigem Blick!  
 Den Weltkrieg zwar ließ Euch der Himmel nicht kosten,  
 Doch unentweilt bringt Ihr die Fahnen zurück. --  
 In gräßlichem Ringen habt Stand Ihr gehalten  
 Unläßlichem Muthorn bestialischer Wut,  
 Trotz Leiden und Wunden habt Ihr erhalten  
 Dem heimischen Boden sein heiliges Gut! --  
 Die Bruderhand, unsere Herzen Euch treuen,  
 Wir teilen mit Euch unser letztes Stück Brot! --  
 Doch jetzt heißt es auch: den Treuschwur er erneuen  
 Dem Vaterlande: denn das ist in Not! --  
 Helft schirmen und kämpfen oh'n' Lanze und Schwert  
 Daß Deutschland nicht ganz in den Staub wird gezeit!

Quelle: Herforder Kreisblatt, 02.12.1918

M 2.2

## Sie kehren heim.

Sie kehren heim. Im letzten Licht. Verstonnen  
 verflingt ihr Schreiten in der Städte Hallen.  
 Die vielen, die im fremden Land gefallen,  
 sie füllen unsichtbar die Marschkolonnen,  
 den Tag zu sehn, für den sie mußt'n büßen.  
 Hört ihr das Lied vom guten Kameraden?  
 Das war kein Sang für wen von Gottes Gnaden —  
 Du bist es, Volk, das deine Toten grüßen!

Und die nun kommen, gehn auf freier Erde.  
 Die Frauen, Kinder und die Pflüge warten.  
 Die Hände, die des Kriegers Gräber scharften,  
 sind wieder heilig, sprechen: Werde! Werde!

Bald wird das Wetter hinter uns verdämmern,  
 und niemals wieder soll es uns gefährden;  
 die Krieger sollen Zimmerleute werden  
 und Freiheit, Freiheit, nichts als Freiheit

Artur Zickler.

hämmern!

Quelle: Volkswacht, 03.12.1918

M 3

Auszug aus dem Protokollbuche der Gemeindeversammlung Kirchlengern vom 30.01.1919\*

Nach dem unsere Gemeinde nunmehr 6 Wochen 2 Batterien F.A. 43 und zwar 220 Mann und 183 Pferde Unterkunft gewährt hat, bitten wir diese Batterien für ihre fernere Demobilmachung einer anderen Gemeinde in der Nachbarschaft zu überweisen.

Kirchlengern hat überwiegend Arbeiterbevölkerung, die versorgungsberechtigt ist, dagegen verhältnismäßig weniger Selbstversorger.

Wenngleich die Mannschaften auch formell ohne Verpflegung untergebracht sind, so entspricht es bekanntlich der Gepflogenheit, daß die Quartiergeber ihre Soldaten durchweg von den ihnen zugeteilten Vorräten mit verpflegen. Als Folgen dieses Umstandes macht sich bereits eine bedeutende und für die Allgemeinheit sehr empfindliche Kartoffelknappheit bemerkbar.

Die Gemeinde hat dieserhalb große Sorgen um die Ernährung ihrer Einwohnerschaft für die nächsten Monate.

Es dürfte recht und billig erscheinen, wenn in Rücksicht auf die vorstehend geschilderten Verhältnisse, nunmehr bald andere Gemeinden, welche nicht in so starkem Maße mit Arbeiterbevölkerung durchsetzt sind, für die Einquartierung herangezogen würden.

gez. Flörke  
 Gemeindevorsteher

Quelle: Kreisarchiv Herford, A 1778

\*Von der Gemeindevertretung Kirchlegern einstimmig verabschiedetes Gesuch an den Landrat in Herford, einquartierte Truppen zu verlegen. Ähnliche Gesuche wurden auch von den Gemeinden Hücker-Aschen, Pödinghausen, Eickum, Diebrock und Elverdissen eingereicht.

**M 4**

Mitteilung des Cleveschen Feldart.-Reg. Nr. 43 an den Landrat betreffend das Gesuch um Truppenverlegung durch die Gemeinde Kirchlegern

Bünde, den 5. Februar 1919

An den Herrn Landrat in Herford  
Hochwohlgeboren.

Anbei übersendet das Regiment beigefügten Antrag des Amtes Kirchlegern mit der Bitte um gefl. Kenntnisnahme. Das Regiment verkennt die dem Amte Kirchlegern erwachsenden Lasten keines Wegs und erkennt die Billigkeit des Gesuches in vollem Umfange an. Gegen eine Verlegung sprechen jedoch von Seiten des Regiments folgende schwerwiegende Bedenken:

- 1.) Bei der Verlegung würden mit gleichem Recht die übrigen Gemeinden die Ausquartierung der bei ihnen untergebrachten Formationen beantragen, was eine Umquartierung des ganzen Regiments zur Folge haben würde.
- 2.) Eine Erkundung der übrigen für die Unterbringung des Regiments in Frage kommenden Ortschaften hat ergeben, daß nur eine auf viele Kilometer verstreute Unterbringung möglich ist, die aus dienstlichen Gründen nicht wünschenswert ist, da sie die Beaufsichtigung der Leute völlig ausschließt.
- 3.) Ist die Disziplin in der Truppe noch eine derartig geringe, das eine Umquartierung nur mit den größten Schwierigkeiten zu bewerkstelligen wäre. Zahlreiche Diebstähle und Gehorsamsverweigerungen würden die Folge sein.

Den Herrn Landrat bittet daher das Regiment, dem Amt Kirchlegern auseinandersetzen zu wollen, daß eine Verlegung vorläufig nicht stattfinden kann. Vom Regiment wird Vorsorge getroffen werden, daß die Mannschaften nur aus der Truppenküche die Verpflegung erhalten, und ihren Quartierwirten nicht Lebensmittel entziehen.

Quelle: Kreisarchiv Herford, A 1778

**M 5**

Antwort des Landrates an das Clevesche Feldart.-Reg. Nr. 43

Der Landrat

Herford, den 7. Februar 1919.

- 1) Erwiderung.

Abschrift des gefälligen Schreibens habe ich dem Amte Kirchlegern als Bescheid zugehen lassen.

Die Klagen darüber, daß die Quartiergeber um ihrer Sicherheit und ihrer Ruhe willen einfach gezwungen sind, den einquartierten Soldaten Essen zu geben und daß dadurch sowohl die Nahrungsmittelversorgung der eingesessenen Bevölkerung als auch namentlich die Erfüllung der Lieferungsverpflichtungen gefährdet wird, sind allgemein. Abhilfe kann nur geschaffen werden, wenn die Verpflegung grundsätzlich aus der Truppenküche erfolgt und zwar nicht nur mittags, sondern auch abends. Denn gerade abends verlangen die Soldaten von den Quartiergebern Beköstigung, die diese, wie erwähnt, nicht verweigern können.

Das Regiment bitte ich daher ergebenst, anzuordnen:

Die ohne Verpflegung einquartierten Truppen werden mittags und abends ausnahmslos aus der Truppenküche verpflegt.

Dies bitte ich in den belegten Ortschaften öffentlich bekanntmachen zu lassen.-

Bei dieser Gelegenheit darf ich folgendes hinzufügen:

Ich habe mich überzeugt, daß auf die Dauer der Zeit eine Einquartierung in Bürgerquartiere unhaltbar ist. Die Belästigung der Quartiergeber, die Unsicherheit des Eigentums, die Unsittlichkeit nehmen einen Umfang an, daß eine baldige Änderung vorbereitet werden muß. Dies erscheint mir auch im Interesse der Disziplin unerlässlich. Es wird daher Unterbringung in Massenquartieren notwendig werden. Die erforderlichen Säle sind in dem Einquartierungsgebiete des Regiments ausreichend vorhanden. Die erforderlichen Vorbereitungen bitte ich zu treffen

Quelle: Kreisarchiv Herford, A 1778

## M 6

### Schreiben des Landrates an die Amtmänner des Kreises

An  
die Herren Amtmänner des Kreises.

Die Unterbringung der Einquartierung in Bürgerquartiere hat für die Quartiergeber, für den ungestörten Gang der landwirtschaftlichen Betriebe, für die Sittlichkeit und namentlich für die Bewirtschaftung der Nahrungsmittel derartige Nachteile, daß ich bei den Feldartillerie-Regimentern 7 und 43 beantragt habe, die Einquartierung grundsätzlich in Massenquartieren unterzubringen. Notwendig ist dabei, daß nicht nur die Mannschaften, sondern auch die Pferde in Massenquartieren untergebracht werden und zwar so, daß die Massenquartiere der Mannschaften denen der Pferde möglichst nahe sind.

Die Herren Amtmänner und die Herren Gemeindevorsteher ersuche ich dringend, die Truppenteile auf deren Anforderung in der Ermittlung solcher Massenquartiere zu unterstützen. Nötigenfalls müssen die betreffenden Räume nach den Bestimmungen des Kriegsleistungsgesetzes in Anspruch genommen werden. Etwaige Bedenken und Schwierigkeiten müssen zurückgestellt werden. Die Nachteile bei der Unterbringung in Bürgerquartiere sind viel größer. Keine Gemeinde des Kreises würde auf die Dauer von diesen Nachteilen verschont bleiben, weil eine Umlegung der Einquartierung in andere Gemeinden unvermeidlich bliebe. Es unterliegt aber keinem Zweifel, daß bei ernstem Willen die erforderlichen Massenquartiere für Mann und Pferd in geeigneter räumlicher Nähe sich beschaffen lassen.

Sind geeignete Säle oder leerstehende Fabrikräume nicht zu beschaffen, so müssen unter Umständen auch öffentliche Gebäude, wie Schulen und Gemeindehäuser, zu Massenquartieren eingerichtet werden.

Quelle: Kreisarchiv Herford, A 1778

## M 7

Aktenvermerk über Gespräche des Landrates mit den Regimentskommandeuren

V e r m e r k !

Unterredung  
mit Oberst v. Nachtigall Feldart.Regiment 7.

Dieser warnt entschieden vor Massenquartieren für die Einquartierung. Er schlägt Wechsel der Einquartierungsgemeinden vor und zwar so, daß nach etwa 2 Monaten ein erneuter Wechsel stattfindet. Hiermit habe ich mich einverstanden erklärt. In Aussicht genommen ist.

Stab I. Abteilung und 1 Batterie nach Spenge, 1 Batterie nach Lenzinghausen.

Stab F.A.7 und II. Abteilung nach Enger, 3 Batterien nach Herringhausen, Oldinghausen, Pödinghausen. In Pödinghausen soll das Gefangenenlager möglichst als Massenquartier benutzt werden. Hierüber ergeht weitere Nachricht.

Ferngespräche mit Oberst Frhr. v. Beaulieu F.A.43.

Auch dieser erklärt sich z. Zt. entschieden gegen Massenquartiere. Die Batterie aus Hücker-Aschen kommt fort, diejenige aus Muccum wird aufgelöst. Z. Zt. liegt in Bünde 1 Batterie, die dort verbleiben muß, 1 Batterie liegt in Südlengern. Die Gemeinde hat dringend um Verlegung gebeten. 2 Batterien liegen in Kirchlengern. Ich habe vorgeschlagen, die Batterie von Südlengern zu verlegen nach Hunnebrock und Hüffen, 1 Batterie von Kirchlengern zu verlegen nach Werfen und Ahle, 1 Batterie von Kirchlengern zu verlegen nach Spradow. Oberst v. Beaulieu ist gegen zu weite Entfernungen. Diese halte ich nicht für bedenklich bei guter Unterbringung. Oberst von Beaulieu will weitere Nachricht geben.

Quelle: Kreisarchiv Herford, A 1778

### Arbeitsaufgaben:

1. Wie wurden die zurückkehrenden Soldaten im Kreis Herford empfangen?
2. Erläutern Sie die unterschiedlichen Einstellungen gegenüber Krieg und Niederlage, die in den beiden Gedichten zum Ausdruck kommen.  
Diskutieren Sie mögliche politische Konsequenzen dieser Einstellungen.
3. Vergleichen Sie die in den Tageszeitungen abgedruckten Aufrufe und Berichte zur Rückkehr der Truppen mit den Beschwerden über die Einquartierungen und nehmen Sie dazu Stellung.

**Parteilpolitische Aktivitäten bis zur  
Wahl der Nationalversammlung**

**M 1**

**Nationalliberale Partei**

**M 1.1**

**Locales und Provinzielles**

Bünde, den 16. Dezember.

\* — (Der nat.-liberale Ortsverein Bünde) beschloß in seiner gestrigen Tagung, sich der Deutschen Volkspartei anzuschließen. Gewählt wurden in den Vorstand als erster Vorsitzender Herr Direktor der höheren Mädchenschule Dr. Wagner, als zweiter Vorsitzender Herr Dr. med. Gaus, als Schriftführer und Kassierer Herr Abbr. Stehmeister, als Beisitzer die Herren Spar- kassenrentnant Boesch und Architekt Rob. Steffmann.

Quelle: Bänder Generalanzeiger, 16.12.1918

**M 1.2**



**Nationalliberaler Verein.**

Am Dienstag, den 19. Nov., abends 8 Uhr,  
findet im Saale des Evang. Vereinsbanics eine allgemeine

**Partei-  
Versammlung**

statt, in welcher  
Reichstagsabgeordneter Th. Meyer  
reden wird über

**„Forderungen der neuen Zeit“.**

Eine Aussprache wird sich anschließen.

Nicht nur die Vereinsmitglieder, sondern alle Freunde der  
nationalliberalen Partei, Männer und Frauen, werden drin-  
gend eingeladen.

Der Vorstand.



Quelle: Herforder Kreisblatt, 18.11.1918



M 1.3

## Nationalliberale Sundgebung.

Die Nationalliberale Partei zu Herford hat in der am 19. November stattgefundenen Versammlung folgenden Beschluß gefaßt:

1. Wir danken unseren zurückkehrenden unbeflegten Truppen dafür, daß sie in dem langen, harten Ringen mit einer Uebermacht von Feinden die deutsche Ehre gewahrt und Haus und Herd beschützt haben, und heißen sie herzlich willkommen in der Heimat. Wir wünschen, daß ihnen ein gebührender Empfang bereitet wird und richten an die Reichsleitung und an die Leiter unserer Stadt die Bitte, entsprechende Vorbereitungen zu treffen.

2. Wir treten auf den Boden der gewordenen Verhältnisse und versprechen der neuen Volksregierung unsere Unterstützung.

Wir wünschen aber, daß der Reichstag als die auf der Grundlage des allgemeinen, gleichen, direkten, geheimen Wahlrechts erwählte Vertretung des deutschen Volkes bis zu den Wahlen für die in Aussicht genommene verfassunggebende Nationalversammlung zur gesetzmäßigen Mitwirkung und zur Vorbereitung herangezogen wird.

Wir bekennen uns zur Demokratie und treten dafür ein, daß das deutsche Reich neu aufgebaut wird in dem Geiste einer freiheitlichen und sozialen Politik.

Wir begrüßen die Bestrebungen, welche auf einen engen Zusammenschluß zwischen den beiden liberalen Parteien gerichtet sind, und erklären uns bereit, auch im Einvernehmen mit allen anderen Parteien, welche mit uns die Grundlagen unserer Wirtschaftsordnung gegen Anarchie und Kommunismus erhalten wollen, das Wohl des deutschen Volkes zu fördern.

Wir wollen unsere ganze Kraft daransetzen, die Wunden, welche der lange Krieg geschlagen hat, zu heilen und unser Volk aus ernster, schwerer Zeit einer hoffnungsvolleren Zukunft entgegenzuführen.

Wir sehen die Sorge für die heimkehrenden Kriegsteilnehmer und die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und die Kriegshinterbliebenen als die vornehmste Ehrenpflicht unseres Volkes an und wollen willig zu deren Besten schwere Lasten auf uns nehmen nach den Grundsätzen finanzieller Gerechtigkeit.

3. Die Ausführung dieses Beschlusses übertragen wir dem Vorstande und den Vertrauensmännern unseres Vereins. Diesen beiden Organen sollen von jetzt ab auch Frauen angehören. Weiter beantragen wir, daß in die Parteiorganisation des Wahlkreises Herford-Halle ebenfalls Frauen hineingewählt werden. Der Vorstand der nationalliberalen Partei und die übrigen Vereine des Wahlkreises sind von den gefaßten Beschlüssen in Kenntnis zu setzen.

Quelle: Herforder Kreisblatt,  
21.11.1918

## M 1.4

**Herford, 21. Nov. Nationalliberale Partei-Versammlung.** Allerorten erwacht nachgerade auch das Bürgertum wieder zu parteipolitischen Leben. Der betäubende Schlag, den es durch die im Automobilschritt hereingebrochene Revolution erhalten hat, scheint verwunden und einem ruhigen Überlegen nicht mehr hinderlich zu sein. Nun wird aber auch desto klarer die Gefahr erkannt, die heute den „Bürgerlichen“ droht, wenn sie den Dingen freien Lauf lassen und durch das Ringen der sozialdemokratischen Gruppen um die politische Macht an die Wand gedrückt werden. Daß diese Gefahr gegenwärtig in hohem Maße vorhanden ist, beweisen die Nachrichten, die jetzt tagtäglich von der Reichshauptstadt und den übrigen großen Politikzentren zu uns gelangen. Nur auf ganz Unbelehrbare läßt sich noch keinen Einfluß aus. Wer aber offenen Auges den Gang der Ereignisse betrachtet, muß den Kurs erkennen, den ein sehr einflußreicher Teil der gegenwärtigen politischen Macht haben zu steuern gedenkt, einen Kurs, der der Zukunft unseres Volkes im höchsten Maße gefährlich zu werden beginnt. Daß man diese Gefahr auch bei uns in weitesten Kreisen zu erkennen anfängt, beweisen die sich rasch folgenden Versammlungen der alten politischen Parteien, bewies auch der glänzende Besuch, den vorgestern Abend sogar eine Partei-Versammlung des hiesigen nationalliberalen Vereins im Spang-Vereinshause gesunden hatte. Nicht nur war bei dieser Versammlung, in der der Reichstagsabgeordnete Th. Meyer über „Forderungen der neuen Zeit“ sprach, der große Saal des Vereinshauses bis auf den letzten Platz gefüllt, sondern auch die Redensale wiesen eine Besetzung auf, wie man sie nur sonst bei ganz großen öffentlichen Versammlungen sah. Schon dadurch gestaltete sich der Abend rein äußerlich zu einer eindrucksvollen Kundgebung der nationalliberalen Partei in Herford, er wurde es aber noch mehr durch seinen Verlauf und die einmütige Annahme eines Entschlusses, den wir auf der ersten Seite unserer heutigen Ausgabe veröffentlichen. Über den Gang der Tagung sei in knapper Zusammenfassung folgendes berichtet: Der Vorsitzende der nationalliberalen Partei in Herford, Herr Fabrikant Rosting, eröffnete die Tagung mit etwa folgenden Worten: Verehrte Parteifreunde und -Freundinnen! Wir leben in sturmbelegter Zeit. Ein Waffenstillstand mit unerhört harten Bedingungen führt uns in einen Frieden hinein, dessen Bedingungen nicht minder hart sein werden. Die Monarchie ist über Nacht zusammengebrochen. Neue Männer steuern mit neuem Kurs das Reichsschiff nach neuen Zielen. Das entscheidende Wort über die neue Verfassung muß jedoch der möglichst bald zu wählenden Nationalversammlung vorbehalten bleiben. Eine neue Zeit, in der durch die Verhängung des Wahlrechts unsere Frauen vollberechtigte Staatsbürgerinnen sein werden, ist angebrochen, eine neue Zeit mit neuen Forderungen. — Ich bitte Herrn Reichstagsabgeordneten Meyer, hierzu das Wort zu nehmen. — Hierauf ergriff Reichstagsabgeordneter Th. Meyer das Wort. — Hierauf ergriff Reichstagsabgeordneter Th. Meyer das Wort. Aus den einstündigen Ausführungen geben wir im Auszug kurz folgendes wieder: In äußerst erregter Zeit sind wir hier zusammengekommen. Germania hat das Haupt verhußt, trägt Leid um ihre Söhne und Töchter, die der Übermacht und Treulosigkeit erlagen. Dunkel liegt die Zukunft vor uns und die Überzeugung dürfen wir hegen, daß den harten Waffenstillstandsbedingungen ebenso schwere Friedensbedingungen entsprechen werden; denn vom französischen Chauvinismus und englischer Realpolitik haben wir nichts Gutes zu erwarten und wir tun gut, uns keinerlei Illusionen hinzugeben. Dank aber allen braven Kämpfern, die unser Vaterland vor den Greueln des Krieges bewahrten, die heimkehren, unbeseigt und geschmückt mit den Zeichen des Ruhmes und der Ehre. Dank auch allen, die ihre Gesundheit dem Vaterlande opferten; Dank ihnen, die gezwungen sind, in feindlichen Ländern auch fernher auszuhalten und nicht zuletzt Dank allen, die nicht wieder zu uns zurückkehren werden. Der Friede bringt uns eine neue Zeit. Aber jede Veränderung verlangt Opfer, fordert Verzicht auf Liebgewordenes. Wir sind aber bereit, sie zu bringen unter dem Druck der Verhältnisse für des Vaterlandes Wohl. Was bringt uns die neue Zeit? Wir treten loyal auf den Boden der neuen Verhältnisse und vollziehen die Umgestaltung. Besonnenheit und Pflichterfüllung bis zum Neuesten, Ruhe und Ordnung während, auch wenn um uns herum die alten Mauern einstürzen. Wir versprechen deshalb der neuen Regierung unsere Unterstützung. Der Reichstag wird sich damit einverstanden erklären, daß die Verhältniswahl zur allgemeinen Einführung gelangt. Die einzelne Stimme wird fortan zu ihrer Bedeutung und das bisherige System in Wegfall kommen. Allerdings wird dadurch die Verbindung des Abgeordneten mit dem Wahlkreise illusorisch ge-

macht. Weiter fordert die neue Zeit das Frauenwahlrecht. Wir sind einverstanden, der im Kriege so bewährten deutschen Frau ein Recht zu geben, das sie im politischen Leben gleichwertig macht. Bedauerlich ist nur, daß ihr diese Gabe so unvermittelt dargereicht wird. Es muß nachgeholt werden, was versäumt worden ist, durch Vorträge und dergl. sie in alle Probleme des Staatswesens einzuführen. Am einfachsten wäre es freilich, wenn sich die Frau hier auf den Standpunkt des Mannes stellte, das wäre gleichzeitig eine friedliche Lösung der Frage im ehelichen Leben. (Heiterkeit.) Bedenklich erscheint die Herabsetzung des Lebensalters auf das zwanzigste Jahr; die politische Reife in diesem Alter stellt Ausnahmen dar. Auch hier wird der Reichstag legalisieren müssen. Wenn wir uns zur Demokratie bekennen, so nehmen wir für uns in Anspruch, daß wir von jeder eine demokratische und Volkspartei gewesen sind. Wir standen stets auf dem Standpunkt, daß das Volk Gelegenheit haben mußte, an wichtigen Fragen selbst mitzuwirken. Die Geheimdiplomatie hat abgetrennschaftet. Ein Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten ist eine alte liberale Forderung. Wir waren es, welche, zu den Mehrheitsparteien gehörend, die demokratische Volkspartei mit gebildet haben. Wir trauten dafür ein, daß das neue Reich aufgebaut wird in freierlicher und sozialer Politik. Wenn vielleicht einmal hier und da Zeichen waren, wo der Geist Bennigens nicht mit erfrischender Schärfe wehte, so war das eine vorübergehende Episode. Er fand seine Lebensaufgabe im Kampfe gegen die Reaktion; ein herrliches Vermächtnis unserer Partei! Wir bekundeten dies u. a. in dem Gesetzentwurf der Arbeits- und Angestellten-Kammern und in der Forderung, das Beamtenrecht zu reformieren. Im Geiste der Sozialpolitik muß und wird weitergearbeitet werden; allerdings wird diese Arbeit erschwert durch den kommenden Frieden. Spärlich vorhandene Mittel werden uns Beschränkungen auferlegen. So hegen wir auch keine Bedenken gegen den vom Staatssekretär Bauer zum 1. Januar angeführten achtstündigen Tag. Der Arbeiter muß Gelegenheit haben, an der kulturellen Entwicklung unseres Vaterlandes mitzuwirken, natürlich unter dem Gesichtspunkte, daß Ausnahmen notwendig sein werden (z. B. Landwirtschaft). Das Gleiche fordern wir aber auch für die Angestellten, die oft weniger erreichen, wie die stärkere Organisation der Arbeiter. Eine allseitige Sonntagsruhe für Prinzipale und Angestellte wird durchzuführen sein. Die Förderung der Interessen des Mittelstandes haben wir ganz besonders auf unsere Fahne geschrieben; er darf keinesfalls zugrunde gerichtet werden. Zwei Feinde werden uns in unserer zukünftigen Arbeit entgegenstehen: Anarchie und Kommunismus. Jeder Zusammenschluß, dieke zu bekämpfen, ist zu begründen; so in erster Linie die Vereinigung der beiden liberalen Parteien. Bereits eingeleitete Verhandlungen sollen das Resultat gezeitigt haben, daß ein enger Zusammenschluß herbeigeführt werden wird. (Aravo!) In weicher Form, ist bis zur Stunde nicht bekannt. Auch mit den anderen Parteien wollen wir zusammengehen; vielleicht kommt die Stunde, wo die ganze Pöbelang gebildet werden muß von Scheidebrand bis Scheidemann! Endlich sehen wir als Hauptaufgabe die Sorge für die heimkehrenden Kriegsteilnehmer und die Fürsorge für die Kriegesbeschädigten u. hinterbliebenen um sie durch die Zeit der Behrängnis hindurchzuführen zu einer besseren Zukunft. Auch hier wird bei zu erwartende Friede uns schwere Sorgen auferlegen, aber wir werden sie überwinden. Die Steuerlichen muß im Volke schwinden; allerdings werden wir vier Monate des Jahres fortan für die Abwälzung der Lasten arbeiten müssen. In progressiver Steigerung sollen und müssen die Steuern erhoben werden. Unsere Aufgabe wird es sein, dahin zu wirken, daß unsere Kriegesbeschädigten nicht als Krüppel und Arme ihre Straße ziehen, daß die Sorge sie beschleicht und Wehmut sie erfüllt. Hoff aber sei Ruhe und Ordnung unsere erste, vornehmste Bürgerpflicht, um im Frieden unser Reich wieder aufbauen zu helfen den Forderungen entsprechend, welche die neue Zeit stellt. Wir wollen arbeiten nach unserer alten Parole: Dem Vaterlande — nicht der Partei! (Lebhafter Beifall.) — Der Redner verlas sodann die auf Seite 1 veröffentlichte Kundgebung, die der Vorsitzende darauf nach einem Worte des Dankes an den Redner des Abends zur Besprechung stellte. Da sich niemand zum Wort meldete, wurde Annahme der Entschließung beantragt und ohne Widerspruch beschlossen, worauf die städtische Versammlung mit dem Riede „Deutschland über alles“ die eindrucksvolle Kundgebung schloß.

## Erläuterung:

Ernst von Heydebrand und der Lasa:  
Führer der Deutschkonservativen  
Partei

M 1.5

## An unsere nationalliberalen Parteifreunde!

Das Deutsche Reich, für das unsere Großväter gelitten, unsere Väter gelämpft, wir selbst uns begeistert und unsere Söhne und Brüder opfermutig den Tod erlitten haben, ist zusammengebrochen. Wie für alle anderen, so ist auch für unsere Partei der Weltkrieg mit seinem erschütternden Ausgange neue Lebensbedingungen geschaffen. Nur auf dem tatsächlich gegebenen Boden der Deutschen Republik und auf demokratischer Grundlage kann der Wiederaufbau des Vaterlandes ins Werk gesetzt werden. Es gilt, gesetzmäßige Zustände wieder herzustellen. Geht es weiter wie bisher, so sind Staatsbankrott und Hungersnot und in ihrem Gefolge Plünderung und Gewalttaten unausbleiblich.

Dies Unglück kann nur eine regierungsfähige Mehrheit in der bevorstehenden Nationalversammlung abwenden. Je mehr das deutsche Bürgertum in Parteien gebunden, umso schwerer ist dies zu erreichen. Viel zu lange schon hat die Partizipationsplitterung im deutschen Volke gewauert, und zur Schwächung unserer Volkskraft beigetragen.

Deshalb sind wir dem Drängen zahlreicher Parteifreunde aus allen Ecken des Reiches nach einem festeren Zusammenschluß der freiwillig gesinnten Kreise unseres Volkes gefolgt und haben uns mit anderen auf demokratischer Grundlage stehenden Organisationen unter Führung bisher bestehender Gegenätze zur Deutschen demokratischen Partei vereinigt.

Ausschlaggebend war für uns, daß in einem Staate der Volksherrschaft nur große Parteien den Willen ihrer Wähler verwirklichen können. Die Deutsche demokratische Partei hat mehr als jede bloße Fortsetzung der alten Parteien die Aussicht, die gewaltigen Scharen der frischen Wählerschichten der Frauen und der Jugend mit sich zu reißen, die ohne Verständnis für allen Zwist mit offenem Sinn für neue Gedanken in das politische Leben hereinströmen. Wir trauen ihr zu, daß sie die große Partei ist, die, alle Schichten des Volkes umfassend, jede einseitige Klassenherrschaft verhindert!

**Die Gesinnungen, die uns bisher geleitet haben, bleiben in der Deutschen demokratischen Partei in guter Sut.**

Die liberale Idee von dem besonderen Wert des einzelnen und seiner Seele und dem Aufstieg des Tüchtigen, der soziale Gedanke der Gerechtigkeit und des Schutzes des Schwächeren unter uns die nationale Forderung der Einheit aller Deutschen und der Wahrung der Rechte des freien deutschen Volkes unter den anderen Völkern.

An alle unsere ehemaligen Parteifreunde im Lande richte wir die dringende Bitte und Mahnung, unserem Beispiel schnell zu folgen.

Berlin, 15. Dezember 1918, abends.

Quelle: Herforder Kreisblatt, 27.12.1918

M 2

Sozialdemokratische Partei

M 2.2

M 2.1

12. Herford, 13. Dez. Das Wahlrecht der Frau. Mit diesem Thema befaßten sich zwei Frauenvereinsversammlungen, die in unserer Stadt gestern abend abgehalten wurden. In der Versammlung im Ev. Vereinshaus sprach Fräulein Rothert aus Münster, um in erster Linie ein Programm der Deutschnationalen Volkspartei zu entwickeln, das sich in schärfster Form gegen die jetzige Regierung wandte. Die Rednerin schilderte die Stellung der Frau zum Staat in Beruf und Familie und trug ihren Vortrag mit dem Bekenntnis, daß die Frauen in aller Zukunft stets eingehend bleiben müßten, gute, bewusste Christen zu sein. Sie dürfe auch in dem neuen Deutschland nicht zugeben, daß der Staat ihr die heiligsten Güter raube. Denn erst das Christentum habe der Frau eine wertvolle Stellung auf Erden verschafft; solle der Dank dafür sein, daß sie sich vom Religionsunterricht in der Schule losgerisse. Wie wolle die Mutter das vor ihren Kindern verantworten? Wie aber löste die Frau beim Staatsaufbau in Zukunft mitwirken, nachdem der Staat ihr das Wahlrecht gegeben? Diese Frage sei leicht zu lösen. Die Frau dürfe nur der Partei zum Siege verhelfen, die das wahre Wohl des Staates auf ihre Fahne geschrieben habe; das aber sei die Deutschnationalen Volkspartei. Sie verlangte, daß der gegenwärtige gefesselte Zustand aufhöre, der nicht auf Freiheit, sondern auf Diktatur beruhe. Ohne Nationalversammlung belägen wir die Feinde mehr und mehr ins Land. Marshall Hoeh stehe bereit auf den Rheinbrüder. Die Partei verlange ein einheitliches Reich, keine Rheinlaender; ein einziges Vaterland, wie Bismarck es geschaffen habe. Keine Frau dürfe bei der Wahl fehlen, nur die gewählte Frau dürfe ihre Stimme abgeben. — Im Anschluß an den einfländigen Vortrag wurden Bitten zur Entlohnung von Mitgliedern herangezogen. Mit dem Gesänge „Ich hab mich ergeben“ gingen die Versammelten auseinander. — In der zweiten Versammlung sprach Fräulein Hartmann, sprach Redakteur Severing-Hiesfeld: Die drei „R“, welche der Frau vorschreiben, daß sie ins Haus gehört (Rülde, Keller, Kinder), weisen ihr zwar noch heute den Weg nicht aber den einzigen, was sich im Leben zu betätigen. Der Staat benötige für alle Zukunft dringend die Mitwirkung der Frau an seinem Wiederaufbau, namentlich in wirtschaftlicher Beziehung. Aber auch im politischen Leben warte sie nun praktisch mit, eine Forderung, die die Sozialdemokratie schon immer vertrat. Sie müsse sich mit dem Geschenk des Wahlrechts nicht, wie oft gesagt werde, abfinden, sondern aus Überzeugung zur Wahlurne schreiten. Der Redner ging die einzelnen neu entstandenen Parteien auf bürgerlicher Seite durch, und kam zu dem Ergebnis, daß nur die Sozialdemokratie bleibe, welche nicht nötig hätte, ihr Stimmenschild zu ändern. Diese aber trete dafür ein, daß den Frauen die Errungenschaften der Revolution nicht wieder genommen werden könnten, wie das Wahlrecht, die Befreiung gewissermaßen Annerkannten, des Militarismus ufm., und damit die Ursache einer neuen Katastrophe, wie sie die letzten vier Jahre mit sich brachten. Daran hätten gerade die Frauen das größte Interesse und in ihrer Hand läge es in Zukunft mit ihr Schicksal zu bestimmen. Auf bürgerlicher Seite komme man jetzt mit dem Vorwurf, die Sozialdemokratie sei religionsfeindlich und verderbe das Ehe- und Familienleben. Diese Behauptung werde lediglich zu dem Zwecke erhoben, um Stimmungen für die kommenden Wahlen bei leichtgläubigen Menschen zu machen.

Quelle: Herforder Kreisblatt, 13.12.1918

Porträts aus Ostwestfalen



Eine Seite von Kurt Linnenbrügger

Frauen und Männer, die Geschichte machten

Starke Persönlichkeit

Er war klein von Gestalt. Wenn er hinter dem Schreibtisch saß, wirkte er beinahe wie verloren. Aber der markante Kopf mit der Gelehrtenstimme und dem schlohweißen Haar machte ihn gegenwärtig. Carl Severing, der den ersten Band seiner Selbstbiographie mit „Vom Schlosser zum Minister“ betitelt, war eine starke Persönlichkeit. Von seiner charakteristischen Veranlagung aus nüchtern, diszipliniert und verantwortungsbewußt, zeichnete er sich durch immensen Fleiß aus. Er hatte Lärm, wie das Schlagen von Türen. Diese Erfahrung machten Mitarbeiter mit ihm, als er nach dem Zweiten Weltkrieg in der Bielefelder „Freien Presse“ als Chefredakteur fungierte. Seine Leitartikel waren die Markenzeichen dieser regionalen Lizenzzeitung.

des Individuellen aufgedrückt. Als Redner verbindet er Schärfe mit Begeisterung. Dem Manne folgten die Massen.

Sein Einzug als Abgeordneter in den Reichstag wurde von einer Frage Bebeis begleitet: „Haben Sie denn schon das wahlfähige Alter?“ Er war der Benjamin der SPD-Fraktion. Während der Kriegsjahre und den Nach-



Haßte Lärm: Carl Severing.

Folge 23 Carl Severing

Schon von früher Jugend an war der am 1. Juni 1875 in Herford geborene Carl Severing mit der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung verhaftet. Der Schlosser, der vom Bildungsweg geradezu besessen war, zählte zu den Mitgründern des Sozialdemokratischen Vereins in Herford. Er erwarb sich einen Namen als Belegschaftssprecher beim Arbeitskampf in der Bielefelder Nähmaschinenfabrik Dürkopp & Co. Selbst während seiner Wanderjahre, die ihn bis nach Zürich führten, verlor er seine politische Zielstellung nicht. Severing blieb sich treu. Für Utopien war er nicht zu begeistern.

Nach seiner Rückkehr aus der Schweiz und nach seiner Eheschließung trat er immer mehr als Artikelschreiber bei der Bielefelder „Volksrecht“ in den Vordergrund. Er hatte bald über die Schriftführerposition im Arbeiterverein auch einen Platz im Stadtparlament in Aussicht. Bei der Wahl konnte er eine erhebliche Stimmenzahl auf sich vereinigen. Zu seiner Wahl als Stadtverordneter war in der bürgerlichen Zeitung zu lesen: „Er ist vielleicht die interessanteste Erscheinung der Bielefelder Sozialdemokratie überhaupt. Ungemein fleißig, ungemein belesen, hat er dem Metallarbeiterverband den Stempel

Kriegsunruhen erwies sich Severing „als ein Mann der Tat“. Mit Umsicht und Verhandlungsgeschick begegnete er kritischen Situationen, und seine zweimalige Berufung als Preussischer Innenminister war ein Indiz für die Untadeligkeit dieses Politikers. Die Schaffung einer Schutzpolizei und einer demokratischen Verwaltung zählten zu den Verdiensten Severings, der durch einen Gewaltstreik am 20. Juli 1932 aus seinem Amt als Innenminister entfernt wurde.

Der bekannte Journalist Friedrich Stampfer bescheinigte Carl Severing — er war bis zu seinem Tod am 23. Juni 1952 noch im Ältestenrat des nordrhein-westfälischen Landtags tätig — zu seinem 75. Geburtstag am 1. Juni 1950 in einem Artikel: „Er kann mit Genugtuung auf sein Lebenswerk zurückblicken.“

Quelle: Neue Westfälische, 15.4.1989

M 2.3

## Große öffentliche Volksversammlung

Mittwoch, den 27. November, abends 6 $\frac{1}{2}$  Uhr,  
im Lokale des Herrn B r i n k m a n n, Renntor.

Tagesordnung:

### Das freie Deutschland.

Referent: Stadtverordneter Carl Severing-Bielefeld.

Um recht zahlreichen Besuch bittet

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins.

Quelle: Herforder Kreisblatt, 26.11.1918

M 2.4

tr. Herford, 28. Nov. In einer Volksversammlung, die zu gestern Abend im Brinkmann'schen Saale angelegt war, sprach vor weit über tausend Personen der „Volkswacht“-Redakteur Severing aus Bielefeld über „Das freie Deutschland.“ Der Redner wies eingangs die Behauptung zurück, daß im freien Deutschland heute seitens der Sozialdemokratie eine Diktatur betrieben werde, die sich in den Arbeiter- und Soldatenräten verkörpere. Nicht der Wille eines Einzelnen, sondern der einer großen Volksmehrheit sei das oberste Gesetz, auf welches das Reich aufgebaut werde. Das bisherige Regime habe sich das Vertrauen des Volkes verschert und trage einzig und allein die Schuld an dem Chaos, unter dem ganz Deutschland jetzt leide und noch lange Monate zu leiden haben werde. Im übrigen widerlegte der Redner einige Irrlehren, die man in bürgerlichen Kreisen der Sozialdemokratie nachsage, so insbes. auf Verstaatlichung von Privateigentum und ferner in religiösen Fragen. Lebhafter Beifall schloß sich an die anderthalbstündigen Ausführungen, die ein sehr aufmerksames Publikum fanden.

Quelle: Herforder Kreisblatt, 28.11.1918

## M 3

## Zentrum

tr. Herford, 16. Dez. Zentrum s-Ver sam m l u n g. Nun hat auch die Zentrumspartei unserer Stadt in offizieller Weise Stellung zu den neuen Zeitfragen genommen. Die zu gestern nachmittag in Brinmanns Festsaal einberufene Versammlung füllte den Saal bis auf den letzten Platz. ein Ereignis, das der Vorsitzende, Lehrer Kähler, mit bewährten Worten feierte als ein Zeichen dafür, daß der Anhänger für die Zentrumsidee „für Wahrheit, Freiheit und Recht“ noch viele im engeren Heimatgebiete sind. Der Aktionsausschuß habe die Stadt für den bevorstehenden Wahlkampf in 25 Bezirke geteilt, in denen in Zukunft Werber und Werberinnen tätig sein werden, um der Sache zum Siege zu verhelfen, die sich in dem vor 400 Jahren von dem Pädagogen Trobsdorf geprägten Worte wieder spiegelt: „Wer mit die Katesche aus der Schule verbannt, der reißt nur die Sonne vom Himmel . . .“ Hoffend, daß die heutigen Vorträge Samenkörner in die Herzen der Hörer legen möchten, die sich zu reifer Frucht entfalten, erteilte der Vorsitzende das Wort dem Pfarrer Cronme zu dessen Thema: Die Trennung von Staat und Kirche.“ Noch frage man sich, ob's Wirklichkeit oder Traum ist, was wir erleben. Die äußeren Ursachen der Katastrophe setzen sich immer mehr heraus, heute müsse man: Noch haben wir geholt mit unser Verbündeten, das deutsche Volk ward durch die wirksame englische Blockade zermürbt, der U-Vorwurf erfüllte nicht unsere Hoffnungen, wir haben einen schrecklichen Canossagang machen müssen, der zu furchtbaren Bedingungen führte. In der Weltgeschichte wird es einst heißen „Über unsere Kraft.“ Wir fügen uns ins Unabänderliche. Die heutige Regierung, die wir zwar nicht gerufen, müssen wir unterstützen, soweit es sich darum handelt, Ruhe und Ordnung zu halten. Aber wir verlangen nach der Nationalversammlung. Was uns auf den Plan ruft, sind Ankündigungen von einschneidender Bedeutung für unser Volk, vornehmlich aber die geplante Trennung von Kirche und Staat. Vor etlichen Wochen lasen wir die Notiz, wonach durch einfache Verfügung diese Maßnahme zum 1. April 1919 durchgeführt sein soll. Kardinal Hartmann erhob Protest, ein Dementi der Regierung folgte: So eilig ist's nicht können wir aber vom gegenwärtigen Kultusminister Adolf Hoffmann Entgegenkommen erwarten? Die Aufhebung der geistlichen Schulaufsicht erfolgte ja bereits. Wir fordern, daß das Ideal der christlichen Kirche die Bereinerung der Kirche mit dem Staate bleibe! (Beavo!) Die besten Staatsbürger sind die, welche an den Grundsätzen der Kirche festhalten. Deshalb muß der Religionsunterricht planmäßiger Unterricht in der Schule bleiben. Oder soll die Kirche herabsinken auf die Rechte eines gewöhnlichen Vereins, sämtliche Kirchenvermögen sollen vom Staate einbezogen werden, dem Staate, der in Zukunft es ablehnen wird, in Seminaren pp. unsere Geistlichen und Lehrer heranzubilden. Sie alle können aber nicht auf die Unterstützung des Staates verzichten, weil sowohl die protestantischen wie auch die katholischen Geistlichen meist aus mittleren, stellenweise auch aus kleinen Familien stammen. Die Aufhebung der Orden und Konfiskation ihrer Vermögen steht bevor, nachdem viele Hunderte von Schwestern beider Konfessionen unsere Krieger pflegten; wollen wir wirkliche „Barbaren“ sein? Die Religion ist kein Unterrichtsfach mehr; unser Beiseid den Lehrern u. Lehrerinnen, die die Kinder ohne Religion und Gebet erziehen sollen! Aber ist es in einem Reich's Staat möglich, einfach einen Strich durch alles Bestehende zu machen? In der Hand der Frauen, deren 22 Millionen sind, liegt die Antwort, nicht allein bei den 18 Millionen Männern. Die Frauen rufen wir besonders auf, dann wird es heißen: Du brauchst nicht zu warten, deutsches Volk, deine Zukunft ist in guter Hand! Und das wachte Gott. (Lobhafter Beifall.) -- Für Vortrag über „Wirtschaftliche Streiflichter“ gehalten vom Oberpostkassener Hoffmeister, schloß sich an: Der berühmte Politiker Kettler machte die gerechte Steuerberechtigung von der Ernährungs- und Bekleidungsfrage, der Boden- und Wohnungsreform und von der Existenzberechtigung des Einzelnen abhängig. Der Redner ging im einzelnen auf diese Fragen ein und kam zu dem Schlusse, daß die Zentrumspartei sich stets der arbeitenden Bevölkerung, der Handwerker, Beamten, Kaufleute und der Besitzenden in der Frage einer gerechten Steuerberechtigung angenommen habe; sie werde auch im neuen Deutschland nicht von ihrem Grundsatz weichen: für Wahrheit, Freiheit und Recht! -- Auch dem zweiten Vortrag folgte stürmischer Beifall und der Vorsitzende dankte den Rednern für ihre klaren, inhaltvollen und überzeugenden Gedanken, die in die berechtigten Mahnung ausfließen, daß die Wähler beiderlei Geschlechts das Wahlrecht als Gewissenspflicht betrachten mögen. Dann wurde auch die frohe Weihnachtswortbotschaft zu ihrer vollen Bedeutung erhoben: Friede auf Erden allen den Menschen, die eines guten Willens sind! Damit schloß der Vorsitzende die sehr anregend und anregend verlaufene Versammlung der Zentrumspartei.

Quelle: Herforder Kreisblatt, 16.12.1918

M 4

**Deutschnationale Volkspartei**

M 4.1

— (Deutsch-nationale Volkspartei.)  
 In der vergangenen Woche hat sich hier in Bünde eine Ortsgruppe der Deutsch-nationalen Volkspartei gebildet, bei sich Angehörige der Konfessionen, Nationalliberalen, Freikonservativen, Christlich-Sozialen und Zentrumspartei angeschlossen haben. Wir begrüßen die Begründung dieser neuen Partei, die einen weiteren erfreulichen Fortschritt in der Sammlung aller Ordnungsparteien gegen den Umsturz bedeutet.

Quelle: Bänder Generalanzeiger, 16.12.1918

M 4.2

# Wähler!

Unser Vaterland blutet nach vierjährigem Kriege aus schweren Wunden; es steht vor der Gefahr der Auflösung. An Stelle von Recht und Ordnung droht der **Umsturz aller Dinge**.

Vieles ist zertrümmert, was uns heilig und teuer ist. Und doch dürfen wir dem Verlorenen nicht untätig nachtrauern. Es ist Pflicht eines jeden, an dem Wiederaufbau des deutschen Staates und Volkes mitzuarbeiten und dem neuen Deutschland neue Form und neuen lebensvollen Inhalt zu geben.

Ueber unsere Zukunft wird in der Nationalversammlung entschieden werden. Wir sind bereit und entschlossen, auf dem Boden jeder Staatsform mitzuarbeiten, in der Recht und Ordnung herrschen. Gegen jede Diktatur einer einzelnen Bevölkerungs-Klasse verwahren wir uns. Nur ein geordnetes Staatswesen schafft uns Brot und Frieden.

**Staat und Gesetz**, ausgerüstet mit starker **Autorität**, getragen von dem freien Willen des Volkes, müssen ihren schützenden Einfluß im Volks- und Wirtschaftsleben geltend machen, um die **nationale Kultur** und die **soziale Wohlfahrt** zu fördern.

Im Mittelpunkt von Leben und Wirtschaft muß mehr als bisher der Mensch als sittliche Persönlichkeit stehen. Ein **lebensvolles Christentum**, Ehe und Familie sollen die starken Träger des öffentlichen Lebens sein. **Deutsches Wesen** und deutsche Art müssen mehr denn je unser ganzes Volkstum erfüllen.

Wer diesen Grundsätzen zustimmt, der unterstütze den

**Wahlvorschlag 4 der Deutsch-nationalen Volkspartei,**  
**der wähle Ballbaum, Sielermann, Müller, Sugenberg.**

M 4.3

# Deutsche evangelische Männer und Frauen!

Ernste Gefahren bedrohen das **Erbe der Reformation**, deren vierhundertjähriges Bestehen wir noch im vorigen Jahre feierten. Der Revolution blieb es vorbehalten, mit dem Sturze des deutschen Kaisertums auch die evangelische Kirche schwer zu erschüttern. Die Sozialdemokratie ist fest entschlossen, die Uebergangszeit ihrer Diktatur auch gegen das Christentum auszunützen. Die Sozialdemokratie erklärt die Religion für Privatsache, verzichtet also für das Volksleben auf die lebendige Quelle des Evangeliums. Ihre Führerschaft besteht fast ausschließlich aus Religionslosen oder Nichtchristen. Wie wenig die Sozialdemokratie die Gefühle anderer schont, lehrt die Ernennung des Zehngebote-Hoffmanns zum Kultusminister.

Wohin wollt ihr euch wenden, ihr deutsch-evangelischen Männer und Frauen?

Volles Verständnis bringt den Lebensfragen des Volkes und der Kirche die

## Deutschnationale Volkspartei

entgegen. Schon in ihrem ersten Aufruf vom 22. November stellt sie sich entschlossen auf christlichen und nationalen Boden. Wie eine befreiende Erlösung aus lähmender Sorge wurde es empfunden, wenn die Gründer der Deutschnationalen Volkspartei feierlich versicherten:

**„Im Mittelpunkt von Leben und Wirtschaft muß mehr als bisher der Mensch als sittliche Persönlichkeit stehen. Ein lebensvolles Christentum, Ehe und Familie sollen die starken Träger des öffentlichen Lebens sein.“**

Deutsche Männer, deutsche Frauen! legt alle mit Hand an, auf daß die Seele unseres Volkes bewahrt werde vor Zerstörung der christlichen, sittlichen und nationalen Kräfte in Gesellschaft, Schule und Familie, sein Leib vor Erkrankungen durch Kommunismus oder Vernichtung durch Bolschewismus! Klärt die Irrenden auf, rüttelt die Gleichgültigen wach, sammelt die Säumigen und Zaghaften! Wecht neuen Lebenswillen im deutschen Volke, damit es nicht in dem Abgrund versinkt, an dem es schon steht!

Es geht um alles! Um euch selbst, um das Glück eurer Kinder und Kindeskinde!

Es geht um eine heilige Sache!

Um das Dasein und die ganze Zukunft unseres geliebten Vaterlandes!

**Wenn du das Vermächtnis Martin Luthers und Bismarcks bewahren willst, dann wähle**

## deutschnational!

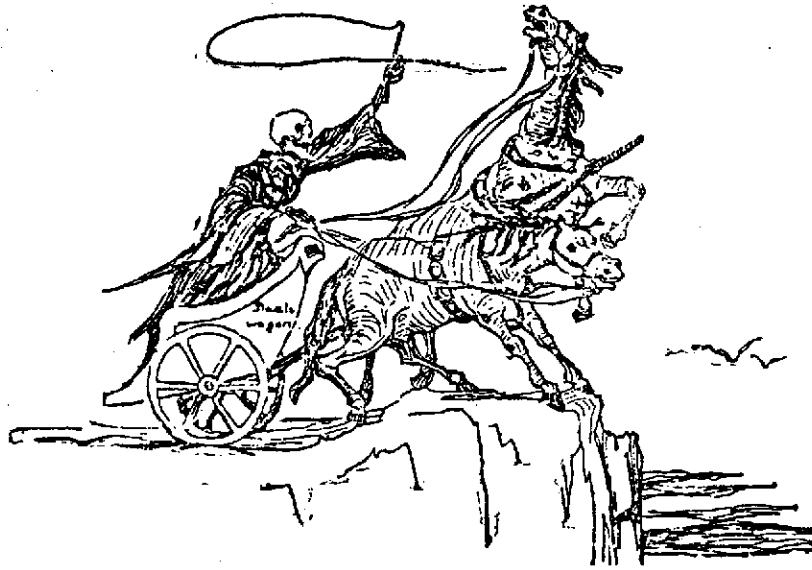
**Wahlvorschlag 4: Wallbaum, Stelermann, Müller, Sugenberg!**

Quelle: Herforder Kreisblatt, 18.1.1919

Erläuterung: Zehngebote-Hoffmann: Adolf Hoffmann war sozialdemokratischer Politiker und von 1918 bis Januar 1919 preußischer Kultusminister; er schrieb bereits 1891 das Werk "Die zehn Gebote und die besitzende Klasse". Wallbaum hatte 1912 für die Christlich-soziale Partei kandidiert.



M 4.4

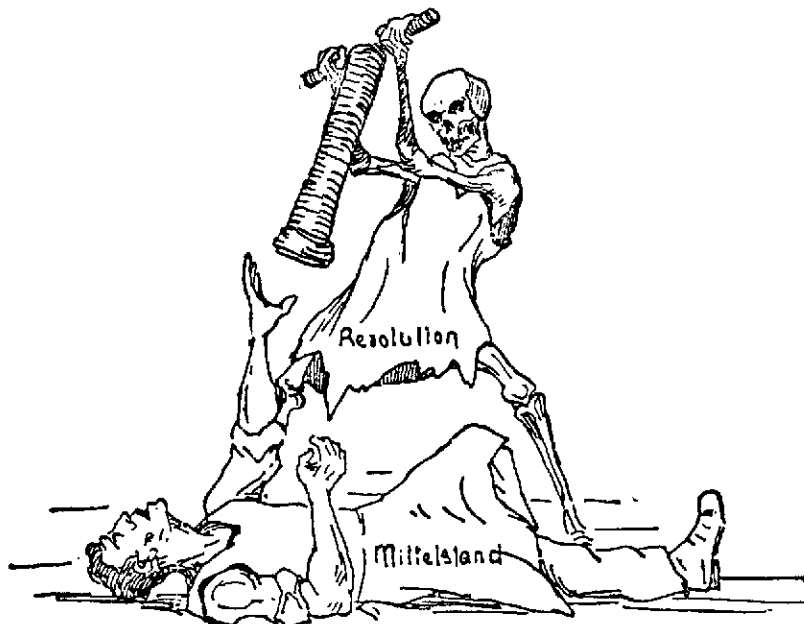


**Wer rettet uns vor dem Untergang?**

**Die Deutschnationale Volkspartei!**

Quelle: Herforder Kreisblatt, 15.1.1919

M 4.5



**Wer rettet den deutschen Mittelstand  
vor der Vernichtung?**

**Die Deutschnationale Volkspartei!**

Quelle: Herforder Kreisblatt, 17.1.1919

M 5

Deutsche Volkspartei

M 5.1

# Deutsche Volkspartei.

Sonntag, den 29. Dez., abends 8 $\frac{1}{4}$  Uhr  
im Stadtgarten zu Bünde:

## Große öffentliche Volksversammlung.

Vortrag des Herrn Dr. Hugo:

### In Deutschlands Entscheidungsstunde.

Der Vorstand.

J. A.: Dr. Wagner.

M 5.2

# Deutsche Volkspartei

## Wahlversammlungen

finden statt

- in Bieren-Rüschchen**  
am 9. Januar, 3 Uhr nachmittags  
bei Wirt Hassel,
- in Stift-Quernheim**  
am 10. Januar, 7 Uhr nachmittags  
im Vereinshause,
- in Südlengern**  
am 11. Januar, 7 Uhr nachmittags  
in der Turnhalle.
- in Hücker-Aschen**  
am 12. Januar, nachmittags 3 Uhr  
bei Kolon Kindermann
- in Ahle**  
am 13. Januar, nachmittags 5 Uhr  
bei Wirt Brünger.
- in Holsen**  
am 13. Januar, nachmittags 8 Uhr  
bei Wirt Brüggemeyer Nr. 13
- in Westkilver**  
am 12. Januar, nachmittags 3 Uhr  
bei Wirt Ramhorst

**Deutsche Volkspartei**  
Ortsgruppe Bündo.

Geschäftsstelle: Hangbaumstr. 15, Telefon 35.

## M 5.3

— Die Abendversammlung der Deutschen Volkspartei im Brinkmann'schen Saale gestaltete sich gleichfalls zu einer imponierenden Kundgebung einer fast tausendköpfigen Menge. In ihr sprach Frau Elli Wellensiefel aus Bünde, der Kandidat der Partei Bergarbeiter Binkmann und Rechtsanwalt Landmeyer-Bielefeld. Nach Eröffnung der Versammlung durch Herrn Biegler ergriß zunächst das Wort Frau Wellensiefel, die etwa anführte: Nach einer vorläufigen Schätzung haben wir 40 Millionen Wahlberechtigte; davon sind 19 Millionen Männer und 21 Millionen Frauen. Unter letzteren sind etwa 14% Millionen bürgerliche Frauen. Eine ungeheure Verantwortung lastet somit auf uns Frauen bei den Wahlen. Von ihnen hängt es ab, ob wir eine wahre Volksregierung oder eine einseitige sozialistische erhalten. Im Stillen müssen die Frauen über Politik aufgeklärt werden, trotzdem dürfte keine Gleichgültigkeit Platz greifen. Wohin wählen wir also? Wir wollen uns denen anschließen, die uns unsere höchsten Güter schenken. Eins der höchsten für uns Frauen ist das stützlich hochstehende Familienleben. Wo die Straße nicht mehr besteht, wo die Religion aus der Schule und der Erziehung verschwindet, da läuft unser Familienleben Gefahr, auf einen moralischen Tiefstand zu sinken. Welche Frauen sind fähig, ihren Kindern allein Religion beizubringen, doch wohl die wenigsten! Wenn wir dahin kommen, wie es die Sozialdemokratie mit der „Praxisfrage“ wünscht, so erleben wir Zustände wie kürzlich in Braunschweig, wo die Weihnachtsfeiern im Dom, veranstaltet vom dortigen A.- und S.-Rat, einen nicht näher zu bezeichnenden Verlauf nahmen; Kanzel und Altar beschmüsten die Kinder. Kirche und Gottesdienst gehören unter staatlichen Schutz. Die demokratische Partei vertritt einen entgegengesetzten Standpunkt und schließt sich in dieser Frage der Sozialdemokratie an. Die deutsch denkende Frau und Mutter muß ferner sorgen, ihre Kinder in der Frage des nationalen Gedankens zu unterweisen. Damit ist es bei uns leider schlecht bestellt. Amerikaner sagten, man achte die Deutschen so wenig darüber, weil sie kein nationales Rückgrat haben! Unser Volk leidet allzusehr an nationaler Charakterlosigkeit. Deutsche Sitten, Wissenschaft und Kultur aber sind Werte, auf die wir stolz sein dürfen. Lehrt eure Kinder, ihr Frauen, daß sie stolz sein dürfen Deutsche zu sein. Das Volk ist in Gefahr zu verfallen und zu verfluchen. Das zu ändern, zu bessern sind wir Frauen in erster Linie berufen. — Hierauf sprach Herr Binkmann und nach ihm Herr Rechtsanwalt Landmeyer, der sich namentlich mit den anwesenden Sozialdemokraten aufs eingehendste auseinandersetzte. Als die Sozialisten ihre Partei hochleben ließen, stimmte die Menge „Deutschland über alles“ an und ging mit diesem Gesänge auseinander.

Quelle: Bänder Generalanzeiger, 9.1.1919

## M 5.5

Am Dienstag, den 14. Januar,  
nachmittags 4 Uhr  
findet in Bünde (Hotel Deutscher Kaiser) eine  
**Vertrauensmänner-**  
**Versammlung**  
statt. Erscheinen unbedingt erforderlich.  
**Deutsche Volkspartei.**  
Dr. Wagner.

Quelle: Bänder Generalanzeiger, 14.1.1919

## M 5.4

**Was will die Deutsche Volkspartei?****Die Sammlung des Bürgertums**

gegen die geschlossene Kampfkraft der Sozialdemokraten und Demokraten. Die Sozialdemokratie bekennet sich offen als Feind des Bürgertums; alle Zurückhaltung jetzt wird fallen, wenn der Sieg auf der Nationalversammlung ihr gehört. Die demokratische „Frst. Ztg.“ schreibt in ihrer letzten Montagsausgabe: Was wir brauchen ist eine Mehrheit aus klugen Sozialdemokraten und aus entschlossenen Demokraten, eine Mehrheit, die unter allen Umständen gewillt ist, grundsätzlich zu handeln, um die deutsche Revolution zu verwirklichen. Unerkannte Führer der Demokratie erklären, ihre Partei wolle ein gut Stück Weges mit den Sozialdemokraten zusammengehen, und die Demokratische Partei weiaert sich, ihre Listen mit denen der bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie zu verbinden. Bürger und Bürgerinnen! Es soll das Bürgertum werden das Rückgrat des kommenden Reiches! Wählt darum bürgerlich! Wenn ihre Ziele die euern sind

wählt Deutsche Volkspartei!

Stimmzettel sind zu haben in der Geschäftsstelle der Deutschen Volkspartei Herford, Alter Markt 13 I — Fernsprecher 25.

Quelle: Bänder Generalanzeiger, 15.1.1919

M 5.6

# Wählt den Wahlvorschlag der Deutschen Volkspartei:

(Wahlvorschlag VI)

Dr. Hugo Bergmann Pinkepank, FrI. Oberlehrerin Lange.

Die **gesamte bürgerliche Welt** hat immer wieder dringend eine **Einigung der bürgerl. Parteien gefordert**. Diese Vereinigung, wie sie durch eine Verbindung der Wahlvorschläge herbeizuführen war, ist **nicht** zustande gekommen. Die unterzeichneten Parteien halten es daher für ihre **Pflicht**, der Öffentlichkeit hierüber Aufklärung zu geben.

Die **deutschnatl. Volkspartei** u. die **deutsche Volkspartei** haben unabhängig voneinander die bürgerlichen Parteien aufgefordert, einer Listenverbindung zuzustimmen. Als Zeitpunkt für die abzugebenden Erklärungen war der 4. Januar angegeben worden.

Die **deutschnationale Volkspartei**, die **deutsche Volkspartei** und die **christliche Volkspartei** (Zentrum), haben bis zu dem vorgeschlagenen Zeitpunkte ihre **Zustimmung zu der Listenverbindung** eindeutig erklärt. Damit war die Verbindung der Listen zwischen diesen Parteien **bindend beschlossen**.

Diese Tatsache ist durch die Presse veröffentlicht u. daher auch zweifellos der **deutschdemokratischen Partei bekannt** geworden.

Am **9. Januar** erklärte die **deutschdemokratische Partei** der **deutschen Volkspartei** und der **christlichen Volkspartei**, daß sie mit **ihnen** ihre Listen **verbinden** wolle. Eine Listenverbindung mit der **deutschnatl. Volkspartei** aber **ablehne**. Sie tat damit ihren Willen **gegen** eine Listenverbdg. **aller** bürgerlichen Parteien zweifellos kund.

Ein **nochmaliger** Versuch der deutschen Volkspartei, die deutschdemokratische Partei im Interesse der vaterländischen Sache umzustimmen, blieb **erfolglos**.

Da der deutschdemokratischen Partei die Tatsache der Listenverbindung der anderen bürgerlichen Parteien **bekannt** war, stellte sie eine Bedingung, deren **Unerfüllbarkeit** ihr auf Grund der geltenden Bestimmungen **klar** sein mußte.

Ihre Antwort ist deshalb nur als eine glatte Abjage anzusehen.

Wir müssen darauf hinweisen, daß die deutschdemokratische Partei dadurch der **bürgerl. Sache einen Nachteil** zugefügt, der **Sozialdemokratie** aber einen **Vorteil** verschafft hat.

Die Ortsgruppen der  
**Christlichen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen Volkspartei.**

M 5.7

# Für Freiheit und Vaterland!

## Deutscher Bürger! Deutsche Bürgerin!

### ROT WIRST DU NICHT WÄHLEN! Oder fühlst Du Dich frei, fühlst Du Dich sicher im neuen Staate?

Ja oder nein?

Fühlst Du das Wohl des Vaterlandes für geborgen in den Händen der Revolutionäre? Soll alles so bleiben, wie es jetzt ist? Soll unsere Wirtschaft in den sicheren Abgrund hinein? Ja oder nein?

### Wie stehen die Sozialdemokraten zur Kirche?

Genosse Hebel sagt, in seinem Buche „Christentum und Sozialismus“ Christentum und Sozialismus aber stehen sich gegenüber wie Feuer und Wasser.

Genosse Bernheim sagt: „Aus unserer Forderung: Trennung der Kirche vom Staat, ergibt sich die Konsequenz, daß wir auch gegen die Religion Stellung nehmen müssen, denn Kirche und Religion sind untrennbar.“

Genosse Dr. Erdmann sagt in den „Sozialistischen Monatsheften“: „Wir haben gar keinen Anlaß, ein Hehl daraus zu machen, daß die Sozialdemokratie der Kirche — ob katholisch oder evangelisch — feindlich gegenübersteht.“

Bedarf es noch weiterer Worte? Denke an den Kultus-Minister Adolf Hoffmann! Willst Du Dir die Religion rauben lassen? Willst Du deine Kinder ohne Religionsunterricht aufwachsen lassen? Willst Du, daß unter dein die Grundlage seiner sittlichen Erziehung verliert? Ja oder nein?

### WÄHLE ABER AUCH NICHT RÖTLICH! Wer hat die demokratische Partei gegründet?

Herr Theodor Wolff vom Berliner Tageblatt, Mitbegründer sind zwei weitere Blätter und sieben andere Zeitungen gleicher Richtung. Alles Vertreter des internationalen Großkapitals, in deren Blättern Du vergeblich einen Hauch nationalen Empfindens suchst. Das sind die Leiter und — die Geldgeber!

### Was sagen nun diese Leute?

Der Gründer Theodor Wolff in seinem B. L.: „Die Deutsche Demokratische Partei ist nicht Gegner der Sozialdemokratie, sondern würde eine ganze Straße mit ihr zusammenmarschieren.“

Prof. Weber aus Heidelberg, einer ihrer Führer, sagte in seiner Rede in Frankfurt a. Main: „Dah er in seiner Überzeugung der Sozialdemokratie, ohne Unterschied, ob Mehrheits- oder Unabhängige Sozialisten, bis zur Ununterscheidbarkeit nahesteht.“

Der Mitbegründer Hella von Gerlach in seiner „Welt am Montag“: „Ich habe während der ganzen Kriegsdauer links von der Sozialdemokratie gestanden und bin daher nichts weniger als ihr Gegner.“ Das stimmt. Bei der Stichwahl in Niederbarnim zwischen einem Mehrheits- und einem Unabhängigen Sozialisten wählte er den — Unabhängigen.

Doktor Blumenberg in Hannover: „Die Deutsche Demokratische Partei betrachtet sich nicht als linker Flügel der bürgerlichen Parteien, sondern als rechter Flügel der Sozialdemokratie.“

Ein anderer Führer, Oberlehrer Rohrbach, Berlin-Treptow, sagte nach dem „Vorwärts“: „Wir wollen ein freundschaftliches Verhältnis zu der Sozialdemokratischen Partei pflegen, mit deren Zielen wir einverstanden sind, und von der wir uns bei der Lösung der Aufgaben nur in dem einzuschlagenden Tempo unterscheiden.“

und Justizrat Graf, der Parteivorstand in Köln, erklärte: „Die Demokratische Partei wird in politischen und kulturellen Fragen mit der Sozialdemokratie zusammengehen.“

So, nun lies nochmal, was oben ihre roten Genossen sagen. Dann weißt Du Bescheid.

Kannst Du solche Leute wählen? Ja oder nein?

Aber weiter. Die B. L.-Leute vertreten die Interessen des internationalen Vorkapitals!

Eine Demokratie der Hochfinanz besteht in Nord-Amerika und in Frankreich, das in seiner Arbeiterfürsorge hinter allen zivilisierten Völkern zurückbleibt. In beiden Ländern arbeitet die Gesetzgebungsmaschine ausschließlich für das Großkapital. Niemand wird das Recht des einzelnen Bürgers so rücksichtslos unterdrückt wie in diesen Ländern. Das hat für Amerika seiner so erschütternd beschrieben, wie — der Präsident Wilson in seinem 1914 erschienenen Buche. Und von Frankreich sagt der ehemalige Minister und jetzige Abgeordnete Jules Roche in seinem neuesten Buche „Sind wir in einer Republik“: „Unsere Republik läßt dem einzelnen Bürger nicht die geringste Freiheit, nicht das geringste Recht, auf individuellem Gebiet. Sie schenkt die absolute Gewalt einiger Unverantwortlicher über die anderen, einen Zustand, wie ihn die Geschichte bis dahin noch nicht gesehen hat, ... eine Staatsform, die, nacheinander zum Despotismus, zur Anarchie führen muß.“ Er legt weiter dar, daß das jetzige parlamentarische System Frankreichs, weil es die natürlichen Rechte eines jeden Bürgers mit Füßen tritt, der Demokratie zuwiderläuft.“

Weißt Du nun, was die demokratischen B. L.-Leute wollen?

Willst Du hier dieselben Verhältnisse haben? Willst Du einen der B. L.-Leute wählen? Ja oder nein?

### HALTE ZU UNS!

 Wir haben das Vertrauen zu den in unserem Volke schlummernden guten Kräften, daß auch auf diesen schlimmen Zusammenbruch ein Wiederaufstehen folgt. Wir haben den Osterglauben nicht verloren. Aber ein Aufstieg ist nur möglich vom deutschen Gedanken aus.

Wir wollen die deutsche Eigenart bewahren und entfalten!

Wir wollen Kirche und Schule schützen!

Wir wollen eine ehrliche Demokratie mit gleichem Recht für alle!

Wir wollen einen gesunden Wiederaufbau haben!

Du kennst unser Programm;

Darum halte zu uns und wähle am Sonntag die Liste der Deutschen Volkspartei!

Dr. Hugo Bergmann Pinkopank, Fräulein Oberlehrerin Lange usw.

Diese Wahl entscheidet Deine und Deiner Kinder Zukunft, —

Die Deines Volkes vielleicht auf Jahrhunderte hinaus.

Darum darfst Du unter keinen Umständen an der Wahlurne fehlen.

Du hast Dir und Deinem Vaterlande gegen über die Pflicht, Deine Schuldigkeit zu tun.

Jede Stimme zählt, jede Stimme kommt bei diesem Wahlsystem zur vollen Geltung.

Jetzt gilt es!

Keiner darf fehlen!

Es geht um alles!

Und noch eins: Wähle so früh, wie Du irgend kannst, möglichst gleich um 9 Uhr, und laß Dir keinen solchen Wahlsettel in die Hand drücken!

**TUE DEINE PFLICHT.**

M 5.8

# Deutsche Volkspartei

(früher nationalliberale Partei)

nicht zu verwechseln mit der Deutsch-nationalen Volkspartei.

**Mitbürger!**

**Mitbürgerinnen!**

In außerordentlich ernster, schwerer Zeit wird unser Volk für die Wahl zur Nationalversammlung aufgefordert, damit wir das Notwendigste, was wir gebrauchen, erhalten,

**Frieden, Ruhe und Ordnung,**

damit das deutsche Reich eine solche neue Verfassung und die gesetzliche Gewalt bekommt, welche es befähigen, in dem neuen Bau eines Volksstaates durch volle Entfaltung seiner nationalen und wirtschaftlichen Kräfte wieder zu einer hoffnungsvollen Gestaltung seiner Lage zu gelangen.

**Die Reichseinheit**

muß gewahrt bleiben, gegen die Bestrebung deutscher Landesregierungen Protest erhoben; der Anschlag der Deutschen Österreichs erreicht werden.

Wir bekennen uns nicht allein zu dem nationalen, sondern auch zu dem demokratischen Gedanken.

**Das Volk soll selbst seine Geschichte leiten.**

Auch die Frauen sollen daran teilnehmen.

**Die Gleichberechtigung der Frauen**

muß zur vollen Ausgestaltung gelangen. Wir treten ein für die volle bürgerliche Freiheit, Sicherung der Freiheit für Wort und Schrift, für Verein und Versammlung. Wir verlangen volle Gleichberechtigung aller deutschen Bürger auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens ohne Rücksicht auf Herkunft, Konfession und bürgerliche Stellung.

**volle Koalitionsfreiheit,**

und ein neues Beamten-, Angestellten- und Arbeiter-Recht.

Errichtung von Ausschüssen und Kammern und Wahrung der erworbenen Rechte,

**Fortsührung der Sozialpolitik,**

volle Gewissens- und Religionsfreiheit, verpflichten uns aber auch bei dem Klange der Weihnachtsglocken und Weihnachtshiedern mannhaft und entschieden einzutreten für die

**Erhaltung der Religion.**

Die Verbindung von Staat und Kirche darf nicht aufgelöst werden. Der Religionsunterricht gehört nach wie vor in die Schule. Wir verlangen, daß unangefastet bleiben

**das Privateigentum und das Erbrecht,**

wir fordern einen sicheren Schutz und die notwendige Bewegungsfreiheit für

**Handel und Gewerbe, Industrie und Landwirtschaft,**

damit unserem Volke wiedergegeben werden

**Arbeit und Brot.**

Die weitestgehende Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen soll eine Ehrenpflicht des deutschen Volkes sein und bleiben, die Sicherung der in ihrer Erziehung gefährdeten Kriegsteilnehmer mit allen Mitteln erstrebt werden.

Denen, welche diese Ziele billigen und mit Helfen wollen an dem Wiederaufbau des deutschen Reiches, rufen wir zu:

**Treue der deutschen Volkspartei bei!**

**Anmeldungen**

nimmt entgegen das Parteibüro Aurlürstenstraße 8 (T. 63). Mindestbeitrag 1 Mk.

Quelle: Herforder Kreisblatt, 24.12.1918

M 6

**Deutsche Demokratische Partei**

M 6.1

**Fortschrittliche Volkspartei.**

Unsere Mitglieder sowie alle Mitbürgerinnen und Mitbürger aus Stadt und Land, die gewillt sind, an dem Wiederaufbau des deutschen Reiches mitzuarbeiten, laden wir hiermit zu einer

**großen Versammlung**

auf Montag, den 9. Dezember, abends 8 $\frac{1}{2}$  Uhr  
im Saale des Stadtgartens zu Bünde ein.

**Tagesordnung:**

Auflösung des Vereins „Fortschrittliche Volkspartei, Bünde“.

Neubildung eines Vereins „Deutsch-Demokratische Partei, Bünde“  
mit Anschluß an die „Deutsch-Demokratische Partei“.

Ihr alle wißt, daß unsere Feinde einen Frieden nur schließen wollen  
mit einer Volksregierung, die vom Volke gewählt ist, und die sich auf eine  
demokratische Grundlage stützt.

Fort mit der Diktatur der socialdemokratischen Partei!

Es gilt die Berufung einer Nationalversammlung zu erzwingen, und  
durch diese eine Verfassung zu erringen, wie sie dem freien deutschen Volke  
frommt.

Wollt Ihr der Sache Eures Volkes und Vaterlandes einen Dienst er-  
weisen, dann zögert nicht, sondern schließt Euch uns an.

Beitrittserklärungen nimmt entgegen

**Der Vorstand:**

O. H. Dufmann, W. Gerkinsmeyer, Ad. Rehbock.



## M 6.2

(Versammlung.) Die von der fortschrittlichen Volkspartei anberaumte Versammlung war recht zahlreich besucht. Der Leiter der Versammlung, Herr Otto H. Dustmann wies einleitend auf die Gründung der Deutschen Demokratischen Partei hin. Man müsse mit den gegebenen Verhältnissen rechnen und darauf dringen, daß wir durch die bald einzuberufende Nationalversammlung eine Staatsverfassung in freiheitlicher Weise erhalten, aber nicht, wie Liebknecht und Genossen hoffen. Die kleine Clique der Ostelbier sind wir los, sie darf nicht wieder herrschen. Der bisherige Verein Bünde der fortschrittlichen Volksparteien hat sich der deutsch-demokratischen Partei in Berlin angeschlossen. Der Verein zählte bisher 150 Mitglieder, deren Zahl aber größer werden müsse. Er bitte die Anwesenden, der Partei beizutreten, auch die Damen, die sich heute mit Politik beschäftigen müßten. - Herr Rehbock betonte in längeren Ausführungen zunächst die harten Waffenstillstandsbedingungen, die uns auferlegt sind. Wilson, der stets auf die Seite der Feinde gestanden habe, habe in Amerika keinen Einfluß mehr; Von ihm sei nichts mehr zu erhoffen, der Feind versuche alles aus uns herauszupressen. Er wies auf die trostlose Lage der jetzigen Regierung hin, die diese Bedingungen nicht verschuldet habe, deshalb sollten alle Parteien sich hinter ihr stellen aus Liebe zum Vaterland, um Ruhe und Ordnung zu schaffen. Die Regierung müsse den Mut finden, der Spartakusgruppe Halt zu gebieten. Die Nichteinberufung des Reichstages sei ein Fehler gewesen und bis zur Wahl der Nationalversammlung würde das Chaos noch wachsen. Die Nationalversammlung müsse der Staatsverfassung die entgültige Form geben. Die deutsch-demokratische Partei erstrebe wahre Volksherrschaft und wolle alles, was deutsch ist, in sich vereinigen. Die Verhältniswahl sei zwar nicht das Idealste, aber unter den gegebenen Verhältnissen das Beste, da hierbei kleine Parteien wahrscheinlich auch Kandidaten durchbringen können. Im neuen Deutschland muß jeder die Möglichkeit finden, sich frei zu entwickeln, die Erziehung jedes Menschen zum Staatsbürger. Als Forderungen bezeichnet Redner die Einheitsschule, die Schule muß frei von der Kirche sein, ein jeder muß Gewissensfreiheit haben. Die Kirche hat große Aufgaben auf geistigem Gebiete. Keine Kapitals - aber auch keine Klassenherrschaft, keine Verstaatlichung der Produktion, auch der Arbeiter soll Anrecht am Gewinn haben. Erhaltung des Privateigentums, keine Ausschaltung des Handels durch Monopole, Ausbau der Sozialpolitik unter internationalen Abmachungen, Schutz den Schwachen, Fürsorge für Kriegsbeschädigte, freies Koalitionsrecht der Arbeiter, Besteuerung nach Leistungsfähigkeit, rücksichtslose Heranziehung der Kriegsgewinne. An landwirtschaftlichen Schutzzölle würden wir wohl nicht vorbeikommen. Mit der Sozialdemokratie könne man, solange die Spartakusgruppe regiert, nicht zusammengehen. Die konservative Partei habe eine ganz andere Weltanschauung, die Partei, kann nur mit solchen zusammengehen, die für freie demokratische Entwicklung eintreten. Herr Dr. Wagner wies darauf hin, daß bei einer Scheidung von Staat und Kirche große Vorsicht walten müsse, denn wenn der Kirche nicht die notwendigen Existenzmittel zur Verfügung stehen, könne sie ihre Aufgabe nicht erfüllen. Er bezeichnet es als eine unbedingte Notwendigkeit, daß der Schule die Religion erhalten bleibt, ohne die keine gedeihliche Entwicklung möglich ist. Der nationalliberalen Partei könne man nicht vorwerfen, daß sie eine Einigung verhindert habe. Sie habe das größte Entgegenkommen gezeigt. Bisher haben große Verbände sich der demokratischen Partei nicht angeschlossen, weil die Einigung auch eine Personenfrage sei, die manchem den Schritt schwer mache. Er bitte die Nationalliberalen, mit dem Anschluß zu warten, bis die Lage geklärt sei. Herr Rehbock erwidert, daß eine Trennung nur auf gesetzlichem Wege ordnungsgemäß zu vollziehen ist und glaubt, daß die Kirche, was sie nötig habe auch aufbringen könne. In der

Schule soll kein konfessioneller Streit herrschen, die Kirche als Volkskirche in christlichem Sinn würde dadurch nicht verlieren. Herr Dustmann weist auf Verhandlungen der fortschrittlichen Volkspartei mit der nationalliberalen Partei hin und daß von letzterer eine Antwort nicht ergangen sei, was er als nicht fair bezeichnete. Die Schule müsse frei von der Aufsicht der Pastöre, der Kirche frei sein und nicht unter orthodoxem Einfluß stehen. Der Pastor müsse so frei lehren wie der Lehrer. Im Hinblick auf die Nationversammlung sei es höchste Zeit, aufklärend zu wirken. Fr. Reinking betont, daß das Wahlrecht zur Nationalversammlung die Frauen unvorbereitet finde, die Frauen würden mißtrauisch und unsicher wegen der vielen Programme. Sie können die Spaltung nicht verstehen, wodurch ihnen die Lust genommen werde zur freudigen Mitarbeit. Hierzu brauchen wir den Zusammenschluß. Wir wollen eine politische Macht, die sich auf Gerechtigkeit gründet. Aber eine Stimmhaltung ist Verbrechen am Vaterland, an der Freiheit. Nachdem Herr Rehbock mitgeteilt, daß der Jahresbeitrag zum deutsch-demokratischen Verein 3 Mark betrage, fordert Herr Dustmann zu zahlreichem Beitritt auf, worauf er die Versammlung schließt.

Quelle: Bänder Generalanzeiger, 11.12.1918

M 6.3

## Deutsch-Demokratische Partei Bünde. Gründungsversammlung

Montag, den 16. Dezember, abends 8 $\frac{1}{4}$  Uhr,  
im Stadtgarten zu Bünde.

Tagesordnung:

1. Bericht über die Einigungsversuche mit der National-liberalen Partei.
2. Was will die Deutsch-Demokratische Partei.
3. Unsere Stellung zu der von der jetzigen Regierung gestellten Forderung: Trennung des Staates von der Kirche einerseits und Trennung der Kirche von der Schule anderseits. Die Deutsch-Demokratische Partei in Minden-Ravensberg will die Lebensfähigkeit der Kirche unter allen Umständen gewahrt wissen und verurteilt alle Maßnahmen, die dieser Forderung nicht gerecht werden. Der Religionsunterricht soll nicht aus der Schule entfernt werden.
4. Wahl des Vorstandes und der Beisitzer.
5. Aussprache über die Richtlinien der Partei. Möglichst baldiger Zusammentritt der Nationalversammlung. Beschleunigter Friedensschluß auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts der Nationen mit dem Ziele einer Versöhnung der Völker, insbesondere aber Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes einschließlich der in Oesterreich wohnenden Volksteile. Gründung eines einheitlichen großdeutschen Reiches auf republikanischer Grundlage. Eine starke, zur Abwehr jeder Gewalt bereite Zivilregierung.

Zur Teilnahme an dieser Versammlung laden wir alle Mitbürgerinnen und Mitbürger aus Stadt und Land ein, die bereit sind, sich uns und unserer Partei anzuschließen.

Der Vorstand.

Quelle: Bänder Generalanzeiger,  
14.12.1918

M 6.4

# Männer und Frauen Neu-Deutschlands!

Was will die

## Deutsche Demokratische Partei?

### Deutsch-demokratische Richtlinien.

#### Allgemeines.

Zusammenfassung aller deutschen Stämme zu einer starken deutschen Republik.  
Verwirklichung der Demokratie in Staat und Gemeinde.  
Allgemeines, gleiches, geheimes und unmittelbares Wahlrecht für beide Geschlechter, Verhältniswahl.

#### Wirtschaftspolitik.

Wiederaufbau der deutschen Volkswirtschaft und Sicherung der Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkte.  
Aufbau der Kriegswirtschaft.  
Freiheit für Handel und Verkehr.  
Freie wirtschaftliche Entfaltung der Persönlichkeit.  
Überführung geeigneter Betriebe mit monopolistischem Charakter in die öffentliche Bewirtschaftung unter Wahrung der Rentabilität.

Zurückweisung jeder wirtschaftlichen Vergewaltigung durch entschädigungslose Enteignung oder ähnliche Maßnahmen.

Unbedingter Schutz des Privateigentums.

Stärkung des Bauernstandes, Aufstieg der Landarbeiter durch Beseitigung der Fideikomnisse, Einschränkung des Großgrundbesitzes, Aufteilung der Staatsdomänen durch eine großangelegte, innere Kolonisation, Bauernhöfe statt Rittergüter.

Förderung des Heimstättenwesens. Gemeinnützige Bodenpolitik. Durchgreifende Besserung des Wohnungswezens.

Gezielte Förderung des Erbbaurechts.

Stärkung und Wiederaufbau des schwerbetroffenen gewerblichen und kaufmännischen Mittelstandes durch Gewährung billiger, öffentlicher Kredite und Zuweisung von Rohstoffen und Waren, insbesondere an Kriegsteilnehmer u. Hilfsdienstpflichtige.

#### Sozialpolitik.

Angemessene Befoldung von Beamten u. Staatsangestellten.  
Ausreichende Löhne und Möglichkeit des Aufstiegs für Staatsarbeiter.

Ausbau und gesetzliche Garantie des Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenrechts. Bildung von Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenausschüssen.

Wer für eine klare, unheirte, jeden faulen Kompromiß ablehnende demokratische Politik eintreten will, wie sie in dem obigen Richtlinienprogramm der deutschen demokratischen Partei zum Ausdruck kommt, der trete sofort der Ortsgruppe Blotho and Umgebung der deutschen demokratischen Partei bei. Beitrittserklärungen nehmen die Herren E. Kleemann, Carl Blotho, H. Bändel und Fr. Aug. Kirchhoff entgegen.

#### Kulturpolitik.

Erhöhung des Anteils der Arbeit an dem Ertrage der deutschen Volkswirtschaft. Gewinnbeteiligung von Arbeitern und Angestellten unter Beseitigung der Auswüchse des Kapitalismus. Weitgehende Fortbildung der Sozialpolitik. Durchführung eines sozialpolitischen Mindestprogramms bei allen Völkern.

Angemessene Gestaltung und Sicherung der Ansprüche der Kriegsteilnehmer und ihrer Witwen und Waisen.

Unbedingte Wahrung der Gewissensfreiheit.

Grenzziehung zwischen Kirche und Staat, unter allen Umständen Sicherung der Lebensbedingungen der Kirche. Freiheit jeder religiösen Überzeugung. Beibehaltung des Religionsunterrichtes.

Förderung jeder Art von Begabung. Einheitschule. Unentgeltlichkeit des Unterrichts und der Lehrmittel.

Freie Bahn dem Tüchtigen durch eine demokratische Gestaltung unseres Bildungswesens im Sinne der Einheitschule. Gleiche Bildungsmöglichkeit für Knaben und Mädchen.

Bekämpfung des Klassen- und Kastensystems. Beseitigung des falschen Gegensatzes zwischen „Arbeitern“ und „Bürgern“.

#### Steuerpolitik.

Abbürdung der Kriegslast und Regelung des Steuerwesens im Sinne der sozialen Gerechtigkeit.

Stärkste Erfassung der Kriegsgewinne.

Einmalige progressive Vermögensabgabe.

Einheitliche Ausgestaltung der Steuern auf Einkommen und Vermögen auf der Grundlage der Leistungsfähigkeit.

Ausbau der Erbschaftsteuer und Luxussteuer. Erweiterung des Erbrechts des Staates bei entfernteren Verwandtschaftsgraden.

Anstreben des Völkerbundes. Schiedsgerichtshof für zwischenstaatliche Streitfälle aller Art. Abschaffung der Geheimdiplomatie und der Geheimbündnisse. Abrüstung. Freiheit der Meere. Freiheit der wirtschaftlichen Betätigung für alle Völker, offene Tür. Gerechte Verteilung der Kolonialgebiete unter die Kulturnationen.

Quelle: Vlothoer Anzeiger, 20.12.1918

M 6.5

Die Partei des  
**Judentums**  
 ist die  
**Deutsche  
 demokratische Partei.**

**Jüdische Wähler u. Wählerinnen,  
 erfüllt am 19. Januar  
 Eure Pflicht!**

Quelle: Herforder Kreisblatt, 16.1.1919

M 6.6

Die gestern an dieser Stelle erschienene Anzeige folgenden Inhalts:

Die Partei des Judentums ist die Deutsche demokratische Partei.  
 Jüdische Wähler und Wählerinnen erfüllt am 19. Januar Eure Pflicht.

ist weder von der deutschen demokratischen Partei, noch von jüdischer Seite veranlaßt.  
 Die Anzeige ist von dem „Büro für moderne Zeitungsreklame“, Berlin-Wilmersdorf, Wegstraße 22, aufgegeben. Sie ist

**ein plummes Wahlmanöver der  
 allerniederträchtigsten Art.**

Die deutsche demokratische Partei ist keine Partei der Juden, sondern die  
**Partei des freiheitlichen Bürgertums, die alle Staatsbürger**  
 ohne Unterschied des Glaubens und der Abstammung in ihren Rechten schützt. Die  
 deutsche demokratische Partei ist die Partei der bürgerlichen Gleichberechtigung.

**Der Vorstand  
 der deutschen demokratischen Partei.**

Quelle: Herforder Kreisblatt, 17.1.1919

M 7

Frauenwahlrecht

M 7.1

Aufruf des Bürgerausschusses für Bünde und Umgegend

# Aufruf

## an alle Frauen in Stadt und Land! Staatsbürgerinnen!

Mit dem Stimmrecht ist eine verhängnisvolle Macht in Eure Hand gegeben. Sie wird Segen oder Unheil stiften je nachdem, ob Ihr Euer Recht gebraucht und wie Ihr es gebraucht.

Lernt darum **erstens**: daß Ihr es gebrauchen müsst.

Stimmrecht heißt Wahlpflicht!

Jede deutsche Frau erkenne jetzt diese ihre heilige Pflicht für die Wahlen zu der in Aussicht genommenen

### Nationalversammlung.

Wer seine Stimme nicht abgibt, stärkt dadurch die Gegenpartei. Es ist ein Verbrechen am Vaterlande, heute gleichgültig und tatenlos beiseite zu stehen.

Deutsche Frauen! Helft dem Vaterlande treu und zuverlässig wie bisher. Damit Ihr es aber könnt,

lernt **zweitens**: wie Ihr Euer Recht gebrauchen sollt.

Dazu unterrichtet Euch durch das Lesen von Zeitungen, durch Aussprache unter Euch und mit Männern. Besucht auch die politischen Versammlungen, vor allen die, welche von Euren Parteifreunden oder Euch Nahestehenden veranstaltet werden.

Verdient Euch Euren neuen Ehrentitel

### Staatsbürgerin!

Für den Bürgerausschuß für Bünde und Umgegend.

Lilly Reinkling, Frau Agnes Kirchner, Frau Rektor Kemner.

## M 7.2

Enger, den 17. Dezember.

(Frauenversammlung.) Man schreibt uns: Am Sonntag, den 15. Dezember, fand im Pörtlnerischen Saale, von Deutsch-demokratischen Verein einberufen, eine öffentliche Frauenversammlung zu der auch Herren erschienen waren, statt, in der Frl. Dr. Voß Herford einen hervorragenden Vortrag über die Stellung der deutschen Frau zu Politik, hielt. Sie führte u.a. kurz folgendes aus: Nach langem Kämpfen ist uns deutschen Frauen, nachdem es schon vorher in England, Amerika, Dänemark und vielen anderen Ländern eingeführt war, das Wahlrecht verliehen worden. Welchen Wert das für die Frau hat, ist den meisten garnicht klar. Jetzt können Frauen das Land mit regieren helfen und können die Interessen der Frau vertreten. Niemand kann das besser als die Frau selbst. Nehmen wir nur mal die folgende Fürsorge an. Gerade hier fehlt den Männern das richtige Verständnis. Und da ist es von großem Nutzen, daß die Frauen mit zur Beratung herangezogen werden. Jetzt ist aber auch kein Beruf mehr den Frauen verschlossen. Bisher waren die Frauen nur auf eine gewisse Anzahl Berufe beschränkt. Nach der bisherigen Ansicht gehörte die Frau ins Haus, an den Kochtopf und nicht ins öffentliche Leben. Was hat dazu gehört, bis die Frau zur Universität zugelassen wurde! Und als ihr dann der Zutritt gestattet war, boten doch nur wenige Fakultäten z. B. Philosophie und Medizin, eine gute Aussicht. Seit kurzem werden auch Frauen zur Jura zugelassen. Das hat sehr viel Gutes auf sich. Wird doch nun die Frau in gerichtlichen Sachen von der Frau verstanden und beurteilt. Bisher hat sich aber die bürgerliche Frau wenig um Politik gekümmert, das wurde den Könnern überlassen. Es gehörte nicht zum guten Ton, als Frauenrechtlerin verschrien zu werden. Eine schielte nach der anderen. "Was wird "die Gesellschaft" dazu sagen, wenn es ruckbar wird, daß ein Mitglied in uneigennützigweise für das Wohl der Frau eintritt." Viele Frauen mußten und konnten nichts anderes, als sich zu putzen und zu zerstreuen, sich von einem Vergnügen ins andere zu stürzen. Das muß anders werden! Ein weites Arbeitsfeld liegt der Frau offen, überall findet sie, wenn sie will, Betätigung. Allmählich sind unsere tapferen, unbesiegten, feldgrauen Krieger zurückgekehrt, und eilen an ihre früheren Arbeitsstätten, die während ihrer Abwesenheit von Frauen und Mädchen besetzt waren, die mit Recht ein Lob verdienen. Wo aber nun so schnell für die Arbeitslosen Beschäftigung hernehmen? Da wird auch wieder die Frau Mittel und Wege finden, daß sie alle, so gut wie eben möglich, untergebracht werden. Du, deutsche Frau, tritt für deine heiligsten Güter ein, für Vaterland, Familie und Religion! Schon drohen verschiedene Fanatiker sie dir zu entreißen. Zeig', was es gilt eine Deutsche zu sein, laß alle Oberflächlichkeiten und Tändelei fahren, damit sich das Lied von der deutschen Frau und Treue bewahrheitet.

Der Vorsitzende des Vereins, Herr H. Kronsbein, dankte Frl. Dr. Voß für ihre interessanten Ausführungen, denen die Versammlung andächtig gelauscht hatte.

In der Diskussion wurde dann noch die Frage aufgeworfen: "Wie sich denn die "Deutsche-demokratische Partei" zu der Frage, Trennung von Kirche und Staat und zur Entfernung des Religionsunterrichtes aus der Schule, stellte." Frl. Dr. Voß las alsdann aus dem Programm der Deutsch-demokratischen Partei die Fragen der Kulturpolitik vor, in dem es ausdrücklich

heißt, daß u n t e r a l l e n U m s t ä n d e n der Religionsunterricht in den Schulen beibehalten werden soll. Und die Trennung von Kirche und Staat? Warum sollen wir uns über eine Sache aufregen, die über kurz oder lang doch gekommen wäre. Ich bin der Ansicht, daß sich die Kirche viel besser entfalten kann, wenn sie nicht immer vom Staat beeinflusst wird, (und diese Ansicht teilen auch viele Geistliche). In verschiedenen Ländern besteht schon lange die Trennung von Staat und Kirche und die Einwohner sind trotzdem gläubige Christen geblieben, und so wird es auch in unserem deutschen Vaterlande sein. Jedem soll die freie Ausübung der Religion gestattet sein.

Quelle: Engerscher Anzeiger, 17.12.1918

### M 7.3

\* Bünde, 19. Dez. (Frauenversammlung.)  
Im Stadtpark fand gestern abend eine vom Bürgerausschuß einberufene Frauenversammlung statt. Der Leiter der Versammlung war Herr Gerichtsrat Vede. Fräulein Bohmann aus Bielefeld entwickelte in ihrem Vortrag über „Die Frau und ihr Wirken für das Staatsleben und die Nationalversammlung“ folgenden Gedankengang: Wir haben geglaubt, daß unser Deutschland auf festen Grund gebaut sei und nun ist dieser stolze prächtige Bau auf lange Zeit in Trümmer geschlagen. Es muß ein neues gebaut werden und dazu sollen auch die Frauen helfen. Und für dieses Recht der Frauen, das früher gekommen als erwartet, ist gearbeitet und vorbereitet worden. Bisher trug die Frau keine Verantwortung. Das ist anders geworden; sie ist Bürgerin geworden, mit einer Zahl von 21½ Millionen gegenüber 18 Millionen Männern. Das Frauenstimmrecht soll aber nicht dazu dienen, um die Zahl der Stimmenden zu verdoppeln, es hat einen höheren Zweck. Schon entwickelte ein großer Teil der Frauen rege Interessen für politische Fragen. Heute im Kriege, in den die Frauen viel durchmachen mußten, haben die Frauen eine andere Auffassung bekommen, sie sind selbständiger geworden. Die deutsche Wirtschaftssituation konnte ohne die Frau nicht aufrecht erhalten werden. Sie hat so lange durchgehalten, wie es unserer tapferen Völke möglich war. Die Frau muß neue Werte in das politische Leben hineintragen. Den Frauen werde oft vorgehalten, sie gehöre ins Haus. Aber eben weil die Frau aus dem Leben, der Kinderstube kommt, kann sie ihre Arbeit der öffentlichen Fürsorge besser widmen, sie kommt mit ganz anderen Begriffen ins politische Leben. Unsere wirtschaftlichen Fragen wurden bisher zu sehr vom Materialismus und Materialismus beherrscht, die Pflege des Menschlichen zu viel abhandeln gekommen. Der Wert des Menschen soll wieder in den Vordergrund gestellt werden und das muß die Frau fordern. Wir müssen vom Staat denken wie vom unserm Haus, dem Staat fehlt das Herz, der Staat ist eine erweiterte Familie. Das politische Leben ist oft Parteigezänk, das soll vermieden werden nicht Arbeit der Parteien gegen einander, sondern Mitarbeit am Aufbau Deutschlands. Die Moral, die am Leben gestellt wird, soll auch in der Politik gelten, es muß eine Verebelerung der Politik eintreten. Der höchste Quell, aus der die Kraft schöpft, ist die Liebe zum Volke. Deshalb gebe der weibliche Einfluß einen Ruck ins Soziale: Förderungen der Gesundheit, Sittlichkeit des Menschen, für Volkswohlfahrt. Diese liegen auf dem Gebiet der Bodenreform, um gesundheitliches Wohlfahren zu ermöglichen. Auf dem Gebiete der Sittlichkeit muß die Frau mit demselben

Maße gemessen werden wie der Mann. Sie macht denselben Anspruch auf Bildung, daher Umgestaltung der Schulen zur Einheitschule. Unentgeltlichkeit der Bildungsstätten, Einstellung der Frauen nicht nur in allen Körperstellen, sondern auch in Ämtern. Nicht als ob die Frau im Hause nicht mehr arbeiten wolle, man solle den Frauen die Entfaltung ihrer Kräfte gewähren lassen. Die soziale Befehlsgewalt muß in Deutschland an die Spitze gestellt werden; es muß dahin kommen, daß eine gewisse Grenze der Lebenshaltung möglich ist. Die Mittel zu diesen Kulturaufgaben könne frei werden durch die verminderten Ausgaben für Heer und Flotte. Wir müssen durch den Völkerbund zu einem dauernden Frieden gelangen. Es gibt keinen anderen Weg. Vielleicht hat uns die Vorlesung dazu beflimmt, als ein Volk, das die Weiterentwicklung nach außen nicht nehmen konnte, durch die Gaben des Geistes und Gemüts für die Menschheit zu wirken, und als Volk der Denker und Dichter dafür im Völkerbund zu wirken. Allerdings ein Völkerbund, in dem nicht ein Volk das andere beherrscht, sondern auf Gegenseitigkeit und Achtung aufgebaut. Niederrin führt einige Staaten mit Frauenstimmrecht an, wo der Einfluß der Frauen auf die Gesetze zum Wohle der Menschheit gewirkt haben. Das politische Leben in solchen Staaten ist wirksamer geworden. Wenn man heute das Chaos in Deutschland, den Tumult bei der Versammlung der A- und S-Räte in Berlin ansieht, müßte es jedem klar sein, daß wir die Nationalversammlung bald haben müssen, sonst komme der Feind in unser Land, wenn wir selbst keine Ordnung schaffen können. Da sind die Frauen ausschlaggebend, und ist es ihre Pflicht, mitzubekämpfen am Aufbau des deutschen Reiches, am äußeren wie am inneren. Es ist Pflicht der Frau, sich über die Richtlinien der einzelnen Parteien klar zu werden, damit sie sich selbst eine politische Überzeugung schafft. Das Frauenwahlrecht muß als Dienst am Vaterlande betrachtet werden. Die Frau ist im Kriege bereit gewesen, Opfer zu bringen, sie muß auch mitarbeiten an einer höheren Entwicklung der Menschheit. Wenn wir so unsere Aufgaben auffassen, dann sehen wir das Morgenrot einer besseren Zeit; dazu unsere Mitarbeit am Vaterland. Reicher Beifall lobte die Niederrin. — Hierauf nahm Frau Kurt Wellensiek das Wort und führte aus, von den tüchtigsten Frauen werde es abhängen, ob die sozialdemokratische oder die bürgerliche Partei den Sieg davon trage. Die Frau dürfe nicht abseits stehen. Die große Waffe hat das Stimmrecht der Frauen nicht erzwungen, aber jetzt müssen die Frauen wählen, ob sie wollen oder nicht; sie müssen politisch denken lernen. Sie sind zum großen Teil nicht ausgebildet genug, aber der Krieg, die letzten Monate

haben sie auf gemacht. Solche Partei, Versammlungen, wie die demokratische, die Unklarheiten und Widersprüche in ihre Stellung zur Religion bringen, sind nur zu geeignet, unsere Unsicherheit zu vermehren. Wenn wir wählen, müssen wir wissen, wofür wir wählen. (Bravo!) Einer politisch denkenden Mutter muß die Pflege des deutschen Nationalbewußtseins am Herzen liegen. Im großen und ganzen ist es damit in Deutschland schlecht bestellt. Als sie einmal eine Amerikanerin gefragt habe, wie es komme, daß der Deutsche so wenig geachtet werde, habe diese geantwortet, man achtet den Deutschen nicht hoch, weil er kein nationales Gefühl hat. Und wie war's denn damit bestellt? Unsere Diplomaten im Auslande heirateten Ausländer und wurden uns fremd, unsere jungen Leute, die nach England gingen, wußten nichts eiligeres zu tun, als sich zu englisieren, damit sie als Engländer gehalten wurden, die bürgerlichen Familien, die auswanderten, nahmen bald englische Namen an. Es ist ein Unrecht am Deutschen, wenn deutsche Männer sagen, wenn es mir hier nicht paßt, wandere ich aus, oder wenn ein Feldarbeiter sagt, mir ist es gleich, ob ich Engländer oder Franzose bin. Das würde ein Engländer oder Franzose nicht tun. Wir haben alle Ursache, stolz auf das deutsche Gut zu sein, das wir einen deutschen Charakter haben. Unser Volk ist sich seiner Würde nicht bewußt. Deshalb muß bei den Kindern nachgeholt werden, was uns am Nationalbewußtsein fehlt, wir müssen ihnen das Rückgrat stärken, daß sie stolz sind, ein Deutscher zu sein, stolz im Bewußtsein seiner Kraft und Würde. Leider ist unsere Sozialdemokratie erst international, dann deutsch, während es bei den Franzosen umgekehrt der Fall ist, liegt daher die Sozialdemokratie, dann gehen wir in der Internationale unter. Frauen, braucht daher eure Stimmen im Wahlkampf, weil jede Frau helfen muß und wählen muß. — Diese Ausführungen fanden lebhaften Beifall. — Fräulein Behrens wies in ihren Ausführungen darauf hin, daß viele Männer es bisher veräumt haben, den Frauen Aufklärung zu geben. Unverständlich sei es, daß ein Vertreter des Volkes noch nicht gewußt habe, daß England gegen uns nur den Hungerkrieg führte, um uns zu vernichten. Der Hungerkrieg Englands sei das größte Verbrechen an der Menschheit, Englands Unthat die Schuld am Kriege. Die Not ist groß, deshalb dürfen auch die Frauen nicht zurückstehen und nicht den Gedanken aufkommen lassen, daß wir untergehen können. Wir müssen den hiteren Trank ohne Bittern trinken. In deutscher Treue tätig sein wie die Männer und mithelfen am Aufbau des neuen Deutschland. — Nachdem Herr Wolf den Rednerinnen für ihre Ausführungen gedankt, ermahnte er zum Besuch der politischen Versammlungen, damit jede Frau sich ihr Urteil bilden könne. Hierauf wurde die Versammlung geschlossen.



## M 7.4

tr. Herford, 13. Dez. Das Wahlrecht der Frau. Mit diesem Thema befaßten sich zwei Frauenversammlungen, die in unserer Stadt gestern abend abgehalten wurden. In der Versammlung im Co. Vereinshause sprach Fräulein Rothert aus Wülfers, um in erster Linie ein Programm der Deutschnationalen Volkspartei zu entwickeln, das sich in schärfster Form gegen die jetzige Regierung wendete. Die Rednerin schilderte die Stellung der Frau zum Staat in Beruf und Familie und trug ihren Vortrag mit dem Bekenntnis, daß die Frauen in aller Zukunft stets eingebend bleiben müßten, gute, bewußte Christen zu sein. Sie dürfe auch in dem neuen Deutschland nicht zugehen, daß der Staat ihr die heiligsten Güter raube. Denn erst das Christentum habe der Frau eine eigenständige Stellung auf Erden verschafft; solle der Dank dafür sein, daß sie sich vom Religionsunterricht in der Schule loslöse? Wie wolle die Mutter das vor ihren Kindern verantworten? Wie aber könne die Frau beim Staatsaufbau in Zukunft mitwirken, nachdem der Staat ihr das Wahlrecht gegeben? Diese Frage sei leicht zu lösen. Die Frau dürfe nur der Partei zum Siege verhelfen, die das wahre Wohl des Staates auf ihre Fahne geschrieben habe; das aber sei die Deutschnationale Volkspartei. Sie verlangt, daß der gegenwärtige geschlossene Zustand aufhöre, der nicht auf Freiheit, sondern auf Diktatur beruhe. Ohne Nationalversammlung bekämen wir die Feinde mehr und mehr ins Land, Marschall Hoch stehe bereits auf den Rheinbrücken. Die Partei verlange ein einbeiliges Reich, keine Rheinstaaten; ein einiges Vaterland, wie Bismarck es geschaffen habe. Keine Frau dürfe bei der Wahl fehlen, nur die angesehene Frau dürfe ihre Stimme abgeben. — Im Anschluß an den einstündigen Vortrag wurden Listen zur Eintragung von Mitgliedern herumgereicht. Mit dem Gesänge „Ich hab' mich ergeben“ gingen die Bekannmten auseinander. — In der zweiten Versammlung, die bei Brinkmann stattfand, sprach Redakteur Severing-Wiesefeld: Die drei „R“, welche der Frau vorschreiben, daß sie ins Haus gehört (Rüche, Keller, Kinder), weisen ihr zwar noch heute den Weg, nicht aber den einzigen, was sich im Leben zu betätigen. Der Staat benötige für alle Zukunft dringend die Mitwirkung der Frau an seinem Wiederaufbau, namentlich in wirtschaftlicher Beziehung. Aber auch im politischen Leben werte sie nun praktisch mit, eine Förderung, die die Sozialdemokratie schon immer vertrat. Sie müsse sich mit dem Geschenk des Wahlrechts nicht, wie oft gesagt werde, abfinden, sondern aus Überzeugung zur Wahlurne schreiten. Der Redner ging die einzelnen neu entstandenen Parteien auf bürgerlicher Seite durch, und kam zu dem Ergebnis, daß nur die Sozialdemokratie bleibe, welche nicht nötig hätte, ihr Firmenschild zu ändern. Diese aber trete dafür ein, daß den Frauen die Errungenschaften der Revolution nicht wieder genommen werden könnten, wie das Wahlrecht, die Befreiung gewissenloser Annegionisten, des Militarismus usw., und damit die Ursache einer neuen Katastrophe, wie sie die letzten vier Jahre mit sich brachten. Daran hätten gerade die Frauen das größte Interesse und in ihrer Hand läge es in Zukunft mit ihr Schicksal zu bestimmen. Auf bürgerlicher Seite komme man jetzt mit dem Vorwurf, die Sozialdemokratie sei religionsfeindlich und verderbe das Ehe- und Familienleben. Diese Behauptung werde lebhaft zu dem Zwecke erheben, um Stimmung für die kommenden Wahlen bei leichtgläubigen Menschen zu machen.

Quelle: Herforder Kreisblatt, 13.12.1918

## M 7.5

## Der Stimmzettel in der Hand der deutschen Frauen und Töchter

Die sozialdemokratische Revolutionsregierung Ebert Haase-Berlin hat über Nacht den deutschen Frauen und Töchtern eine schwere Pflicht aufgebürdet. Diktatorisch hat sie allen Zwanzigjährigen und Älteren für die kommende verfassungsgebende Nationalversammlung das Wahlrecht verliehen. Wir sind sicher, daß die allergrößte Anzahl der deutschen Bürgerinnen diese Gabe nicht als ein Geschenk empfinden wird. Wenigstens heute noch nicht. Dazu ist die deutsche Frau bisher vom politischen Leben zu abgeschlossen gewesen. Weder hat sie der Mann zum Politisieren eingeladen, noch hat sie sich selbst, ganz verschwindende Ausnahmen bestätigen das Allgemeinurteil, dazu gedrängt. So gut wie fremd steht sie der neu geschaffenen Lage gegenüber.

Diese Fremdheit muß überwunden werden, und das im Geschwindigkeitsschritt. Denn es ist nicht übertrieben, zu sagen, daß in die Hände der Frauen die bestimmende Entscheidung über die Zusammensetzung der Nationalversammlung und damit ohne weiteres auch über das künftige Geschick dasselbe ist: das Bürgertum, der Mittelstand, das Sein aller derjenigen, die nicht in den heutigen sozialdemokratischen radikalen Bahnen wandeln, hängt in bestimmendem Maße von der weiblichen politischen Aktionsfähigkeit dieser Kreise in den nächsten Wochen ab. Die Sozialdemokratie hat die Frauen ihrer Genossen längst mit starker Energie für die politische Tätigkeit herangebildet. Sie werden auf dem Posten sein. Die bürgerliche Frau und Tochter steht dem vorläufig noch kampfunfähig gegenüber. Alle bürgerlichen Parteien, alle bürgerlichen Organe, jeder einzelne Bürger hat daher jetzt die doppelte und dreifache Pflicht, im wohlverstandenen eigenen Interesse und in dem des Vaterlandes, das weibliche Geschlecht politisch zu belehren und aufzuklären. Der einzelne Mann kann es gesprächsweise bei jeder Gelegenheit, große Vereinigungen dagegen werden für die beabsichtigte und notwendige Massenwirkung ihre taktische und organisatorischen Fähigkeiten voll entfalten müssen.

Mit einem bloßen Einhämmern ist es jedoch nicht getan, es heißt, überzeugen. Dies ist unmöglich, wenn die Frau selbst, aus ihrer "geistigen Tätigkeit" nicht austritt. Das mancherorts durch Unterhaltungsorgane und Lektüre leichter Familienblätter eingeschlaferte weibliche Hirn heißt es, zum tätigen Arbeiten aufzurütteln. Politische Versammlungen werden Anregungen und Aufregungen geben. Gute und notwendige Vorbedingungen für die Durchbildung eines ungeschulten politischen Kopfes. Aber sicher ist, daß aus Versammlungen allein die meisten Frauen kein klares politisches Werturteil sich bilden können und werden. Dazu stürmt hierzu zu viel auf sie ein, als daß sie es zu gleicher Zeit nach Wert und Gebrauch sichten kann. Belehrende Vorträge eigens dazu eingerichtet, mögen vorerst in dieser Hinsicht bessere Dienste leisten, aber auch sie werden unsere Frauen und Töchter die eigentliche Arbeit nicht ersparen können; sich in der Stille durch eigenes Nachdenken über die parteipolitische Zugehörigkeit klar zu werden. Darauf nämlich kommt es jetzt allein an: den Stimmzettel richtig zu gebrauchen, seinen Wert für die Existenz des Vaterlandes und sich selbst zu erfassen.

Die Parteiprogramme müssen zu diesem Zweck studiert, in der Familie, mit Mann, Vater, Bruder, von Bekannten beiderlei Geschlechts besprochen werden. Keine Frau und Tochter schäme sich, immer wieder Aufklärung durch Fragen zu suchen. Niemand kann von ihr verlangen, daß sie über Nacht politisch sattelfest geworden ist. Der Mann aber gebe bereitwilligst und

nicht etwa mißmutig von oben herab - "Das verstehst du doch nicht" - einfach und klar seine Antwort. Auch ihm wird es nicht schaden, auf diese Weise gezwungen zu werden, seine politische Weisheit, jeweils auf die knappste und verständlichste Formel zu bringen. Vielleicht wird er dabei nicht selten auf Lücken seines Wissens stoßen, die er um seines männlichen Ansehens willen gut tun wird, umgehend auszufüllen. Es wäre zu begrüßen, wenn auch auf diese Weise das Bürgertum in seiner Masse politisch durchgebildet würde. Denn es unterliegt keinem Zweifel, daß es zum großen Teil nur durch seine politische Trägheit und Bequemlichkeit, aus dem falschen Gefühl sicherer Geborgenheit im alten Staate erwachsen, von der weit regeren Sozialdemokratie über den Haufen gerannt werden konnte. Die Umkehrung alles Gestrigen ist nicht zuletzt daraus entstanden.

Mit dem Wahlrecht ist der deutschen Frau und Tochter aber eine folgenreichere

Verantwortung übertragen worden. Wird sie sich dessen bewußt werden? Wir hoffen es. Denn wenn auch sonst bisher politisch nicht geschult, durch die Ausfüllung vieler männlicher Berufe während des vierjährigen Weltkrieges sind die deutschen Frauen und Mädchen aus ihrer häuslichen Einschachtelung herausgetrieben und sich ihres Wertes für die Erhaltung des Staates in wesentlichem Maße bewußt geworden. Die ungeheure und ausschlaggebende Bedeutung des Frauenstimmrechts für die verfassungsgebende Nationalversammlung wird aber jeder Deutschen schon rein äußerlich zum vollen Bewußtsein kommen, wenn sie sich vergegenwärtigt, daß jetzt in Deutschland das wahlberechtigte weibliche Geschlecht gegenüber dem männlichen schon rein zahlenmäßig in überwiegender Mehrheit ist. Darum rüste sich das weibliche Deutschland schnell und gründlich für seinen verantwortlichen Weg zur Wahlurne. Es fordere laut und fest die dringliche Einberufung der Konstituante; denn nur durch diese kann es mitarbeiten an einem neuen Deutschland, das auch seinem Sinne entspricht.

Quelle: Bänder Generalanzeiger, 28.11.1918

**Arbeitsaufgaben:**

1. Wie reagierten die unterschiedlichen politischen Gruppierungen im Kreis Herford auf die veränderte gesellschaftspolitische Situation?
2. Welche politischen Zielvorstellungen wurden formuliert?
3. Wie reagierten die Parteien auf die Einführung des Frauenwahlrechts?